Dienstag, 12. April 1983 · D ***
Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen
Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 80 Dr. Großbritannien 55 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 63,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 84 - 15.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A
Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 80 Esc. Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,60 sfr, Spanien 110 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

POLITIK

Finanzminister dringt auf frühe Etatberatungen

HEINZ HECK, Bonn

Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg will dem Kabinett am 29. Juni oder 6. Juli den Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 1984 vorlegen, um die rechtzeitige Verabschiedung im Bundestag und Bundesrat zu sichern. Das bedeutet, daß unmittelbar im Anschluß an die Regierungserklärung von Bundeskanzler Helmut Kohl Anfang Mai die Ressortverhandlungen mit dem Ziel geführt werden müssen, den Ausgabenrahmen auf die von Stoltenberg anvisierten 258 Milliarden Mark (Zunahme gegenüber 1983 etwa zwei Prozent) und die Nettokreditaufnahme unter 40 Milliarden Mark zu begrenzen. Nach dem vorläufigen Zeitplan soll der Etat am 7. September im Bundestag eingebracht werden. Nach der ersten Lesung im Plenum am 8. und 9. September beginnen die Beratungen im Haushaltsausschuß am 14. September und sollen am 24. November abgeschlossen werden, so daß in der Zeit vom 30. November bis 2. Dezember die Zweite und Dritte Lesung stattfinden könnten. Der Bundesrat wird sich voraussichtlich am 7. Oktober mit dem Entwurf besfassen.

ZITAT DES TAGES



„Wer ein Programm eines bedingungslosen ‚Zurück-zur-Natur' vorschlägt, bewegt sich in einem Reich der Illusion und bringt damit die Sache des Umweltschutzes nicht voran. Es sollte uns bewußt sein, daß auch der Umweltschutz die Technik braucht."

Bundespräsident Karl Carstens auf der 9. Arbeitstagung der Internationalen Arbeitsgemeinschaft der Wasserwerke im Rheineinzugsgebiet auf dem Schiff „Deutschland" in Köln. FOTO: RZEPKA

USA liefern Geschütze

dpa, Bangkok

Die USA haben ihr beschleunigtes Waffenhilfe-Programm für Thailand mit der Lieferung von acht hochmodernen schweren 15,5-Zentimeter-Geschützen fortgesetzt. Die Geschütze wurden in einer direkten Luftbrücke aus den USA nach Bangkok geschafft. Bereits am vergangenen Samstag hatten die Amerikaner Luftabwehr-Raketen für die thailändischen Streitkräfte geliefert. Die Geschütze werden vermutlich sofort an der Grenze zu Kambodscha in Stellung gebracht werden, wo seit zwei Wochen eine vietnamesische Offensive gegen kambodschanische Untergrundkämpfer im Gange ist. In der vergangenen Woche waren die Vietnamesen dabei mindestens dreimal auch auf thailändisches Gebiet vorgestoßen.

„Läden länger öffnen"

DW. Bonn

Die FDP will einen neuen Anlauf zur Durchsetzung verlängerter Ladenschlußzeiten unternehmen. Wie die FDP-Generalsekretärin Irmgard Adam-Schwaetzer in einem Interview der „Bild"-Zeitung mitteilte, soll erreicht werden, daß die Verbraucher wenigstens einmal in der Woche bis 20.00 Uhr oder 20.30 Uhr einkaufen können. Notfalls könnte man dafür den ersten verkaufsoffenen Samstag im Monat abschaffen, da er sich „ohnehin nicht bewährt" habe, sagte die Politikerin.

WIRTSCHAFT

Berlin: Firmen enttäuscht über Konjunktur '82

Wz. Berlin

Die Berliner Unternehmen sind wirtschaftlich von dem Jahr 1982 enttäuscht. Die Hoffnung auf eine konjunkturelle Trendwende habe sich nicht erfüllt, sagte Hauptgeschäftsführer Günter Braun von der Industrie- und Handelskammer. Mit einer „offensiven Strukturpolitik" und der Umsetzung der Investitionsprojekte, die auf der Berlin-Konferenz im Dezember vorigen Jahres eingeleitet wurden, hofft die Berliner Wirtschaft jedoch, das Tief überwinden zu können. Positiv wertet die Kammer, daß eigene Leistungsreserven mobilisiert wurden. Außerdem lobt sie den Senat: „Die Ausstrahlung und das Erscheinungsbild Berlins haben sich gebessert." In der Bundesrepublik habe zudem wieder eine Rückbesinnung auf den nationalen Stellenwert Berlins stattgefunden. Die Besuche von Präsident Reagan, Premierministerin Thatcher und des französischen Außenministers Cheysson hätten die internationale Position Berlins gestärkt. Zum erstenmal seit drei Jahren überträfen überdies in einer Konjunkturumfrage in Berlin die positiven Stimmen wieder die pessimistischen. Seite 11

Benzinpreise steigen

dpa/VWD, Hamburg

Nach der Deutschen Shell AG (Hamburg) will auch die Aral AG (Bochum) ab heute die Benzinpreise um drei und den Dieselpreis um zwei Pfennig je Liter bundesweit – mit Ausnahme von Autobahn-Tankstellen – anheben. Der SB-Preis für Benzin liegt bei Shell seit dem Wochenende bei 1,23 Mark, der Super-Preis bei 1,31 Mark und der Dieselpreis bei 1,21 Mark je Liter im Bundesdurchschnitt. Die anderen großen Mineralölgesellschaften wollten gestern noch abwarten. Shell wies daraufhin, daß die Preise am freien Spot-Markt in Rotterdam in den vergangenen Tagen kräftig angezogen hätten.

Kritik der Banken

dpa/VWD, Bonn

Der Bundesverband Deutscher Banken hat gestern die bisherigen Lohnabschlüsse für 1983 kritisiert. Zwar lägen die inzwischen vereinbarten Lohnerhöhungen unter denen des Vorjahres, hieß es in dem jüngsten Konjunkturbericht des Verbandes. Angesichts der schlechten Ertragslage der Wirtschaft bedeuteten sie dennoch für viele Unternehmen eine beträchtliche zusätzliche Belastung. „In der Lohnpolitik wird es in den kommenden Jahren notwendig sein, die Konsumkaufkraft weniger durch höhere Lohnsätze als durch einen Beitrag zur Ausweitung der Beschäftigung und zur Preisstabilität zu sichern", schrieb der Verband.

Bretagne liegt vorn

DW. Bonn

Die Bretagne, westlichste französische Region, wird immer mehr zur wirtschaftlichen Avantgarde Frankreichs. Und das, obwohl sie geographisch abgelegen ist und jahrhundertelang das Armenhaus der Grande Nation war. Durch die Dezentralisation und die Einbindung in den größeren europäischen Rahmen wurde die Entwicklung beflügelt. Touristisch droht die Bretagne selbst der Côte d'Azur den Rang abzulaufen. Dieser ungewöhnliche Aufschwung ist Gegenstand eines WELT-Reports. Seiten 17–21

Im Verlauf nachgebend

DW. Frankfurt

Die durch ausländische Kauforders zunächst kräftig gestiegenen Kurse gaben im Verlauf nach Gewinnmitnahmen wieder etwas nach. Der Rentenmarkt war knapp behauptet. WELT-Aktienindex 134,6 (134,3). Dollarmittelkurs 2,4203 (2,4242) Mark. Goldpreis pro Feinunze 426,75 (421,25) Dollar.

WETTER

Kühl und regnerisch

DW. Essen

Im gesamten Bundesgebiet überwiegend bewölkt mit Regenschauern, teils mit Graupeln oder Schnee vermischt. Tagestemperaturen zwischen 9 und 4 Grad.

Nahost: Mit Fahd und Hussein will Reagan weiter für den Frieden wirken

USA geben „radikalen PLO-Elementen" Schuld an dem Nein Jordaniens

TH. KIELINGER/DW. Washington

Mit einer Mischung aus Enttäuschung und trotziger Hoffnung hat US-Präsident Reagan auf den Beschluß Jordaniens reagiert, vorerst nicht in den Camp-David-Friedensprozeß einzutreten. Wie König Hussein selber, war auch die amerikanische Regierung Mitte vergangener Woche davon ausgegangen, daß der Jordanier mit PLO-Chef Arafat einen Kompromiß erreicht hätte, der Hussein die Teilnahme an den Autonomie-Gesprächen für die Palästinenser ermöglichen würde. Der Zusammenbruch dieses Kompromisses kam für Washington überraschend.

Reagan schob die Schuld daran „einigen radikalen Elementen der PLO" zu, die am Wochenende mit neuen „Veränderungswünschen" den vereinbarten Fahrplan sabotiert hätten – „Veränderungen, die unakzeptabel für König Hussein, unakzeptabel für den saudischen König Fahd und unakzeptabel für mich waren", wie Reagan sagte.

Obwohl er seine eigene Friedensinitiative vom vergangenen September nicht für erloschen erklären wollte, mußte der Präsident doch zugeben, daß der Zusammenbruch des Kompromisses zwischen Hussein und Arafat sowie die dadurch notwendig gewordene Entscheidung des Jordaniers, sich aus den Autonomie-Verhandlungen vorerst herauszuhalten, einen Rückschlag bedeutete, „ein Hindernis auf dem Wege der Friedenssuche".

Noch am Sonntag konferierte Reagan telefonisch mit Hussein

SEITE 2:
Wie der kleine König die Weltmacht verschaukelte

und König Fahd von Saudi-Arabien, um sicherzustellen, daß der Friedensprozeß jetzt nicht vollkommen entgleisen würde. „Ich habe die Zusicherungen dieser arabischen Führer, daß wir mit dem, was wir begonnen haben, fortfahren sollten", sagte der Präsident vor der Presse. „Wir sind schon sehr weit gekommen, und auch König Hussein hat Erhebliches erreicht."

Inoffiziell machten Beamte der Reagan-Regierung kein Hehl daraus, daß der optimistische Ton des Präsidenten vornehmlich als Wink an Hussein zu verstehen ist, daß man ihn von allen Vorwürfen ausnehmen und nicht noch weiter entmutigen möchte. Entmutigung aber ist das Wort, mit dem man besser die amerikanische inoffizielle Reaktion kennzeichnen könnte.

Zusätzlich zu der Abfuhr seitens der PLO hat Washington sich auch noch erneute scharfe Kritik aus Israel eingehandelt. In Jerusalem wies das israelische Kabinett am Sonntag kategorisch zurück, was das State Department in der vorigen Woche hatte durchblicken lassen: Daß man auf Israel Druck in der Siedlungsfrage ausüben werde, sobald sich Hussein den Autonomiegesprächen anschließe.

Nach der Absage aus Amman steht das State Department mit seiner gezielt ausgeteilten Indiskretion vom vergangenen Freitag blamiert da. Man hatte in letzter Minute neuen Schub und neue Motivation für Husseins erwartete Zusage beschaffen wollen und sieht sich nun von der alten Nemesis der Nahostpolitik eingeholt: arabischer Unentschlossenheit.

„Der Friedensplan ist an den Start zurückgeworfen worden, und bei Israel haben wir uns neues Miß-

● Fortsetzung Seite 10

Bahr: Nachrüstung verschieben

Um ein Jahr / „Genfer Verhandlungen dürfen nicht unter Zeitdruck geraten"

DW. Köln/Lissabon

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Egon Bahr hat erstmals öffentlich eine Verschiebung der geplanten NATO-Nachrüstung um ein Jahr empfohlen, damit die am 17. Mai beginnende nächste Verhandlungsrunde zwischen den USA und der Sowjetunion in Genf nicht unter Zeitdruck gerate. Als Voraussetzung nannte Bahr, daß in dieser Zeit „keine zusätzlichen destabilisierenden Maßnahmen erfolgen dürfen".

Der SPD-Politiker hatte seinen Vorschlag am vergangenen Wochenende auf dem Kongreß der Sozialistischen Internationale in Albufeira (Portugal) präsentiert. In einem Interview der Deutschen Welle präzisierte er seine Vorstellungen. Bahr: „Als wir den NATO-Doppelbeschluß gefaßt haben, im Dezember 1979, geschah das mit der Vorstellung und mit der Zusage, daß volle vier Jahre für die Verhandlungen zur Verfügung stehen würden, bevor technisch mit der Stationierung von amerikanischen Waffen begonnen werden kann. Wir haben heute festzustellen, daß zwei Jahre verloren worden sind, zwei Jahre, in denen überhaupt nicht verhandelt wurde, aber in denen gerüstet wurde, im Osten wie im Westen. Und das erste Jahr der Verhandlungen hat uns nicht sehr viel weitergebracht. Das heißt, wenn die nächste Runde nicht die Umrisse einer Regelung ergibt, dann kann der Augenblick kommen, in dem wir sagen, laßt uns ein zusätzliches Jahr zur Verfügung stellen, damit die Verhandlungen nicht unter Zeitdruck geraten. Das würde die Sicherheit keiner Seite beeinträchtigen."

Bahr fügte hinzu: „Wir können auf westlicher Seite ohnehin nicht sofort alles, was theoretisch denkbar ist, aufstellen, so schnell geht das nicht. Das dauert mindestens fünf bis sechs Jahre. Aber dies könnte dann ein Vorschlag sein, der der Welt Luft und Zeit verschafft." Eine Vereinbarung müßte allerdings vorsehen, daß „weder auf westlicher noch auf östlicher Seite zusätzliche Stationierungen erfolgen".

Und auf die Frage des Interviewers „Und Sie teilen nicht die Ansicht, daß jetzt bereits eine sowjetische Überlegenheit vorhanden sei, die unbedingt erst mal ausgeglichen werden müßte", antwortete der SPD-Politiker: „Eine sowjetische Überlegenheit auf dem Gebiet der Mittelstreckenwaffen hat es in den letzten 20 Jahren gegeben. Und die Abschreckung, die durch die Vereinigten Staaten garantiert wird, war immer stark genug. Wenn wir heute ein weiteres Jahr für die Verhandlungen hätten, dann wäre das für die Welt eine Erleichterung und nicht eine zusätzliche Gefahr."

Auf dem Kongreß der SI hatten sich die Delegierten für eine Zwischenlösung bei den Mittelstreckenwaffen für den Fall ausgesprochen, daß bis Ende des Jahres kein endgültiges Abkommen möglich sei. Auch in diesem Punkt bekräftigte Bahr die Forderung nach einem Verzicht auf „destabilisierende Maßnahmen". Eine Zwischenlösung dürfe keine Stationierung und keine Fortsetzung der Stationierung (auf sowjetischer Seite) mit sich bringen.

Die umstrittene Frage der Anrechenbarkeit der britischen und der französischen Atomwaffen wurde in der Resolution nicht erwähnt. Bahr bestätigte, daß die Meinungsverschiedenheiten nicht überwunden sind.

FDP fordert Vogel zur Klarstellung auf

AP, Bonn

Das Präsidium der FDP hat den Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Hans-Jochen Vogel, zu einer Stellungnahme zu unterschiedlichen außen- und sicherheitspolitischen Äußerungen aus seiner Partei aufgefordert. Nach einer Präsidiumssitzung erklärte FDP-Sprecher Herbert Schmülling gestern in Bonn, die „jüngsten Erklärungen mehrerer SPD-Politiker" machten deutlich, daß der „Generalangriff auf die Mitgliedschaft im Atlantischen Bündnis und die Bündnisverpflichtungen der Bundesrepublik in der SPD in vollem Gange" sei. Die Neutralisten in der SPD schienen die Oberhand zu gewinnen. Dies sei eine „besorgniserregende Entwicklung".

Vogel habe bis heute nicht erklärt, ob er „für oder gegen die zahllosen bündnisgefährdenden Erklärungen aus seiner Partei" sei. Offenbar sei in der SPD die Rücksicht auf die Grünen derart gewachsen, daß ein „klares Bekenntnis zu der früher gemeinsamen Plattform in der Außen- und Sicherheitspolitik" nicht mehr möglich sei, erklärte die FDP.

Ausweisung aus Frankreich: War Moskau gewarnt?

Sowjetspione auf neue Waffensysteme angesetzt

SAD/rtr/DW. Paris

Die Massenausweisung von sowjetischen Staatsbürgern aus Frankreich Anfang vergangener Woche ist für Moskau offenbar nicht überraschend gekommen. Bereits 14 Tage vor dem großen Schlag der französischen Behörden sei Moskau eine diskrete Warnung aus Paris zugegangen, daß die groß angelegten Spionageaktivitäten aufzuhören hätten, meldete das amerikanische Nachrichtenmagazin „Newsweek".

In den vergangenen sechs Monaten seien in zwölf Fällen Ostblockagenten aus Frankreich ausgewiesen worden, heißt es in dem Bericht weiter. Die Öffentlichkeit habe diese Vorgänge aber kaum beachtet.

Die 47 Sowjets waren nach diesen Informationen von ihren KGB-Auftraggebern auf die Ausspähung streng geheimer französischer Waffensysteme wie der „Exocet-Raketen" angesetzt worden, mit denen die argentinische Luftwaffe während des Falkland-Konflikts ihre Erfolge gegen die britische Marine erzielte. Die sowjetischen Spione, so „Newsweek" weiter, hätten, unterstützt von Agenten aus anderen Ostblockstaaten, ihr Interesse auf praktisch alle wichtigen Bereiche der französischen Rüstungsindustrie gerichtet. Geheimdienstkreise sind außerdem der Meinung, daß die Sowjetunion auch Kenntnisse über Atomgeheimnisse, vermutlich im Zusammenhang mit den französischen Fortschritten beim Bau einer Neutronenbombe, gesammelt habe.

Als Anzeichen dafür, daß die Sowjets mit einem massiven Gegenschlag der französischen Regierung rechneten, verwies „Newsweek" auf einen Pariser Zahnarzt, der zwei Wochen vor der Ausweisung von vier seiner Patienten, alles Sowjetdiplomaten, „panisch" bedrängt worden sei, die angefangene Behandlung so schnell wie möglich abzuschließen.

Nach der französischen Warnung kannten die Sowjets sogar die genaue Zahl ihrer „Diplomaten", die der Ausweisungsbefehl treffen würde.

KPF auf Distanz zu Mauroys Plänen

Nationalversammlung debattiert über Austerity-Politik per Dekret

A. GRAF KAGENECK, Paris

Die französische Regierung hat sich gestern von der Nationalversammlung das im Artikel 38 der Verfassung festgelegte Recht bestätigen lassen, ihr zweites Austerity-Programm während der kommenden sechs Monate durch Verordnungen (Dekrete) anzuwenden. Nach Ablauf dieser Frist muß das Parlament rückwirkend seine endgültige Zustimmung zu den Maßnahmen geben. Bis zuletzt war unklar, ob die 44köpfige kommunistische Kammerfraktion sich der Stimme enthalten oder zusammen mit den 268 sozialistischen Abgeordneten die „Habilitierung" für die Regierung votieren würde.

Die KPF hatte von der Verkündung des Programms an Protest gegen einige seiner Bestimmungen, darunter vor allem die einprozentige Sondersteuer zur Sanierung der Sozialversicherung, eingelegt und ihre Stimmabgabe von der Annahme von fünf Abänderungsanträgen abhängig gemacht. In einem dieser Anträge wird eine höhere Besteuerung der hohen Einkommen und Vermögen gefordert, in einem anderen die degressive Anwendung der einprozentigen Abgabe für alle „kleinen bis mittleren Einkommen". Premierminister Mauroy hat sich jedoch darauf nicht eingelassen; wie es heißt, weil sein Wirtschafts- und Finanzminister Delors jede Aufweichung seines Sanierungsplanes für unvereinbar mit seinem Verbleib im Kabinett erklärt hatte.

Der Chef der kommunistischen Fraktion, Lajoinie, hatte vor der Abstimmung erklärt, nicht vom Premierminister empfangen worden zu sein. Er müßte daraus die Konsequenzen ziehen. Abschwächend fügte er hinzu, es sei nicht das erste Mal, daß die Kommunisten sich der Stimme enthielten. Der Generalsekretär der kommunistischen Gewerkschaft CGT, Krasucki, hat seine Anhänger aufgefordert, „mobilisiert" zu bleiben. Das Sanierungsprogramm der Regierung sei notwendig, aber in einigen Punkten „falsch angelegt". Die Regierung „täusche sich in den Taschen, in die sie greift". Die 60 Milliarden Franc, die sie zur Sanierung der Sozialversicherung benötige, machten vier Prozent der großen Vermögen des Landes aus.

Das am 25. März verkündete Programm der dritten Regierung Mauroy zur Sanierung der Wirtschaft und Finanzen umfaßt eine einmalige zehnprozentige Zwangsabgabe aller Einkommensschichten, die im letzten Jahr mehr als 5000 Franc (1600 DM) Einkommensteuer bezahlt haben, eine Sondersteuer von einem Prozent für alle Einkommensteuerpflichtigen, die möglicherweise in den kommenden Jahren beibehalten wird, sowie scharfe Devisenrestriktionen für den Ferienverkehr, die vorläufig nur für ein Jahr gelten sollen.

DER KOMMENTAR

Destabilisierung

ENNO von LOEWENSTERN

Unter ihrem Vorsitzenden Willy Brandt und mit ihrem Abrüstungsexperten Egon Bahr hat die Sozialistische Internationale eine Resolution beschlossen, daß die USA und die UdSSR eine Zwischenlösung vereinbaren sollen, wenn sie nicht in Genf ein endgültiges Ergebnis erzielen können. Diese Zwischenlösung dürfe aber „keine destabilisierenden Maßnahmen enthalten". Das heißt, wie Egon Bahr hilfreich erläuterte, keine Stationierung auf westlicher Seite und keine Fortsetzung der Stationierung auf östlicher Seite.

Mit anderen Worten: die Sowjets brauchten nicht mehr zu verhandeln. Wenn der Westen den Traumtänzern von Albufeira folgte, hätte Moskau sein Ziel erreicht – mehr als tausend neue Mittelstreckensprengköpfe blieben auf Westeuropa gerichtet, keine einzige neue Mittelstreckenwaffe stünde dagegen. Diesen Zustand empfindet Bahr auch noch als Stabilisierung. Jedenfalls ergibt sich das aus seiner Charakterisierung auch der westlichen Nachrüstung als „Destabilisierung".

Bahr ist ein Künstler der geistig destabilisierenden Sprache, und er hat seine Zumutung so gut verpackt, wie es bei dergleichen Stückchen eben möglich ist. Dennoch hat er anscheinend selber das Gefühl, daß man diese simple Tu-nix-Lösung des Hinnehmens der sowjetischen Drohung doch nicht so verkaufen kann. Jedenfalls hat er noch den funkelnden Vorschlag angefügt, noch ein weiteres Jahr zu verhandeln, falls dieses Jahr keine Einigung herbeigeführt werden könnte. Schließlich sei zwei Jahre lang überhaupt nicht und im dritten Jahre erfolglos verhandelt worden.

Dieser Zuckerguß um die Strychninpille könnte vielleicht einigen Leuten schmecken, die eine Kapitulation per „Zwischenlösung" dieser Art nicht hinnehmen würden, aber meinen könnten: ein Jahr länger, was macht das schon? Vielleicht bringt es doch noch was. Es würde in der Tat was bringen, nämlich jene Zwischenlösung à la Bahr, die für uns die Endlösung bedeuten würde. Denn wenn einmal der Westen nachgibt, weil die Sowjets nicht nachgeben, warum sollte dann nicht ein zweites Mal nachgegeben werden? Und wieder und wieder? Bahr ist ein einfallsreicher Mann. Schade, daß er sein Talent nicht für eine bessere Sache einsetzt.

Kreisky warnte vor Anschlag auf Sartawi

AFP/rtr/cgs. Lissabon/Wien

Einen Tag nach der Ermordung des palästinensischen Politikers Issam Sartawi auf der Tagung der Sozialistischen Internationale in Albufeira hat die portugiesische Polizei gestern zwei Verdächtige verhört.

Bei dem einen handelt es sich dem Vernehmen nach um einen in Spanien arbeitenden kolumbianischen Journalisten, der im selben Hotel wie der PLO-Vertreter abgestiegen war. Der zweite soll ein 26jähriger Mann sein, der einen gefälschten Reisepaß auf den Namen Jussef al-Awat besitzt. Er habe kurz nach der Mordtat den südportugiesischen Badeort mit einem Taxi verlassen und sei später in Lissabon auf der Straße zum Flughafen festgenommen worden.

Ägypten hat den Mord an dem als gemäßigt geltenden Sartawi scharf verurteilt und als Rückschlag für den „Kampf der Palästinenser um ein Heimatland" bezeichnet. PLO-Chef Arafat beschuldigte den israelischen Geheimdienst Mossad, das Attentat eingefädelt zu haben. Zu dem Mord hatte sich die von der PLO abgespaltene radikale palästinensische Splittergruppe Abu Nidals bekannt.

Betroffenheit und Sorge herrschte auch in Wiener Regierungskreisen. Wie verlautete, waren wenige Tage vor dem Attentat in Portugal Pläne für einen Anschlag auf Bundeskanzler Kreisky bekanntgeworden. Zwischen Kreisky und dem Ermordeten bestanden offenbar enge Verbindungen. Kreisky sagte, er habe der Sozialistischen Internationale wegen der möglichen Gefährdung Sartawis abgeraten, ihre Tagung in Portugal abzuhalten.

Genscher: Weg des Friedens weitergehen

Co. Hamburg

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher hat es als notwendig bezeichnet, im Nahen Osten von den Grundsatzerklärungen herunterzukommen und Mittel und Wege zu finden, um die verschiedenen Friedensvorschläge einander anzunähern und in praktische Politik umzusetzen. „Wir setzen unsere Hoffnung darauf, daß der Schritt von der Erklärung allgemeiner Friedensbereitschaft zu konkreter Verhandlungsbereitschaft, das heißt zum Verhandlungstisch, jetzt mutig getan wird", sagte Genscher gestern bei der Eröffnung eines Symposiums des euro-arabischen Dialogs in Hamburg.

Mit tiefer Bestürzung habe die Bundesregierung von dem Mord an dem auf Ausgleich bedachten PLO-Führer Issam Sartawi Kenntnis genommen, fuhr der Minister fort. Bonn rufe trotz der schrecklichen Tat in Portugal alle Beteiligten des Nahost-Konflikts auf, den Weg des Friedens unbeirrbar weiterzugehen.

Verlauf und Ergebnis des Hamburger Symposiums werden nach den Worten Genschers den Willen der Europäer zur nachhaltigen Belebung des Dialogs mit den Arabern zeigen. „Durch eine solche Belebung lassen sich zugleich substantielle Voraussetzungen schaffen für die erfolgreiche Verwirklichung der geplanten euro-arabischen Außenministerkonferenz."

Der Bundesaußenminister bekannte sich unverändert zur europäischen Nahost-Politik, „so wie sie in der Grundsatzerklärung von Venedig ihren Niederschlag gefunden hat und seitdem fortgeschrieben worden ist".

Iran unternahm neuen Großangriff gegen Irak

Schnellstraße Basra–Bagdad ist Ziel der Winter-Offensive

rtr, Bagdad

Iran hat nach Angaben des irakischen Oberkommandos in dem seit zweieinhalb Jahren anhaltenden Golf-Krieg einen neuen Großangriff begonnen.

Das Oberkommando teilte gestern mit, die Iraner hätten auf einem 30 Kilometer breiten Frontabschnitt an der Südostgrenze (Provinz Misan) angegriffen, seien aber von den irakischen Streitkräften abgewiesen worden. Gestern morgen habe es nur noch Kämpfe an einem zehn Kilometer breiten Abschnitt gegeben.

Nach Angaben des irakischen Oberkommandos wurden bei den Gefechten im Gebiet zwischen den Grenzdörfern Al-Eila und Zubeidat 300 Iraner gefangengenommen. Die Militärführung in Bagdad gab sich zuversichtlich, daß auch dieser neuerliche iranische Angriff scheitern werde.

Die neue Runde der Kämpfe hatte im Februar begonnen und war von Iran als Schlußoffensive des Krieges angekündigt worden. Das irakische Oberkommando hatte als Ziel der Winteroffensive die Schnellstraße Basra–Bagdad ausgemacht. Sie führt durch die Hauptstadt der Provinz Misan, Amara. Bei den Gefechten zum Auftakt der Offensive waren nach irakischen Angaben 15 000 Iraner gefallen.

Rundfunk und Fernsehen Iraks sendeten seit den frühen Morgenstunden des Montag Marschmusik und patriotische Gesänge. Das Fernsehen hatte seine Sendungen um mehrere Stunden vorverlegt, um die Nachrichten von dem neuen iranischen Angriff zu bringen.

Die amtliche iranische Nachrichtenagentur berichtete lediglich von Gefechten nordwestlich der Hauptstadt der Ölprovinz Khuzestan, Ahwaz. Dabei seien dem Feind schwere Verluste zugefügt worden. Die irakischen Truppen seien in einigen Abschnitten auf dem Rückzug.

Iraks Präsident Saddam Hussein hatte seine Armee vermutlich zu dem Zweck nach Iran geschickt, um die Kontrolle über den Wasserweg Shatt-el Arab zu gewinnen. Statt, wie erhofft, einen raschen Sieg zu erringen, kämpft die 300 000 Mann starke irakische Armee jetzt vorwiegend einen Verteidigungskrieg und sucht nach einem ehrenvollen Ausweg.

Heute in der WELT

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Kronawitter mit Garnierung

Von Peter Schmalz

Im Ruhrgebiet wird die SPD demnächst offiziell darüber nachzudenken beginnen, wieso ihr die Arbeitnehmer am letzten Wahltag weggelaufen sind. Hat die Münchner SPD womöglich schon die Handschrift an der Wand gedeutet? Sie hat jenen Georg Kronawitter zum Oberbürgermeister-Kandidaten berufen, mit dem die Partei schon einmal Erfolg hatte, bis sie ihn dann als „nicht mehr vermittelbar" wegschob – weil der Unterbezirk München die Zeit für gekommen hielt, dem gehorsamen Münchner Wähler ungetarnt linke Politiker vorsetzen zu können.

Seither hat die Stadt einen CSU-Oberbürgermeister. Nun hat die SPD scheinbar das natürlichste von der Welt getan, als sie (wieder) den Kandidaten benannte, mit dem sie die größte Erfolgschance hat. Ob sie freilich mit Kronawitter glücklich wird, muß sich erst noch zeigen. „Ich gebe meine Meinung nicht am Garderobenständer ab", hatte der einst wackere Kronawitter vor fünf Jahren gesagt. Seither zehrt er in der Münchner Bevölkerung von dem Ruf, lieber das Amt als die Gesinnung geopfert zu haben.

Aber die Münchner Wähler werden bei der Kommunalwahl im nächsten März auf der Hut sein müssen. Denn Kronawitter mußte seine Nominierung politisch teuer erkaufen. Der starke Mann hinter ihm heißt Klaus Hahnzog, ein strammer Linker, der die kommunalpolitischen Leitlinien verfaßte, an die ein SPD-Oberbürgermeister gebunden wäre.

Wie aber wollte Kronawitter den Bürgern erklären, daß er den Vertrag über den Bau des Kernkraftwerks Ohu II annullieren muß, der doch seine Unterschrift trägt? Wie will er begründen, daß städtische Beamte bis auf wenige Ausnahmen nicht mehr auf ihre Verfassungstreue überprüft werden sollen, wo er doch als Oberbürgermeister zwischen 1972 und 1978 vehement gegen Verfassungsfeinde gekämpft hat?

Kronawitter wird den Verdacht widerlegen müssen, daß er auf lokaler Ebene die Rolle eines Helmut Schmidt spielen muß: mit der Partei in wesentlichen Punkten nicht einig, ihr aber als wählerwirksame Galionsfigur unentbehrlich.

Weltbank und Weltpolitik

Von Claus Dertinger

Die Weltbank, jene von 144 Ländern getragene multinationale Institution, die Entwicklungsprojekte in aller Welt finanziert, droht politisiert zu werden. US-Präsident Reagan sperrt sich dagegen, daß die Weltbank ihrem kommunistisch regierten Mitgliedsland Ungarn einen 200-Millionen-Dollar-Kredit gibt. Die Washingtoner Administration will Ostblockländer aus politischen Gründen finanziell nicht unterstützen.

Das Übertragen derartiger amerikanischer Grundsätze auf die Weltbank wäre jedoch ein eindeutiger Verstoß gegen die Statuten der Bank, die bei der Kreditgewährung lediglich wirtschaftliche Kriterien im Auge haben darf, aber nicht politische. Die Qualität der Weltbank würde eine andere, wenn sie dem Drängen der Amerikaner nachgäbe. Damit würde ein Präjudiz geschaffen, das die Weltbank zu einem Hilfsorgan amerikanischer Außenpolitik auch in anderen Teilen der Welt machte.

Wehret den Anfängen, kann man hier nur sagen. Denn die Effizienz der internationalen Entwicklungsbank, auf die viele Länder der Dritten Welt angewiesen sind, würde unweigerlich Schaden nehmen, und das schließlich auch zum Nachteil der hochindustrialisierten Staaten. Gerade die unpolitische Arbeitsweise der Weltbank ist ein großer Pluspunkt im Nord-Süd-Dialog.

Der Streit zwischen Präsident Reagan und dem Weltbankpräsidenten Clausen darüber, ob Ungarn überhaupt anspruchsberechtigt ist und ob Budapest die Weltbankmanager bei der Aufnahme in die Organisation hinters Licht geführt hat, erscheint wie ein vordergründiges Scharmützel. In Wirklichkeit geht es um amerikanische Politik.

Bei allem Verständnis für Washingtoner Wünsche sollten gerade die befreundeten westlichen Staaten den Amerikanern klarzumachen versuchen, daß sie hier ihre Kompetenzen als Führungsmacht der westlichen Welt überschreiten.

Gedämpft in Albufeira

Von Jürgen Liminski

Der 16. Kongreß der Sozialistischen Internationale im portugiesischen Albufeira glich einer Gesellschaft enttäuschter Sterngucker – nur die Schüsse in der Hotelhalle holten die eifrig diskutierenden Utopisten vorzeitig vor dem Ende der Tagung auf den Boden der Wirklichkeit zurück. Bis dahin war von der Zauberkraft menschlicher Solidarität viel die Rede und von den ungeahnten Möglichkeiten, die eine Reduzierung aller Verteidigungsetats dieser Welt für den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit eröffnen würde.

Freilich, der interne Dissens über Nicaragua dauert fort, die Diskussion um atomwaffenfreie Zonen von Portugal bis Polen hat durch die Enthüllungen über die Bahr-Palme-Connection einen spürbaren Dämpfer bekommen, die Machenschaften des KGB-Staats von Rom bis Paris haben die Sozialdemokraten mit etwas Sinn für die Zusammenhänge zwischen Macht und Sicherheit in Verlegenheit gebracht.

Der wieder weltweit installierte Primat des Ost-West-Gegensatzes ist für diese Sozialisten um so peinlicher, als die wirtschaftlichen Nöte in den jetzt von ihnen regierten Ländern eher schlimmer geworden sind. Vielleicht liegt es gerade an dem Seitenblick sozialistischer Regierungschefs auf ein wirtschaftlich hoffnungsfroheres Amerika, daß der Ton gegenüber Washington für SI-Verhältnisse insgesamt sogar als gemäßigt bezeichnet werden kann. Die Lateiner, Franzosen, Spanier und Italiener voran, aber auch der Portugiese Soares, pflegten in der Tat eine auffallende Interessengleichheit, deren Tonlage von dem der Nordlichter wie Foot und Palme wohltuend abstach. Bei so viel Umstand und Dissens blieb für den gemeinsamen Nenner tatsächlich nur der Blick ins All der Wünsche.



Auslaufendes Modell

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Stimmung auf der Messe

Von Gerd Brüggemann

Die Messe in Hannover, Deutschlands große Industrieschau, die heute abend von Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff eröffnet wird und von morgen an bis Donnerstag kommender Woche den Hunderttausenden Besuchern aus dem In- und Ausland den Leistungsstand der Wirtschaft präsentiert, darf in diesem Jahr auf noch mehr Aufmerksamkeit rechnen, als sie ohnehin auf sich zieht. Die nationale und internationale Öffentlichkeit erwarten von der Veranstaltung wichtige Aufschlüsse über den weiteren Gang der Konjunktur in der Bundesrepublik.

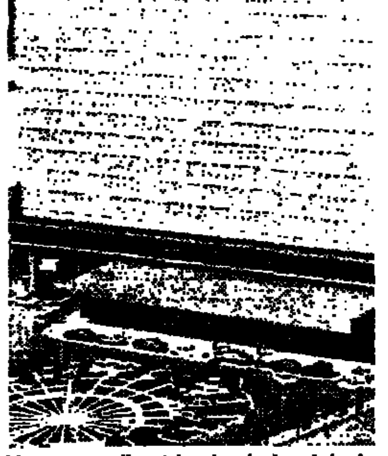
Das ist nun allerdings etwas viel verlangt, denn eine Messe, selbst eine so bedeutende wie die in Hannover, kann solche Erwartungen nicht erfüllen. Sie ist bestenfalls ein Stimmungsbarometer, an dem sich ablesen läßt, mit welchen Hoffnungen oder Befürchtungen die Unternehmen die Wirtschaftslage ansehen. Freilich ist die Stimmung in der Wirtschaft gut, so gut wie schon lange nicht mehr. Ist sie auch gerechtfertigt? Der Vorstand der Deutschen Bank sah sich jüngst zu der Anmerkung veranlaßt, die Stimmung sei besser als die Lage.

Tatsächlich gibt es hinreichend viele Gründe, etwas zuversichtlicher in die wirtschaftliche Zukunft zu sehen als etwa noch vor einem Jahr. Zahlreiche Daten, die für die Entscheidungen der Unternehmer von Belang sind, haben sich deutlich gebessert. Die Bundesrepublik hat, wie Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl es formulierte, den Anpassungsprozeß an den letzten Ölpreisschock abgeschlossen *und damit offenbar den langen* Weg auf der Talsohle der Rezession hinter sich gebracht. Selbst zurückhaltende Experten rechnen nicht mehr mit einem Schrumpfungsprozeß der Gesamtwirtschaft. Eine Wachstumsrate zwischen null und einem Prozent scheint erreichbar zu sein.

Das ist nicht viel, und das wenige ist auch noch gefährdet. Vor allem die weltweite Neigung zum Protektionismus, wie sie in politischen Maßnahmen der USA und Frankreichs sichtbar wird, ist für die deutsche Wirtschaft, die einen erheblichen Teil ihrer Produktion auf Auslandsmärkten absetzt, bedrohlich. Dies wird in Hannover eine wichtige Rolle spielen, denn die Messe ist ja vorrangig eine Exportmesse. Hinzu kommen zahlreiche Strukturprobleme, die die Wirtschaft belasten, wie in diesen Wochen an der Schiffbaukrise deutlich wurde. Und es stimmt wenig hoffnungsfroh, wenn man sieht, wie sich gewisse unsägliche Provinzpolitiker dabei nicht mehr sach-, sondern nun noch mediengerecht verhalten wollen oder können. Die Entwicklung am Arbeitsmarkt bleibt bedrückend, auch wenn der Bundeswirtschaftsminister jetzt die Ansicht vertrat, der Trend zu stetig weiter steigenden Erwerbslosenziffern könne im Laufe des Sommers zum Stillstand kommen.

Bei sachlicher Bilanzierung der positiven und negativen Faktoren ergibt sich gewiß Anlaß zur Zuversicht vor allem vor dem trostlosen Hintergrund der vergangenen Jahre, keinesfalls aber rechtfertigt sie das Stimmungshoch der Unternehmen. Und in der Tat hat es auch bedingt und nur am Rande mit der Veränderung des wirtschaftlichen Datenrahmens zu tun. Es wird beinahe ausschließlich gespeist von dem Wahlergebnis am 6. März. Der Optimismus und die Aufbruchstimmung der Koalitionsparteien haben Bürger und Wirtschaft davon überzeugt, daß es wieder aufwärtsgehen kann, daß vor allem die deutsche Spielart einer Politik, die hierzulande nicht ganz so offensichtlich Schiffbruch erlitten hat wie jetzt in Frankreich, zu Ende ist.

Was einst mit einer Reformeuphorie ohnegleichen begann, endete mit unordentlichen Finanzen und tiefer Hoffnungslosigkeit der Bürger. Die Resignation der Wirtschaft war offenkundig. Sie war wesentlich darin begründet, daß niemand den Sozialdemokraten zutraute, ihre verfehlte Wirtschafts- und Sozialpolitik zu korrigieren, nicht einmal sie selbst.



Vertrauen liegt in der Luft, nicht in den Zahlen: Hannover-Messe

FOTO: DPA

Der Wahlsieg der Koalition kam zustande, weil die Wähler bei ihnen jene Kompetenz vermuten, die wirtschaftliche Dynamik freisetzt, Leistungswillen fördert, neue Strukturen schafft statt veraltete zu erhalten, kurzum, die deutsche Wirtschaft fit macht für den Wettbewerb der achtziger und neunziger Jahre. Zu diesem Zweck muß die freie und soziale Marktwirtschaft, deren Teilnehmer viel zu lange einer unerträglichen Belastungsprobe ausgesetzt waren, wieder zum Funktionieren gebracht werden. Das kann und wird nicht ohne Friktionen gehen. Der politische und mediale Gegendruck wird sehr stark sein. Aber ohne eine Rückkehr zum Markt wird es keine Lösungen geben, jedenfalls keine, die den Wohlstand der Bürger erhalten und mehren, und so Spielraum schaffen für eine Verringerung der Arbeitslosigkeit und eine Grundlage für ein finanzierbares und funktionsfähiges soziales Netz.

Die Stimmung in der Wirtschaft, für die eine hohe Zahl von Nachmeldungen zur Industrieschau in Hannover ein Anzeichen ist, mag den wirtschaftlichen Fakten etwas vorauseilen; dennoch ist sie für die Beurteilung der wirtschaftlichen Zukunft der Bundesrepublik beinahe noch wichtiger als eine positive Veränderung der Daten. Sie *ist aber auch ein großer Vertrau*ensvorschuß für die Regierung und kann sich schnell wieder ändern, wenn er nicht gerechtfertigt wird.

Die Regierungserklärung, von der Auskunft über die Absichten der Politik erwartet werden dürfen, steht aber erst Anfang Mai ins Haus. Die in Hannover in so großer Zahl versammelten Unternehmer müssen sich deswegen gedulden und einmal mehr dem Bundeswirtschaftsminister zuhören, der ihnen sicher eine Rede halten wird, die ihnen angenehm in den Ohren klingt. Aber solche Reden hielt Lambsdorff auch schon, als er noch unter einem sozialdemokratischen Kanzler diente.

IM GESPRÄCH Jean-Claude Gaudin

Das Wunder von Marseille

Von August Graf Kageneck

Französische Intellektuelle am Rande des Ententeichs der Politik beklagen oft den Umstand, daß sich auf seiten der augenblicklichen Opposition hinter den drei Koryphäen Giscard, Barre und Chirac (die Sozialisten nennen sie die drei Reiter der Apokalypse) niemand abzeichnet, der bei der großen Ablösung in drei Jahren (nach den nächsten Parlamentswahlen) etwas ganz Neues, über *die alten abgedroschenen Formen* Hinausgehendes machen, der konservativ-liberalen Politik einer erneuerten Rechten einen attraktiveren Anspruch geben könnte. Man möchte ihnen, falls sie nicht mittlerweile selbst darauf gekommen sind, einen empfehlen: Jean-Claude Gaudin, den 44jährigen Fraktionschef der „Giscardisten" in der Pariser Kammer.



Kommender Mann der Giscard-Union: Gaudin FOTO: DPA

Der „Figaro" nannte den Maurersohn aus Marseille dieser Tage „den Mann, der aufsteigt". In der Tat sieht man ihn förmlich in der Gondel einer Montgolfiere sitzen und sich lächelnd über die Niederungen der Tagespolitik in die blauen Frühlingslüfte tragen lassen. Alles scheint diesem hochgewachsenen, heiteren, die Politik jedoch offensichtlich ernstnehmenden, ehrgeizigen und intelligenten Mann auf Anhieb zu gelingen. Um ein Haar hätte er eines der markantesten Fossilien der französischen Politik, den Sozialisten Gaston Defferre, vom Sockel gestoßen. Bei den Gemeinderatswahlen in Marseille unterlag er dem jahrzehntelangen Oberhaupt der Phönizierstadt – so heißt Marseille in Frankreich, weil man vermutet, daß vor den geschichtlich nachgewiesenen griechischen Gründern aus Phokaia schon eine phönizische Siedlung an dieser Stelle stand – nur um ein paar Stimmen. Und selbst da gibt es Zweifel; vielleicht hat er tatsächlich sogar gewonnen – oder hätte gewonnen, wenn es dort einmal ausnahmsweise mit rechten Dingen zugegangen wäre. Seine schlagfertige Art, sein unverkennbar singender Akzent des Mediterraniers hatten ihm die Herzen der Marseiller im Sturm zufliegen lassen, so sehr, daß Defferre sich schon geschlagen gab, ehe die Wahllokale öffneten.

Jean-Claude Gaudin hat seine Niederlage in der Gewißheit akzeptiert, daß sein eigentliches Rendezvous mit der Macht noch vor ihm liegt. Ursprünglich einmal mit einem Defferre-Ticket zum Stadtrat von Marseille gewählt, machte er einen brillanten Einstieg in die große Politik 1978, als er, inzwischen zu Giscards jugendlich modernem Liberalismus bekehrt, in den Parlamentswahlen den sozialistischen Lokalmatador Emile Loo, einen Freund Defferres und Mitterrands, schlug. Er wurde im zweiten Wahlgang mit 54 Prozent der Stimmen zum Deputierten des Wahlkreises Marseille II. gewählt. 1981 behauptete er seinen Sitz. Inzwischen war er zum Vorsitzenden der Republikanischen Partei, der eigentlichen Giscard-Partei, avanciert. Heute leitet er die Fraktion der Zentrumsformation UDF (Union für die französische Demokratie) in der Nationalversammlung, und seine wortgewaltige, von südlichem Feuer durchglühte Rede ist gefürchtet.

Der Professor für Geschichte könnte der Mann sein, der 1988, wenn es um Frankreichs nächsten Präsidenten geht, das Lager der Opposition anführt. Er besitzt das unerklärliche Charisma des strahlenden Siegers. Seinem Konkurrenten Chirac hat er voraus, daß seine Ambition von südländischer Bonhomie gemildert wird. Aus seinen Reden läßt sich jene Philosophie eines sozial-orientierten Liberalismus heraushören, der das wachsende Heer der „Enttäuschten des Sozialismus" bewegen könnte.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

KURIER

Die Wiener Zeitung schreibt zum Mord an dem gemäßigten PLO-Führer Sartawi:

Issam Sartawi war in so vielem eine Symbolfigur für das palästinensische Drama. Ein Nationalist und Araber, der zuletzt weder in seine Heimat (im heutigen Israel) fahren konnte, noch anderswo im Orient eine sichere Heimat gefunden hat. Und er war in vielem so anders als jene, die sich als Führer der Palästinenser präsentieren. Er war mutiger und aktiver auf seiner Suche nach dem Dialog mit Israel. Und unerschrockener in seiner Kritik an Falschheit und Brutalität im eigenen Lager. „Realitätsferne Politiker enden stets als Verlierer" sagte Sartawi einmal und lebte deshalb ganz für die Praxis. Er baute Brücken auf und Mißverständnisse ab. Daß Friedens-Praktiker in Nahost stets als Tote enden – diese Lektion hat ihn nie geschreckt. *Nur der Mord konnte ihn zum* Schweigen bringen. Sartawis Tod öffnet auch Außenstehenden einen Einblick in diese furchtbare nahöstliche Realität. Daß Israelis und Araber seinen Tod als verzweifelte Mahnung zur Aussöhnung verstehen könnten – das bleibt wohl eine Illusion. In Wahrheit werden sie auch diesen Mord nur dazu benutzen, um ihre eigene Unerbittlichkeit neu zu legitimieren. Denn die Mörder sind stets die jeweils anderen. Das ist die Tragödie nach der Tragödie.

The Daily Telegraph

Die Londoner Zeitung stellt zur Krise in Mittelamerika fest:

Nachdem sie zuvor eine Verwicklung in den Aufstand in El Salvador bestritten hat, rühmt sich die nicaraguanische Führung jetzt deren ... Wenn sie dabei Erfolg hat, werden die Sowjets in einer Lage sein, Unterseeboot-, Marine- und Raketenstützpunkte im Golf von Mexiko und im Pazifik zu errichten. Das würde größere Veränderungen in der Stationierung der Luft-, See- und Landstreitkräfte der Vereinigten Staaten nach sich ziehen ... Keiner, der dem westlichen Bündnis eine Rolle zubilligt, kann neutral sein, selbst wenn das Schlachtfeld weit entfernt ist und einige unserer neuen Verbündeten moralisch nicht besser sind als jene, die zu gewinnen wir im Zweiten Weltkrieg froh waren.

Mannheimer MORGEN

Das Blatt befaßt sich mit der Ölpest im Persischen Golf:

Die Folgen sind nicht mehr zu übersehen. Alles Leben droht zu ersticken. Und das gilt nicht nur für die Meeresfauna. Lähmt der alles verkleisternde Ölteppich erst die Meerwasser-Entsalzungsanlage entlang der Küste, so bricht die Frischwasserversorgung für rund zehn Millionen Menschen zusammen ... Indessen durchtobt kein Aufschrei die UNO, kein internationales Gremium schlägt lautstark Alarm, keine der Großmächte erzwingt eine Feuerpause, um wenigstens ein Abdichten der defekten Leitungen zu ermöglichen. Im Schneckentempo werden lahme Verhandlungen geführt, während die ersten Anrainer den Notstand ausrufen. Es bedarf kaum noch der Schreckensbilder einer in einem Atomkrieg berstenden Erde. Auch so wird sie durch menschliche Dummheit Stück um Stück unaufhaltsam zerstört.

Wie der kleine König die Weltmacht verschaukelte

Durch den Mord an Sartawi mag Hussein sich erneut bestätigt fühlen / Von Peter M. Ranke

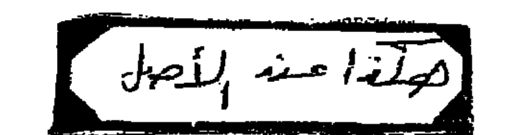
König Hussein von Jordanien hat mit dem Reagan-Plan und den USA ein geschicktes, aber auch doppelzüngiges Spiel getrieben. Vor allem die Bedingung, die PLO müsse ihn zu Verhandlungen mit Amerika und Israel ermächtigen und einer gemeinsamen Delegation zustimmen, brachte dem König die erwartete und erhoffte Ablehnung ein. Jetzt sind die „radikalen Kräfte" innerhalb der PLO und nicht Hussein für das Scheitern des Reagan-Planes verantwortlich. Das Spiel mit Washington kann fortgesetzt werden.

Berichte aus Kuwait besagen, PLO-Chef Arafat habe dem König gegenüber eine gemeinsame Prinzipienerklärung abgelehnt; vielmehr die bekannten Forderungen nach einem unabhängigen Palästinenserstaat gestellt und die Alleinvertretung der PLO betont. Jedenfalls hat Präsident Reagan von Forderungen gesprochen, die unannehmbar seien. Diese Forderungen oder Bedingungen hatte die PLO schon auf ihrem Kongreß in Algier im Februar formuliert, so daß König Hussein darauf vorbereitet war. Er selber hat an der Spitze arabischer Delegationen in Moskau, in Peking und zuletzt in London diese Bedingungen der PLO für einen eigenen Staat mit Jerusalem als Hauptstadt und einen Abzug der Israelis aus allen besetzten Gebieten vertreten – und nicht etwa Reagans Plan.

Sieben Monate ließ der König die amerikanische Weltmacht über seine Entscheidung im ungewissen, manövrierte mit der PLO und den Saudis und verknüpfte eigene Bedingungen wie einen Truppenabzug der Israelis aus Libanon [illegible] stopp zum Fangnetz für die amerikanische Nahostpolitik. Jetzt kann sich Hussein sogar bestätigen, daß er das gleiche Schicksal wie Sartawi erlitten hätte, wenn er für Frieden und Ausgleich mit Israel nach dem Reagan-Plan eingetreten wäre. Oder die verfeindeten Syrer an der Nordgrenze Jordaniens hätten dem König so viele Ungelegenheiten zu Hause bereitet, nachdem sie schon einmal 1981 ein Mordkommando auf seinen Premierminister Badran angesetzt hatten, daß Husseins Thron ins Wanken gekommen wäre. Nein, der Haschemiten-König will seit 1967, seit dem Verlust des Jordan-Westufers, nicht wirklich verhandeln. Er wagt es nicht, er muß zu viele Rücksichten auf die arabischen Brüder nehmen. Er will auch keinen PLO-*Staat zum Nachbarn, er will im* [illegible] ...ten Frieden mit Israel leben. Die Tore nach Jerusalem standen ihm immer offen.

Hussein ist wie die USA und Westeuropa mit dem dauernden Nein der Palästinenser konfrontiert, die seit Israels Staatsgründung 1948 das „Alles-oder-nichts" und nie die Aussöhnung gepredigt haben. Dabei verloren sie alles, den von der UNO angetragenen Staat, Jerusalem und das Westufer. Ob Revolutionsfunktionäre wie Arafat und Habasch sich in einem eigenen Staat bewähren würden, bleibe dahingestellt, denn mit Bankkonten und hohen Gehältern der Saudis, der Syrer oder Libyer leben sie heute besser und bequemer. Verraten sind wieder einmal die kleinen Leute.

König Hussein hat seine letzte Chance, in eine Regelung des Nahost-Konflikts gestaltend einzugreifen und an ihr mitzuwirken, in jenen Tagen 1978 verspielt, als er Camp David und damit den Friedensschluß Israels und Ägyptens ablehnte – weil er sich nicht entscheiden konnte. Seit dem 1. September 1982 nun, als Reagan seine Vorschläge bekanntgab, ist viel geschehen. Beschir Gemayel, der damals Libanons Präsident werden sollte, lebt nicht mehr. Die Genugtuung über den Abzug der geschlagenen PLO und der Syrer aus West-Beirut ist verflogen, die Terroristen kehren zögernd zurück oder stehen weiter in Libanon. Moskau ist in Nahost wieder äußerst aktiv und verlangt Mitsprache. Über den israelischen Abzug aus Libanon wird nur schleppend verhandelt. Mit einem Ja damals im September hätte König Hussein den Entwicklungen einen neuen Anstoß geben und eine neue Richtung für eine Friedenslösung weisen können. Aber er stellte sich nicht.



Mit wachsender Ungeduld warten vor allem die von der Ölpest bedrohten arabischen Golf-Anrainer auf eine Waffenpause zwischen Iran und Irak. Statt dessen wurden gestern neue Kampfhandlungen gemeldet. Aus den bombardierten Öl-Förderanlagen von Kharg sprudeln weiter Tag für Tag riesige Mengen an Erdöl, die den gesamten Golf zu verseuchen drohen. Nie wurde die Windrichtung hier mit solcher Angst verfolgt. Der Ölteppich hat Bahrein erreicht.



Sisyphus bei der Arbeit: Bahreinische Soldaten nehmen angeschwemmtes Öl mit Spaten in Empfang FOTO: AP

Kompanien kämpfen um Sitra

Von RAINER von HOLST

Im Gesundheitsministerium in Manama herrscht Krisenstimmung. Bahreins Gesundheitsminister Ali Fakhro läßt sich jede halbe Stunde über die Lage an der „Front" informieren. „Wir führen hier Krieg", sagt er. Sein Gesicht ist sorgenvoll: „Wir führen Krieg gegen einen Gegner, der stärker ist als wir, das Öl."

Die „Front" liegt nördlich vom Bahreiner Flughafen, auf der Insel Muharaq. Ein starker Nordostwind treibt in den letzten zwei Tagen den Ölteppich auf die Küsten Bahreins zu, nachdem sich am vergangenen Freitag und Samstag bei südlichen Winden die Lage etwas entspannt hatte. Die Schonzeit ist vorbei, das Öl hat die Küste erreicht.

Die Lage wird in den zuständigen Ministerien realistisch eingeschätzt: hoffnungslos. Mehrere hundert Arbeiter versuchen an der Nordküste Muharaqs einen V-förmigen Schutzwall zu bauen. „Nur so können wir die Hafenanlagen retten", sagt Walter Vreeland, der aus den Vereinigten Staaten eingeflogen wurde. Vreeland ist Experte bei der Bekämpfung von Ölunglücken.

Die wertvollen Entsalzungsanlagen von Sitra, rund 20 Kilometer südlich der Hauptstadt Manama, sind dem Öl völlig schutzlos ausgeliefert. Dort stehen mehrere Kompanien bahreinischer Soldaten, um den Strand und die wertvollen Anlagen sofort vom Öl zu säubern. Es ist wie der Kampf Davids gegen Goliath, nur sieht alles danach aus, daß David diesmal keine Schleuder dabei hat.

Wenn Sitra zusammenbricht, gibt es auf Bahrein kaum noch Wasser. Mehr als 90 Prozent des gesamten Wasserbedarfs der 240 000 Bewohner Bahreins wird durch Sitra gewährleistet. Eigene Quellen hat die Insel kaum. Vor Muharaq gibt es bei einigen flachen Stellen im Meer ergiebige Süßwasserquellen, die bei Ebbe zugänglich sind. Das Öl wird wahrscheinlich auch sie vernichten, genauso wie die ergiebigen Fischereigründe rund um die Insel. Zum ersten Mal seit der letzten Ölverschmutzung vor vier Jahren sind die Fischer am Sonntag nicht auf den Golf hinausgefahren.

Der 61jährige Fischer Amir: „Es hat keinen Sinn mehr. Schon in den letzten Tagen war unser Fang schlecht. Sie müssen wissen, daß wir hier Süßwasserfische fangen. Die brauchen sehr viel Sauerstoff. Als wir in der vergangenen Woche unsere Fänge sahen, wußten wir, daß die Ölpest uns diesmal nicht verschont."

Auf dem Fischmarkt in den riesigen Markthallen von Manama versuchen die Fischer ihre Fänge umsonst an den Mann zu bringen. Amir hat einen Stein in der Hand und scheuert die Schuppen des Fisches ab, den er am Vortag gefangen hat. Ein schwerer Geruch liegt über der Markthalle. Die Fische sind alle nicht mehr frisch. Ein paar haben eine Tiefkühltruhe neben ihrem Stand. Aber die Bestände sind stark zurückgegangen. Fisch ist auf Bahrein eines der Hauptnahrungsmittel. Seit der ersten Ölanschwemmung vor wenigen Tagen kaufen immer weniger Frauen Meeresfrüchte. Amir: „Sie haben alle Angst vor dem Öl."

In Manama haben sich bereits Wasserzuteiler, die für jeden Kanister rund sechs Mark kassieren, auf ein Geschäft eingestellt. Sie werden ein paar Tage lang gutes Geld verdienen, dann bekommen auch sie auf dem freien Markt kein Wasser mehr. Das jedenfalls sieht der nationale Notstandsplan vor. Die Meeresentsalzungsanlagen können das Öl nicht vom Salzwasser trennen. Und weil das Rohöl unter der Wasseroberfläche liegt – weil es schwerer ist als Wasser – kann auch hochwertige Technik gegen das „schwarze Gold" nichts ausrichten. Sollte die Entsalzungsanlage von Sitra ausfallen, wird das Wasser überall rationiert werden. Dann, das ist der geheime Plan, wird pro Kopf pro Tag nur noch rund ein Liter Wasser ausgegeben – und das bei Temperaturen um 30 Grad im Schatten.

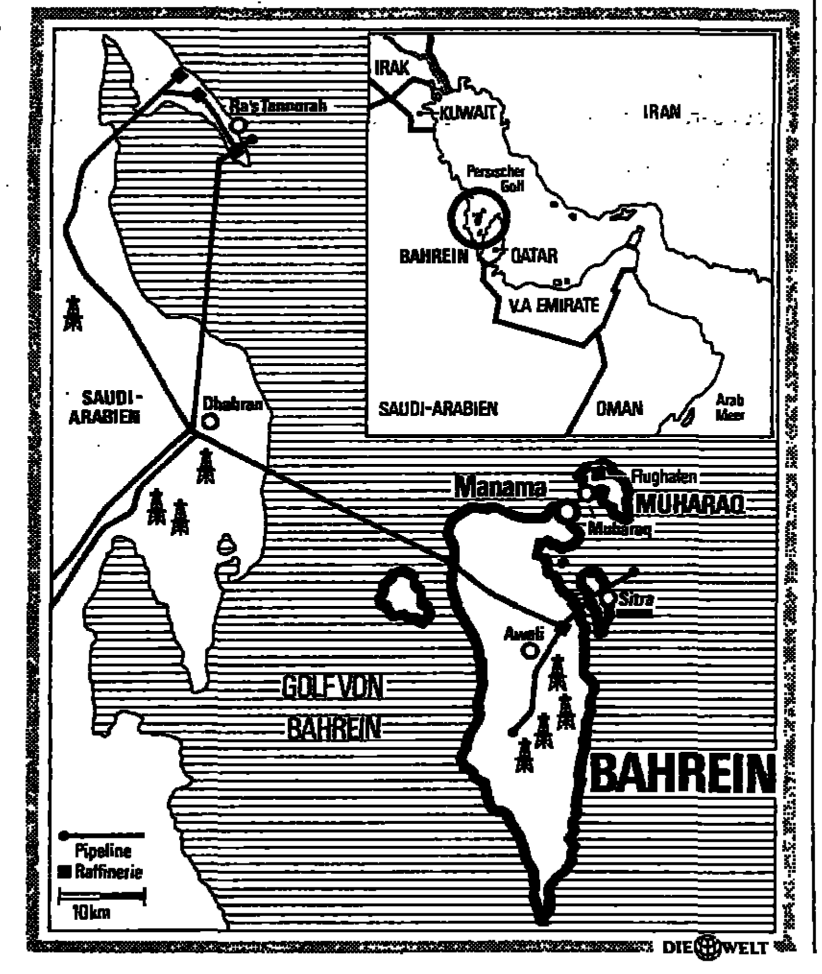
Die Urlaubsorte Bahreins, fast alle an der Ostküste, erleben in diesem Jahr ein Fiasko. Auch die Menschen des zweitreichsten Landes der Erde (gerechnet nach dem Pro-Kopf-Einkommen) wollen nicht mehr an die Strände, die ölverseucht sind, wollen nicht mehr *in ein Wasser, das überall schwarz* ist.

Nur noch die Westküste ist weitestgehend vom Öl verschont geblieben. Dort zeigt sich jeden Tag um 15 Uhr Premierminister Scheich Khalifa bin Salman Al-Khalifa. Er wohnt in West-Rifaa und besucht stets den Strand, der nur Europäern zugänglich ist. Wagte der Scheich früher jeden Tag den Sprung in den warmen Golf, zeigt er sich seit mehr als einer Woche zurückhaltend. Man hat ihn seither nicht mehr dort schwimmen gesehen. Das Staatsoberhaupt zieht das Bad in seiner Villa vor. Dort verfügt er nicht nur über eine Trinkwasser-Aufbereitungsanlage, sondern auch über einen gigantischen Swimmingpool.

In Sichtweite entstehen zwei riesige Wassertürme. Deutsche Techniker sollten ein Konzept für die Sicherung der Wasserversorgung umsetzen. Montagemeister Edi Engels aus Eschweiler: „Unsere beiden Wassertürme mit einem Fassungsvermögen von jeweils 4550 Kubikmetern sollten die Wasserversorgung sichern und das alte System verdrängen. Jetzt ist natürlich alles offen; wo keiner weiß, woher das Wasser in Zukunft kommen soll."

Bahrein ist als bisher einziger Anrainer-Staat von dem auslaufenden Öl betroffen. Meldungen, daß auch Saudi-Arabien schon von der Ölpest befallen sein könnte, haben sich bislang noch nicht bestätigt. In Qatar wurde dementiert, daß dort ebenfalls bereits Öl angeschwemmt worden sei. Eines indes scheint sicher: Die anhaltenden Südwinde der vergangenen Woche haben der iranischen Küste die größte Ölpest ihrer Geschichte beschert. Walter Vreeland: „Es ist nur schade, daß wir nicht mal eben rüberfliegen können, um uns die Bescherung anzuschauen. Iranische Aufklärer überwachen die gesamte Küste."

Von der Nasa verlautete inzwischen, Challenger habe hervorragende Fotos vom Ölteppich mitgebracht. Die bahreinische Regierung sprach deshalb in Washington vor, um anhand der Fotos das gesamte Ausmaß der Umweltkatastrophe besser beurteilen zu können. Wie aus dem Bahreiner Informationsministerium verlautete, haben die Amerikaner mitgeteilt, die Fotos stammten aus der vergangenen Woche und würden das Ausmaß der Verseuchung nicht zeigen können. Die Fotos zeigten nur einen kleinen Teil des Ölteppichs. Das aber glaubt in Bahrein keiner, hier ist man Pessimist geworden.



Langsam lockert die Jugend das Gängelband der SED

Von HANS-R. KARUTZ

Zwei Lettern verleiden es der akademischen „DDR"-Jugend immer häufiger, sich in den Hörsälen freudig auf ihre vier Buchstaben zu setzen: ML – das Kürzel für Marxismus-Leninismus. Kürzlich klagte die FDJ-Führung, daß ausgerechnet im Karl-Marx-Jahr die Zahl der Hörer der Theorien der Sozialismus-Väter bisweilen nur 75 Prozent der Sollstärke eines Semesters erreiche. Aber in der „größten DDR der Welt", wie die Ostberliner „Distel" einst spottete, können die philosophischen Rauschebärte allein den Wissenshunger und Drang zu unverstellten Erlebnis-Horizonten offenbar nicht länger stillen.

Das Grundstudium des Marxismus-Leninismus gehört zu den Pflichten jedes Hochschulbesuchers in der „DDR". Wie die SED über Nachlässigkeit oder Mißachtung des verordneten ML-Pflichteifers denkt, ließ sie beispielsweise drohend in der Oktober-Nummer 1982 des Parteiorgans „Einheit" verlauten: „Im Kern widerspiegelt sich in der Haltung zum Studium des Marxismus-Leninismus bei jedem einzelnen Studenten sein Verhältnis zur Arbeiterklasse und deren Partei ..." Mit anderen Worten – läßliche Sünden im Umgang mit der Partei-Bibel können schnell den Vorwurf „Klassenfeind" und eine alsbaldige Exmatrikulation nach sich ziehen.

Der Weg zum Stipendium führt über das Kürzel ML

Trotz immer neuer Weltniveau-Forderungen von Parteichef Erich Honecker und trotz offizieller Lobsprüche für die Forschungspolitik der USA und Japans mit ihrer Legion von Nobelpreisträgern hängen Leistungsstipendien für Studenten noch immer davon ab, ob die „Ergebnisse beim ML-Studium besonders ins Gewicht fallen", wie Autor Wilfried Poßner (Sekretär des FDJ-Zentralrats) in der „Einheit" vermerkte.

An BAföG und andere westliche Hilfestellungen gewöhnte Studenten werden angesichts des in der „DDR" erzielbaren Höchst-Stipendiums erstaunt sein: Es beträgt monatlich 450 Mark und kommt jährlich allenfalls 200 Studenten „für hervorragende Leistungen bei der Aneignung des Marxismus-Leninismus" zugute.

Von der Vorstellung vom „allseits gebildeten Menschen", der in mönchischer Klausur am Banner des Sozialismus webt, mußte nun auch die FDJ-Staatsjugend offiziell Abschied nehmen, weil der Zug zur Frühehe und zum materiell stark geförderten Kindersegen auch den akademischen Nachwuchs erfaßt. „Ausnahmen eingestanden, gehören ein aktives Liebesleben und ein aktives Studium zusammen. Liebe und Leistung sind keine sich ausschließenden Größen", schrieb Professor Kurt Starke im Organ des FDJ-Zentralrats, „Forum".

Jeder vierte Student in der „DDR" ist verheiratet. Häufig sind unruhige Wohnheime, in denen sich zwei Ehepaare ein Kinderzimmer *teilen müssen*, die einzige Bleibe während eines jahrelangen Studiums. „Liebe und Sexualität sind für die meisten Studenten hohe Lebenswerte", fand Starke im Anschluß an Erlebnisberichte von fünf Studenten, die das FDJ-Blatt abgedruckt hatte. Ihnen verschaffte jedenfalls die kontrollierende, anspornende, tadelnde und fördernde FDJ-Studentengruppe gewiß keine emotionale Befriedigung. Das Paar kontra das Kollektiv ...

Soziologische Trends im Westen erfassen mit dem üblichen fünf- bis zehnjährigen Verzögerungseffekt auch die „DDR". Die „Ehen ohne Trauschein" mit einer Quote von 15 bis 20 Prozent nichtehelich geborener Kinder finden sich ebenso wie zaghafte Hinweise auf ein „Aussteigertum", das Zeit für private Neigungen läßt und Berührungen mit Staat, Partei und Betrieb abbaut. Es kann kein Zufall sein, daß im Anzeigenteil einer einzigen Ausgabe der SED-eigenen „Berliner Zeitung" Annoncen wie diese stehen:

„Dipl.-Chem. su. neue Tätigk. m. Perspekt." – „Dipl.-Lehrerin, Dtsch./Gesch., sucht int. Tätigk., auch völlig artfremd" – „Ökonom, langj. Erf. im Handel su. int. Tät., auch artfr., Bed. 30 Std. wöchentl. Erbitte Gehaltsang." oder „Bankk., wbl., 47 J., su. inter. Tätigk. für ca. 25 Std. wö." Gefragt sind Zukunftsaussichten und Arbeiten abseits der Schablonen-Berufswege.

Die Vokabel „artfremd" steht als Chiffre für den Wunsch, abseits der eingefahrenen Wege stärker den wirklichen Neigungen nachzugehen, selbst wenn sich das ganze mühselige Studium dabei im Nachhinein als wenig förderlich erweist.

Auch Heiratsanzeigen – noch vor kurzem hölzern und pedantisch formuliert – signalisieren den Vorrang neuer Werte: In der Osterausgabe der „Einheit" enthalten beispielsweise lediglich noch vier von 63 Ehewünschen aus der Feder von Männern oder Frauen das Erkennungszeichen „m.-l. WA" – ein Kürzel, das für „marxistisch-leninistische Weltanschauung" steht. Nur ein 22jähriger Junggeselle macht die Staatsdoktrin zur Bedingung für ein Rendezvous. Eine andere Sprache sprechen Texte wie „Steuerfrau sucht Kapitän fürs Lebensschiff. Sie: Mitte 40, schlk., attraktiv, mittelgr. Er sollte wass.-sportbeg., int., zärtl., treu sein u. Verst. haben f. sehr sensible feminine Frau." Wünsche, ausgesprochen in einem Land mit der höchsten Scheidungsrate der Welt und beträchtlicher Selbstmord-Quote.

Die Annäherungsversuche an eine neue Innerlichkeit führten zu einer von der Partei mißtrauisch beobachteten Zivilisationskritik. Das Motto „Beton ist Beton" – im Osten ebenso wie im Westen – entstand in kirchlichen Umweltschutzzirkeln.

In den Köpfen begann eine „Entstaatlichung"

Wenn sich heute die Staatsführung in Ost-Berlin, anders als vor Jahren, mit dem Waldsterben in Thüringen und im Erzgebirge beschäftigt, aber die Sicherheit schon durch harmlose „grüne" Radler-Demonstranten – wie im Sommer 1982 in Ostberlin – bedroht sieht, erlebt sie die Folgen einer neuen Sensibilität vieler „DDR"-Bürger für ihre Umwelt und zugleich einen Prozeß der „Entstaatlichung" in den Köpfen.

Viele Familien sind es leid, ihre Sprößlinge nur noch staatlichen Erziehungseinrichtungen anzuvertrauen, wo sie Abzählverse lernen wie „Sonne, Regen, Hagel, Schnee – wann gehst du zur Volksarmee? Sonne, Regen, Hagel, Wind – wenn *du groß bist, liebes Kind!*" Der eifrig propagierte Drei-Schichten-Betrieb in den Großkombinaten entfremdet Eltern und Kinder ohnedies. Diese Rückzugs-Tendenzen auf ein Leben, das eher den Musen als den Massen hold ist, rief alarmierte SED-Wissenschaftler auf den Plan.

Professor Gerhard Neuner, Präsident der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften, forderte beispielsweise in einer Rede vor Funktionären eine wirksamere Erziehung der Jugendlichen zu „tätiger Heimat- und Vaterlandsliebe und zu einem festen DDR-Standpunkt". Dies müsse die „Antwort auf westliche Einflüsse" sein. Die junge „DDR"-Generation müsse „in der gegenwärtigen Situation mit aktivierter antikommmunistischer und national-revanchistischer Beeinflussung rechnen".

Der Westen entwickele dafür spezielle „Entideologisierungs-Konzeptionen", um eine Abkehr von den Werten des Sozialismus zu erreichen. Neuner attackierte in einem anderen Beitrag ebenso die im Vorjahr geäußerte Kritik des Ostberliner Psychologen Hans-Dieter Schmidt an der einseitig „dominierenden Erkenntnis-, Wissens- und Leistungsorientierung". Es könne „keine freie Entwicklung des Individuums außerhalb der Gesellschaft, außerhalb ihrer Kollektive, geben", versicherte dagegen Neuner.

Der Reiselust sind noch engere Grenzen gezogen

Diese „freie Entwicklung" ihrer Persönlichkeit, mindestens einmal im Jahr, suchten die Rostocker, Dresdener und Erfurter in den vergangenen Jahren zur Reisezeit. Sie entwickelten sich im Ostblock zu den Globetrottern mit dem stärksten Fernweh. 1980 unternahmen 55 Prozent aller „DDR"-Bürger (Bundesrepublik: 58 Prozent) über 14 Jahre eine Reise – jeder vierte fuhr ins Ausland. Diese drei Millionen Reisen führten überwiegend ins Nachbarland Polen – gegen das sich die „DDR" seit den dortigen Unruhen abschottet, obwohl weiter von der „Oder-Neiße-Friedensgrenze" die Rede ist. Für „normale" Reisende ist diese Grenze geschlossen.

Wegen der akzeptablen Preise, die die CSSR noch bietet, weichen die meisten Auslandsreisenden drüben ins Böhmische aus – meist den Campinganhänger an den „Trabant" gekuppelt. Fahrten nach Ungarn oder Rumänien kommen wegen der hohen Benzinkosten und der geringen Neigung dieser Länder, die Ostblock-Riviera am Plattensee beispielsweise gegen „weiche" Ost-Mark zu verkaufen, kaum in Betracht. Flug- oder Schiffsreisen in die Sowjetunion sind für „DDR"-Gehaltsempfänger von 800 bis 1000 Mark monatlich in den letzten Jahren so gut wie unerschwinglich geworden.

Der Verlust der pommerschen Ostseeküste und Masurens als Reiseziele hat die Lage noch verschlimmert. So gewinnen die Dinge der unmittelbaren Umgebung – Wohnung, Haus, Garten, Auto, Theater, Freunde, antiker Trödel – an Wert. Da kauft die „Antiquitätengalerie" des Staatlichen Kunsthandels ständig „figürliches Porzellan von Rosenthal bis 1930 und Metall- und Glaswaren von WMF", preisen Privatverkäufer ein Meißen-Kaffeeservice für sechs Personen „Dekor Indisch-grün mit reichlich Gold" für 8000 Ost-Mark in der Zeitung an. Auf der Ostberliner Museumsinsel herrscht Massenandrang, wenn dort eine Ausstellung französischer Maler des Fin de siècle gezeigt wird. 500 000 Schüler lernen freiwillig Englisch oder Französisch. Nordische oder *klassische* Vornamen gewinnen die Oberhand – wie in der Bundesrepublik.

Goethes Weisung aus „Wilhelm Meisters Lehrjahre" zu beherzigen, weil derzeit nichts die Hoffnung auf grundsätzlichen politischen Wandel nährt, bemühen sich immer mehr Menschen drüben: „Man sollte alle Tage wenigstens ein kleines Lied hören, ein gutes Gedicht lesen, ein treffliches Gemälde sehen und, wenn es möglich zu machen wäre, einige vernünftige Worte sprechen."

Schlechte Zeiten für Kollektive.

Anspruch auf Urlaub bleibt erhalten

rtr, Kassel

Wird einem Arbeitnehmer vor seinem Ausscheiden aus dem Betrieb nicht der volle *Jahresurlaub* gewährt, kann er seinen restlichen Urlaubsanspruch bei seinem neuen Arbeitgeber entsprechend den gesetzlichen Regelungen geltend machen. Mit dieser Begründung hat der 6. Senat des Bundesarbeitsgerichts in Kassel der Klage eines Arbeitnehmers stattgegeben und dessen neuen Arbeitgeber in einer jetzt veröffentlichten Entscheidung verurteilt, ihm sechs Tage Urlaub zu gewähren.

Der Mann hatte zunächst versucht, von seinem früheren Arbeitgeber finanzielle Urlaubsabgeltung zu erhalten. Da dies ohne Erfolg blieb, verlangte er von seinem neuen Arbeitgeber die Gewährung der restlichen sechs Urlaubstage. (Az: 6 AZR 1254/79).

Das Gericht entschied, beim Zusammentreffen von Urlaubsansprüchen gegen zwei Arbeitgeber habe der Anspruch auf bezahlte Freizeit den Vorrang gegenüber dem Abgeltungsanspruch.

SPD: „Soziale Strukturpolitik“

dpa, Bonn

Die Sozialdemokraten wollen die Sozialpolitik der Bundesregierung nur dann unterstützen, wenn diese als „soziale Strukturpolitik“ soziale Sicherung und die Sicherung von Arbeit miteinander verbindet. Diese Präzisierung gab der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD, der Bundestagsabgeordnete Helmut Rohde, gestern in Bonn.

Die SPD werde kein Beifahrer bei Eingriffen „mit der Brechstange“ oder bei „dilettantischen Kompromissen“ in der Sozialpolitik sein. Die einschlägige Politik der Bundesregierung entwickle sich zerfahren und besorgniserregend, sagte Rohde. Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff wolle die sozialen Versicherungen privatisieren, und die FDP beabsichtige, nur „eine Art begrenzter Grundsicherung“ übrigzulassen.

Außerdem forderte Rohde Bundeskanzler Kohl, der sich kürzlich für eine Zusammenarbeit mit der SPD in der Rentenfrage ausgesprochen hat, auf, die geplante Sozialpolitik „offenzulegen“.

Weizsäcker: Blüm erwartet in Ankara ein eher frostiges Klima

Der Regierende Bürgermeister von Berlin zieht Bilanz seiner 14tägigen Türkei-Reise

F. DIEDERICHS, Berlin

Die türkische Regierung zeigt nach der Einschätzung des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Richard von Weizsäcker (CDU), ein „wachsendes Verständnis“ für den Wunsch der Bundesregierung, ein weiteres Ansteigen der Zahl der türkischen Arbeitnehmer im Bundesgebiet zu stoppen. Bei der Bilanz seiner zweiwöchigen Türkeireise, die er auf Einladung der Regierung in Ankara angetreten hatte, betonte Weizsäcker gegenüber der WELT, er werde in den nun anstehenden Informationsgesprächen mit der Bundesregierung „nicht nur im Interesse Berlins klarmachen, daß eine besondere Differenzierung zwischen Rückkehrförderung und Rückkehrdruck in bezug auf die in Deutschland lebenden Türken notwendig *ist*“.

Seine Eindrücke und Anregungen, die Weizsäcker bei seinem „reinen Informationsbesuch“ in ausführlichen Gesprächen mit der türkischen Regierungsspitze – von Außenminister Türkmen über Ministerpräsident Ulusu bis zu Staatspräsident Evren – sammelte, werde er vor allem an Arbeitsminister Norbert Blüm weitergeben, der im Juni in Ankara Gespräche führen will. Blüm erwarte dort ein „in punkto Arbeitnehmer eher frostiges Klima“, resümierte Weizsäcker gegenüber der WELT, während er die „grundsätzlichen Beziehungen“ zwischen Bonn und Ankara als „freundschaftlich“ bezeichnete. Dies habe sich nicht zuletzt in einer „überwältigenden Gastfreundschaft“ dokumentiert.

Richard von Weizsäcker, der sich nicht nur als der Regierende Bürgermeister Berlins, sondern auch der „größten türkischen Stadt außerhalb der Türkei“ versteht, stellte in seinen Gesprächen die Rückkehr in Deutschland arbeitender Türken eindeutig „in den Bereich freier Entscheidungen, die ohne Druck gefällt werden müssen“.

Er habe auch bei türkischen Regierungsmitgliedern Verständnis dafür festgestellt, daß es die Zukunftschancen der rund 130 000 in Berlin lebenden Türken „stark belasten würde“, wenn dieser weiter wachse. Verhandlungen mit der Türkei über einen freiwilligen Verzicht auf das von 1986 an verbriefte Recht auf freien Zuzug in die Länder der EG seien aber „in erster *Linie* Verhandlungen, die zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Türkei geführt werden müssen“.

Falls Ankara jedoch das freie *Zuzugsrecht voll ausschöpfen werde*, droht nach Weizsäckers Worten eine „schwere Belastung der deutsch-türkischen Beziehungen“.

Als weitere bedeutende Zukunftsaufgabe sieht Berlins Regierender Bürgermeister die Notwendigkeit von Bemühungen, den 1,6 Millionen Türken in der Bundesrepublik „das Gefühl der Unsicherheit zu nehmen“ und „Voraussetzungen für einen lebenslangen Aufenthalt zu schaffen“.

Für Berlin kündigte Weizsäcker einen Beitrag an, der sich aus stabilen und rechtlichen Rahmenbedingungen für Aufenthalt, Arbeitserlaubnis und gegebenenfalls Einbürgerung sowie verstärkter schulischer und beruflicher Förderung junger Türken zusammensetzen soll.

Um die geplanten Rückkehrhilfen der Bundesregierung für ausreisewillige Türken auch in der anatolischen Steppe auf fruchtbaren Boden fallen zu lassen, will sich Weizsäcker für die Gründung einer deutsch-türkischen Handelskammer stark machen.

Denn trotz einer geplanten Kapitalisierung von Sozialversicherungsbeiträgen, der Vergabe von Bauspargeldern in die Türkei und der Unterstützung von Existenzgründungen treffen Türken bei der Rückkehr in ihre Heimat auf eine Situation, die sich nach der Charakterisierung des Berliner Gastes durch eine „angespannte Wirtschaftslage, Arbeitslosigkeit, Landflucht, ungehemmtes Anwachsen der Großstädte und einen *hohen Geburtenüberschuß*“ auszeichnet. Die Sorge, die Richard von Weizsäcker der Freizügigkeitsregelung des Jahres 1986 entgegenbringt, möchte er auch auf eine mögliche Rückkehrwelle der Türken in ihre Heimat bezogen wissen: „Dies würde die Probleme in Anatolien massiv anspannen.“

Die ungewöhnlich große Aufmerksamkeit, die Richard von Weizsäcker in einem Land entgegenschlug, das sich „auf dem Weg zurück zur Demokratie befindet“, dürfte nicht nur auf den „Bürgermeister der größten türkischen Stadt außerhalb der Türkei“ gemünzt gewesen sein. Ankara sieht in dem CDU-Präsidiumsmitglied, das in Begleitung seiner Frau und der Berliner Ausländerbeauftragten Barbara John (CDU) reiste, auch den kompetenten außenpolitischen Experten, dem türkische Zeitungen beste Chancen auf das Amt des Bundespräsidenten zugestehen.

Anregungen für die deutsche Ausländerpolitik überdeckten im Resümee des Regierenden Bürgermeisters jedoch nicht zentrale stadtpolitische Probleme, die Weizsäcker, in erster Linie der Fürsprecher Berlins, den Erben Kemal Atatürks auf die Tische packte. Im Aufwind des aufgeheiterten deutsch-türkischen Klimas leistete Weizsäcker nicht zuletzt auch einen Beitrag zur Klärung der politischen Situation Berlins: Das türkische Außenministerium will sich jetzt bemühen, Chartergesellschaften für Direktflüge nach Berlin-Tegel zu gewinnen. Bislang ist die Türkei immer noch das einzige NATO-Land, das den Ostberliner *Flughafen Schönefeld ansteuert.*



Der Besuch Richard von Weizsäckers (hier mit Staatsminister Ilhan Oztrak) fand in der Türkei große Beachtung FOTO: AP

Honecker verkniff sich Seitenhiebe auf Bonn

Der SED-Chef eröffnete in Ost-Berlin die Marx-Konferenz

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Besetzt mit Namen der zweiten politischen Garnitur aus Ost und West begann gestern morgen im marmorweißen, mit kakaobraunen Teppichen ausgelegten und mit Blumeninseln voller kostbarer Tropenpflanzen geschmückten Foyer des abgesperrten „Palastes der Republik“ in Ost-Berlin die internationale Marx-Konferenz der SED. Generalsekretär Erich Honecker machte „allen gesellschaftlichen Kräften, die den Frieden aufrichtig wollen“, quasi ein Volksfront-Angebot.

In letzter Minute hatte Moskau den zunächst erwarteten Nachfolger von Michail Suslow als Chefideologen – Konstantin Tschernenko – durch den Parteisekretär von Leningrad ersetzt. Grigori Romanow gehört dem Politbüro der KPdSU an. Die sowjetische Delegation nahm vis-à-vis von Honecker Platz, neben dem als Konferenz-Moderator der SED-Außenpolitiker Hermann Axen, häufiger Gesprächspartner von Egon Bahr, saß. Honecker wirkte zu Beginn offenbar angesichts der west-östlichen Mischung aus Kommunisten, Sozialdemokraten und Sozialisten etwas nervös.

Die beiden SPD-Vertreter – Wilhelm Bruns und Hans Pelger, Direktor des Marx-Hauses in Trier – waren von den Gastgebern zwischen den Kommunisten aus Dänemark und Ecuador plaziert worden – in derselben Reihe mit Honecker. Im „Neuen Deutschland“ rangierten die Sendboten aus dem Bonner Ollenhauer-Haus – entgegen der alphabetischen Reihenfolge – sogar vor der DKP-Delegation aus Düsseldorf.

Leicht verwirrend waren auch die Zahlenangaben Ost-Berlins: Während die „DDR“-Medien noch am Sonntag von 140 Delegationen und Gästegruppen sprachen, korrigierte die „Aktuelle Kamera“ des Ostberliner Fernsehens in ihren 13-Uhr-Nachrichten am Montagmittag diese Zahl auf 122.

SED-Chef zitiert Kanzler

Honeckers fünf Viertelstunden lange Ansprache bot in der Substanz wenig Neues. Er hob die Abrüstungsbemühungen der Sowjetunion hervor und attackierte die „verschärfte Konfrontations- und Hochrüstungspolitik der aggressivsten Kreise des Imperialismus“.

Auf die deutsch-deutschen Beziehungen ging der SED-Generalsekretär nicht ein, griff allerdings – wie schon auf der Leipziger Messe – abermals ein Wort von Bundeskanzler Helmut Kohl auf: „Es gilt, Frieden zu schaffen mit immer weniger Waffen“, erklärte der Staatsratsvorsitzende. Zuvor bekräftigte er eine Aussage, die er bereits auf dem X. SED-Parteitag 1981 gemacht hatte und die vor allem den Kirchen in der „DDR“ wiederholt als Argumentationshilfe gegen militaristische SED-Propaganda von der Notwendigkeit neuer sozialistischer Waffensysteme und Verteidigungsanstrengungen gedient hatte: „Mehr Waffen“, sagte Honecker, „bedeuten heutzutage keinesfalls größere, sondern geringere Sicherheit.“

Lob für Falkland-Helden

Honeckers Volksfront-Offerte lautete folgendermaßen: „Vor diesem Forum, das sich zu Ehren von Karl Marx versammelt hat, möchte ich es als ein Gebot der Stunde bezeichnen, daß alle politischen und gesellschaftlichen Kräfte, die den Frieden aufrichtig wollen, ungeachtet unterschiedlicher politischer Programme, weltanschaulicher Positionen und religiöser Bekenntnisse, über Klassenschranken, über Trennendes hinweg zusammenwirken, um die Völker vor der Katastrophe eines Nuklearkrieges zu bewahren. Damit werden die Divergenzen nicht aufgehoben.“ Das Engagement für den Frieden lasse „viel Spielraum für eine gegenseitig vorteilhafte Kooperation auf verschiedenen Gebieten“, fügte Honecker hinzu und markierte damit indirekt anhaltend starkes Interesse vor allem an wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik.

In Honeckers ausführlicher, lo*bender Schilderung* der „DDR“-Entwicklung bis hin zum „beachtlichen Beitrag“ der Kleingärtner und Kleintierzüchter „zur Ernährung des Volkes“ fehlten Seitenhiebe gegen Bonn völlig. Kritisch merkte Honecker an, daß es gelingen müsse, „die Vorzüge des Sozialismus enger mit der wissenschaftlich-technischen Revolution zu verbinden“.

Welche Probleme sich die SED mit ihrer Konferenz ins Haus holte, erkannte der sichtlich leicht indignierte Parteichef, als Argentiniens KP-Sprecher Athos Fava als erster Diskussionsredner vom „Heldenmut der Kämpfer“ schwärmte, die die Falkland-Inseln eroberten, und die Besetzung feierte, „egal wer sie und unter welchen Umständen“ bewerkstelligt habe. Trotz der militärischen Niederlage – der Kampf geht weiter!“

Froment-Meurice nimmt Abschied von Berlin

F. D. Berlin

Mit der Eintragung in das Goldene Buch der Stadt verabschiedete sich gestern der scheidende französische Botschafter Henri Froment-Meurice offiziell von Berlin. Der Diplomat, dem in den vergangenen 15 Monaten die französische Militärregierung der Stadt unterstand, bekräftigte bei der Feierstunde im Rathaus Schöneberg die Sicherheitsgarantien Frankreichs für Berlin: „Die Franzosen werden auch in Zukunft den Berlinern zur Seite stehen, um die Freiheit der Stadt zu verteidigen.“

Froment-Meurice bezeichnete Berlin als „wunden Punkt in Europa“, wo der Friede in der Vergangenheit errungen worden sei und auch bewahrt werden müsse. Dies könne nur im Gleichgewicht der Kräfte erreicht werden, sagte der Botschafter. Berlins Regierender Bürgermeister Richard von Weizsäcker dankte dem nach Paris zurückkehrenden Diplomaten für die Berlin erwiesene „Freundschaft, kluge Beratung und Zuwendung“. Die Stadt habe besonders von den mannigfaltigen diplomatischen und politischen Erfahrungen des Botschafters und dessen ausgezeichneten Kenntnissen der Ost-West-Verhältnisse profitiert.

Wieder Anschläge in Korsika

AFP, Ajaccio

Sieben Sprengstoffanschläge wurden in der Nacht zum Montag auf Ferienhäuser der französischen Mittelmeerinsel Korsika verübt. Sechs der Attentate fanden in Ajaccio und Cargese statt. Die verbotene Separatisten-Organisation FLNC hat sich gestern zu den zehn Anschlägen am vergangenen Samstag bekannt. In einem Kommunique sprach die aufgelöste „Befreiungsbewegung“ von „Manipulationen, Provokationen und Infiltration von seiten der Polizeidienststellen auf der Insel, um den Befreiungskampf in Mißkredit zu bringen“. Die jüngsten Verhaftungen seien die „Früchte eines repressiven kolonialistischen Systems“.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, N.J. 07632.

München will auch das Markenamt der EG

Strauß setzte diese Forderung in Bonn durch

PETER SCHMALZ, München

Bei den Berichten über die Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU und FDP wurde ein Absatz fast völlig übersehen, obwohl er erheblichen europäischen Konfliktstoff beinhaltet und von CSU-Chef Strauß ausdrücklich als Bestandteil der Vereinbarung gewünscht wurde. Die Bundesrepublik verpflichtet sich demnach, darauf hinzuarbeiten, daß das europäische Markenamt in der Nähe des Europäischen Patentamtes in München errichtet wird. „Das wird ein mühsamer Weg", meint dazu der zuständige Beamte im Bundesjustizministerium, Ministerialdirektor Albrecht Krieger.

Die Idee, das geplante europäische Markenamt dem Europäischen Patentamt (EPA) anzugliedern, kursiert in Europa, seit Pläne bekannt sind, das europäische Markenrecht entsprechend dem noch nicht ratifizierten Luxemburger Gemeinschaftspatentabkommen von 1975 auf EG-Ebene so zu regeln, daß die entsprechenden nationalen Rechte aufgehoben werden. Gemeinsames Patent- *und* Markenrecht wird in Bonn als „Essential zur Verwirklichung des gemeinsamen Binnenmarktes" angesehen.

Ein Markenabkommen ist aber vorerst in weiter Ferne. Zur Zeit wird ein entsprechender Verordnungsvorschlag der EG-Kommission mit über einhundert Artikeln geprüft. Im Bundesjustizministerium rechnet man mit bis zu sechs Jahren, ehe eine Einigung zu erzielen sein wird.

Einer dieser Artikel lautet: „Das europäische Markenamt hat seinen Sitz in ..." Das entscheidende Wort bzw. der entscheidende Ort wird voraussichtlich erst am Ende der Verhandlungen bei Beratungen auf Regierungschefebene eingesetzt.

Franz Josef Strauß wie auch Bundesjustizminister Engelhard, der unweit des Europäischen Patentamtes in der Münchner Innenstadt wohnt, wollen die Punkte ersetzt wissen durch den Namen „München". Im Justizministerium bereitet man sich derzeit auf erste Verhandlungen mit dem Land Bayern und dem Münchner Rathaus über ein geeignetes Gelände für den auf 50 bis 70 Millionen Mark geschätzten Bau vor. Wie *beim EPA hätte die* Bundesrepublik nur dann eine Chance, den Zuschlag zu erhalten, wenn sie zumindest die Baukosten trägt.

Aber auch dann werden die deutschen Erfolgsaussichten als sehr gering eingeschätzt, nachdem fünf EG-Staaten bereits detaillierte Bewerbungen um das Markenamt eingereicht haben: Großbritannien bietet London, Belgien Brüssel, Italien Venedig und Frankreich Straßburg. Die sozialliberale Bundesregierung hatte auf eine deutsche Bewerbung verzichtet, da man nach dem Zuschlag des Patentamtes mit einer Zweigstelle in West-Berlin (was in europäischen Kreisen damals als Sensation empfunden wurde) keine Chancen für eine weitere europäische Behörde auf deutschem Boden sah. Bundeskanzler Helmut Kohl ist nun aber durch die Koalitionsvereinbarung gezwungen, auch eine deutsche Bewerbung einzureichen. München hat inzwischen in der Bundesrepublik allerdings auch einen Konkurrenten bekommen: Auch Saarbrücken interessiert sich für die künftige Europabehörde.

Prag schickt harten Mann

Neuer CSSR-Botschafter Spacil kein Deutschland-Experte

cgs./DW. Bonn

Der Diplomat Dusan Spacil ist nach Prager Presseberichten zum neuen Botschafter der Tschechoslowakei in Bonn ernannt worden. Spacil wird die Nachfolge von Jiri Goetz antreten, der im Januar dieses Jahres bei einem Autounfall in der Nähe von Bonn schwer verletzt worden war.

Dusan Spacil gilt als Verfechter einer eher „harten" politischen Linie. Das ergibt sich jedenfalls aus seinen früheren Äußerungen und Interviews. Anders als sein Bonner Vorgänger Jiri Goetz ist Spacil kein Deutschland-Experte. Vielmehr hat er in seiner Laufbahn die Sowjetunion, die Vereinigten Staaten und den Apparat der Vereinten Nationen aus nächster Nähe und eigener Anschauung kennengelernt.

Spacil wurde 1930 als Sohn eines Universitätsprofessors in Prag geboren. Von 1949 bis 1953 – also während der stalinistischen Ära – studierte er in Moskau. 1953 promovierte er zum Dr. jur. Ein Jahr zuvor war er der KP der Tschechoslowakei beigetreten.

Sofort nach seiner Rückkehr aus der Sowjetunion wurde Spacil Mitarbeiter der Internationalen Abteilung des Prager Außenministeriums. 1963 ging er als Erster Sekretär an die tschechoslowakische Mission bei der UNO in New York. 1966 bis 1969 war er stellvertretender Leiter der Internationalen Abteilung und persönlicher Berater des Außenministers für UNO-Fragen. Anschließend avancierte der Diplomat zum Leiter desselben Ressorts, bevor er von 1971 bis 1975 als Botschafter nach Washington entsandt wurde. Seit März 1975 ist er stellvertretender Außenminister der CSSR.

Gegen Jiri Goetz, früher ebenfalls stellvertretender Außenminister, war kurz nach seinem Amtsantritt in Bonn der Vorwurf erhoben worden, in den Diensten des Geheimdienstes gestanden zu haben.

„Die Beamten zahlen längst ihren Beitrag zur Altersversorgung"

Die Staatsdiener wehren sich dagegen, daß mit Emotionen gegen sie Politik gemacht wird

GÜNTHER BADING, Bonn

Kritik an echten oder vermeintlichen Privilegien der Beamten ist in unserem Lande immer populär. Das hat eine vor wenigen Tagen veröffentlichte Umfrage von Infratest ergeben, nach der sich 68 Prozent der Befragten dafür aussprechen, die Finanzierung der Rentenversicherung durch Beitragszahlungen der Beamten für ihre Altersversorgung zu sichern. Für den Sozialpolitiker im Vorstand der größten deutschen Gewerkschaft, der IG Metall, ist es „eine zum Himmel stinkende Ungerechtig*keit, daß* immer noch keine Beiträge für Beamtenpensionen erhoben würden". Die beitragszahlende Arbeitnehmerschaft sei es leid, erklärte Karl-Heinz Janzen, immer wieder mit der Drohung von der verfassungsrechtlichen Unzulässigkeit eines Beamtenbeitrags zur Alterssicherung verschreckt zu werden.

Die Diskussion um einen eventuellen Beitrag der Beamten zu ihrer Alterssicherung ist neu belebt worden, als vor kurzem Zwischenergebnisse aus der Arbeit der 1981 vom damaligen Arbeitsminister Herbert Ehrenberg eingesetzten Kommission für die Harmonisierung der verschiedenen Alterssicherungssysteme durch Indiskretion in die Öffentlichkeit gelangt sind. Als dann noch Sozialminister Norbert Blüm erklärte, er könne sich eine Reform der Rentenversicherung „nur in einer Balance mit einer Reform auch der Alterssicherung im öffentlichen Dienst" vorstellen, nahm diese Diskussion fast emotionale Züge an. Der Beamtenbund (DBB) reagierte empört, und Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann – allein zuständig für Belange des öffentlichen Dienstes in der Regierung – mußte den Kollegen Blüm sehr herzlich bitten, künftig Angelegenheiten des fremden Ressorts nicht in der Öf*fentlichkeit zu diskutieren.* Wenn die Beamtenversorgung im Zusammenhang mit der Überversorgung tariflicher Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes angesprochen werde, so könne das zu Mißverständnissen führen, denn bei den Beamten seien Versorgungsspitzen beim Zusammentreffen von Renten und Pensionen bereits abgebaut worden. Die Altersbezüge der Beamten würden außerdem *seit eh und je besteuert. Es bestehe* also kein Anlaß, die Beamtenversorgung durch eine solche Vermengung in der öffentlichen Diskussion zu diffamieren, monierte der Innenminister.

Die Kommission „Harmonisierung der Alterssicherungssysteme" wird erst am 22. April über die auf ihrer letzten Sitzung vom 6. bis 11. März in Bad Mergentheim erarbeitete Zwischenbilanz abstimmen. Allerdings liegen die Mehrheitsverhältnisse so, daß eine Annahme dieser Papiere sicher erscheint. Darin heißt es: „Die Kommission empfiehlt, ebenso wie bisher bei den Beiträgen der Arbeiter und Angestellten zur gesetzlichen Rentenversicherung, künftig auch entsprechende Gehaltsanteile der Beamten, Richter und Soldaten zur Finanzierung ihrer Altersversorgung offen in ihren Bezügen auszuweisen." Dadurch solle „ein tragender Gedanke der Alterssicherung verwirklicht werden: die Beteiligung aller Erwerbstätigen an der Finanzierung ihrer Alterssicherung innerhalb des jeweiligen Systems".

Karl Klein, stellvertretender Vorsitzender des Deutschen Beamten*bundes und DBB-Vertreter in der* Kommission, legte den übrigen Mitgliedern des 30köpfigen Gremiums eine schriftlich fixierte „abweichende Meinung" vor. Seine beiden wichtigsten Argumente:

- Die Dienstbezüge der Beamten sind schon jetzt um einen fiktiven Beitrag zur Alterssicherung reduziert, und
- es ist mit den hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums unvereinbar, den Beamten mit einem Beitrag für die Altersvorsorge bei gleichzeitiger Kürzung der Bezüge zu belasten. Dem stehe das Alimentationsprinzip entgegen.


Unterschiedlicher Meinung: Friedrich Zimmermann und Norbert Blüm

In Rechtsprechung und Rechtslehre sei man immer davon ausgegangen, daß die Bezüge der Beamten schon jetzt um einen Anteil gekürzt seien, der für die Versorgungsrücklage notwendig sei, erklärte Klein im Gespräch mit der WELT. „Das war auch bisher immer unbestritten." Als Beweis dafür, daß dieser „fiktive Beitrag" schon bezahlt werde, führte Klein die im Bundesbesoldungsgesetz vorgesehene Übergangszahlung bei der Verbeamtung eines Arbeitnehmers im öffentlichen Dienst an. Nach Auskunft des Statistischen Bundesamtes habe der Tarifangestellte gegenüber dem vergleichbaren Beamten ein um etwa 20 Prozent höheres Einkommen. Die Übergangszahlung nach Paragraph 75 des Besoldungsgesetzes sehe einen monatlichen Ausgleichsbetrag vor, mit dem ein Absinken des Nettoeinkommens verhindert werden soll. Die geringere Besoldung habe beispielsweise bei der Post einmal dazu geführt, daß rund 15 000 Fernmeldetechniker die Übernahme ins Beamtenverhältnis abgelehnt hätten, erinnerte Klein.

Die Kommission empfiehlt weiter, die einzuführenden Eigenbeiträge zur Beamtenversorgung nach den Regeln der gesetzlichen Rentenversicherung festzusetzen. Entsprechend solle bis zur Beitragsbemessungsgrenze (60 000 Mark im Jahr) ein Satz von 9,25 Prozent für den Beamtenbeitrag zugrunde gelegt werden. Zur Einführung der Eigenbeteiligung bieten sich aus *Sicht der Kommission zwei Wege* an:

- Die Eigenbeiträge der Beamten werden durch eine einmalige Erhöhung der Bezüge um 9,25 Prozent aufgebracht, die allerdings nicht an die Beamten ausgezahlt werden. Im Laufe mehrerer Jahre solle diese Anhebung der Beamtengehälter dann schrittweise abgeschmolzen werden, etwa durch einprozentige Kürzungen bei den jährlichen Gehaltserhöhungen.
- Die Einführung der Eigenbeteiligung der Beamten erfolgt schrittweise, indem beispielsweise von den jährlichen Besoldungserhöhungen für die Beamten ein Anteil in Höhe von einem Prozent nicht ausgezahlt, sondern als eigener Versorgungsbeitrag zurückbehalten wird. Die Kommission hat sich mehrheitlich für diesen Stufenplan ausgesprochen.

Dem hält der Vertreter des Be*amtenbundes entgegen, daß zwar* nach einem für die Kommission erstellten Gutachten von Professor Ruland die Einführung des Eigenbeitrags der Beamten verfassungsrechtlich möglich sei, aber nur wenn die Beamtenbesoldung zuvor um eben diesen Betrag erhöht worden sei. Da in diesem Falle dann keine echten Einnahmen bei der Alterssicherung für die Beamten entstünden, sei das ganze Vorhaben letztlich nichts anderes als „Sozialkosmetik".

Auf Kritik stoßen bei den Beamten auch die übrigen Vorhaben der Kommission zur Harmonisierung. Man vermutet beim Beamtenbund generell Bestrebungen, die gemäß Artikel 33 Absatz 5 des Grundgesetzes eigenständige Beamtenversorgung mit der Rentensystematik für die gewerblichen Arbeitnehmer zu harmonisieren, um auch auf diese Weise das von den Gewerkschaften (und auch den Sozialdemokraten) seit langem geforderte einheitliche Dienstrecht für Arbeiter, Angestellte und Beamte in den Bereich des Möglichen zu rücken.

Der DBB-Vorsitzende Alfred Krause hat seine Bedenken gegen die Pläne zur Neuordnung des Versorgungssystems in Briefen an den Kanzler, an den zuständigen Innenminister und auch an Sozialminister Blüm deutlich gemacht. In einer Mitteilung an die Angehörigen des DBB wird angekündigt, daß man notfalls auch beim Bundesverfassungsgericht gegen solche Änderungen klagen werde.

Metall-Industrie: Streit um Maßregelungsklausel

IG Metall fordert Einwirkung auf hessische Arbeitgeber

GÜNTHER BADING, Bonn

Die Übernahme der in Nordrhein-Westfalen vereinbarten Tarifanhebung für die Metallindustrie um 3,2 Prozent für zwölf Monate scheint durch den Streit zwischen den Metall-Arbeitgebern und der Metall-Gewerkschaft in Hessen jetzt wieder gefährdet.

Der geschäftsführende Vorstand der IG Metall hat den Arbeitgeberverband Gesamtmetall in Köln gestern formell aufgefordert, auf seinen hessischen Verband einzuwirken, damit nicht nur – wie am 5. April am Rande der nordrhein-westfälischen Tarifverhandlungen von den Spitzen beider Verbände vereinbart – der Lohnabschluß, sondern auch die sogenannte Maßregelungsklausel übernommen wird.

Die Metallarbeitgeber in Hessen sind zwar bereit, wie in anderen Tarifgebieten 3,2 Prozent mehr Lohn zu bezahlen, weigern sich jedoch, eine Erklärung abzugeben, mit der sichergestellt würde, daß kein Arbeitnehmer wegen seiner Teilnahme an Warnstreiks oder deren Vorbereitung von seinem Unternehmen gemaßregelt würde. Bisher hatten die hessischen Arbeitgeber erklärt, es habe keine derartigen Maßregelungen gegeben, die geforderte Erklärung sei eine reine Formsache und deshalb überflüssig.

Die Metallgewerkschaft machte allerdings gestern in Frankfurt darauf aufmerksam, daß doch konkret etwa ein halbes Dutzend Maßregelungsfälle bis jetzt bekanntgeworden seien. Überdies sei ein Maßregelungsverbot in jedem Falle nötig, weil sonst Arbeitgeber bis zu drei Monate nach den Warnstreiks im nachhinein disziplinarische Maßnahmen – bis hin zur Entlassung – gegen Arbeitnehmer treffen könnten.

Der Mitgliederrat der hessischen Metallarbeitgeber hatte am vergangenen Donnerstag trotz Widerstandes eines Teils der angeschlossenen Unternehmen dem von dem bundesweiten Verband Gesamtmetall empfohlenen nordrhein-westfälischen Ergebnis zugestimmt. Allerdings beschloß man dort, anders als in den vergangenen beiden Jahren keine Erklärung über die Unterlassung von Maßregelungen abzugeben. Die juristische Begründung in dieser Diskussion war, daß damit für die nächste Tarifrunde ein Freibrief geschaffen würde, weil das Maßregelungsverbot im Anschluß an einen Tarifkonflikt dann zum Gewohnheitsrecht würde.

Die Bundesführung der IG Metall sieht die Weigerung der hessischen Arbeitgeber keineswegs als Streit nur um eine Formsache. Auch über die Formulierung der Übernahmeempfehlung einschließlich Maßregelungsverbot war am 5. April zwischen dem Hauptgeschäftsführer von Gesamtmetall, Dieter Kirchner, und dem IG-Metall-Vorstandsmitglied Hans Janßen verhandelt worden. Man habe sich schließlich auf Wunsch der Arbeitgeberseite auf dieselbe Formulierung wie im vergangenen Jahr geeinigt. IG-Metall-Sprecher Jörg Barczynski: „Deswegen muß die Formulierung vom vergangenen Jahr auch die Folgen vom vergangenen Jahr haben." 1982 hatten die hessischen Metallarbeitgeber die auch jetzt wieder geforderte Erklärung abgegeben.

Der IG-Metall-Vorstand erklärte *in seinem Fernschreiben an* Gesamtmetall, wenn die Übernahme in Hessen weiterhin blockiert werde, so würden auch in den noch ausstehenden Tarifgebieten – Baden-Württemberg, Nordverbund und Niedersachsen – die Übernahmeverträge nicht in Kraft gesetzt. Die hessischen Arbeitgeber werden heute in Frankfurt zu dem neuen Konflikt Stellung nehmen.

‚DDR'-Brief an US-Bischof

Chef der Ost-CDU warb für atomwaffenfreie Zone

KNA/DW. Berlin

Die Ost-CDU hat versucht, den Erzbischof von Chicago, Joseph Kardinal Bernardin, vor Verabschiedung der endgültigen Fassung des Hirtenbriefes der amerikanischen Bischöfe über Fragen von Frieden und Abrüstung psychologisch unter Druck zu setzen.

Gerald Götting, Chef der Ost-CDU, empfahl dem Kardinal in einem Brief, den Vorschlag des schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme zur Schaffung einer von nuklearen Gefechtsfeldwaffen freien Zone in Mitteleuropa zu beachten. Bernardin ist als Mentor des Entwurfs des Hirtenbriefs auch für dessen Überarbeitung federführend. Götting nennt, wie aus der Ostberliner „Neuen Zeit" hervorging, in seinem Brief an den Kardinal eine Vereinbarung über eine atomwaffenfreie Zone „einen wichtigen Schritt in Richtung auf ein kernwaffenfreies Europa und damit einen bedeutenden Beitrag zur globalen Friedenssicherung". Er stünde zugleich „im Einklang mit grundlegenden Intentionen des Pastoralsschreibens der Bischöfe Ihres Landes", schrieb er.

Götting bezeichnete den Hirtenbrief der US-Bischöfe, den das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland" in größeren Auszügen abgedruckt hatte, als ein „bedeutendes Dokument". Auf die gravierenden Änderungen, die die US-Bischöfe inzwischen an dem Hirtenbriefentwurf vorgenommen haben und durch die die sowjetische Haltung in der Abrüstungsfrage deutlicher als zuvor kritisiert wird, ging Götting mit keinem Wort ein.

Heute Premiere. Der neue Lufthansa Airbus A 310.

Der Airbus A 310, das modernste Großraumflugzeug der Welt: Ab heute nach Frankfurt, London, Hamburg, Paris und auf vielen weiteren Lufthansa Kurz- und Mittelstrecken. Selbstverständlich mit First- und Economy-Class.



Der Unterschied ist Lufthansa

Fragen Sie Ihr Reise- oder Frachtbüro mit Lufthansa-Agentur.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Ohne Sinn für Realität

Sehr geehrte Damen und Herren,
bei den Bundestagswahlen hat die überwältigende Mehrheit unseres Volkes sich für die demokratischen Parteien entschieden. Die jetzige Mehrheit hat sich dabei voll zum NATO-Doppelbeschluß bekannt, und auch die Hauptsprecher der SPD haben die Notwendigkeit der Aufstellung amerikanischer Mittelstreckenraketen für den Fall eines Scheiterns in Genf nicht ausgeschlossen. Also sollten sich auch die relativ wenigen, die in dieser Sache anders denken, mit dieser Entscheidung abfinden und die gewählten Vertreter des Volkes für die Zukunft entscheiden lassen.

Im übrigen gilt für eine Demokratie, daß unterschiedliche Auffassungen zu allererst argumentativ zu führen sind. Aber weil man mit der einseitigen Anti-NATO-Argumentation nicht zurecht kommt, mobilisiert man die Masse derer, die emotional aufheizbar sind.

Dies könnte aber doch nur heißen, daß die Friedensmarschierer im Bewußtsein, die Raketen der Amerikaner werden sich bestimmt nicht gegen NATO-Gebiet richten, doch Angst haben vor den Raketen der Sowjets. Wenn man das aber ausspricht, so streiten sie es ab, und in der Sowjetunion wird auch bestritten, daß die Sowjetunion jemals einen ersten Atomschlag führen würde. Aber warum muß man dann „Friedensmärsche" organisieren, da doch auf keiner Seite der Frieden durch irgendeine „Angriffsabsicht" *gefährdet ist?*

Man kommt nicht umhin, denen, die solche Märsche mitmachen, aber noch vielmehr denen, die sich dabei als prominente Vertreter einer demokratischen Partei zu erkennen geben, den Vorwurf zu machen, daß ihnen ein realistischer Sinn für Politik fehlt. Was immer sie reden, sie verschleißen unnütz ihre Kräfte und schädigen die möglichen politischen Erfolge in Genf.

Johannes Neumann, Hamburg 54

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Nachdem ich während der Feiertage Fernsehen „kommentiert" habe, ist mir der kalte Kaffee hochgekommen ob der Gewichtung, die nach wie vor die Tagesereignisse in den Medien erfahren. Da treten innerhalb eines mit ca. 60 000 000 Bürgern bewohnten Landes ca. 200 000 Leute auf, denen sich das Universum auf ein paar Bäume, Schmetterlinge oder (natürlich nur amerikanische) Raketen verengt hat und demonstrieren.

Diese Demonstranten, aus was für Gründen und durch wen auch immer gesteuert, stellen einen zwar auffälligen aber unbedeutenden Teil der Bürger dar.

Wenn ich jedoch die Fernsehberichterstattung betrachte, scheint es *auf dieser Welt nichts Wichtiges gegeben zu haben,* als diese seltsamen Heiligen. Nur durch die Medien gewinnen diese eine Bedeutung, die sie zu einem Faktor in der Öffentlichkeit machen. Ohne diese kostenlose Reklame wäre doch wohl kaum ein derartiger Einfluß, der für unser ganzes Gemeinwesen eine Gefahr zu werden beginnt, möglich. Ich finde dies nachgerade unerträglich.

Dr. Dr. Hans H. Buckowitz, Kelkheim

Kein Dissident

Sehr geehrte Herren,
selten platzt mir der Kragen.

Dies aber geschah bei der Lektüre Ihrer Ausgabe vom 29. März, in der Sie „The Times" über den Ex-General Bastian zitieren. Sie schreibt, daß für sie dieser Mann „fast so etwas wie ein westlicher Sacharow ist". „Überraschend die Umwandlung dieses hingebungsvollen und disziplinierten Panzerkommandanten", der „auf vielerlei Weise ein klassischer Dissident" geworden sei und „dafür den Preis mit Berufsausschluß und Ächtung" gezahlt habe.

Das vermag ich nun wirklich nicht mehr hinzunehmen. Herr Bastian ist in keiner Weise ein Dissident, sondern ein Mann, der, aus welchen Gründen immer, das sei dahingestellt, seine Meinung geändert hat.

Er ist auch nicht mit Berufsausschluß bestraft worden, sondern mit seinem Einverständnis wegen gesundheitlicher Gründe in den Ruhestand versetzt worden. Die Bundeswehr hat nicht einmal Gebrauch davon gemacht, ihn ohne Angabe von Gründen, was möglich gewesen wäre, zu pensionieren. Dem äußeren Anschein nach ist er putzgesund. Und er bezieht immerhin 75 Prozent des letzten Gehaltes in der Besoldungsstufe B 7, zu welchen Einkünften nunmehr auch die bestimmt nicht geringen eines Abgeordneten des Deutschen Bundestages kommen.

Der Vergleich mit Sacharow ist abwegig und scheint mir eine Beleidigung des russischen Kämpfers für die Menschenrechte zu sein. *Der ist nämlich* tatsächlich geächtet, verbannt, isoliert, von dem KGB, dem bekanntlich Generalsekretär Andropow vorstand, verfolgt und seines geistigen Eigentums beraubt worden. Herr Bastian, MdB, ist dagegen so frei, wie er es nur sein möchte, immun dazu, und reichlich mit irdischen Mitteln versehen. Und daß viele Menschen, besonders unter seinen ehemaligen Kameraden, seine Art, mit sich und den Fakten dilatorisch umzugehen, nicht mögen – das, bitte, ist doch wohl kaum eine Ächtung.

Reinhard Hauschild, Bonn 1

PS: Was wäre, gesetzt den Fall, *Herr Bastian hatte* den dritten goldenen Stern noch bekommen, heute wohl mit ihm?

Wort des Tages

„Wir haben alle Kraft genug, um die Leiden anderer zu ertragen."

Francois de La Rochefoucauld, franz. Moralist (1613–1686)

Personalien

ERNENNUNGEN

Die Bundesregierung schickt **Rolf Enders** als neuen deutschen Botschafter nach Tripolis, Libyen. Rolf Enders war seit 1980 Botschafter in Kampala, Uganda gewesen. Der Jurist, in Frankfurt/Main geboren, Jahrgang 1924, war nach Wehrdienst, Kriegsgefangenschaft und Studium erst 1956 in den Auswärtigen Dienst eingetreten. Nach Auslandsposten in Kairo und Daressalam leitete er von 1968 bis 1972 das Generalkonsulat in Dacca, dem früheren Ostpakistan, heute Bangladesch. Anschließend war er bis 1975 ständiger Vertreter des Botschafters in Algier. Von 1975 bis 1980 war Rolf Enders Botschafter in Jaunde, Kamerun, ehe er nach Uganda versetzt wurde. Neuer Botschafter in Uganda wird der bisherige deutsche Botschafter in Tripolis, Dr. **Günter Held**. Der Diplomat, Jahrgang 1935, in Bernburg geboren, studierte Jura und Volkswirtschaft. 1959 trat er in das Auswärtige Amt ein. Nach einem arabischen Sprachenstudium in Tunis und Beirut wurde er nach Kairo und Dschidda versetzt und ging anschließend nach Freetown, Sierra Leone. Von 1972 bis 1976 leitete er die Botschaft in Saana, Nordjemen. Botschafter in Tripolis ist er seit 1979.

*

Der neue Generalinspekteur der Bundeswehr, General **Wolfgang Altenburg**, ist am Montag von Bundesverteidigungsminister **Manfred Wörner** auf dem Appellplatz des Verteidigungsministeriums mit einer militärischen Zeremonie in sein Amt eingeführt worden. Angetreten waren das Stabsmusikkorps der Bundeswehr und das verkleinerte Wachbataillon mit drei Zügen.

GEBURTSTAG

Siegfried Maruhn, Chefredakteur der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung, (WAZ), wird am 13. April 60 Jahre alt. Der gebürtige Ostpreuße, der nach Wehrdienst und Kriegsgefangenschaft von 1947 bis 1949 bei „news of germany" und bis 1952 bei der „Neuen Zeitung" in Frankfurt/Main tätig war, kam vor 31 Jahren als Leiter der Innenpolitik und Kommentator zur WAZ nach Essen. Stellvertretender Chefredakteur wurde er 1958, Chefredakteur 1970. Maruhn war von 1965 bis 1978 Mitglied des Presserates und ist seit 1974 Vorsitzender der Gesellschaft für publizistische Bildungsarbeit in Hagen.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Klage-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: i. V. Klaus Bruns; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheller (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; Kiel: Bernd Lampe; München: Peter Schmalz, Prof. Ulrich R. Marker; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Deutschland-Ausgabe Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Telex 8 579 104 Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

2300 Kiel, Schloßstraße 16–18, Tel. (04 31) 9 34 30

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 23,60 einschließlich 6,5 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 31,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 61 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 47.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg, Gesamtleitung: Reinhard Hoyer, Hamburg/Essen

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Mit Helmut Kohl will Washington die Zuversicht begrüßen

TH. KIELINGER, Washington

Bundeskanzler Helmut Kohl kommt zu einem Zeitpunkt nach Washington (19. April), wo die Geschicke der Reagan-Regierung mehr denn je auf der Waagschale liegen. In vielen Bereichen der amerikanischen Innen- und Außenpolitik ist die Bewegung, die den Präsidenten in den letzten zwei Jahren seiner Amtszeit nach vorn getragen hat, zum Stillstand gekommen. Die Kompromisse werden schwieriger, der Widerstand wächst. Da ist es entscheidend für das Weiße Haus, sich seiner „Guthaben" zu versichern und zu pflegen, was an Faktoren der Stabilität pflegenswert ist.

Die Bundesrepublik Deutschland nimmt in dieser Gleichung einen hervorragenden, prominenten Platz ein. „Es herrscht ein neues Vertrauensverhältnis", kommentierte Ende vergangener Woche Baden-Württembergs Ministerpräsident Lothar Späth nach seinen Gesprächen mit führenden Mitgliedern der Administration. 1982 habe die Frage in Washington noch dominiert: Wie zuverlässig sind die Deutschen? Das sei nach der Wahl vom März keine Frage mehr, fügte Späth hinzu.

„Kohl ist eine beruhigende Erscheinung", meinte im Gespräch mit der WELT ein Beamter des State Department. „Er strahlt Zuversicht und Selbstsicherheit aus, er weckt keine Animosität." So entschlossen war das Weiße Haus, mit diesem Mann seines Vertrauens noch vor dem Wirtschaftsgipfel in Williamsburg Ende Mai zu konferieren, daß die Einladung Ende März ausgegeben wurde, kaum, daß die neue Regierung in Bonn vereidigt war. Das ist ein Novum der deutsch-amerikanischen Begegnungen der letzten Jahre: Die Initiativen, die Bitten um bestimmte Besuchstermine gingen in der Regel von Bonn aus.

Der Besuch bekommt über den bilateralen Aspekt hinaus Bedeutung durch die Tatsache, daß die Bundesrepublik zur Zeit den Vorsitz im Europäischen Rat führt. Sie trägt mithin das Gewicht des kollektiven europäischen Standpunkts in allen Fragen, wo die Westeuropäer mit ihren amerikanischen Bundesgenossen nicht unbedingt übereinstimmen. Das gilt vor allem für die gespannte Frage des Agrarhandels, aber auch für das gesamte Feld der Ost-West-Beziehungen.



Helmut Kohl – für Washington eine „beruhigende Erscheinung"
FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

Es ist von unvergleichlichem Vorteil für die amerikanisch-europäischen Beziehungen, daß der Kanzler und der Außenminister schon jetzt ein genaues Bild in so delikaten Fragen wie dem strategischen Handel mit dem Osten (die neuen Vorschläge Reagans zur US-Exportverschärfung), der Beendigung der Madrider KSZE-Nachfolgekonferenz und der Fortsetzung der INF-Verhandlungen in Genf haben.

Wahrscheinlich aber werden, was den letzteren Punkt angeht, die Amerikaner die meisten Fragen an den deutschen Besucher stellen wollen. Die NATO-Position in Genf ist ja, nach dem von Reagan vorgetragenen Vorschlag zu einer „Zwischenlösung", nicht mehr strittig. In Washington möchte man dagegen erfahren, wie die deutsche Regierung den Dislozierungsbeschluß in die Tat umzusetzen gedenkt angesichts einer Protestbewegung, die mit den Ostermärschen – zumindest in amerikanischen Augen – ihre Stärke unter Beweis stellen konnte. Damit verknüpft ist die Frage, welche Rolle die SPD in der innenpolitischen Auseinandersetzung um den Dislozeirvorgang spielen wird.

Nach wie vor herrscht innerhalb der Reagan-Administration unterschiedliche Auffassung darüber, wie weit man auf den deutschen Faktor für eine Eindämmungspolitik gegenüber Moskau rechnen kann. Sicherlich überwiegt im Pentagon die Tendenz, die Ankunft einer konservativen Regierung in Bonn als hilfreiches Element in diesem Zusammenhang überzubewerten, während das State Department eher vor übertriebenen Erwartungen warnt und auf die Kontinuität der deutschen Politik, auch der deutschen Interessen, hinweist.

Einen Begriff davon bekam man in Washington bereits im vergangenen Monat, als Helmut Kohl sich quasi an die Spitze jener europäischen Regierungen stellte, die das Weiße Haus auf diplomatischem Wege und über die Öffentlichkeit bedrängten, mit dem Vorschlag einer Zwischenlösung in Genf überzukommen.

Dieser Fall erhellte, wieviel besser man auch strittige Fragen im Bündnis zur Sprache bringen kann, wenn in zwei Hauptstädten wie Bonn und Washington die betreffenden Regierungen im Prinzip vertrauensvoll miteinander umgehen. Das war in den letzten Jahren im deutsch-amerikanischen Verhältnis sicher nicht der Fall.

In vielen Bereichen vertreten die USA relativ unbewegt ihre eigenen Interessen. So ist noch nicht abzusehen, wie die Amerikaner bei der KSZE-Konferenz in Madrid auf den Vermittlungsvorschlag der neutralen und ungebundenen Länder eingehen können, ohne daß der für sie unbefriedigende Text, was die Aussagen über die Menschenrechte angeht, verbessert wird. Auch beharren sie weiter darauf, daß Abrüstungspolitik kein „Ein und Alles" werden dürfe, daß sie nicht mehr, wie noch vor zehn Jahren, allein die Last der Hoffnung auf Verbesserungen zwischen Ost und West tragen könne.

„Nach Helsinki besitzen wir andere Maßstäbe, mit denen wir die Qualität der Ost-West-Beziehungen messen können", sagte dazu der Beamte im State Department. Washington werde weiter bestimmte Aspekte der sowjetischen Politik „unakzeptabel" nennen und auf eine Veränderung des aggressiven internationalen Verhaltens Moskaus hinwirken.

In diesem Zusammenhang hat man die Ausweisung der sowjetischen Diplomaten aus Paris in Washington mit einer gewissen Genugtuung quittiert. Die Europäer, so heißt es, müßten jetzt einen besseren Begriff von der lange vorgetragenen Absicht der Reagan-Regierung erhalten, den strategischen Handel mit Moskau drastisch einzuschränken.

Cordovez setzt Gespräche über Afghanistan fort

rtr/AP, Genf

Die Gespräche über eine politische Lösung des Afghanistan-Konflikts hat der UNO-Sonderbeauftragte Diego Cordovez gestern in Genf wiederaufgenommen. Zum Auftakt traf er mit dem pakistanischen Außenminister Sahibzada Yaqub Khan zusammen. Anschließend war eine Begegnung mit dessen afghanischem Amtskollegen Shah Mohammad Dost vorgesehen. Cordovez will in den kommenden zwei Wochen mit beiden Außenministern seine getrennten Gespräche fortsetzen.

Direkte Kontakte zwischen den Ministern sind nicht vorgesehen, da Pakistan die afghanische Regierung nicht anerkennt. Ziel der UNO ist es, mit einer politischen Lösung auf den Rückzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan hinzuarbeiten. In Pakistan leben derzeit drei Millionen afghanische Flüchtlinge. Eine politische Lösung soll nach Vorstellungen der UNO auch eine Regelung über die Heimkehr der Flüchtlinge sowie gegenseitige Nichtangriffsgarantien Pakistans, Afghanistans und Irans einschließen. Iran, wohin etwa 1,5 Millionen Afghanen flohen, nimmt an den Gesprächen nicht teil, weil die afghanischen Freiheitskämpfer nicht vertreten sind.

Schlappe für Nakasone

dpa, Tokio

Japans Konservative haben bei den Regionalwahlen am vergangenen Sonntag die zwei am härtesten umkämpften Provinzen an Kandidaten der Sozialisten und Kommunisten verloren. Obwohl die regierende Liberal-Demokratische Partei (LDP) mit den übrigen Ergebnissen ihre auch auf lokaler Ebene dominierende Position behaupten konnte, werteten führende Parteimitglieder und die japanische Presse die Niederlage in Hokkaido im Norden und Fukuoka im Südwesten als eine persönliche Schlappe für den seit sechs Monaten amtierenden Ministerpräsidenten und LDP-Chef Yasuhiro Nakasone.

Mit dem Erfolg des früheren Parlamentsabgeordneten Takahiro Yokomichi (42) hat die nördlichste Provinz zum ersten Mal seit 24 Jahren einen sozialistischen Gouverneur. In Fukuoka, auf der Insel Kyushu, setzte sich der von Sozialisten und Kommunisten gemeinsam unterstützte Hachiji Okuda (62) gegen den Kandidaten der LDP und der Zentrumsparteien durch.

Sowjets wollen Hilfe französischer Ärzte in Afghanistan unterbinden

Widerstandskämpfer spricht von „Jagd" auf die Helfer / Krankenhäuser als Bombenziel

Von WALTER H. RUEB

Im Januar 1983 wurde der französische Arzt Philippe Augoyard in Afghanistan von den Sowjets gefangengenommen, Mitte März in Kabul in einem Schauprozeß vor Tausenden von Zuschauern wegen „illegaler Einreise in das Land und Zusammenarbeit mit konterrevolutionären Elementen" zu acht Jahren Gefängnis verurteilt.

Jetzt sind Einzelheiten über die Gefangennahme von Augoyard sowie über die Ziele der Sowjets im Kampf gegen die humanitären Organisationen der freien Welt in Afghanistan bekanntgeworden: Danach sind die Sowjets und das kommunistische Regime von Babrak Karmal offenbar entschlossen, durch Terrorurteile weitere Freiwillige für den Dienst an kranken Zivilpersonen und verwundeten Widerstandskämpfern in Afghanistan abzuschrecken.

Die humanitäre Arbeit zahlreicher internationaler Organisationen in dem Land am Hindukusch stört die Sowjets bei ihren Bemühungen, den Widerstand des Volkes zu brechen und es zu unterwerfen. Besonders die französischen Ärzte-Organisationen sehen sich in jüngster Zeit der Verfolgung ausgesetzt.

„Wer keine Antwort gab, wurde exekutiert"

„Dr. Augoyard wurde von den sowjetischen Soldaten regelrecht und gezielt gejagt", sagt sein französischer Kollege Gilles Albanel. „Am 12. Januar 1983 startete die Rote Armee in der Provinz Logar eine große Offensive mit Panzern und Hubschraubern ... Wir befanden uns etwa drei Tagesmärsche von der rettenden Grenze zu Pakistan entfernt. Als die Bombardements immer heftiger wurden, wichen wir nach Süden aus ... Schließlich drang russische Infanterie in ein Dorf mit rund 1000 Einwohnern ein. Die Soldaten suchten vor allem nach Augoyard- ... Der Terror dauerte tagelang. Überall gab es Tote, überall lagen Trümmer. Offiziere fragten unablässig nach dem französischen Arzt ... Wer keine Antwort gab, wurde exekutiert. Es ist eindeutig: Die Russen wollen die ärztliche Versorgung der Bevölkerung Afghanistans unterbinden."

Schilderungen des Widerstandskämpfers Nazir Ahmad Farouqi machen deutlich, daß ihnen dies teilweise schon gelungen ist. Farouqi reiste mit französischen Ärzten, ausländischen Journalisten und Fernsehteams sowie verschiedenen Gruppen von Widerstandskämpfern Tausende von Kilometern durch seine Heimat. „Ganze Landstriche sind ohne Arzt und ohne medizinische Versorgung", berichtete Farouqi. „In der Provinz Logar beispielsweise gibt es nirgends Arzneimittel zu kaufen. Einmal wurden dort 400 Personen von einer Meningitis-Epidemie befallen. Die meisten starben ... Viele Afghanen, häufig unterernährt und krank, aber haben von französischen Ärzten gehört. Sie rufen nach ihnen, überhaupt nach Ärzten ... In den besetzten Dörfern fragen die Russen immer zuerst nach den Ärzten. Sie machen regelrecht Jagd auf sie. Einmal erlebte ich einen Angriff auf ein Dorf, der wohl ausschließlich dem anwesenden Arzt galt ..."

Laurence Laumonier, eine junge französische Ärztin, die mehr als zwei Jahre in Afghanistan arbeitete und die mit Augoyard in einem Lazarett im Pandschirtal verwundete Mudjahedin operiert und behandelt hatte, berichtete von wiederholten Bombenangriffen auf Hospitäler durch sowjetische Hubschrauber und Flugzeuge.

„Sind die Hospitäler nicht mit dem roten Kreuz gekennzeichnet?" wurde die Ärztin gefragt. „Nein", antwortete sie. „Markierte Krankenhäuser werden erst recht angegriffen."

Trotz widriger Lebensumstände, Bedrohung und Verfolgung aber wollen die französischen Ärzte den Afghanen weiterhin helfen. Ein pakistanischer Diplomat schlug die größte der französischen Ärzte-Organisationen jetzt für den Friedens-Nobelpreis vor – angesichts von Selbstlosigkeit und Heldentum der Mediziner aus Frankreich sicher keine übertriebene Initiative.

Rund 250 französische Ärzte wirkten seit der Besetzung Afghanistans vor 39 Monaten in vielen Regionen des Landes. Sie leben inmitten der Zivilbevölkerung oder der Widerstandskämpfer im Untergrund, bauen hier ein neues Hospital auf, richten dort eine einfache Pflegestation ein. Sie erhalten nur ein kleines Gehalt, bekommen aber alle Auslagen für Reisen, Medikamente und sonstiges Material ersetzt.

Selten halten sich die Ärzte mehr als ein paar Wochen am gleichen Ort auf. Aus Sicherheitsgründen wechseln sie laufend die Standorte, nachdem sie Pfleger ausgebildet haben, die ihre Arbeit wenigstens notdürftig fortsetzen können. Marschiert oder auf Maultieren geritten wird bei Standortwechseln fast ausschließlich nachts. Seit einiger Zeit werden neue Hospitäler fast ausnahmslos unter der Erde angelegt.

Die Behauptung der Russen, die Mediziner unterstützten durch ihre Arbeit die „Konterrevolutionäre", wird von den französischen Ärzte-Organisationen zurückgewiesen. „90 Prozent unserer Patienten sind kranke Zivilisten", sagen sie. „Nur zehn Prozent sind verletzte Freiheitskämpfer."

Die Demonstration fand am falschen Ort statt

Engagiert sind drei Organisationen aus Frankreich: Médecins sans frontières (Ärzte ohne Grenzen), Médecins du monde (Ärzte der Welt) und Aide médicale international (Internationale medizinische Hilfe).

Augoyards französische Kollegen sind entschlossen, für ihren Landsmann zu kämpfen. Mit einer Demonstration mobilisierten sie auch die Öffentlichkeit für ihr Anliegen: 123 Ärzte und Krankenschwestern zogen in Paris zur afghanischen Botschaft und forderten die Diplomaten aus Kabul auf, sie zu verhaften ... „Wenn die Behörden von Kabul unseren Kollegen Augoyard für schuldig halten und ins Gefängnis werfen, dann sind auch wir schuldig, weil wir das gleiche getan haben, was man Doktor Augoyard vorwirft ..."

Die Demonstration machte Schlagzeilen, blieb jedoch ohne Reaktion der afghanischen Botschaft. Insider der Verhältnisse am Hindukusch aber stellten lakonisch fest, daß die Demonstration am falschen Ort stattfand. „Sie hätte vor der sowjetischen Botschaft stattfinden müssen. Denn alles, was in Afghanistan geschieht, geht auf das Konto der Sowjets. Sie waren es auch, die Augoyard in den Bergen Afghanistans mit Hubschraubern und Tausenden von Soldaten tagelang jagten, wegen des tiefen Schnees schließlich auch erwischten und gefangennahmen – nachdem sie seine treuen afghanischen Begleiter vor seinen Augen füsiliert hatten."

Behutsam sucht Spanien den Frieden

Im Mittelamerika-Konflikt will Madrid „nur auf Wunsch" vermitteln

ROLF GÖRTZ, Madrid

Als Vizepräsident der Sozialistischen Internationale (SI) – diesen Titel tragen inzwischen 24 Politiker – forderte der spanische Ministerpräsident Felipe González vor dem SI-Kongreß in Montechoro (Portugal) zum „Kampf um den Frieden in Mittelamerika" auf. Vor allem müsse der Druck „fremder Söldner" aufhören. González erinnerte daran, daß die Friedensbemühungen um Mittelamerika, die im Januar von einem Treffen auf der Insel Contadora (Panama) ausging, zum großen Teil spanischer Initiative entsprang.

Offensichtlich will Spanien diese Initiative behutsam fortführen und nicht durch vorschnelle offizielle Erklärungen in Frage stellen. Wenn jetzt der spanische Außenminister Fernando Morán den südamerikanischen Staaten Mexiko und Kolumbien einen Besuch abstattet, dann stehen dort offiziell bilaterale Fragen im Vordergrund. Morán wird auch die für Ende Mai vorgesehene Reise von Felipe González in diese Länder vorbereiten. In Bogotá dürfte sich Morán außerdem über das Ergebnis der derzeitigen Friedensbemühungen des kolumbianischen Präsidenten Belisario Betancourt bei dessen Reise nach Caracas, Mexiko und Panama informieren. Es sind dies die vier Länder, die auf Contadora zusammengetroffen waren. Als ein Ergebnis der Reise des Kolumbianers gilt die für Ende April vorgesehene Außenministerkonferenz auf Contadora, zu der man möglichst alle Staaten des Isthmus und der Karibik einladen will. Ob auch Spanien daran teilnehmen wird, und in welcher Position, dürfte erst nach der Reise Moráns zu erfahren sein.

Das Ergebnis seiner Gespräche in Bogotá und Mexico City – „bei denen es natürlich auch um die gesamte Situation geht", wie es im spanischen Außenministerium heißt – wird den weiteren Reiseplan von Felipe González in dieser Zone bestimmen.

Als Vermittler im Mittelamerika-Konflikt – etwa zwischen der sandinistischen Regierung in Nicaragua und den Vereinigten Staaten – will Spanien also nur dann auftreten, „wenn dies von beiden Seiten gewünscht wird", wie ein Sprecher des Außenministeriums in Madrid gestern der WELT gegenüber betonte.

Diese Haltung entspricht dem vorsichtigen Auftreten Spaniens im Mahgreb. Dort hatte González vor sechs Jahren als Oppositionspolitiker ein Hilfe-Abkommen mit der sozialistischen Befreiungsfront Polisario unterzeichnet, von dem der Ministerpräsident González jetzt entschieden Abstand nimmt. So galt sein erster offizieller Besuch im Ausland König Hassan von Marokko, der inzwischen die Polisario militärisch zurückschlug und auf politischer Ebene isolierte.

Spanien geht also von dem von König Hassan inszenierten und von den USA begrüßten Übereinkommen zwischen Algerien und Marokko aus, das die Polisario-Front weitgehend schwächte und orientiert seine eigene Außenpolitik in Nordafrika an dieser neuen Konstellation.

Ganz ähnlich scheint die spanische Außenpolitik in Lateinamerika vorgehen zu wollen. Madrid wird seine mögliche Mittlerposition als Partner der Atlantischen Gemeinschaft und Schwesternation der hispano-amerikanischen Welt nutzen, aber nicht unnötig strapazieren. Damit stellt sie sich auch auf die wahren Gegebenheiten im gesamtamerikanischen Raum ein – auf die eigenen Kontakte südamerikanischer Staaten zu den USA und untereinander. Diese Zurückhaltung wird die Außenpolitik Madrids dann glaubhaft machen, wenn sie sich offiziell zu Fragen der Region des Mittelmeeres oder anderswo äußert oder „zwischen den Fronten" seine mögliche Unterstützung wahrnimmt. Spaniens Bedeutung geht offenbar mehr in den Foren der Atlantischen und Europäischen Gemeinschaft auf. Auch hier geht Madrid davon aus, daß bilaterale direkte Beziehungen längst existieren und eine Vermittlertätigkeit nur selten gefragt ist. (SAD)

Hawke strebt nationale Versöhnung an

W. MUELLER, Melbourne

Konfrontiert mit den wirtschaftlichen und politischen Realitäten, setzt Australiens Labor-Premier Robert „Bob" Hawke fast unverändert den innen- und außenpolitischen Kurs seines konservativen Vorgängers Malcolm Fraser fort.

Hawke verkündete eine Politik der nationalen Versöhnung und zeigt sich sichtlich bemüht, im Inland und im Ausland staatsmännische Glaubwürdigkeit zu gewinnen. Die Unsicherheit ausländischer Investoren angesichts einer möglichen Regierungsübernahme der Labor Party war im Wahlkampf durch den rapiden Abfluß von Milliardenbeträgen aus Australien deutlich geworden. Die zehnprozentige Abwertung des australischen Dollar unmittelbar nach dem Wahlsieg zusammen mit der Versicherung, die notleidende nationale Stahlindustrie um fast jeden Preis zu erhalten, sowie die Zurückweisung der Forderung des linken Flügels der Labor Party nach der Einführung einer Kapitalertragssteuer haben in kürzester Zeit das Invesitionsklima aber wieder beruhigt. Langsam, doch in steigenden Beträgen fließen die Milliarden aus New York und London wieder in die australische Wirtschaft zurück, so melden die führenden Banken des Landes.

Ganz auf der Linie der von Hawke verkündeten Versöhnungspolitik liegt die Einladung an Arbeitgeber und Gewerkschaften zu einer nationalen Wirtschaftskonferenz im April, um in einer „konzertierten Aktion" den Problemen einer rapide wachsenden Arbeitslosigkeit, einer über zehnprozentigen Inflationsrate und eines geschätzen Zehn-Milliarden-Dollar-Haushaltslochs Herr zu werden.

„Noch nie in Friedenszeiten", urteilt eine Analyse des australischen Schatzministeriums im Rückblick auf die Finanzpolitik der abgewählten liberal-konservativen Regierung, „zeigten die Staatsausgaben einen derartigen Überhang gegenüber den Einnahmen. Die Größe und Schnelligkeit dieser Entwicklung verleiht Australien eine Ausnahmestellung unter den Ländern der OECD in der Nachkriegszeit."

Selbst an dem von den Gewerkschaften als „unsozial" abgelehnten Lohnstopp der Vorgängerregierung hält der ehemalige Gewerkschaftsboß Hawke fest. Erklärtes Ziel der Labor-Regierung ist es, das Lohnwachstum unter sieben Prozent zu halten.

Auch in der Außenpolitik heißt die Devise Kontinuität: Besonders gegenüber dem Verbündeten USA bemüht sich die Labor-Regierung um Vertrauen. In der brisanten Frage der amerikanischen Radarbasen in Australien und der Überflugs- und Landerechte der B-52-Bomber auf dem Wege vom Stützpunkt auf der Insel Guam zum strategischen Zentrum der US-Streitkräfte auf der Insel Diego Garcia im Indischen Ozean weicht der neue Premierminister nicht vom traditionellen Kurs ab. Die radikale Linke der Labor Party mußte dadurch eine Niederlage einstecken.

Gegenüber der Sowjetunion befleißigt sich Hawke einer in der Sache entschiedenen, doch im Umgang konzilianten Haltung. Ausdrücklich verurteilt wird die Besetzung Afghanistans; zugleich werden konstruktive Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten angestrebt. Das Einreiseverbot für sowjetische Sportler, Wissenschaftler und Funktionäre, das nach dem Einmarsch in Afghanistan verhängt worden ist, gilt nicht länger. „Wir können nicht in Moskau mit Eifer unsere Wolle verkaufen", sagte Hawke mit Hinweis auf die landwirtschaftlichen Interessen seines Vorgängers, „und zugleich Sportkontakte unter fadenscheinigem Vorwand verbieten."

RADSPORT / Kuiper:

„Nichts verändern"

KLAUS BLUME, Bonn

Der holländische Radprofi Hennie Kuiper (34) gewann das klassische Straßenrennen Paris–Roubaix (274 km). Der Olympiasieger von 1972 und Weltmeister von 1975: „Daß ich in meinem Alter noch einmal einen so großen Triumph haben konnte, gehört zu meinen schönsten Erlebnissen." Die WELT sprach mit Hennie Kuiper.

WELT: Fünf Kilometer vor dem Ziel stürzten Sie. Dabei riß der Schlauchreifen vom Hinterrad. Dachten Sie, jetzt ist das Rennen verloren?

Kuiper: Es gab keine Panik. Ich habe nur meinen Mechaniker angewiesen, etwas Aktion zu machen. In solchen Augenblicken werden Sekunden zu Stunden.

WELT: Sie sind insgesamt vier mal gestürzt ...

Kuiper: Nein, nein. Ich kenne doch Paris–Roubaix, weil ich zum elften Mal daran teilnahm. Also fuhr ich auf dem gefährlichen Kopfsteinpflaster immer mit 30, 40 Meter Abstand hinter der Spitzengruppe her.

WELT: Gab es eine Spezialvorbereitung für dieses Rennen?

Kuiper: Ich habe eine Woche lang jeden Tag sieben Stunden trainiert. Bei jedem Wetter und natürlich auf möglichst schlechten Straßen.

WELT: Ihr belgischer Teamchef, Fred de Bruyne, hat 1957 in Roubaix gewonnen. Hat er Ihnen mehr helfen können als ihre früheren Sport-Direktoren?

Kuiper: Wir sind jetzt seit drei Jahren ein Team, das schafft eine gute Atmosphäre. Für Paris–Roubaix hat Fred sein Auto speziell präparieren lassen, vor allem das Chassis und den Unterboden. Wenn einer in unserem Team einen Defekt hatte, war Fred am schnellsten mit dem Ersatzrad bei uns. Er konnte sein Auto auch im hohen Tempo über die Steine fahren.

WELT: Ist Paris–Roubaix nicht viel zu hart?

Kuiper: Wenn du es veränderst, ist es nicht mehr Paris–Roubaix. Aber bei der Flandern-Rundfahrt sind Koppenberg und Taienberg unzumutbar. Da bin ich einer Meinung mit Hinault. Nur sage ich mir auch: Wenn du dafür nicht mehr den Mut hast, mußt du das Fahrrad in der Scheune lassen.

BOXEN / Wenig Zuschauer beim Intercup-Turnier in Berlin – Acht Kämpfer für die Europameisterschaft nominiert

Zuschußgeschäft – Senat muß 96000 Mark zahlen

DIETER DOSE, Berlin

Der „Goldrausch" für die deutschen Amateurboxer – acht Sieger – beim dritten Intercup in Berlin ist kein Maßstab für die Europameisterschaften im bulgarischen Varna (7. bis 15. Mai). Strenggenommen, war es fast ein totaler Erfolg für den Veranstalter, den Deutschen Amateur-Boxverband (DABV). Denn drei weitere Empfänger der Goldpokale kommen aus seinen Vereinen, ein Rumäne und zwei Türken. So blieb der einzige Ausländererfolg im Leichtgewicht dem Engländer Jacobs vorbehalten.

Intercup – das war zwar keine Veranstaltung unter Ausschluß der Öffentlichkeit, aber nur 4500 zahlende Zuschauer an fünf Tagen beweisen erhebliches Desinteresse. So zog Berlins Box-Präsident Joachim Emmerich ein resignierendes Fazit: „Eine ähnlich bedeutende Box-Veranstaltung wird es in den nächsten Jahren in Berlin nicht wieder geben." Zusätzlich zu bereits bewilligten 46 000 Mark vom Senat muß er die Stadtväter um weitere 50 000 Mark zum Ausgleich des Defizits im 180 000-Mark-Etat bitten.

Das Turnier hatte schon vor dem ersten Gong erheblich an Reiz eingebüßt. Osteuropäer und Afrikaner blieben daheim. Boykott? Sicher spielte der Standort West-Berlin besonders für die „DDR" eine Rolle, durch Abwesenheit zu glänzen. Ganz sicher aber paßte der Intercup-Termin der „DDR" auch nicht in das Vorbereitungsprogramm für die Europameisterschaften. Schon kürzlich, beim internationalen Turnier in Usti (CSSR), wo der Deutsche Amateur-Boxverband zwei Sieger stellte und zwei dritte Plätze gewann, ließ die „DDR" ihre erste Garnitur durch eine Nachwuchsstaffel vertreten.

Intercup ohne osteuropäische Boxer – das war nur eine halbe Sache. Zumal auch die sechs beteiligten Amerikaner (nur zwei kamen ins Finale) zweiter und dritter Klasse waren.

So ging es vor allem für die deutschen Faustkämpfer – 24 von 72 Teilnehmern – um die Fahrkarten nach Varna. Dennoch blieben Überraschungen aus, als Sportwart Heinz Birkle nach Abschluß in der Berliner Deutschlandhalle das vorläufige Aufgebot für die Europameisterschaften bekanntgab, sich dabei in der einen oder anderen Klasse aber noch ein Hintertürchen offenließ. Klar war unabhängig von den Berliner Ergebnissen, daß die Klassen Halbfliegen- und Federgewicht in Varna vom DABV nicht besetzt werden. Dabei bleibt es auch. Die Besetzung des Schwergewichts ist noch fraglich. Denn, so Birkle, weder Intercup-Gewinner Bott (Karlsruhe) noch der im Halbfinale gescheiterte Berliner Heistermann (Intercup-Sieger 1981) fahren nach Varna. Birkles Idee, den 20 Jahre alten Berliner Halbschwergewichtler Ralf Rocchigiani („den oder keinen") in die höhere Gewichtsklasse zu locken, stieß bei dem Betroffenen auf Ablehnung. „Ich denke nicht daran, in Varna im Schwergewicht zu boxen", sagt der Einzelhandelskaufmann, der sich wie sein Bruder Graziano auf ausdrücklichen Wunsch des Verbandes verpflichtet hat, nicht vor den Olympischen Spielen 1984 in Los Angeles Profi zu werden. „In vier Wochen zehn Kilo zunehmen ist kein Problem, aber woher soll dann noch die Kraft kommen?" sagte der Berliner.

Im Halbschwergewicht ist aber für ihn im DABV-Aufgebot kein Platz frei. Den vorgesehenen bekommt der Leverkusener Kurt Seiler, der in Berlin wegen einer Erkrankung fehlte.

Eine sichere EM-Bank ist in Berlin geplatzt. Der schon mehrfach als neuer René Weller gepriesene Gelsenkirchener Weltergewichtler Michael Kopzog bezog gegen den Amerikaner d'Antignac so schwere Prügel, daß der Niederlage eine dreimonatige internationale Sperre folgte. Kommentar von Sportwart Heinz Birkle: „Sein Herz ist stärker als sein Kinn." Bezeichnend, daß der Kopzog-Bezwinger im Halbfinale gegen den Berliner Ulrich Junger nicht den Hauch einer Chance hatte. Intercup-Sieger Junger (Birkle: „Zu unerfahren") aber stand für Varna nie zur Diskussion.

Fest nominiert für die Europameisterschaft wurden: Fliegen: Dietmar Stadtmüller (Leverkusen), Bantam: Stefan Gertel (Worms), Halbwelter: Alexander Kunzler (Leverkusen), Halbmittel: Graziano Rocchigiani (Berlin), Mittel: Andreas Bauer (Berlin), Halbschwer: Kurt Seiler (Leverkusen), Superschwer: Classen (Mülheim).

Offen ist noch, ob im Leichtgewicht Werner Schäfer (Mülheim) oder der Kaiserslauterner Gies nominiert werden. Chancen hat auch noch der Dürener Manfred Zielonka. Er verlor in Berlin zwar gegen den 19jährigen Graziano Rocchigiani im Halbmittelgewicht, aber Birkle würde es gerne sehen, wenn der WM-Dritte von München 1982 sein Übergewicht abtrainiert, um in Varna im Weltergewicht in den Ring zu steigen. „Ohne die zwei Verwarnungen im Finalkampf hätte der Sieger auch Zielonka heißen können", sagte Birkle. Zur Debatte steht in dieser Gewichtsklasse noch Helmut Gertel aus Worms.

HANDBALL / Der Untergang von Nettelstedt

Mäzen zog sich zurück – Märchen wurde zur Tragödie

sid, Nettelstedt

Böse Zungen in Nettelstedt behaupten, die Spieler des örtlichen TuS sollten besser mit ihrem Gesang als mit der Kunstfertigkeit ihrer Hände auftreten. Denn ein kräftig geschmettertes Lied, angestimmt auf einer kürzlich produzierten Schallplatte, wurde nicht zum Schlager im Abstiegskampf des Handball-Bundesligaklubs.

Zwei Jahre nach dem Gewinn des Europapokals der Pokalgewinner gegen Empor Rostock steht der TuS Nettelstedt nach der 21:22-Heimniederlage gegen den THW Kiel praktisch als dritter Absteiger fest. Aus der Ankündigung von Trainer Milan Lazarevic, bereits in den verbleibenden sechs Spielen den Neuaufbau anzugehen, spricht Resignation.

Von der Kreisklasse, damals mit dem 136maligen deutschen Nationalspieler Herbert Lübking, war der Verein in die Bundesliga gestürmt. Mit Hilfe des Textilherstellers Hans Hucke. Er finanzierte mit Torwart Arslanagic, Lazarevic und Miljak zum Beispiel Spieler aus der Olympiasiegermannschaft Jugoslawiens von 1972. Doch in der wirtschaftlichen Rezession zog sich Hucke aus allen Vereinsgeschäften zurück, ein Handball-Märchen wurde zur Tragödie.

Vor Saisonbeginn gingen die Nationalspieler Torwart Wöller und Linkshänder Keller, gelockt vom Berliner Mäzen „Bendzko-Immobilien", an die Spree. Ersatz kam nicht aus den eigenen Reihen, da im Gegensatz zum Ortsrivalen Dankersen die Nachwuchsarbeit vernachlässigt wurde.

Auch mit dem beliebten Lockmittel „Arbeitsplatz" konnte der Verein nicht mehr winken. Bei einer Beschäftigungslosenziffer von 13,3 Prozent liegt der Altkreis Lübbecke weit über dem Bundesdurchschnitt (9,8). Der isländische Nationalspieler Gudmundsson verlor seinen Job als EDV-Operator. Angestellt war er im Betrieb von Hans Hucke.

Da ein gesundes industrielles Hinterland fehlt, bezieht der Verein als einziger Bundesliga-Klub keine Einnahmen aus der Trikotwerbung. Vor Saisonbeginn riß der gekündigte Vertrag mit einer Imbißkette ein sechsstelliges Loch in den Vereinsetat.

STAND PUNKT

Fahrt in die Krise

Im Grunde hat das Geschäft ruinöse Züge. Wer in der Formel 2 gut ist, in dieser Aufsteigerklasse zum Grand-Prix-Sport, deckt etwa nur zehn Prozent seiner Ausgaben durch Preisgelder. Alles andere muß durch Sponsoren aufgefangen werden oder durch den Verkauf von Rennwagen. Derzeit fährt die Formel 2 aber eher in die Krise.

Zur Erläuterung: Beim Jim-Clark-Rennen am Sonntag in Hokkenheim verloren sich nur 26 000 unentwegte Fans im Motodrom. In der Formel 1 rechnet man da schon mit anderen Zahlen, mit 80 000 bis 100 000 Zuschauern und freilich noch mit einigen Millionen Begeisterten, die daheim noch am Fernsehschirm zugucken.

Nun kann man, wie einst Frank Williams in der Formel 1, vom Ölprinzen aus Arabien träumen, der dann auch die Petrodollars nur so verstreute. Meistens kommt statt dessen aber nur der Gerichtsvollzieher ...

K. Bl.

EISHOCKEY / Nach Testspielen gegen Kanada

Unsinn: „Niederlage paßt mir ganz gut in den Kram"

sid, Frankfurt

Nach dem 5:4-Erfolg am Samstag in Dortmund war Xaver Unsinn der Brummbär, nach dem 2:4 vom Sonntag in Frankfurt gegen die Kanadier der Strahlemann – eigentlich hätten die Verhaltensweisen des Eishockey-Bundestrainers genau umgekehrt sein müssen. Doch Unsinn hatte seine Gründe. Er sagt: „Nach zwei Erfolgen gegen Kanada wären einige Herren vom Boden abgehoben. Die Niederlage paßt mir ganz gut in den Kram. Jetzt kann ich meinen Leuten wenigstens noch etwas erzählen, jetzt horchen sie wieder hin."

Gestern im Leistungszentrum von Füssen erfüllte Unsinn zunächst eine unangenehme Pflicht. Drei Spieler mußten noch aus dem WM-Kader gestrichen werden. Die Wahl fiel auf den Landshuter Stürmer Klaus Gotsch sowie die Verteidiger Sepp Klaus (Rosenheim) und Rainer Blum (Mannheim).

Die restlichen 23 WM-Kandidaten nahm der Bundestrainer sogleich ins Gebet: „Sprecht mir nicht von Medaillen." Und als Realist mahnt er: „Die deutschen Handball- und Fußballspieler sind nicht zuletzt am hohen Erwartungshorizont gescheitert. Das soll uns nicht passieren. Mit dem fünften WM-Platz wären wir hochzufrieden, denn dann könnten wir am Canada-Cup 1984 teilnehmen."

Xaver Unsinn stapelt bewußt tief, aber er weiß auch, daß die WM nach dem guten Vorverkauf (120 000 Karten wurden schon abgesetzt) einen positiven Verlauf nehmen kann, sollte zum Auftakt wie im Vorjahr (4:2 über die CSSR) eine Überraschung gelingen. Angstgegner Schweden, in 26 WM-Spielen nur einmal 1971 in Genf bezwungen, als Trainer Gerhard Kießling begeistert in den Genfer See sprang, hat vor dem Spiel am Samstag (18.30 Uhr) in der Dortmunder Westfalenhalle gehörigen Bammel.

Kapitän Erich Kühnhackl kalkuliert für das Schweden-Spiel eine deutliche Leistungssteigerung ein: „Die Generalprobe war kein Maßstab, denn keiner wollte mehr eine Verletzung riskieren. Am Samstag sind wir mit Volldampf bei der Sache." Und Verteidiger Udo Kießling: „Es wird zwar schwer, aber der fünfte Platz ist machbar."

Weise-Entscheidung

Bonn (DW.) – Am Donnerstag will DFB-Trainer Dietrich Weise seine Entscheidung bekanntgeben, ob er Trainer des Bundesligaklubs 1. FC Kaiserslautern wird. Noch am Donnerstag vergangener Woche verhandelte Weise in Berlin mit Borussia Dortmund.

De Agostini hört auf

Zürich (sid) – Die Schweizerin Doris de Agostini wird vom aktiven Skisport zurücktreten. Die Abfahrts-Weltcupgewinnerin erklärte, sie „habe einfach genug" vom Skisport.

Norwegen qualifiziert

Garmisch-Partenkirchen (dpa) – Durch ein 10:2 über Holland hat sich Norwegen in Garmisch-Partenkirchen für das olympische Eishockey-Turnier in Sarajewo 1984 qualifiziert.

Motorrad-Todessturz

Imola (sid) – Der 34 Jahre alte Italiener Guido Paci verlor beim 200-Meilen-Motorradrennen in Imola in der „Gilles-Villeneuve-Kurve" die Gewalt über seine Honda und zog sich beim Sturz gegen eine Begrenzungsmauer schwere Verletzungen zu. Trotz sofortiger ärztlicher Hilfe konnte der Italiener nicht mehr gerettet werden.

Schach: Viertes Remis

Madrid (dpa) – Im Kandidatenturnier für die Schach-Weltmeisterschaft in Alicante spielten der ungarische Großmeister Zoltan Ribli und Eugene Torre (Philippinen) zum vierten Mal hintereinander Remis und haben jetzt beide je 2,0 Punkte. Der Sieger dieser Partie spielt gegen den Gewinner der Partie Hübner gegen Smyslow.

ZAHLEN

TENNIS

Grand-Prix-Turnier, Damen in Hilton Head Island/South Carolina (200 000 Dollar), Einzel-Finale: Navratilova (USA) – Austin (USA) 5:7, 6:1, 6:0.

WCT-Turnier, Herren in Houston (300 000), Einzel-Finale: Ivan Lendl (CSSR) – Paul McNamee (Australien) 6:2, 6:0, 6:3.

Grand-Prix-Turnier, Herren in Lissabon (315 000), Doppel-Finale: Motta/Kirmayr (Brasilien) – Slovzil/Taygan (CSSR/USA) 6:4, 6:4.

EISHOCKEY

Länderspiel in Frankfurt: Deutschland – Kanada 2:4 (1:2, 0:1, 1:1). **Länderspiel in Pilsen:** CSSR – Finnland 9:6 (2:1, 4:4, 3:1).

GEWINNZAHLEN

Rennquintett, Pferdetoto: 1, 10, 9. Pferdelotto: 2, 7, 10, 15. (Ohne Gewähr).

Wählen die Briten im Juni oder Oktober?

DW. London

In London mehren sich die Anzeichen für vorgezogene Unterhauswahlen im Juni oder Oktober. Obwohl Premierministerin Margret Thatcher offiziell noch keinen Zeitpunkt festgelegt hat, sind die Vorbereitungen schon in vollem Gang. Regulärer Wahltermin wäre Juni 1984.

Frau Thatcher und ihr politischer Mitarbeiterstab beschäftigten sich am vergangenen Wochenende bereits mit dem Entwurf für eine Wahlplattform der Konservativen. Am nächsten Freitag und Samstag wird die Regierungschefin in einem Motel in Nord-London vor 300 bis 400 Unterhauskandidaten sprechen. Ein offizieller Parteivertreter *sagte, alles werde so vor*bereitet, daß Frau Thatcher jederzeit Wahlen ansetzen könne.

Die Regierungschefin hatte noch kürzlich versichert, sie ziehe es vor, bis zum Ende ihres Fünfjahresmandats zu warten. In London gilt es jedoch als wahrscheinlich, daß Frau Thatcher bei einem guten Abschneiden ihrer Partei bei den Kommunalwahlen am 5. Mai die Unterhauswahlen für kommenden Juni oder Oktober ausschreibt. Die Konservativen sind gegenwärtig nach Ergebnissen von Meinungsumfragen die populärste Partei Großbritanniens.

Kohl am 21. April nach London

rtr, Bonn

Die ursprünglich nur für den 22. April geplanten deutsch-britischen Konsultationen werden nun doch ausführlicher als geplant. Regierungssprecher Diether Stolze teilte mit, Bundeskanzler Helmut Kohl werde schon am 21. April nach London reisen.

Grüne: Gesetz gegen Volkszählung

AP, Bonn

Nach ihrem verbalen Protest gegen die Volkszählung am 27. April haben die Grünen im Bundestag jetzt auch einen formellen Gesetzentwurf eingebracht, in dem die Aufhebung der Bürgerbefragung gefordert wird. Wie es in dem gestern in Bonn veröffentlichten Gesetzentwurf heißt, soll so verhindert werden, daß auf der Grundlage der Volkszählung „die Freiheit der Bürger eingeschränkt wird und den Bürgern materielle Nachteile durch Datenmißbrauch erwachsen".

Leo 2 für die Saudis? Noch herrscht Funkstille

Kohl weiß, daß das Thema auf ihn zukommt

BERNT CONRAD, Bonn

Seit dem Bonner Regierungswechsel im Herbst 1982 herrscht in der Frage der von Saudi-Arabien gewünschten deutschen Panzerlieferungen Funkstille. Weder im Bundeskabinett noch im Bundessicherheitsrat ist darüber beraten worden; auch die Saudis selbst haben sich nicht gemeldet. Bundeskanzler Helmut Kohl ist sich jedoch darüber im klaren, daß das Thema spätestens bei seinem noch in diesem Jahr geplanten Besuch in Saudi-Arabien auf ihn zukommen wird.

Eine Vorentscheidung, den Verkauf von Leopard-2-Panzern an die Saudis zu genehmigen, wie der „Spiegel" schrieb, ist nach Angaben von zuständiger Seite noch nicht gefallen. Allerdings war die Stimmung gegenüber dem in der sozialliberalen Bundesregierung höchst umstrittenen Projekt bei der Union, besonders bei der CSU, stets positiver als bei der SPD und der FDP.

Der jetzige Staatsminister im Auswärtigen Amt, Alois Mertes (CDU), hatte sich im Juni 1981 in einem WELT-Gespräch gegen einen nationalen Alleingang Bonns beim Waffenexport nach Saudi-Arabien gewandt, gleichzeitig aber die Ansicht vertreten, daß in einem westlichen Gesamtkonzept zur Sicherung der Golfregion auch die Lieferung deutscher Waffen, einschließlich Panzer, ihren Platz haben könne.

Unberührt davon bleibe die Wahrung der Lebensinteressen Israels, die zur „Ethik der deutschen Außenpolitik" gehöre, betonte Mertes. Nach vorliegenden Informationen denkt Helmut Kohl ähnlich.

Angriffe von CDU-Generalsekretär Heiner Geißler gegen die nach seiner Ansicht zu weit gehenden neuen Richtlinien der Regierung Schmidt über den Waffenexport im vergangenen Jahr waren von der Mehrheit des CDU-Vorstandes nicht gedeckt worden. Vielmehr sahen die meisten Unionspolitiker ihre Forderungen – weiterhin restriktive Exportpolitik, Ausnahmen im vitalen nationalen Interesse, Fortfall des Begriffs „Spannungsgebiete" – durch die Richtlinien gedeckt. Deshalb halten Experten auch den Wunsch des CDU-Abgeordneten Werner Marx nach größerem Handlungsspielraum der Bundesregierung in der Frage der Waffenexporte nicht für aktuell.

Von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) weiß man, daß er – wie schon in der früheren SPD/FDP-Koalition – erhebliche Einwände gegen eine zu großzügige Handhabung der Waffenexporte und speziell gegen Panzerlieferungen an Saudi-Arabien hat.

Gift: Neue Verordnungen?

„Transit-Regelung für gefährliche Abfälle unzureichend"

E. N. Bonn

Der in 41 Fässern verpackte Giftmüll von Seveso hat Italien in Richtung Frankreich unter der De*klarierung „Derivate chlor-aroma*tischer Kohlenwasserstoffe" verlassen. Dies erklärte ein Sprecher des Bundesinnenministeriums vor der Presse in Bonn. Aus den Unterlagen, die Hoffmann-La Roche dem Ministerium übergeben hat, gehe nicht hervor, daß sich irgendjemand in dieser Angelegenheit einer „Schweigepflicht" unterworfen habe. Außerdem ergebe sich kein Anhaltspunkt dafür, daß die Abfälle in die Bundesrepublik eingeführt wurden.

Eine Verfolgung der in Frankreich verlorenen Spur der 41 Giftfässer könne möglicherweise dadurch erleichtert werden, daß Hoffmann-La Roche in den dem Bundesinnenministerium übergebenen Unterlagen die Fässer sehr genau beschreibt. Als „schwaches Glied" in der Gesetzes- und Verordnungskette bezeichnete der *Sprecher* des *Bundesinnenmini*steriums den Transit von Giftmüll durch die Bundesrepublik. Während es bei Einfuhr Transport- und Lagerungsgenehmigungen gebe, existiere für den Transit nur das Zoll-Abfertigungsverfahren, das nicht ausreiche. Daher werde jetzt eine „offizielle Notifizierung" aus jedem Land, das solche Transporte in Marsch setze, angestrebt.

Bundesinnenminister Zimmermann hat in München Gespräche mit dem Präsidenten des Verwaltungsrates der Firma Hoffmann-La Roche geführt, die mit der Beseitigung der Seveso-Gifte beauftragt worden war. Dabei begrüßte er die Vorlage der Akten als „Beitrag zur notwendigen Aufklärung".

Reagan: Weiter für Frieden in Nahost

● Fortsetzung von Seite 1

trauen eingehandelt", sagte ein mit der Materie vertrauter Regierungsbeamter. Es überraschte diesen Experten nicht, daß die Begin-Regierung noch am Sonntag die Gründung von 57 weiteren Siedlungen in den besetzten arabischen Gebieten in den nächsten vier Jahren bekanntgab.

In Israel wurde der Beschluß König Husseins, sich derzeit nicht am Friedensprozeß zu beteiligen, überwiegend mit Befriedigung aufgenommen. Israel habe von den Verhandlungen zwischen dem Monarchen und PLO-Chef Arafat nichts erwartet und sei daher von deren negativem Verlauf auch nicht überrascht, sagte ein hoher Regierungsbeamter. In einem israelischen Rundfunkkommentar hieß es, die Erklärung von Amman bedeute, daß der Reagan-Plan, der von Israel in der vorliegenden Form niemals akzeptiert worden war, jetzt „eingefroren" sei.

Politische Beobachter in der libanesischen Hauptstadt Beirut gaben *gestern* vor *allem Syrien die* Schuld an dem Zusammenbruch des Dialogs. PLO-Chef Arafat sei nicht zu einer Übereinkunft mit König Hussein gelangt, weil er den Widerstand der Syrer und ihrer palästinensischen Anhänger zu übergehen nicht willens oder fähig gewesen sei.

Arafat habe nicht nur Schwierigkeiten gehabt, sich bei der gesamten PLO, sondern besonders bei ihren in Syrien ansässigen radikalen Gruppierungen durchzusetzen, hieß es in informierten Kreisen in Beirut. Während Syrien von Anfang an seine ablehnende Haltung zu dem palästinensisch-jordanischen Gesprächen habe durchblicken lassen, hätten radikale PLO-Gruppen gegen den Hussein-*Arafat-Dialog auch in Libyen agi*tiert.

Gesagt

„Ich habe das Ausmaß der menschlichen Komplikationen nicht für möglich gehalten. Dort hat jeder Angst vor dem anderen. In dieser Situation ist die Voraussetzung für eine Entspannung gering."

Bischof Eduard Lohse, Ratsvorsitzender der EKD, nach einer Reise durch den Nahen Osten.

Hardthöhe: Wörner fand kein Weißbuch vor

Ministerium präzisiert Angaben über Planungsstab-Entwurf

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Der Vorgänger von Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner, Hans Apel (SPD), hat bei seinem Ausscheiden Ende September 1982 keinen Entwurf für ein Weißbuch zur Sicherheitspolitik hinterlassen, der *reif für die Veröffentli*chung gewesen wäre. Apel hatte vom damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt lediglich dessen Zustimmung für ein Konzept für die Abfassung eines derartigen Weißbuches. Die Arbeit, die der „Spiegel" in seiner jüngsten Ausgabe als Weißbuch-Entwurf bezeichnet, war nach WELT-Informationen vom Planungsstab des Mini*steriums als erste Textfassung* vorgelegt worden, aber weder auf der Hardthöhe, noch zwischen den Ressorts der Regierung abgestimmt worden.

Darauf ist gestern an der Spitze des Verteidigungsministeriums hingewiesen worden. Im Deutschlandfunk sagte dessen Sprecher Jürgen Reichardt, von Minister Apel habe es lediglich die Anwei*sung gegeben, die Abfassung eines* Textentwurfs für ein Weißbuch einzuleiten. Wörner hat nach Reichardts Worten demzufolge auch keinen Weißbuch-Entwurf gesehen und bewertet.

Wie im Ministerium gestern gegenüber der WELT weiter erläutert wurde, fand Wörner bei Amtsantritt die Arbeit des Planungsstabes vor. Er entschied im Oktober 1982, die Abfassung des Weißbuchs erst nach Bestätigung der neuen Koalition in Wahlen, deren Terminierung zu dem damaligen Zeitpunkt nicht genau abzuschätzen war, *wiederaufzunehmen. Wie es weiter* hieß, hätte auch unter Apel die Arbeit des Planungsstabes noch zahlreiche Stationen durchlaufen müssen, bevor sie als sicherheitspolitische Darstellung und Bewertung der Regierung hätte veröffentlicht werden können. Eine entscheidende Station bei der Abfassung wird auch bei dem Entwurf, der nun unter Wörners Verantwor*tung geschrieben wird, die Abstim*mung zwischen Planungsstab als der Stelle, die den ersten Entwurf liefert, und den zuständigen Abteilungen des Ministeriums sein.

Besonders gewichtig ist dabei das Urteil des Führungsstabs der Streitkräfte, der dem neu ins Amt gekommenen Generalinspekteur Wolfgang Altenburg untersteht. Unter Altenburgs Vorgänger *Brandt, das wissen Kenner der* Verhältnisse, wurden zwischen der militärpolitischen Stabsabteilung unter Generalmajor Peter Tandekki und dem damaligen Leiter des Planungsstabes, Walther Stützle, der inzwischen für die „Stuttgarter Zeitung" arbeitet, „regelrechte Grabenkämpfe" ausgefochten.

„Problematischer Dienst"

Kirche in der „DDR" über Christen in Streitkräften

epd, Berlin

Der neue Ostberliner Generalsuperintendent Günter Krusche hat vor der Regionalsynode Ost der Berlin-Brandenburgischen Kirche versichert, die Kirche begrüße es, wenn Gemeindemitglieder eine pazifistische Haltung verträten.

Sie sollten allerdings ihre Position anderen nicht „in gesetzlicher Weise" aufnötigen wollen, sagte Krusche. Gleichzeitig hob er hervor, daß es viele Menschen gäbe, die es aus unterschiedlichen Gründen ablehnten, auf den Waffendienst völlig zu verzichten. Krusche: „Wir tragen auch diese mit unserer Fürbitte."

Wie zuvor Bischof Gottfried Forck hob auch Krusche hervor, daß Kriegs- und Waffendienst heute aus christlicher Verantwortung problematisiert werden müßten. „Einer bedenkenlosen Kriegsführung, einem bedenkenlosen Waffendienst, nur weil er befohlen ist, könnten wir um des Evangeliums willen nicht zustimmen". Gleichzeitig warnte er davor, in „schwärmerischer Überschätzung" der gegebenen Situation irgendwelche Maßnahmen ergreifen zu wollen oder Appelle abzugeben, „die dann ohnehin versanden, weil die Verhältnisse nicht so sind". Die Kirche müsse sich vielmehr der „mühseligen Aufgabe" unterziehen, selbst abzuschätzen, was gegenwärtig *möglich* sei.

Konsistorialpräsident Manfred Stolpe hob noch einmal hervor, daß die Kirchenleitungen bei den Auseinandersetzungen um den Friedensaufnäher „Schwerter zu Pflugscharen" dieses „gute Zeichen kirchlicher Friedensarbeit" nicht aufgegeben hätten.

Helsinki: Weg für neue Regierung frei

rtr, Helsinki

Die finnische Regierung ist gestern nach den Reichstagswahlen im vergangenen Monat formell zurückgetreten und hat damit den Weg zur Bildung einer neuen Koalition freigemacht. Präsident Mauno Koivisto nahm den Rücktritt der Regierung aus Sozialdemokraten, *Zentrum, Schwedischer Volkspar*tei und Finnischer Volksdemokratischer Union unter Leitung des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Kalevi Sorsa an. Nach Angaben von Parteivorsitzenden konnte noch keine Einigung auf die Zusammensetzung der neuen Regierung erzielt werden. Eine Neubildung der Volksfront-Koalition sei jedoch unwahrscheinlich.

DRK hilft in Kambodscha

DW. Bonn

Das Deutsche Rote Kreuz entsandte gestern ein weiteres Ärzteteam in das Grenzgebiet Kambodscha/Thailand. Das neue Team, bestehend aus einem Chirurgen, einem Anästhesisten und einer OP-Schwester, wird voraussichtlich drei Monate in dem Rot-Kreuz-Krankenhaus Khao i Dang tätig sein. Das DRK folgte damit einem Aufruf des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, das in Thailand die Gesamtleitung der medizinischen Hilfen in Flüchtlingslagern übernommen hat und mit verstärkten Hilfsmaßnahmen gegen die sich verschärfende Lage der Flüchtlinge im Grenzgebiet Kambodscha/Thailand ankämpft.

Sowjetemigrantin traf in Israel ein

AFP, Tel Aviv

Die Sowjetbürgerin Lydia Waschtschenko (32), die seit fünf Jahren um Ausreiseerlaubnis kämpfte, ist gestern in Israel eingetroffen. Als Angehörige der christlichen Pfingstbewegung war sie im Juni 1978 zusammen mit ihrer Familie und anderen Mitgliedern der religiösen Bewegung in die amerikanische Botschaft geflüchtet, um ihre Ausreise aus der UdSSR durchzusetzen.

Da die Emigrantin keine Jüdin ist, hat Israel die Aufenthaltsdauer zunächst auf einen Monat beschränkt. In einem Interview mit der Nachrichtenagentur „itim" erklärte Lydia Waschtschenko gestern, mehrere europäische Länder hätten sich bereit erklärt, sie aufzunehmen.

Namenloser Wirbel

adh. – Rennen die „Weißen" den etablierten Handelsmarken davon? Die teilweise exorbitanten Wachstumsraten und schnell erreichten Anteile der no names in einzelnen Bereichen suggerieren in der Tat einen überragenden Erfolg der Artikel ohne Marke.

Aufgetaucht sind sie erstmals im Herbst 1978, als ein deutsches Unternehmen nach gründlichem Studium der amerikanischen Verhältnisse mit 10 Artikeln einen Versuch startete. Der immerhin lief so, daß die Wettbewerber rasch folgten: Im Herbst 1980 spielten schon vier Unternehmen im Spiel um die Namenlosen mit.

Genau 1050 dieser Artikel zählte die renommierte Nielsen Company im März im deutschen Lebensmitteleinzelhandel. Sie werden von 15 Einzelhandelsgesellschaften vertrieben. Seit dem vergangenen Herbst sind also zwei neue Anbieter von Gattungsnamen dazugekommen, und zwar einmal gleich mit 45 und ein zweiter sogar mit über 90 Produkten. Dabei sollte sich auch im Handel inzwischen herumgesprochen haben, daß die Namenlosen eben keine schnellen dicken Gewinne bringen. Das zeigt überdeutlich das auch von Nielsen konstatierte Kommen und Gehen unter den Handelsunternehmen mit diesen Produkten.

Da wird heute namenlose Nuß-nougat-Creme angeboten, die morgen schon nicht mehr interessant erscheint – und deshalb in einer anderen Kette Liebhaber findet; dort wird das namenlose Toilettenpapier nach monatelangem Dornröschen-Dasein forciert (mit entsprechenden verblüffenden Umsatzzahlen) oder ganz aus dem Sortiment genommen.

Rückschlüsse auf Marktanteile müssen deshalb zwangsläufig in die Irre führen. Vergleiche mit dem Vorjahr hinken. Das bringt mehr Nebel als Substanz in den Wirbel um die Namenlosen.

Knappheitspreis

cd. – Die Preissteigerungsrate ist in der Bundesrepublik auf den niedrigsten Stand seit vier Jahren zurückgegangen. Und die Aussichten für eine weitere Beruhigung des Preisklimas sind trotz der störenden Mehrwertsteuererhöhung zur Jahresmitte günstig. Nach früherer Erfahrung müßten sich diese Erwartungen eigentlich auch in sinkenden Kapitalmarktzinsen niederschlagen. Doch dort verharrt die Rendite für zehnjährige Titel immer noch bei 7¾ Prozent, so daß man bei Abzug der Inflationsrate auf eine Realverzinsung von 4¼ Prozent kommt, die, blickt man in die Vergangenheit zurück, ungewöhnlich hoch erscheint. Verbirgt sich dahinter womöglich aufkommendes Mißtrauen dergestalt, daß die Preistendenz bei einer Wiederbelebung der Konjunktur wieder dreht? Noch sind keine Anzeichen dafür zu erkennen. Oder sind es die hohen amerikanischen Zinsen, die bei uns einen weiteren Zinsrückgang bremsen? Das wäre wenigstens eine Teilerklärung. Am nächsten kommt man der Wahrheit wohl, wenn man den hohen Realzins als Knappheitspreis betrachtet, eine Folge jahrelangen Kapitalverzehrs durch den Staat.

BERLINER WIRTSCHAFT / Kammer hat Hoffnung auf eine Trendwende

Die Stadt braucht jetzt schnell eine „offensive Strukturpolitik"

PETER WEERTZ, Berlin

Für Berlin war das Jahr 1982 nach Ansicht der Industrie- und Handelskammer wirtschaftlich ebenso unbefriedigend wie für die Bundesrepublik insgesamt. Trotz gedämpfter Erwartungen habe sich jedoch das Klima verbessert, sagte Hauptgeschäftsführer Günter Braun bei der Vorlage des Jahresberichts. Die Unternehmen hätten ihre eigenen Leistungsreserven mobilisiert, außerdem habe die Wirtschaft viele Impulse von außen erhalten, besonders durch die Berlin-Konferenz im Vorjahr.

Auf jeden Fall hätten sich, so Braun, die Chancen verbessert, in diesem Jahr endgültig die konjunkturelle Talsohle zu überwinden. Hier verweist er auf die sinkenden Zinsen, die geringere Inflationsrate und andere positive Zeichen als Voraussetzung für die konjunkturelle Belebung.

Gerade in Berlin sei eine „offensive Strukturpolitik" erforderlich, die Möglichkeiten der in der Berlin-Konferenz vorgeschlagenen langfristigen Projekte nutze. Es geht dabei um die Umsetzung der Standortvorteile Berlins für neue Technologien ebenso wie um die konkreten Projekte in der Biochemie, Umwelttechnik, Mikroelektronik, Kommunikationstechnik und Produktionstechnologie. Hierzu gehören die Glasfaserproduktion, die Robotertechnik und das Kabelfernsehen.

Die Kammer erinnert daran, daß es in Berlin eine „einmalige Forschungsinfrastruktur" gibt, die im Rahmen der „offensiven Strukturpolitik" eine wichtige Rolle spiele. Zugleich warnte Braun davor, die langfristige Signalwirkung der Wirtschaftskonferenz im Dezember zu unterschätzen. Die Kammer hält für Berlin Ziele wie „zentraler Standort für neue Technologien" oder „Mekka der Telekommunikation" durchaus für realisierbar. Dabei sei es notwendig, die Chancen des Technologie-Transfers besonders für die mittleren und kleinen Unternehmen zu verbessern.

„Die Kammer ist sich darüber im klaren, daß Berlin nichts geschenkt wird", sondern vielmehr im verschärften Wettbewerb mit anderen Wirtschaftsregionen „steht", unterstrich Braun. Deshalb begrüße er, daß es gelungen sei, zusammen mit dem Senat neue strukturpolitische Schwerpunkte zu setzen. Besonders das Strukturprogramm des Senats für neue Arbeitsplätze fördert durch Zuschüsse Existenzgründungen, unternehmerische Marktaktivitäten und Produktinnovationen. Auch die Novellierung der Berlinförderung diene dem Ziel, die Industriestruktur zu verbessern. Nach Ansicht der Kammer werden dadurch auch öffentliche Mittel effizienter eingesetzt als früher.

Gleichzeitig fordert die Kammer neue Akzente in der Stadtpolitik. Das Erscheinungsbild habe sich zwar verbessert und damit habe die Stadt Vertrauen und Stabilität zurückgewonnen. Doch stehe die eigentliche Bewährung der Stadtpolitik noch bevor – in der City-Gestaltung, dem Wohnungsbau, der Verwaltungsreform und der Ausländerpolitik. Ende des vorigen Jahres lebten 248 000 Ausländer in der Stadt.

Wie in der Bundesrepublik hat auch in Berlin die gesamtwirtschaftliche Bilanz 1982 enttäuscht. Das Bruttosozialprodukt sank um 1,2 (Vorjahr 0,2) Prozent. „Statt der erwarteten Trendumkehr kam es zum Abgleiten der Stagnation in die Rezession", schreibt die Kammer in ihrem Jahresbericht. Hierunter litt vor allem der Arbeitsmarkt. Zum Jahreswechsel 1982/83 betrug die Zahl der Arbeitslosen 81 300. Das waren fast zehn Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung. Im Vergleich zum Vorjahr ging die Zahl der Beschäftigten in der Berliner Wirtschaft um drei Prozent zurück.

„Die Berliner Industrie braucht neue Impulse", schreibt dazu die Kammer. Der durchschnittliche Rückgang des Auftragseingangs um nur ein Prozent und die Zunahme der Produktion um sogar drei Prozent werde der tatsächlichen Lage nicht gerecht. Dies sei vielmehr auf die positive Entwicklung in wenigen Industriezweigen zurückzuführen. Unter dem geringen Auftragseingang litten besonders die größten Zweige der Berliner Industrie, die Elektroindustrie und der Maschinenbau. Positiv hat sich hingegen der Export der Industrie entwickelt, die mit 6,58 Mrd. DM neun Prozent mehr im Ausland absetzen konnte als im Vorjahr.

Über eine schwache Entwicklung klagen außerdem der Handel, das Dienstleistungsgewerbe und die Gastgewerbe infolge des schwachen Konsumklimas und des stagnierenden privaten Verbrauchs. Hier waren Umsatz- und Ertragsentwicklung unbefriedigend.

KONJUNKTUR

Metallindustrie und Banken sehen wieder Licht im Tunnel

HEINZ HECK, Bonn

In der deutschen Wirtschaft wächst die Zuversicht in die konjunkturelle Entwicklung. Das zeigen übereinstimmend Prognosen des Gesamtverbands der metallindustriellen Arbeitgeberverbände (Gesamtmetall) wie des Bankenverbands. Ausschlaggebend für die positive Einschätzung ist weniger die gegenwärtige Lage als vielmehr die Zukunftserwartung.

„Zur Zeit steckt die Metallindustrie immer noch tief in der Krise." Doch sinkende Zinsen, niedrigere Ölpreise, die wirtschaftspolitische Wende in Bonn und „deutlich niedrigere Lohnabschlüsse als im Vorjahr" werden nach Meinung von Gesamtmetall ihre Wirkung auf die Konjunktur nicht verfehlen. Nach Ermittlungen des Ifo-Instituts sei die Geschäftslage nur bei acht Prozent der Metallunternehmen als gut zu bezeichnen, bei 43 Prozent dagegen als schlecht. „Selbst im Fahrzeugbau überwiegt noch immer die negative Lagebeurteilung." Jedoch sei die Metallkonjunktur nach dreijähriger Talfahrt auf dem Wege, langsam wieder Tritt zu fassen, wie vor allem die deutlich verbesserten Geschäftserwartungen der Unternehmen im Ifo-Test zeigten.

„Die Firmen sehen endlich Licht im Tunnel", heißt es. Von November 1982 bis Januar 1983 hätten die Bestellungen durchschnittlich um 18 Prozent über dem entsprechenden Vorjahresergebnis gelegen. Dies sei jedoch noch kein Indiz für eine dauerhafte Konjunkturbelebung (Auslaufen der Investitionszulage Ende 1982).

Anfang 1983 habe die Produktion der Metallindustrie „wieder etwas gewonnen". Allerdings habe die Kapazitätsauslastung im Dezember mit 76 Prozent ihren bisher tiefsten Stand erreicht, so daß sich die Konjunktur noch erheblich beleben müsse, bevor eine Besserung am Arbeitsmarkt zu erwarten sei. Immerhin ging die Zahl der Kurzarbeiter in der Branche von Januar bis März um rund 130 000 zurück.

Von der fünfprozentigen Steigerung der Lohnkosten 1982 seien drei Prozent durch Produktivitätssteigerungen aufgefangen worden. Die Preise der Metallindustrie hätten im Februar 1983 um 3,5 Prozent über dem Vorjahr gelegen.

Nach Meinung des Bankenverbands „sind die Aussichten für eine allmähliche Überwindung von Stagnation und Rezession in der Bundesrepublik Deutschland gestiegen". Der künftigen Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung werde großes Vertrauen entgegengebracht. „Sie muß dieses Vertrauen rechtfertigen." So erfordere der Abbau der Arbeitslosigkeit „eine dauerhafte Mobilisierung von verschütteten Wachstumskräften". Die Unternehmen müßten steuerlich entlastet, ihre Eigenkapitalsituation müsse verbessert werden. Die in den Koalitionsvereinbarungen festgelegten Grundsätze entsprächen zwar dieser Zielsetzung, müßten jetzt jedoch „durch konkrete Entscheidungen ausgefüllt werden".

Plan verwässert

Von JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

[I]n den sauren Wein ihres „Austerity-Plans" vom 25. März hat die ranzösische Regierung inzwichen etwas Wasser gegossen. Vor llem die rigorosen Devisenbechränkungen für Auslandsreisen ind zum Teil (Geschäfts- und ruppenreisen) erheblich gelokert worden. Gleichwohl sollen urch diese Restriktionen immer och mehr als eine Million Franzoen „veranlaßt" werden, auf ihre eplante (individuelle) Auslandseise in diesem Jahr zu verzichten.

Auch hat Premierminister Mauoy angedeutet, daß von der einrozentigen Sonderabgabe auf alle teuerpflichtigen Einkommensbeäge Familien mit „bescheidenem inkommen" teilweise freigestellt erden können. Nach den bisherien Regierungsbeschlüssen unteregen dieser Abgabe 15 Millionen er insgesamt 22 Millionen privaen Haushalte, da sieben Millionen berhaupt nicht einkommenssteurpflichtig sind. Die Abgabe soll ieses Jahr elf Milliarden Franc rbringen und zur Finanzierung es (darüber hinausgehenden) Dezits des Sozialversicherungssytems verwendet werden.

Dagegen will die Regierung das rojekt ihrer staatlichen Zwangsnleihe, aus dessen Ertrag von 14 lilliarden Franc die französische ndustrie „erneuert" und der Export gefördert werden sollen, ohne bstriche verwirklichen. Diese erzinsliche und über drei Jahre aufende Anleihe ist von den Franosen in Höhe von zehn Prozent er im letzten Jahr bezahlten Einommens- und Vermögenssteuer u zeichnen. Ausgenommen sind ur die etwa 14 Millionen Haushale, welche an solchen Steuern weiger als 5000 Franc bezahlt haben.

Die an der Regierung beteiligte Kommunistische Partei sieht in iesen beiden Projekten einen frevelhaften Verstoß gegen das geheiigte Prinzip, wonach vor allem die Reichen" zur Kasse gebeten weren sollen.

[T]atsächlich will die Regierung diesmal alle Franzosen mehr der weniger stark zur Kasse bitten, und zwar nicht zuletzt durch ie verschärfte Besteuerung aller lineralölprodukte sowie von Alohol und Tabak, nachdem sie beeits am 1. April eine achtprozentie Erhöhung der Gas-, Strom-, Eienbahn- und Telefontarife genehigt hatte.

Wieweit die Franzosen in diesem ahr Kaufkraftverluste erleiden erden, ist zwar noch nicht zu berblicken. Aber selbst die etwa ,5 Millionen Mindestlöhner könnn nach ihren gewaltigen Kaufraftzuwächsen während der letzn zwei Jahre von der Austerity-Kur betroffen werden. Daß es in dieser Frage zu einer schweren Kraftprobe zwischen Gewerkschaften und der Regierung kommt, ist nicht auszuschließen.

Der andere kritische Punkt ist die Arbeitslosigkeit. Nachdem die französische Regierung deren Bekämpfung zum wichtigsten Ziel ihrer Wirtschaftspolitik erhoben hatte, erklärte jetzt Delors, daß die Zahl der Stellensuchenden, die sich in den letzten fünf Monaten bei etwa zwei Millionen stabilisiert hatte, bis zum Ende dieses Jahres um 100 000 zunehmen könnte, weil das für 1983 zunächst auf real zwei Prozent veranschlagte Wirtschaftswachstum wegen der Stabilisierungsmaßnahmen kaum mehr als null Prozent erreichen werde.

Dabei ist unterstellt, daß der Inlandsverbrauch um real 0,5 bis ein Prozent oder um nominal 60 bis 70 Milliarden Franc schrumpft, davon der private Verbrauch (einschließlich Sparförderung) um 35 bis 40 und der öffentliche (einschließlich Kürzung verschiedener Staatsausgaben) um 25 bis 30 Milliarden Franc. Dies soll eine Verminderung der Importe um 25 Milliarden Franc zur Folge haben. Dadurch hofft die Regierung das wichtigste Ziel ihres Plans, nämlich die Halbierung des im letzten Jahr auf 93 Milliarden Franc verdoppelten Handelsbilanzdefizits, in diesem Jahr zu erreichen.

Allerdings ist dieser Plan mit einer Reihe von Unsicherheitsfaktoren belastet. So weiß man insbesondere nicht, wieweit die Zwangsanleihe von den betroffenen Franzosen aus der Auflösung von Sparguthaben, und damit nicht verbrauchsbeschränkend, bezahlt wird. Auch bleibt die für das handelspolitische Ziel sehr wichtige Exportentwicklung abzuwarten. Allerdings dürfte Frankreich dank der Konjunkturbelebung bei seinen größten Handelspartnern (Bundesrepublik) und dank der letzten Franc-Abwertung (und DM-Aufwertung) mit besseren Exportchancen rechnen können.

Gewiß, der neue Austerity-Plan der französischen Regierung zielt diesmal in die richtige Richtung. Aber gemessen an den Opfern, die in anderen Ländern, vor allem in der Bundesrepublik, für die Wiederaufrichtung der Wirtschaft erbracht worden sind, nimmt er sich doch als verhältnismäßig bescheiden aus. Vor allem aber erhebt sich die Frage, ob er bei den französischen Unternehmern das für die alles entscheidende Wiederbelebung der Investitionstätigkeit nötige Vertrauen in die Regierungspolitik schafft.

AUF EIN WORT



„Entscheidungen über Modernisierungsinvestitionen werden nicht zu einer Zeit getroffen, in der die Aussichten trübe sind und die Erwartungen unsicher. Die Rahmendaten müssen zuverlässig sein, aufgrund derer unternehmerische Entscheidungen getroffen werden. Das große Wort von der Wende muß über Jahre Bestand haben."

Fritz Eichbauer, Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Baugewerbes, Bonn

FOTO: DIE WELT

Handwerk sieht Silberstreif

adh. Frankfurt

Die aktuelle Auftragslage läßt noch zu wünschen übrig, aber für die Zukunft überwiegen die positiven Anzeichen. Zu diesem Ergebnis kommt die Kreditschutzorganisation Creditreform aufgrund einer Befragung von 4104 deutschen Handwerksunternehmen. Danach registrierten bereits oder erwarten zumindest in den nächsten drei Monaten die Mehrzahl der befragten Handwerkszweige eine Steigerung der Aufträge.

Pessimistisch zeigten sich lediglich Radio-und Fernsehtechniker, von denen gut 57 Prozent keine Besserung der Auftragslage erwarten, Straßenbauer (zu 37,5 Prozent pessimistisch gestimmt), Rolladenbauer und Zentralheizungs- und Lüftungsbauer.

SELBSTÄNDIGE UNTERNEHMER

Regierung sollte bald eine Vorwärtsstrategie verkünden

HEINZ HECK, Bonn

Die Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer (ASU) hat gestern an die Bundesregierung appelliert, sie solle jetzt mit dem Subventionsabbau Ernst machen, das Arbeits- und Sozialrecht „unvoreingenommen überprüfen" und die Steuerpolitik investitionsfreundlicher gestalten.

Der ASU-Vorsitzende Martin Leicht empfahl unter dem Motto „Was in der Regierungserklärung stehen sollte – Elemente einer Vorwärtsstrategie", beim Abbau der Subventionen (mit einem Volumen von 50 bis 80 Milliarden Mark jährlich) zur Not die „Rasenmähermethode", also die lineare Kürzung anzuwenden, wenn die politische Kraft zur selektiven Streichung nicht ausreiche. Staatliche Hilfen für einzelne Unternehmen sollten – ungeachtet der Größe – nicht mehr gewährt werden, die Hilfe besser den betroffenen Arbeitnehmern als „Abfederung" direkt zufließen.

Leicht sprach sich für eine Entlastung bei der Gewerbesteuer, allerdings „aus grundsätzlichen und ordnungspolitischen Gründen" gegen eine Investitionsrücklage oder eine Begünstigung des nicht entnommenen Gewinns aus. Bei der Privatisierung von öffentlichem Beteiligungsbesitz sollte Bonn nicht nur selbst aktiv werden, sondern auch Länder und Gemeinden zur Veräußerung wirtschaftlich nutzbaren Vermögens ermuntern und so einen Beitrag zur Konsolidierung der Staatsfinanzen leisten. Die ASU plant auf der Gemeindeebene Privatisierungsaktionen auf breiter Front.

Mit einer grundlegenden Reform des sozialen Sicherungssystems sollten die Spirale der Beitragserhöhungen gestoppt und die langfristige Finanzierbarkeit sichergestellt werden. Leicht plädierte für den Einbau marktwirtschaftlicher und Selbstbeteiligungselemente in der Krankenversicherung. Nach einer ASU-Umfrage bei 900 Mitgliedsfirmen hat sich die Stimmung in den mittelständischen Unternehmen „erkennbar verbessert".

FRANKREICH

Überweisungen ins Ausland werden erheblich erschwert

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die französische Regierung setzt ihre Politik der Wechselbäder im Bereich der Devisenbewirtschaftung fort. Nachdem sie die am 25. März beschlossenen Beschränkungen für Auslandsreisen fühlbar gelockert hatte, verschärfte sie jetzt diejenigen für Geldüberweisungen ins Ausland erheblich.

Wie einer ohne Vorankündigung im „Journal Officiell" veröffentlichten und gestern in Kraft getretenen Verordnung zu entnehmen ist, dürfen bis auf weiteres die Franzosen an Ausländer nur noch 1000 Franc im Quartal ohne besondere behördliche Genehmigung überweisen, gegenüber bisher 3000 Franc.

Ausgenommen davon sind Überweisungen zur Umgehung der Reisedevisenbeschränkung. Solche Devisen darf man sich nur gegen Eintragung in ein „Carnet de Change" bei einer in Frankreich ansässigen Bank beschaffen. Auch dürfen die Überweisungen nicht zur Anlage von Guthaben im Ausland verwendet werden, was schon bisher verboten war.

Als Beispiele für erlaubte Überweisungen bis zu der erwähnten Grenze sind angeführt: die Bezahlung von Zeitungs- und Zeitschriftenabonnements sowie von Geschenken. Für die Unterstützung naher Familienangehöriger (Eltern, im Ausland studierende Kinder) dürfen gegen Nachweis bis zu 2000 Franc im Monat überwiesen werden.

Unberührt von der neuen Regelung bleibt der Geschäftsverkehr (Bezahlung von Importrechnungen usw.), dessen devisenmäßige Abwicklung aber schon seit längerer Zeit rigorosen Beschränkungen unterliegt. Verschärft wurden in diesem Bereich nach dem 25. März nur die Bestimmungen zur Einschränkung verschiedener Devisentermingeschäfte.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Großhandelsumsätze geschrumpft

Wiesbaden (rtr) – Die Großhandelsumsätze in der Bundesrepublik Deutschland sind nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im Februar gesunken, nachdem es im Januar noch einen Zuwachs gegeben hatte. Wie das Amt am Montag mitteilte, setzte der Großhandel im Februar mit 56 Milliarden Mark nominal vier Prozent und real drei Prozent weniger um als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Im Januar waren bei einem Umsatz von ebenfalls 56 Milliarden Mark noch Zuwächse um jeweils vier Prozent ermittelt worden.

Japans Exportrückgang

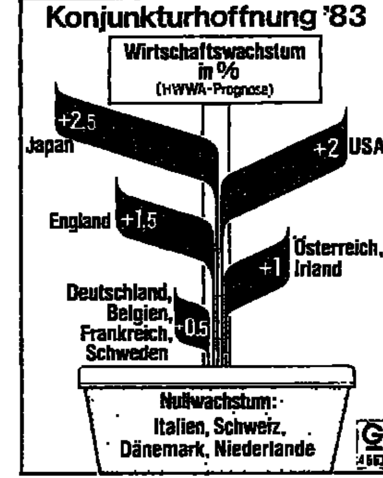
Tokio (dpa/VWD) – Trotz eines deutlichen Exportrückgangs hat Japan in dem am 31. März abgelaufenen Haushaltsjahr 1982/83 mit insgesamt 9,3 Milliarden Dollar (22,6 Milliarden Mark) seinen drittgrößten Handelsüberschuß der Nachkriegszeit erzielt. Nach der am Montag veröffentlichten Statistik des Finanzministeriums in Tokio fielen die Ausfuhren in diesem Zeitraum um 10,1 Prozent auf insgesamt 136,6 Milliarden Dollar und die Importe um 10,8 Prozent auf 127,3 Milliarden Dollar. Der Exportrückgang ist der erste seit 1975. Im Handel mit der EG erzielte Japan nach der Statistik mit 9,9 Milliarden Dollar seinen zweithöchsten Überschuß (Fiskaljahr 1981/82: 10,2 Milliarden Dollar).

Übernahme angestrebt

Berlin (dpa/VWD) – Eine Großfusion im deutschen Verlagswesen bahnt sich zwischen der Verlagsgruppe Georg von Holtzbrinck GmbH, Stuttgart, und der Rowohlt Verlag GmbH, Reinbek, an. Wie das Bundeskartellamt in Berlin auf Anfrage bestätigte, hat Holtzbrinck den Erwerb einer Mehrheitsbeteiligung bei Rowohlt angemeldet. Holtzbrinck hält derzeit eine Beteiligung von 26 Prozent, nachdem eine Untersagungsverfügung des Bundeskartellamts vom Kartellsenat des Berliner Kammergerichts aufgehoben worden war. Die Stuttgarter Verlagsgruppe hatte ihre frühere Beteiligung an Rowohlt im Zuge der Übernahme der Droemerschen Verlagsanstalt Th. Knaur auf 24 Prozent reduziert, um den wettbewerblichen Bedenken des Kartellamts Rechnung zu tragen, diese dann aber nach der Entscheidung des Kartellsenats wieder erhöht.

Aktien-Rekord

London (fu) – Wachsende Hoffnungen auf eine Reduzierung der Basiskreditzinsen in Großbritannien (gegenwärtig 10,5 Prozent) um ein halbes oder ein Prozent sowie die Tatsache, daß alle wichtigen Ölgesellschaften den von der staatlichen Ölgesellschaft BNOC empfohlenen Referenzpreis für Nordseeöl aus dem Brent-Feld in Höhe von 30 Dollar je Barrel akzeptierten, haben die Aktienkurse in London nach oben getrieben. Auch der Pfundkurs konnte sich stark erholen. Er stieg gegenüber der D-Mark um 3,4 Pfennige auf 3,6860 Mark, gegenüber dem US-Dollar um 1,75 Cents auf 1,5225 Dollar. Der Financial-Times-Index für 30 führende Industrieaktien verbesserte sich bis zum frühen Nachmittag um 5,8 Punkte und erreichte mit 680,8 einen neuen Rekordstand.



In den meisten westlichen Industriestaaten dürfte es im laufenden Jahr wieder aufwärtsgehen. Nach einer HWWA-Prognose werden die Japaner mit 2,5 Prozent das höchste Wachstum erreichen.

QUELLE: GLOBUS

Technologiebörse

Bonn (HH.) – Vom neuartigen Swingtrainer bis zum Industrieroboter reichen die Patente und Lizenzen, die an der Technologiebörse der Industrie- und Handelskammern gehandelt werden. Nach Angaben ihrer Dachorganisation, des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), ist die Börse vor einem Jahr als Versuch zur Belebung des Technologietransfers gestartet worden.

Steuerhilfe

Bonn (DW.) – Die Stiftung Warentest gibt in ihrem April-Heft Verbrauchertips dazu, wie die Arbeitnehmer sich gegen „schwarze Schafe" unter den Lohnsteuerhilfevereinen schützen können. Die Bundessteuerberaterkammer erinnert daran, daß auch Steuerberater bei Anträgen auf Lohnsteuer-Jahresausgleich behilflich sein können. Die Mindestgebühr hierfür beträgt 22,10 Mark.

Aktien im Verlauf nachgebend

Kursgewinne nur noch in wenigen Papieren

DW. – Der Aktienmarkt begann die neue Woche mit teilweise kräftigen Kurssteigerungen, hervorgerufen durch neue Kaufaufträge aus dem Ausland und Meinungskäufe der privaten Bankenkundschaft, die auf gezielte Empfehlungen reagierte. Die Spitzennotierungen konnten jedoch im Verlaufe nicht gehalten werden, weil, wie schon gegen Ende der Vorwoche, die Neigung, Kursgewinne zu realisieren, wächst. Darin wird neuerdings nicht nur eine überfällige technische Reaktion gesehen, sondern auch die Folge einiger negativer Nachrichten aus dem Bereich der Wirtschaft, die geeignet sind, dem bisher auf Hoffnungen beruhenden Konjunkturoptimismus einen Dämpfer aufzusetzen. In Papieren mit engen Märkten führten die Glattstellungen zum Teil zu empfindlichen Abschlägen.

Ein Anlageschwerpunkt lag erneut bei den Papieren der Großchemie, die zunächst um rund 2 DM anzogen, später aber bis in die Gegend der Wochenschlußkurse abbröckelten. Ausländer setzten bei Siemens ihre Käufe fort, ohne daß dort jedoch ein neuer Höchstkurs erreicht werden konnte. Auch hier gegen Schluß Gewinnmitnahmen. Am Bankenmarkt profitierten die Papiere der Deutschen Bank zeitweise von Kaufaufträgen aus dem Ausland. Warenhausaktien wurden gegenüber Freitag ziemlich unverändert notiert.

Düsseldorf: Dahlbusch Vz. erhöhten sich um 5 DM auf 410 DM, und Kromschröder konnten sich ebenfalls um 5 DM auf 210 DM verbessern. *Hochtief* verminderten sich um 5 DM auf 525 DM. Keramag sanken um 4 DM auf 170 DM, und Pongs und Zahn fielen um 5 DM auf 120 DM.

Frankfurt: Rüstungswerte waren fest. *Ebenfalls fester tendierten* die Farbennachfolger mit Kursgewinnen von bis zu 1,50 DM (BASF), auch wenn die im *Anfangsgeschäft erzielten* Tageshöchstkurse nicht gehalten werden konnten. Im einzelnen blieben Rheinmetall 268 DM plus 18 DM, *Krupp bei Plusankündigung 78 DM* plus 7 DM und BMW 308 DM plus 6,50 DM.

Hamburg: HEW lagen bei 133,50 *DM plus 0,50 DM gut behauptet*, während NWK-Vorzüge auf 179 DM minus 1 DM nachgaben. Von Brauereien fielen Bavaria auf 218 *DM minus 6,80 DM und Holsten auf* 275 DM minus 5 DM. Elbschloss dagegen kamen auf 410 DM plus 10 DM. Beiersdorf wurden mit 312 DM plus 2 DM und Bremer Wolle mit 142 DM plus 3 DM gehandelt.

München: Agrob Vz. erhöhten sich um 5,50 DM, Audi NSU stiegen um 7 DM auf 248 DM, und Flachglas befestigten sich um 10 DM auf 297 DM. Dywidag fielen um 7 DM auf 287 DM, und Leonische Draht mußten eine Einbuße von 22 DM auf 293 DM hinnehmen.

Berlin: Rheinmetall zogen um 14 DM, Orenstein um 13 DM und Dt. Hypobank Berlin um 10 DM an. Herlitz Stämme verbesserten sich um 4 DM, Herlitz Vorzüge um 3,50 DM, Adca und Siemens um je 3 DM. Hütte Kayser lagen um 1,50 DM und Bekula um 1 DM freundlicher.

Nachbörse: behauptet

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf – Frankfurt – Hamburg – München – Aktien-Umsätze

[illegible]

Inlandszertifikate

[illegible]

Ungeregelt. Freiverkehr

[illegible]

Freiverkehr

[illegible]

Unnotierte Werte

[illegible]

Auslandszertifikate (DM)

[illegible]

Schweizeraktien sfr.	297,25	278,00	279,00
Siat-Imm. sfr.	1665,00B	1655,00G	1660G
Siat 63 sfr.	1266,00B	1255,00G	1260G
Swissimmob. N.S. sfr.	2625,00	2450,00	2450,00
Swissimmob. 1961 sfr.	1330,00	1235,00	1235,00
Swissvalor sfr.	235,50	225,00	224,75
Technology $*	15,04	13,76	13,71
Templeton Growth $*	9,29	8,50	8,45
Universal B.S sfr.	71,75	68,50	68,25
Universal Fond sfr.	86,89	83,92	83,52
Ussec	732,00	685,00	683,00

*Vortags-Kurs (alle Kursangaben ohne Gewähr für Übermittlungsfehler)

Fremde Währungen

[illegible]

Junge Aktien

11. 4. 83: BMW 290 G; Bavaria 211; Jute-Spinnerei 151 G; Philips Komm. 310 B; VEW 128; RWE St. 178; RWE Vz. 180; Herlitz St. 248; Herlitz Vz. 233.

Freiverkehr: Reag 410 B.

WELT-Aktienindex vom 11. 4.: 134,6 (134,3); WELT-Umsatzindex vom 11. 4.: 5875 (5153).

Ausländische DM-Anleihen

[illegible]

Ausland

New York

[illegible]

Curtiss Wright	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	Bk. of Nova Scotia	[illegible]	[illegible]	Anglo Am. Gold $	[illegible]
Deere	35,125	35,375	PanAm World	4,75	4,875	Bell Canada	25,125	25,25	Babcock Int	[illegible]
Delta Airlines	46	44,875	Pfizer	77,50	76,875	Bluesky Oil	2,90	2,99	Barclays Bank	440
Digital Equipm.	116	117,50	Phibro	68,75	69	Bow Valley	17,375	17,125	Beecham	538
Dow Chemical	29	27,875	Philips Petroleum	34,375	33,125	Brenda Mines	14,175	14,25	Bowater	175
Du Pont	41,75	40,75	Philip Morris	63,50	64	Brunswick M. & Sm.	15,875	16	B A T Industries	690
Eastern Gas-Fuel	17,75	18,125	Pittston	12,875	12,75	Can. Cement	15,125	15	Br. Leyland	32
Eastman Kodak	79,75	79,575	Polaroid	31,125	31,125	Cdn. Imperial Bk.	56	55,625	British Petroleum	354
Exxon	31,50	31	Prime Computer	52	55,25	Cdn. Pacific Ltd.	42,50	42,375	Burmah Oil	177
Faberge	20,25	19,50	Procter & Gamble	60,125	59,875	Cdn. Pacif. Enterpr.	21,875	22	Cadbury Schweppes	120
Firestone	18,375	18,375	RCA	25,375	25,375	Cominco	44,75	45,50	Charter Cons.	241
Fluor	20,625	20,625	Revlon	33,125	32,875	Conwest Res.	3,50	3,45	Cons. Gold. Fields	504
Ford	39	38,50	Reynolds Ind.	50,125	49,625	Denison Mines	34,75	35	Cons. Murchison	410
Foster Wheeler	13,875	14	Rockwell Int.	50,625	50	Dome Petroleum	3,70	3,65	Courtaulds	95
Fruehauf	32	32	Rorer Group	25,75	25,625	Domtar	23,375	23,375	De Beers $	7,95
GAF Corp.	15,625	15,75	Schlumberger	42,25	41,375	Falconbridge Nickel	58	58,50	Distillers	251
General Dynamics	42,75	41,75	Sears, Roebuck	35,25	35,25	Great Lakes Paper	70,50	70,50	Driefontein $	51,75
General Electric	105,50	105,75	Shell Oil	39,50	38,375	Gulf Canada	14,50	14,50	Dunlop	50

Toronto

[illegible]

London

[illegible]

Amsterdam

[illegible]

Mailand

Italgas	1085	1099
Lepetit St.	27980	28060
Magneti Marelli	844	844
Mediobanca	66500	66650
Mondadori	3690	3630
Montedison	144	142
Olivetti Vz.	2765	2767
dgl. St.	2888	2835
Pirelli SpA	1755	1749
Rinascente	379	375
RAS	146500	145150
S. A. I.	14750	14900
SIP	2089	2102
Snia Viscosa	965	970
STET	1898	1880
Index	–	204,46

Wien

Creditanstalt-Bkv.Vz.	215	215
Gösser-Brauerei	–	246
Länderbank Vz.	217	212
Österr. Brau AG	226	227
Perlmooser	305	308
Reininghaus	272	269
Schwechater Br.	147	147
Semperit	–	–
Steyr-Daimler-P.	160	150
Universale HochTief	–	–
Veitscher Magnesit	210	210
Index	53,05	52,71

Tokio

[illegible]	[illegible]	[illegible]
Tokyo Marine	527	527
Tokyo El. Power	1040	1040
Toray	345	354
Toyota Motor	1050	1040
Index	611,05	609,38

Kopenhagen

Den Danske Bank	273,75	273
Jyske Bank	485	488
Kopenh. Handelsbk.	261,75	261,5
Novo Industri	2080	2080
Privatbanken	264,50	264
Ostasiat. Komp.	123,25	123,5
Dan. Sukkerfabr.	488	496,5
For. Bryggerier St.	499	802
Kgl. Porc. Fabr.	301	299

Zürich

[illegible]

Brüssel

Arbed	1122	1120
Brux. Lambert	1800	1805
Cockerill Ougrée	99	94
Ebes	2298	2275
Gevaert	2115	2180
Kredietbank	5550	5670
Petrofina	5220	5090
Soc. Gen. d. Belg.	1640	1635
Sofina	4745	4740
Solvay	2710	2685
UCB	3340	3070
Index	118,92	118,29

Madrid

[illegible]

Hongkong

[illegible]

Singapur

Cycle - Car.	5,30	5,20
Cold Storage	4,96	4,90
Dev. Bk. of Sing.	9,75	9,50
Fraser - Neave	8,45	8,30
Kl. Kepong	2,65	2,60
Mal. Banking	7,80	7,60
Nat. Iron	9,65	9,25
OCBC	11,90	11,90
Sime Darby	2,52	2,40
Singapur Land	8,15	8,00
Un. Overs. Bank	4,50	4,50

Paris

	11. 4.	8. 4.
Air Liquide	489	484
Alsthom Atlant.	174	174,5
Beghin-Say	248	251
BSN-Gerv.-Danone	1750	1645
Carrefour	1465	1420
Club Méditerranée	709	682
C. F. P.	164	160,8
Elf-Aquitaine	137	131,2
Gal. Lafayette	152	151
[illegible]	[illegible]	[illegible]

Sydney

[illegible]	[illegible]	[illegible]
Bk. New S. Wales	2,50	2,47
Brok. Hill South	–	–
Brok. Hill Prop.	6,90	6,74
Coles	2,64	2,62
CRA	4,80	4,70
CSR (Theiss)	2,92	2,82
Metals Expl.	0,57	0,55
MIM-Holdings	4,50	4,42
Myer Emporium	1,45	1,45
North Broken Hill	2,41	2,40
Oakbridge	1,08	1,08
Peko Wallsend	5,44	5,65
Poseidon	4,60	4,47
Thomas Nat. Tr.	1,56	1,52
Waltons	0,78	0,80
Western Mining	4,47	4,35
Woodside Petr.	0,80	0,74
Index	557,5	529,6

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 11. 4.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9⅛–9¼	4⅞–5	3⅞–4¼
3 Monate	9¼–9⅜	4⅞–5⅛	4 –4½
6 Monate	9⅜–9½	5 –5¼	4 –4¼
12 Monate	9½–9⅝	5¼–5½	4 –4½

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 11. 4.: Tagesgeld 4,9–5,0 Prozent; Monatsgeld 5,0–5,1 Prozent; Dreimonatsgeld 5,1–5,2 Prozent.

Privatdiskontsätze am 11. 4.: 10 bis 29 Tage 3,55 G / 3,40 B Prozent; *und 30 bis 90 Tage 3,55 G / 3,40 B* Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 11. 4.: 4 Prozent; Lombardsatz: 5 Prozent.

Ostmarkkurs am 11. 4. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 22,00; Verkauf 25,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 21,00 Verkauf 25,00 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 11. April folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel)*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1315,00	1588,95
10 US-Dollar (Indian)**)	983,00	1180,22
5 US-Dollar (Liberty)	403,00	551,44
1 £ Sovereign alt	238,00	291,54
1 £ Sovereign Elizabeth II	240,00	293,80
20 belgische Franken	183,00	240,69
10 Rubel Tscherwonez	250,00	310,75
2 südafrikanische Rand	235,00	283,15
Krüger Rand, neu	1047,00	1228,31
Maple Leaf	1045,00	1226,05
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	248,00	314,14
20 schweiz. Franken „Vreneli"	207,00	262,16
20 franz. Franken „Napoléon"	206,00	261,03
100 österr. Kronen (Neuprägung)	971,00	1159,38
20 österr. Kronen (Neuprägung)	195,00	242,95
10 österr. Kronen (Neuprägung)	102,00	132,21
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	449,00	546,92
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	106,00	142,38

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer

**) Verkauf inkl. 6,5 % Mehrwertsteuer

Devisen

Der befürchtete erneute Anstieg der Geldmenge blieb am Freitag aus. Dies und der Rückgang der Dollar-Zinssätze um ⅛ Prozentpunkt führte trotzdem zu keiner wesentlichen Veränderung am Devisenmarkt, denn der Dollar konnte sich am 11. 4. nach schwächerem Beginn mit Kursen um 2,4160 wieder auf 2,4200–10 bei kleinen Umsätzen erholen. Zum amtlichen Kurs von 2,4203 waren keine Aktivitäten der Bundesbank festzustellen. *Der französische Franc notierte weiter*hin am oberen Interventionspunkt, es war eine Abgabe von 12,5 Mill. von seiten der Notenbank erforderlich. Der belgische Franc sackte auf den neuesten historischen Tiefstkurs von 5,020 ab. Der Schweizer Franken überschritt erstmals seit einem Monat die Marke von 118 und das englische Pfund konnte sich nach der Konsolidierungspause auf 3,684 befestigen. US-Dollar in: Amsterdam 2,7265; Brüssel 48,20; Paris 7,2570; Mailand 1441,95; Wien 17,0150; Zürich 2,0494; Pfund/Dollar 1,5221.

Devisenterminmarkt

Die günstigere Situation am Fed-Funds-Markt führte zu Beginn der Woche zu abbröckelnden Zinssätzen und etwas engeren Dollar-Deports.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,95/0,85	2,68/2,58	5,10/4,90
Pfund/Dollar	0,14/0,10	0,28/0,24	0,30/0,25
Pfund/DM	2,40/1,00	5,30/3,90	9,00/7,80
FF/DM	29/13	81/65	156/140

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. April 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer: Ausgabe 1983/3 (Typ A) 4,00 (4,00) – 5,50 (4,73) – *6,00 (5,13) – 7,00 (5,56)* – 7,50 (5,90) – 8,25 (6,23). Ausgabe 1983/4 (Typ B) 4,00 (4,00) – 5,50 (4,75) – 6,00 (5,16) – 7,00 (5,62) – 7,50 (5,99) – 8,25 (6,37) – 8,25 (6,63)

Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): *1 Jahr 4,88, 2 Jahre 5,53.*

Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,75, Kurs 99,80, Rendite 6,80.

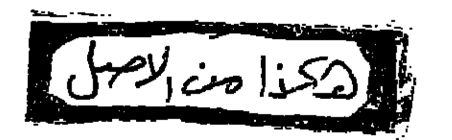
Devisen und Sorten

11. 4. 83	Frankfurt. Devisen Geld	Brief	Amtl. Kurs⁴)	Wechs. Frankfurt. Sorten*) Ankauf	Verkauf
New York²)	2,4163	2,4243	2,3940	2,37	2,46
London¹)	3,677	3,691	3,6370	3,61	3,76
Dublin¹)	3,152	3,166	3,0820	3,10	3,25
Montreal²)	1,9574	1,9654	1,9404	1,91	2,00
Amsterd.	88,685	88,905	88,795	87,75	89,75
Zürich	118,090	118,300	118,10	116,50	119,50
Brüssel	5,010	5,030	4,934	4,80	5,05
Paris	33,270	33,430	32,62	32,50	34,50
Kopenh.	28,105	28,225	27,615	27,25	29,25
Oslo	33,700	33,820	33,07	32,75	34,50
Stockh.**)	32,280	32,440	31,89	31,25	33,00
Mailand³) **)	1,674	1,684	1,628	1,64	1,73
Wien	14,208	14,248	14,208	14,11	14,35
Madrid**)	1,783	1,793	1,723	1,70	1,82
Lissabon**)	2,490	2,510	2,25	2,10	3,00
Tokio	1,0150	1,0180	—	0,98	1,04
Helsinki	44,400	44,600	43,50	43,25	45,00
Buen. Air.	—	—	—	—	0,01
Rio	—	—	—	0,25	1,10
Athen³) **)	2,863	2,917	—	2,30	3,00
Frankf.:	—	—	—	—	—
Sydney²)	2,0885	2,1085	—	2,03	2,15
Johannesbg.²)	2,015	2,214	—	2,00	2,27

Alles in Hundert: ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar; ⁴) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. [illegible]

Optionshandel

Frankfurt: 11. 4.: [illegible]



LANGNESE-IGLO / Tiefkühlkost auf Sparflamme

Zuwachsraten verringert

JAN BRECH, Hamburg

Der deutsche Markt für Tiefkühlkost ist 1982 zwar noch einmal leicht gewachsen, doch haben sich die Zuwachsraten entsprechend dem allgemeinen Konsumklima merklich verringert. Nach Angaben des Marktführers Langnese-Iglo GmbH., Hamburg, stieg der Absatz von Tiefkühlkost (ohne Fleisch, Wild und Geflügel) im Berichtsjahr lediglich um 1,8 Prozent auf 560 000 Tonnen. Dabei betrug das Plus im Lebensmittelhandel 0,5 Prozent, im Großverbrauchergeschäft 3,3 Prozent. Der Umsatz im Handel erreichte 2,0 Mrd. DM. Rechnet man das Volumen des Großverbrauchergeschäfts hinzu, dürften in der Bundesrepublik für Tiefkühlkost rund 3,5 Mrd. DM ausgegeben werden.

Das geringere Mengenwachstum im Berichtsjahr, so betont Langnese-Iglo-Geschäftsführer Werner Kook, haben in erster Linie Snackartikel, Fertiggerichte und Kartoffelprodukte gebracht. Die Renner der letzten Jahre wie Pizza und Backwaren stagnierten dagegen. *Hier machte sich zunehmend das* Vordringen von Billigprodukten bemerkbar, erklärte Kook.

Der Tiefkühlkost-Markt wird nach Meinung von Kook auch in den kommenden Jahren zu den wenigen Teilmärkten des Nahrungsmittelbereichs gehören, die noch real wachsen. Wenn die Konjunktur wie erwartet zur Jahresmitte anziehe, sei ein Umsatzzuwachs von 5 Prozent möglich. Dabei komme dem Markt zugute, daß die Preise einschließlich der Mehrwertsteuererhöhung im Jahr 1983 um durchschnittlich kaum mehr als 2,5 Prozent steigen dürften. Kook räumt ein, daß es bislang am Markt keine Bewegungen gebe.

Langnese-Iglo, die am Gesamtmarkt mit gut 30 Prozent beteiligt ist und die stärksten Positionen im Lebensmittelhandel hält, hat im Berichtsjahr kein Mengenwachstum erzielt. Der Umsatz stieg lediglich aufgrund der Preiserhöhungen um rund 2 Prozent. Am Gesamtumsatz der Unilever-Tochter von 1,325 Mrd. DM sind Tiefkühlkost zu rund 55 Prozent und Eiskrem *mit 45 Prozent beteiligt.*

SCHWING / „Im günstigsten Fall" Umsatz des Vorjahres zu erreichen – Höhere Preise nicht durchsetzbar

Der Auftragsbestand hat sich erheblich erhöht

DANKWARD SEITZ, München

Mit eher gemischten Gefühlen und gar nicht so freudig beurteilt Gerhard Schwing, geschäftsführender Gesellschafter des weltgrößten Betonpumpen-Herstellers, der Friedrich Wilh. Schwing GmbH, Herne, im Gegensatz zur Mehrheit der auf der Münchner Bauma '83 ausstellenden Baumaschinen-Firmen die Aussichten der gesamten Branche für das Jahr 1983. Die Erwartungen wären angesichts steigender Umsatzentwicklung und besserer Auftragslage trotz aller Einschränkungen noch zu hoch angesetzt.

Er will damit keineswegs einem Konjunkturpessimismus das Wort reden, sondern meint, daß die meisten Firmen bei ihrer Beurteilung verschweigen würden, daß das laufende Jahr von der Ertragsseite her gesehen noch schlechter werden wird als 1982. Man müsse nämlich berücksichtigen, daß Ende 1982/Anfang 1983 alle Aufträge angesichts des ungewöhnlich harten Wettbewerbs nur zu äußerst *schlechten Konditionon hereinge*holt werden konnten und sich auch jetzt noch keine Preisanhebungen durchsetzen ließen.

Für sein Unternehmen und die im Frühjahr 1982 übernommene Stetter GmbH, Memmingen, erwartet Gerhard Schwing für das laufende Jahr „im günstigsten Fall" den Konzernumsatz des Jahres 1982 (450 Mill. DM) halten zu können. Voraussetzung dafür sei, daß der Markt im Nahen und Mittleren Osten nicht noch stärker zusammenbricht. Das Geschäft in Lateinamerika sei bedingt durch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten all dieser Länder „total kaputt", und für den europäischen Markt – mit Ausnahme der Bundesrepublik – könne erst für 1984 mit einer Wende gerechnet werden. Einzige Lichtblicke im Ausland seien derzeit nur die USA und Teile des Fernen Ostens.

Sehr erfreulich sei für Schwing und Stetter das erste Quartal 1983 verlaufen. Der Auftragsbestand per Ende März liege deutlich höher als der gesamte Bestand von 1982, wobei hier das Auslaufen der Investitionszulage im Dezember eine *gewisse Rolle gespielt habe.* Auch seien erst nach der Bundestagswahl eine ganze Reihe von Aufträgen wirksam geworden. Angesichts der Ballung von Aufträgen geht Schwing davon aus, daß spätestens zur Jahresmitte – auch für die Branche – ein Auftragsloch entstehen werde.

Mit dem Verlauf des Jahres 1982 zeigte sich Schwing recht zufrieden. Auch wenn der Ertrag gegenüber dem „absoluten Rekordjahr 1981" rückläufig gewesen sei, habe man doch noch mit einem „ganz guten" Gewinn- und Umsatzplus abgeschlossen. Bei einem Branchen-Minus von rund 20 Prozent am Betonpumpen-Markt habe man selbst den Absatz noch um 8 Prozent steigern und den Marktanteil bei Auto-Betonpumpen sogar von 28 auf 44 Prozent ausbauen können.

Zum Umsatz des Konzerns trug die Schwing GmbH 203 Mill. DM (plus 5 Prozent) bei. Auf den Nahen und Mittleren Osten entfallen davon 35 Prozent, die USA 18 Prozent und das europäische Ausland rund 16 Prozent. Stetter kam auf etwa 140 Mill. DM (plus 3 Prozent) Umsatz *und das US-Montagewerk auf* rund 55 Mill. DM; der Rest entfällt auf die Werke in Österreich und Brasilien sowie eine weitere kleine Tochtergesellschaft.

Hauptprodukt von Schwing sind die Auto-Betonpumpen, mit denen 1982 ungefähr 170 Mill. DM umgesetzt wurden. Die übrigen 33 Mill. DM entfallen auf stationäre Betonpumpen, Dickstoffpumpen und Hydraulikbagger. Gut 60 Prozent des Umsatzes von Stetter werden mit Auto-Betonmischern erzielt, 40 Prozent steuern die Betonpumpen und -mischanlagen bei.

Das „sehr ertragsstarke" Werk in St. Stefan/Österreich (rund 350 Mitarbeiter) fertigt hauptsächlich die Verteilermasten und Hydraulikzylinder, die zur Komplettmontage nach Herne und in die anderen Werke geliefert werden. Die US-Tochter, 1979 gegründet, habe sich ausgezeichnet entwickelt und sei inzwischen der zweitgrößte Betonpumpen-Hersteller in Nordamerika. Immer stärker setze sich in den USA die Betonpumpe durch. Noch werde auf amerikanischen Baustellen im Gegensatz zur *Bundesrepublik nur etwa ein Drit*tel des Betons gepumpt.

O & K

Nachfrage zog deutlich an

VWD, München

Mit „begründetem Optimismus" sieht die O & K Orenstein & Koppel AG, Dortmund, der Zukunft entgegen. Wie Vorstandssprecher Karl Heinz Siepe anläßlich der Bauma '83 sagte, ist der Auftragseingang des Unternehmensbereichs Baumaschinen und Gewinnungstechnik in den ersten drei Monaten 1983 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um rund 70 Prozent gestiegen. Der Rückgang des konsolidierten Weltumsatzes 1982 um 11 Prozent auf 1,13 Mrd. DM sei unter anderem auf die 1981 und 1982 durchgeführte Programmbereinigung zurückzuführen. Der Anteil des Auslandsumsatzes ist 1982 auf 64 (67) Prozent zurückgegangen. Durch die seit 1980 im Inland um fast 30 Prozent angepaßte Mitarbeiterzahl – in der AG waren am Jahresende etwa 6450 Personen beschäftigt – sei die Wertschöpfung pro Mitarbeiter 1982 um 14 Prozent gestiegen. 1982 konnte der Verlust deutlich vermindert und durch teilweise Inanspruchnahme von Rücklagen wieder mit einem ausgeglichenen Bilanzergebnis abgeschlossen werden.

LOEWE OPTA / Setzt auf Bildschirmtext

Ertragsanteil wurde gehalten

JOACHIM WEBER, Hannover

Schon in diesem Jahr will die Loewe Opta GmbH, Kronach, auf einen Umsatz von 25 bis 30 Mill. DM im Geschäft mit „professionellen" Bildschirmtext-Geräten kommen. Zwar haben die Verzögerungen bei der Einführung des Bildschirmtext-Systems zunächst für eine gewisse Enttäuschung bei den Kronachern gesorgt, die als erstes – und bislang einziges – Unternehmen der Branche mit großem Vorsprung einen serienreifen Decoder nach dem neuen Standard CEPT herstellen konnten.

Doch zum einen hat Loewe jetzt die Zusage der Bundespost, daß pünktlich zur Funkausstellung im September 1983 noch mit einem – wenn auch noch eingeschränkten – Bildschirmtext-Dienst (btx) begonnen werden soll. Zum anderen setzt das Unternehmen darauf, daß die Informationsanbieter im künftigen System – also überwiegend Betriebe – sich rechtzeitig auf den öffentlichen Start vorbereiten.

Bereits für 1984 erwartet Loewe-Geschäftsführer Helmut Ricke einen Umsatzanteil der btx-Produkte im professionellen Bereich von rund 20 Prozent; längerfristig soll daraus sogar ein starkes zweites Bein mit einem Anteil von 50 Prozent werden. Bis dahin wird zwangsläufig auch der Computer zur Angebotspalette gehören.

Nach einer Steigerung um 18 Prozent 1981 hat der Umsatz von Loewe Opta im vergangenen Jahr bei 246 (245) Mill. DM stagniert. *Dabei wurde das Mengenwachs*tum bei Farbfernsehgeräten durch marktbedingte Preissenkungen um durchschnittlich drei Prozent weitgehend kompensiert. Hinzu kam eine bewußte Zurückhaltung im Geschäft mit Videorecordern, das bei einem Absatz von rund 10 000 Stück nur „überschaubare" Verluste brachte.

Die Vorsicht kam dem Ertrag des 1500-Mitarbeiter-Unternehmens durchaus zugute: Der Gewinn vor Steuern konnte auf dem Vorjahresniveau von gut zwei Prozent vom Umsatz gehalten werden. Diesen Wert sieht Ricke freilich nur unter Branchenmaßstäben als befriedigend an, für erforderlich hält er 5 bis 6 Prozent.

Dinckelacker mit Umsatzsteigerung

MARTIN FINK, Stuttgart

Preiserhöhungen und ein gestiegener Anteil von höherpreisigen Spezialitäten brachten der Dinckelacker Brauerei AG, Stuttgart, im Geschäftsjahr 1981/82 (30. September) eine Umsatzsteigerung von 5,2 Prozent auf 160,2 (152,3) Mill. DM. Einen geringfügigen Rückgang der Ausstoßmenge habe man „im Interesse einer qualitativen Marken-Zielsetzung" bewußt in Kauf genommen, erklärt der Vorstand, der wie schon im Vorjahr, zur Ausstoßentwicklung keine Zahlen mehr nennt. Die Ertragslage sei jedoch weiter stabilisiert worden.

Zum laufenden Geschäftsjahr 1982/83 hieß es, der Bierausstoß sei wieder gewachsen und habe sich damit besser entwickelt als der Durchschnitt der Brauereien in Baden-Württemberg und im Raum Stuttgart. Für das Gesamtjahr rechnet der Vorstand mit einem wieder zufriedenstellenden Ergebnis, auch wenn geplante Preisanhebungen noch nicht voll wirksam würden. Damit beginnen will Dinkelacker bei dem als besonders kostenintensiv bezeichneten Einweg-Sortiment (Dosen und Flaschen), das zum 1. Juni 1983 um etwa sechs Prozent teurer werden soll.

Dies scheint ein Test zu sein, denn die Unternehmensleitung ist sich offensichtlich noch im unklaren, ob eine allgemeine Bierpreiserhöhung bei der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage durchgesetzt werden kann. Im Berichtsjahr hat sich der Umsatzanteil des „CD-Pils" auf 29,2 (25,5) Prozent erhöht, während die Spezialitäten des „Sanwald"-Bereichs (darunter Weizen- und Altbier, Diät- und alkoholfreies Bier) auf 8,5 (7,1) Prozent Anteil kamen.

Für das abgelaufene Geschäftsjahr weist Dinkelacker einen deutlich gestiegenen Jahresüberschuß von 4,3 (3,4) Mill. DM aus. Der Cashflow wird mit 19,3 (18,5) Mill. DM und der Gewinn je 50-DM-Aktie mit 24,59 (18,59) DM angegeben. Die vorgeschlagene Dividende von wieder 15 Prozent auf das unveränderte Aktienkapital von 15 Mill. DM sei voll erwirtschaftet worden, betont der Vorstand.

FUJITSU / Mit Personal- und Mikrocomputern auf den deutschen Markt

In Europa nun unter eigener Flagge aktiv

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Die weit über hundert Anbieter auf dem deutschen Markt für Personal- und Mikrocomputer bekommen demnächst einen weiteren Konkurrenten: Den japanischen Elektrokonzern Fujitsu Mikroelektronik GmbH, Frankfurt. Schon seit 1980 ist der deutsche Ableger aktiv, bisher als Vertriebsgesellschaft für Halbleiter-Produkte. Umsatz 1982/83 (31. 3.): knapp 60 Mill. DM.

Daß Fujitsu, im Heimatmarkt mit einem Marktanteil von 29 Prozent größter Computer-Hersteller, in Europa unter eigener Flagge die Initiative ergreift, ist neu. Bei den größeren Rechnern bediente sich der Konzern bisher anderer Gesellschaften (Siemens, ICL, Burroughs), die sie unter den eigenen Marken auf den Markt brachten.

Fujitsu, 1935 als Gemeinschaftsunternehmen der Kupferminengesellschaft Furukawa und der Siemens AG gegründet, ist mit nur 17 Prozent Auslandsanteil an den gut 8 Mrd. DM (umgerechnet) Jahresumsatz noch weitgehend inlandsorientiert. So konnte sich aus dem einstigen Kabelwerk, das sich später auf die Nachrichtentechnik konzentrierte, relativ unbemerkt der fünftgrößte Computerhersteller der Welt entwickeln: Zwei Drittel des Umsatzes stammen aus diesem Bereich.

Schon 1954 stellte Fujitsu den ersten japanischen kommerziellen Serienrechner her. 1966 startete das Unternehmen die eigene Massenfertigung von integrierten Schaltungen. Und nicht ohne Stolz weist Deutschland-Chef Yoshinori Hashizume darauf hin, daß man den von mehreren Firmen kürzlich vorgestellten 256-Kilobyte-Chip als erster zur Massenproduktionsreife gebracht und in den eigenen Rechnern eingesetzt habe.

Seit 1973 ist Fujitsu an der amerikanischen Amdahl Corporation beteiligt, von der das Konzept der IBM-kompatiblen Großrechner übernommen wurde. Die Weiterentwicklung wurde freilich von beiden Gesellschaften getrennt betrieben, und heute, so Hashizume, läuft der Technologie-Transfer – nicht zuletzt wegen der eigenen Bauelemente-Produktion – auch in umgekehrter Richtung.

Stärke zeigt Fujitsu noch auf einem weiteren Gebiet: Unter der Marke Fanuc zählt das Unternehmen zu den größten Industrieroboter-Produzenten der Welt. Der Ausstoß von 100 Robotern im Monat wird mit starkem Einsatz der eigenen Industrieroboter gefertigt.

Videorecorder: Plus 300 000

dpa/VWD, Nürnberg

Der Absatz von Videorecordern in der Bundesrepublik wird in diesem Jahr auf rund 1,4 (1982: 1,1) Mill. Stück steigen, erwartet die Ruefach Rundfunk-Elektro-Fernseh-Fachhandel GmbH u. Co., Betriebs-KG, Ulm. Die Haushaltsversorgung habe zum Jahreswechsel bei zehn Prozent gelegen, erklärte der Sprecher der Geschäftsführung Karl-Bernhard Hillen.

Bei Farbfernsehgeräten geht die Ruefach von einem Geräteabsatz von 2,4 Millionen Stück aus. Hier liege – bei einer Marktsättigung von 71 Prozent – die stark vom Ersatzbedarf bestimmte Nachfrage seit Jahren konstant zwischen 2,1 und 2,2 Millionen Geräten jährlich. Impulse könnten laut Hillen vom stark expandierenden Home-Computer und Videospiel-Geschäft ausgehen. Je stärker solche Geräte in die Haushalte kämen, desto wichtiger werde dort ein zweites Fernsehgerät.

HÜPPE / Konsolidierung soll im laufenden Jahr abgeschlossen werden – Kurzarbeit

Duschsysteme entwickelten sich gut

J. BRECH, Hamburg

Die Hüppe GmbH, Oldenburg, deren Stammkapital von 63,4 Mill. DM seit Beginn dieses Jahres zu fast 100 Prozent von der Interversa Gesellschaft für Beteiligungen mbH, Hamburg, gehalten wird, will die vor zwei Jahren begonnene Konsolidierung innerhalb der Gruppe 1983 abschließen. Im Mittelpunkt der Aktivitäten stehen nach Angaben des Vorsitzenden der Geschäftsführung Claus Verg der Aufbau eines einheitlichen Firmenbildes sowie die Entwicklung innovativer Problemlösungen in den traditionellen Produktbereichen. Die führenden Marktpositionen in den Sparten Sonnenschutz-, Raum-, Dusch- und Badsysteme sollen gleichzeitig durch kräftige Investitionen in den Markt gesichert und ausgebaut werden.

Als Umsatzziel für 1983 visiert Verg rund 310 Mill. DM an. Einbußen im Objektgeschäft mit Sonnenschutz- und Raumsystemen hofft Verg durch neu entwickelte Produkte in anderen Bereichen auszugleichen. Diese Ausweitung des Geschäfts mit Produkten für den privaten Wohnungsbau zu Lasten des Objektgeschäfts, das zur Zeit rund ein Drittel des Gesamtumsatzes ausmacht, soll auch zu einer Verbesserung des Ergebnisses führen. Verg räumt ein, daß die Ertragslage im Berichtsjahr 1982 unter dem harten Wettbewerb im Objektgeschäft gelitten habe. Das Betriebsergebnis sei zwar positiv gewesen, habe aber eine Gewinnabführung an die Mutter schon deshalb nicht erlaubt, weil durch Konsolidierungsprozesse als Folge der Übernahme der Arcordial & Co GmbH (1981) und der Schock Bad GmbH (1982) zusätzliche Belastungen für die Gruppe entstanden seien. Eine nachhaltige Stärkung der Rentabilität erwartet Verg erst ab 1984.

Die Integration der Schock Bad GmbH, Treuchtlingen, hat bei der Hüppe Gruppe 1982 zu einer Umsatzausweitung um 19 Prozent auf 304,5 Mill. DM geführt. Das vergleichbare Geschäftsvolumen dürfte dagegen real zurückgegangen sein. In der Sparte Sonnenschutzsysteme für innen und außen, die 85,8 Mill. DM zum Gesamtumsatz beisteuerten, gab es Rückschläge im Objektgeschäft mit Außenraffstores, die nur zum Teil durch den regen Absatz von Rollos, Markisen und Jalousien aufgefangen werden konnten. In dem Bereich Raumsysteme mit der wichtigsten Produktgruppe mobile Trennwände (hier hält Hüppe in Europa Marktanteile von weit mehr als 50 Prozent) erreichte der Umsatz 75,9 Mill. DM. Die schwachen Auftragseingänge seit Herbst vergangenen Jahres haben allerdings in diesem Jahr zu Beschäftigungsproblemen geführt. Seit Ende Januar müssen in dieser Sparte 250 von 350 Mitarbeitern kurzarbeiten.

Erfreulich bezeichnet Verg die Entwicklung bei Duschsystemen. Hier stieg der Umsatz um 6,4 Prozent auf 81,9 Mill. DM. Der Marktanteil von 35 Prozent bei Duschkabinen sei weiter ausgebaut worden. Den „Einstandsumsatz" der Schock Bad GmbH gibt Verg mit 46,3 Mill. DM an.

Hartmann + Braun: Wieder sechs Prozent

dpa, Düsseldorf

Einen Jahresüberschuß von 2,2 Mill. DM weist die Hartmann + Braun AG, Frankfurt, für das Geschäftsjahr 1982 aus. Wie die Mannesmann AG in Düsseldorf, die 83,4 Prozent der Aktien hält, berichtete, sollen davon 1,1 Mill. DM in die freien Rücklagen gehen, der Rest als Bilanzgewinn ausgewiesen werden.

Der Hauptversammlung wird vorgeschlagen, aus dem Bilanzgewinn wieder sechs Prozent auf die Stamm- und Vorzugsaktien an die freien Aktionäre zu zahlen. Der Umsatz der Hartmann + Braun-Gruppe nahm 1982 von 536,9 auf 560,6 Mill. zu.

Der Aufsichtsrat bestellte mit Wirkung vom 1. Juli 1983 Dr. Horst Bonnekamp (45), bisher Mitglied der Werksleitung der Hüttenwerke Huckingen der Mannesmannröhren-Werke und Hans Jürgen Storck (46), bisher Leiter der Hauptabteilung Unternehmensplanung der Mannesmann AG, zu Vorstandsmitgliedern. Bonnekamp löst Dr. Hans Habermann (54) ab, der eine neue Aufgabe bei der Mannesmann AG übernimmt. Storck tritt an die Stelle von Dr. Walter Strohmaier (63), der in den Ruhestand geht.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Biberach: Gebr. Christoph und Matthias Talai GmbH Heizung- Sanitär- Gas- und Ölfeuerung; **Bielefeld:** Waldemar Pronoza, Inh. der Sportschule Pronoza; **Hannover:** Nachl. d. Walter Busch; Palmbach GmbH – Damenoberbekleidung; **...angen:** Vereinigte Chanty-Textilwerke M. Dinges KG u. Tecro Textilfabrik GmbH; Tecro Textilfabrik GmbH; **Lübeck:** Nachl. d. Dr. med. dent. Klaus Günter Walter Schramm; **Lüdinghausen:** Schlüter GmbH u. Co. KG, Ascheberg; **Moers:** Dieter Wessels, Elektromeister u. Kaufmann, Rheinberg; **München:** „H 6 – zeta" Restaurant GmbH; Nachl. d. Ingrid Maria Else Koch geb. Florian, Verwaltungsangestellte; Nachl. d. Elisabeth Maier geb. Bergmann, Hausfrau; **Neuss:** Nachl. d. Klaus Dieter Awiszus; **Nürnberg:** Alfred Pistol, Malermeister; **Pinneberg:** Hub- u. Gleitbau G. m. b. H., Ellerbek; KG d. Hub- u. Gleitbau GmbH & Co., Ellerbek; **Regensburg:** Nachl. d. Walter Luhmann, Lappersdorf; **Remscheid:** „Dental-Technik" Pförtner u. Günther GmbH & Co. KG, Solingen 1; Nachl. d. Klara Helene Schepmann geb. Göldenbung; **Soest:** Winfried Zimmermann, Tankstellenbesitzer, Warstein-Suttrop; **Wuppertal:** Thomas & Sohn Verwaltungs-GmbH, Herdorf/Sieg.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Bielefeld: Bitter GmbH & Co. Armaturen, Regeltechnik; **Cochem:** Theisen Sitzmöbel- u. Tischfabrik GmbH, Altstrimmig; **Kaufbeuren:** Peter Winkels, Inh. d. Peter Winkels – Automobile, Marktobersdorf; **Königstein:** dnt drahtlose nachrichtentechnik GmbH & Co. KG, Kelkheim-Fischbach; **München:** Hecht & Kiefer GmbH & Co. KG, Sieb- u. Offsetdruckerei, Oberschleißheim; MGS – Münchner Musik-Großsortiment GmbH, Gräfelfing; **Stuttgart:** H. J. Fehr GmbH, Rutesheim.

Vergleich eröffnet: Mönchengladbach: Nachl. d. Erwin Arnold, Inh. e. Generalunternehmens f. Wohnungsbau Gewerbe + Industriebau.

Vergleich beantragt: Bad Kreuznach: F. H. Maaß KG, Baustoffhandel u. Herstellung v. Betonwaren, Kirn/Nahe; **Betzdorf:** a) G. Kirschbaum GmbH b) Kirschbaum GmbH & Co. Fertigungs-KG, Horhausen; **Rinteln:** Günther Schäfer, Kaufmann, Inh. e. Maschinenfabrik.

KUNSTMARKT

Sotheby's gegen Übernahme

fu. **London**

Die beiden amerikanischen Millionäre Marshall S. Cogan und Stephen C. Swid wollen das renommierte Auktionshaus Sotheby Parke Bernet voll übernehmen. Mitte Dezember vergangenen Jahres hatten die beiden New Yorker Industriellen, die sich als leidenschaftliche Kunstsammler bezeichnen, überraschend bereits 14,2 Prozent der Sotheby's-Aktien erworben.

Cogan und Swid betreiben gemeinsam ein gut gehendes Unternehmen, die Felt Industries Inc., mit 15 Möbel- und Textilfabriken in den USA und rund 3500 Beschäftigten. Über die 100prozentige Tochter Knoll International Holdings wurde jetzt ein offizielles Übernahme-Angebot für Sotheby's vorgelegt. Es lautet über 520 Pence je share in bar. Damit würde Sotheby's auf etwa 60,6 Millionen Pfund bewertet, umgerechnet knapp 220 Millionen Mark.

Die Direktoren des Londoner Auktionshauses haben in einer ersten Stellungnahme erklärt, General Felt wisse bereits, daß der Übernahme-Versuch „absolut unwillkommen" sei, und daß es keinerlei Gebiete gemeinsamen Interesses zwischen beiden Unternehmen gäbe. Sie würden so rasch als möglich den Aktionären ihren Standpunkt darlegen.

Bereits in der vergangenen Woche hatten sämtliche Kunstexperten von Sotheby's in einem offenen Brief erklärt, sie würden das Auktionshaus verlassen, sollte General Felt Sotheby's kontrollieren.

VEREINIGTE STAATEN / Neues Gesetz über Kapitalgewinnsteuer beunruhigt ausländische Immobilienbesitzer

Ein Pfand hinterlegen oder die Bücher öffnen

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Ausländer, darunter viele Deutsche, die in Florida Apartments, in *Texas Anteile an Wolkenkratzern* und in Maryland oder Virginia Farmen erworben haben, stecken in der Klemme. Die oberste US-Finanzbehörde, der Internal Revenue Service (IRS), hat zwar den Stichtag verschoben, aber bis zum 21. Juni wird entschieden, wann der „Foreign Investors Real Property Tax Act of 1980" angewendet wird.

Nach dem Gesetz, das die Zahlung der beim Verkauf fälligen Kapitalgewinnsteuer sicherstellen soll, haben die Ausländer die Wahl: Entweder hinterlegen sie ein Pfand in Höhe der mutmaßlichen Abgaben oder sie öffnen ihre Bücher. Das letztere kann ins Auge gehen, weil viele bestehende Doppelbesteuerungsabkommen einen Informationsaustausch vorschreiben; die eigene Finanzbehörde also unterrichtet werden kann. Die Mitteilungen an die Finanzbehörde müssen genaue Angaben über Personen, Grundstücke, Gebäude und *Lage sowie* über Kaufpreis und Marktwert enthalten.

Mit dem Hinweis, das Gesetz sei konfus, unvollständig und möglicherweise nicht durchsetzbar, ist es amerikanischen Steueranwälten im Auftrag ihrer ausländischen Klientel vor zweieinhalb Jahren gelungen, die Behörden zur Aussetzung der Bestimmungen zu bewegen. Jetzt drängt jedoch das US-Finanzministerium, das die Steuerausfälle – 1983 vermutlich 100 Millionen Dollar – nicht mehr länger hinnehmen will. Für das Schatz*amt in* Washington stellt der Ausländer ein „schlechtes Risiko" dar; grundsätzlich wird von ihm angenommen, daß er die Steuern unterschlägt.

Von der Unruhe, die unter den ausländischen Immobilienbesitzern ausgebrochen ist, profitieren indes die lokalen US-Banken. Sie bieten Verträge an, in denen sie sich gegenüber der Finanzbehörde zur Steuerzahlung verpflichten, wenn der Ausländer sein Eigentum verkauft. In anderen Fällen werden Akkreditive verwendet, um die amerikanische Finanzbehörde davon zu überzeugen, daß sie bei einem gewinnbringenden Besitzwechsel ihren Anteil erhält.

Das alles kostet natürlich Geld. *So verlangt die City National Bank* in Miami für ihre Dienste eine Jahresgebühr in Höhe von 750 Dollar (rund 1822 Mark). Der Ausländer muß – in einem zumeist umständlichen Verfahren – den Wert seines Grundbesitzes in den USA sowie alle Aufwendungen nachweisen, während er der Bank ein Pfand in Form eines Zurückbehaltungsrechtes überschreibt. Bisher haben allein bei diesem Institut 1000 Kunden solche Dienste in Anspruch genommen. Die New Yorker Citibank fordert 1000 Dollar jährlich; bei Akkreditiven beträgt die Mindestgebühr im Jahr 500 Dollar oder ein Prozent der Kreditbriefsumme.

Was Ausländer selten wissen: Sie können auch direkt bei der Steuerbehörde einen bestimmten Betrag, einen Schuldschein oder ein Akkreditiv hinterlegen. Das Gesetz selbst zielt noch in zwei andere Richtungen. Einmal verhindert es Steuerhinterziehungen bei Immobilienverkäufen in Raten. Zum anderen verpflichtet es die ausländischen Anteilseigner amerikanischer *Firmen* sowie ausländische Unternehmen mit Besitz in den USA zur Offenlegung der Bücher. Auch bei indirekter Beteiligung besteht für ausländische Personen ein Informationszwang, wenn der Immobilienwert 50 000 Dollar übersteigt. Durch das Gesetz wird der in vielen Fällen unbekannte Steuerzahler sozusagen identifiziert.

Es liegen Beweise dafür vor, daß früher viele Ausländer, die Immobilien in den USA mit Gewinn verkauft haben, Steuerflucht begingen. Dennoch ist das Gesetz auch bei Amerikanern auf Kritik gestoßen, weil es als „unmoralisch" empfunden wird. In der Tat befindet sich die Behörde in einer fragwürdigen Position. Immerhin ermöglicht er Ausländern die Steuerhinterziehung zu Hause, wenn sie die Informationspflicht durch Steuerpfänder eintauschen. Überdies wird eine Steuer geschaffen, die dann greift, wenn der Kapitalgewinn durch den Verkauf realisiert wird.

Immobilienmakler warnen davor, daß sich ausländische Investoren vom US-Markt zurückziehen. Nach ihren Umfragen vertreiben die zusätzlichen Kosten besonders die Ausländer, die auf Marco-Island an der Golfküste Floridas zum Beispiel ein Apartment für 100 000 bis 200 000 Dollar besitzen und dort überwintern. Ausländer, die den „Foreign Investors Real Property Tax Act" ignorieren, können jährlich mit 25 000 Dollar bestraft werden, wenn die Finanzbehörde sie erwischt. Nach Angaben der US-Finanzbehörde werden rund 60 000 Ausländer in diesem Jahr eine Steuergarantie abgeben.

SOWJETHANDEL / Westimporte nicht reduziert

Chancen für den Mittelstand

CLAUS DERTINGER, **Frankfurt**

Trotz sinkender Exporterlöse bemüht sich die Sowjetunion nach dem Eindruck von Hilmar Kopper, Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, nicht um Zahlungsbilanzkredite am Euromarkt. Moskau wolle sich offenbar aus politischen Gründen dort nicht exponieren. Der Einnahmeausfall von etwa drei Milliarden Dollar als Folge des Ölpreisrückgangs – drei Viertel aller sowjetischen Westexporte entfallen auf Öl und andere Energierohstoffe – sei zwar kurzfristig durch andere Exporte nicht zu ersetzen, meint Kopper; dennoch rechnet er unter Hinweis auf die Bankguthaben *im Westen* und die *Goldvorräte* nicht mit ernsthaften außenwirtschaftlichen Problemen für Moskau und auch nicht mit der Notwendigkeit, die Einfuhr aus dem Westen zu reduzieren.

Besonders für mittelständische deutsche Firmen bestünden gute Exportchancen in die Sowjetunion, sagte der Bankier bei der Vorlage einer Broschüre über die UdSSR mit umfangreichen praktischen Hinweisen für Außenhändler. Gefragt seien vor allem maßgeschneiderte Lösungen der Maschinenbauindustrie für die sowjetische Investitionsgüterindustrie und die Rohstofferschließung sowie in zunehmendem Maße auch für die Verarbeitung und die Konsumgüterindustrie.

Nach Beobachtung des Moskauer Repräsentanten der Deutschen Bank, Axel Leban, steht die sowjetische Investitionspolitik jetzt an einer „Wasserscheide". Moskau habe gemerkt, daß Großprojekte nicht immer die wirtschaftlichsten sind und errichte jetzt – auch im Sinne der von Parteichef Andropow propagierten Dezentralisierung – *mit Hilfe* westlicher Unternehmen kleinere und mittlere Projekte. Zudem hätten nicht mehr Investitionen „auf der grünen Wiese" Priorität. Mehr Gewicht als bisher werde jetzt auf die Modernisierung von Betrieben gelegt. Kleinere und *mittlere Firmen*, so Leban, würden von Moskau ermutigt, mit der Sowjetunion ins Geschäft zu kommen, das zu einem erheblichen Teil auch über Barzahlung abgewickelt werde.

GROSSBRITANNIEN / Minister für die Midlands

Rezession schafft Probleme

WILHELM FURLER, ***London***

Die West Midlands, das wichtigste Industriegebiet Großbritanniens, ähnlich dem deutschen Ruhrgebiet, werden einen eigenen Minister im Kabinett der Regierung Thatcher erhalten. Damit soll das durch die schwere und langanhaltende Rezession arg in Mitleidenschaft gezogene Zentrum der metallverarbeitenden Industrie und des Maschinenbaus um Birmingham und Coventry vor einem völligen Zusammenbruch bewahrt werden.

Verantwortlich für das „Schwarze Land", wie die West Midlands in England genannt werden, wird der Staatssekretär im Industrieministerium, John Butcher, sein. Er wird sich jeweils zwei Tage pro Woche in Birmingham oder einem anderen Ort der zum Teil in alarmierende Trostlosigkeit verfallenen Region aufhalten, um die Probleme genau studieren zu können und alle verfügbaren Wirtschaftshilfen und Programme zur Wiederherstellung der wirtschaftlichen Basis einzusetzen.

Jüngstes Opfer der schweren Rezession wurde die in den West Midlands ansässige und in aller Welt bekannte britische Werkzeugmaschinen-Fabrik Alfred Herbert, die in der vergangenen Woche Konkurs anmelden mußte. Wie ihr erging es zuvor Hunderten von anderen Firmen. Davon zeugen leerstehende und verwahrloste Fabrikhallen und Produktionsanlagen.

In den letzten drei Jahren dürften in den West Midlands mehr als 300 000 Arbeitsplätze verlorengegangen sein. *Entsprechend* hat sich die Arbeitslosenrate auf fast 17 Prozent verdreifacht. Die Zahl derer, die seit länger als einem Jahr arbeitslos sind, hat sich in diesem Gebiet zwischen April 1979 und *Oktober 1982 von 35 000 auf* 156 000 fast verfünffacht.

Eine der ersten Aufgaben des neuen „West-Midlands-Ministers" wird sein, ein Paket zur Rettung des Werkzeugmaschinenherstellers Alfred Herbert zu schnüren. In Vorgesprächen mit den Konkursverwaltern wurde bereits volle Regierungsunterstützung im Rahmen des „Wirtschaft-Erneuerungsprogramms" zugesagt.

John Butcher, der seine neue Rolle selbst mit „Sprecher für die West Midlands in Whitehall" umreißt und dessen eigener Wahlbezirk in Coventry-Südwest liegt, will dafür sorgen, daß die Anträge von Unternehmen in den West Midlands für Innovationshilfen der Regierung mit absolutem Vorrang behandelt werden. Außerdem soll in einer großangelegten Informations-Kampagne der Rahmen verfügbarer Regierungshilfen transparenter gemacht werden.

Für seine neue Minister-Tätigkeit vor Ort wird Butcher ein Team von acht Spezialisten zur Seite stehen. Es ist zu erwarten, daß andere von der Rezession und vom Prozeß der wirtschaftlichen Umstrukturierung ebenfalls in Mitleidenschaft gezogene Regionen wie etwa Tyneside (Newcastle) oder Groß-Manchester gegen diese Bevorzugung heftig protestieren werden.

ÖSTERREICH / Arbeitsmarkt bleibt schlecht

Nur saisonale Entlastung

W. FREISLEBEN, **Wien**

Eine deutliche Verschlechterung charakterisiert die Lage auf dem österreichischen Arbeitsmarkt. Diese wird nach Einschätzung der Wirtschaftsprognostiker trotz der um sich greifenden Konjunkturhoffnungen auch während des Jahres anhalten.

Die *Arbeitslosenrate* verringerte sich im März zwar binnen Monatsfrist von 6,3 auf 5,9 Prozent (170 770 Arbeitslose), doch ist dies lediglich auf die *üblichen* saisonalen Faktoren zurückzuführen. Das jüngste Kommuniqué des Ministerrates weist denn auch unverblümt darauf hin, daß sich im Jahresabstand die Zahl der Arbeitslosen Ende März um 31,1 Prozent erhöht hat, im Februar betrug der Jahresabstand noch 23,8 Prozent, im Januar dank der milden Witterung nur 16,6 Prozent.

Besser als befürchtet entwickelte sich vorerst die Beschäftigung bei den Bauarbeitern, unter denen die Arbeitslosigkeit mit 20,8 Prozent „nur" unterdurchschnittlich zugenommen hat. Doch auch dafür dürfte ausschließlich das ausgesprochen milde Winterwetter verantwortlich sein, denn die Beschäftigungsprogramme der Regierung haben bisher ihre Wirkung auch nach Darstellung einzelner Regierungsmitglieder weitgehend verfehlt. Infolge nachhaltiger Verzögerungen bei der *Durchführung* mangels entsprechender administrativer Maßnahmen wagen vorerst selbst die Wirtschaftsforscher nicht anzugeben, welchen Beschäftigungseffekt bislang die beiden Regierungsprogramme seit Beginn 1982 tatsächlich gehabt haben könnten.

Fest steht jedenfalls, daß sich heute unter *Berücksichtigung* saisonaler Schwankungen die Arbeitslosigkeit in Österreich auf einem höheren Sockel einpendeln wird als noch vor Jahresfrist. Denn einem Rückgang der Arbeitslosen um 10 000 im heutigen März gegenüber Februar steht ein Vergleichswert aus dem Vorjahr von etwa 30 000, und aus 1981 von 27 000 gegenüber. Die Einschätzung der beiden Wirtschaftsforschungsinstitute Wifo und IHS liegt denn auch *bei einer saisonbereinigten* Arbeitslosenrate von 4,5 bis 4,6 Prozent im Jahresdurchschnitt (nach 3,7 Prozent 1982). Aufgrund der bescheidenen Wachstumsaussichten und der verfügbaren Kapazitätsreserven der Betriebe ist im Jahresdurchschnitt mit einem Rückgang der unselbständig Beschäftigten um ein Prozent oder 28 000 Personen zu rechnen.

Daß die Aussichten nicht noch schlechter sind, begründen die Prognostiker mit einem weitgehend stagnierenden Arbeitskräfteangebot, obwohl die erwerbsmäßige Bevölkerung um mehr als 35 000 Personen anwachsen dürfte. Ausschlaggebend dafür sind sowohl die anhaltenden Maßnahmen zur Frühpensionierung (mit einem weiteren Plus von 5000 Frühpensionisten) wie auch die „Entmutigungseffekte" bei Arbeitssuchenden (rund 12 000) und einer weiteren Reduktion des *ausländischen* Arbeitskräfteangebots um 9000 Personen. Insgesamt werden daher heute im Jahresdurchschnitt nur um 28 000 Personen mehr als vorher als „arbeitslos" registriert werden. 1984 wird mit einer weiteren Zunahme der Arbeitslosigkeit auf einen Wert von 4,8 Prozent gerechnet.

ITALIEN / Banken geraten unter Druck

Vorerst noch keine Besserung

GÜNTHER DEPAS, **Mailand**

Die italienischen Banken werden im laufenden Jahr voraussichtlich noch stärker unter den Einfluß der Zinsschere geraten als 1982. Bankexperten erwarten, daß sich der *Druck von Schatzministerium und* Zentralbank zum Abbau der Prime Rate noch verstärken wird, während es gleichzeitig schwieriger werden wird, die Kosten der Einlagen zu senken. Schatten werfen auch die weiter zurückhaltende Kreditnachfrage der Wirtschaft und das Zunehmen der Insolvenzen. Schon 1982 erhöhten sich die überfälligen Forderungen des Kreditwesens um fast 25 Prozent auf 11 500 Milliarden *Lire* (rund 19,5 Milliarden Mark). Eine entscheidende Verbesserung der Bankbilanzen erwarten Experten erst wieder von Ende dieses oder Anfang nächsten Jahres an, wenn die italienische Wirtschaft langsam aus dem Konjunkturtal heraustreten dürfte.

Im Jahre 1982 sank der Cashflow der 1070 italienischen Kreditinstitute gegenüber dem Vorjahr um 0,3 Prozent. Diese Verminderung zeigte sich weniger in den ausgewiesenen Reingewinnen, die von den Banken aus Imagegründen den möglichst unverändert gelassen wurden, als in den Rückstellungen und Abschreibungen. Beide Posten verminderten sich gegenüber dem Vorjahr um 16 Prozent auf 5400 Milliarden Lire.

Die Verschlechterung der Ertragslage ist vor allem auf die nur um 6,3 Prozent auf 16 000 Milliarden Lire gestiegene (real um 10 Prozent gesunkene) Marge zwischen Haben- und Sollzinsen zurückzuführen. Die Abnahme dieser Marge wurde ihrerseits hauptsächlich durch die von 13,4 auf 12[illegible] Prozent verminderte Zinsschere *verursacht.*

Die Zinsen im Aktivgeschäft erhöhten sich insgesamt um 14,8 Prozent auf 64 250 Milliarden Lire, wobei die des Inlandsgeschäfts um 8,[illegible] Prozent auf 31 500 Milliarden Lire zunahmen. Demgegenüber stiegen die Einlagenzinsen um 18,0 Prozent auf insgesamt 48 250 Milliarden Lire und die für Inlandsdepositen sogar um 21,9 Prozent. Besonders stark war die Zunahme in diesem Fall *im letzten Quartal des Jahres, in dem die Kundschaft ihre* Bankeinlagen wegen der – inzwischen wieder abgebauten – Vertrauenskrise um die kurzfristigen Schatzanweisungen plötzlich anschwellen ließ.

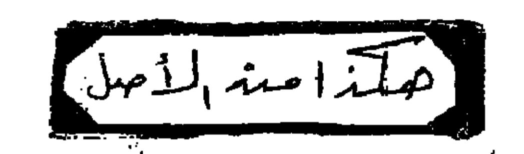
Kosteneinsparungen und damit Spielraum für den von den Währungsbehörden geforderten Zinsabbau werden die Kreditinstitute in Zukunft vor allem durch höhere Effizienz und Produktivität erzielen müssen. Das wird nach Ansicht *von Experten nur durch* verstärkte Automatisierung und ein Einfrieren des Personalbestandes zu erreichen sein. Eine Verdoppelung der Mitarbeiterzahl wie in den letzten zehn Jahren geschehen (1982 stieg der Personalbestand um 4 Prozent auf 302 000), werden sich die italienischen Banken, Beobachtern zufolge, in den nächsten Jahren jedenfalls nicht mehr leisten können.

NAMEN

Generaldirektor i. R. Dr. **Karl H. Wessel**, langjähriger Vorstandsvorsitzender der zur R+V Versicherungsgruppe im Raiffeisen-Volksbankenverbund, Wiesbaden, gehörenden Gesellschaften und Vorsitzenden des Verbandes der Lebensversicherungs-Unternehmen, Bonn, vollendet am 13. April das 7[illegible] Lebensjahr.

Karl Friedrich Haubrich, Gründer der Karl Fr. Haubrich GmbH & Co., Düsseldorf, *Großhandelszentren* für Unterhaltungselektronik feiert am 13. April den 80. Geburtstag.





Stiller Rentenmarkt

Am Rentenmarkt verlief das Geschäft auch am Wochenbeginn schleppend. Vergeblich wurde auf Zinssignale aus den USA gewartet, weil nach Ansicht der Rentenmarktexperten nur sie für einen weiteren Zinsrückgang in der Bundesrepublik sorgen könnten. Bei einigen öffentlichen Anleihen mit längeren Laufzeiten wurden die Kurse bis zu 0,20 Prozentpunkten zurückgenommen. Es soll sich um Tauschoperationen zugunsten von Titeln mit kurzen oder mittleren Laufzeiten handeln, die im Hinblick auf ein mögliches Wiederanziehen der Zinssätze ab 1984 oder später vorgenommen werden. DM-Auslandsanleihen und Pfandbriefe wenig verändert.

	11. 4.	8. 4.
6 Krupp 64	99,75T	99,75T
6 Linde 64	99,5T	99,5T
5 Mannesmann 59	98,6T	98,6bG
6 Moselkraft 63	99,5T	99,25T
6 NWK 58	99,85G	99,85G
6 dgl. 61	99,5G	99,5
6 dgl. 62	98,5G	98,5
6 ObDon. Krwk. 64	95,5T	95,5T
5½ Öst.BayK. 58	99,5G	99,5G
6 Rat.Vdb. Stk. 68	98,25G	98,25G
5½ Rh.Brkw. 58	98,15T	98,25T
6 dgl. 63	97,75T	97,5T
6 dgl. 65	96,75T	96,5T
5½ RWE 59	99,25T	99,25G
6 dgl. 63	99,25T	98,25T
6 dgl. 65	98,5T	97,75T
7¾ dgl. 71	100,6	100,5
7 dgl. 72	100,15	100
6 Rh.-M.-Don. 62	99G	99G
6½ dgl. 68	100,75G	100,75T
8 Schleswag 71	-	100,75T
5 STEAG 59	98,75G	98,75G
6 Thyssen 63	99,5G	99,5G
7½ dgl. 71	100,5T	100,5
8 dgl. 72	100,5T	100,5bG
7¾ dgl. 77	99,75T	99,25
5 Veba 59	98,5G	98,5G
8 VEW 71	100,7	101
6¾ dgl. 77	96,6G	96,6
7 VW 72	100	99,9
5½ Wintersh. 58	99,5G	99,5G

Wandelanleihen

	11. 4.	8. 4.
4¾ AKZO 69	85T	85T
3½ All Nippon 78	95	95
3½ Asahi Opt. 78	106T	107
4¾ Canon Inc. 77	297G	284G
3½ Cas. Comp. 78	185T	180T
5 D Bk. Lux. 77	99,7	99,7
5¾ Daiei Inc. 80	113,25T	113,25
4¾ Fujitsu Lim. 78	380G	385G
5 dgl. 79	255	257,5G
5¾ Hoogovens 68	82G	82G
3½ Izumiya Co 78	93G	93,5
3½ Jusco Co. 78	95	94,25
4 Kansai El. 79	100,95	100,5T
6 Konishiroku Pho.81	111G	111
6¾ dgl. 82	111,5T	111,5
6 Komatsu 76	138G	139,5G
3½ Koraiasen 78	92,5G	92,5
7½ Kraft Inc. 70	109T	109,25T
3½ Marudai F 78	93	93G
6 Michelin Int. 70	94G	94G
5¾ Minolta 77	140G	139G
4 dgl. 79	112,25G	113
6¾ Mitsub. Ch. 76	169T	171T
6,75 Mitsub. H 81	124,5	123G
6 dgl. 81	107,5	107,5
6 Nichii Co Ltd 80	112,5G	112G
7 Nippon Sh. Gl. 82	113,25	112T
5¾ Nippon Sh. 78	163G	163G
3½ NissanMot. 78	92,75	93G
4 Nisshin Steel 78	135,5G	133G
6½ Océ v. d. Gr. 69	100G	100G
3¾ Olympus 78	206,5G	200G
3¾ Omron Tat 79	197G	195,5G
4¾ Orient Fin 79	218G	218G
3½ Ricoh Comp. 78	125	123G
6¾ Rothm. Int. 72	94,5	94,25
3¾ SankyoElec. 78	95,5	95
3½ Sanyo Elec. 78	153T	152,5G
3¾ Seiyu Stores 78	94,5T	94G
6¾ Sekisui 76	155G	155,5G
3½ Stanley 78	95,5T	95,5T
6 Taiyo Yuden Co. 82	108,5G	109,5G
5 Texaco Int. 66	96,7	96,85
3½ Tok. Elec. 78	240G	240G
4¾ Tok. Sanyo 77	248G	250G
4 Tokyu Land 79	105,5	105,5T
3¾ Trio Kenw. 78	94G	94G
6½ Uny Ltd. 79	114,25G	114,25G

Optionsscheine

	11. 4.	8. 4.
11 BASF 82	42,5	40,2
7¾ Bayer Fin. 79	37	37,2
10½ Bayer Fin. 82	44	45,2
6¾ Ciba-Geigy 75	719	715
3½ Commerzbk. 78	43	43,5
4½ Dt. Bk. Comp. 77	150,5	150,5
10 Hoechst 75	185	185
6¾ dgl. 79	44,5	44,5
8 Hoechst 83	62,4	60,4
7½ Jap.Syn.Rubber82	800	799
Mitsui 82	172	174,8
6½ Wells F. 75	214	208

Optionsanleihen

	11. 4.	8. 4.
8½ BASF 74 m O	133,25	-Zhg
8½ BASF 74 oO	101bG	-Zhg
3½ Stumpf 88 mO	115	111
3½ Stumpf oO	77	77bG

Währungsanleihen

	11. 4.	8. 4.
8 Brasilien 72	98,75G	98,75G
6¼ Kopenhagen 72	95	95,5
7,875 Norwegen 78	99	99G
9½ dgl. 79	100G	100

Optionsanleihen

	11. 4.	8. 4.
3½ ComBk. Int. 78 mO DM	109,3G	109,3G
3½ dgl. 78 oO DM	90,75	90,25
4½ C F DT. Bk. 77 mO $	138,2G	138,2
4½ dgl. 77 oO $	87,5bB	88
7½ Jap. Synth. 82	130G	128
7½ dgl. 82 oO	99,3G	99,4
6½ Wells F. 73 mO DM	113,25T	113,1T
6½ dgl. 73 oO DM	97,5T	97,25T

Optionsscheine

	11. 4.	8. 4.
8½ BASF 74	55,5	55

Wandelanleihen

	11. 4.	8. 4.
5 Bayer 69	102,5bG	102,25
8 Bay Wa 75	108	104G
8 Beiersdorf 82	159	159
4½ Commerzbk. 78	99,35G	99,35
9 Girmes 74	338	332

Anmerkungen:

* Zinsen steuerfrei
Pf = Pfandbriefe
KO = Kommunalobligationen
KS = Kommunalschatzanweisungen
IS = Inhaberschuldverschreibungen
RS = Rentenschuldverschreibungen
S = Schuldverschreibungen

(Kurse ohne Gewähr)

Privatplazierungen

DM-Auslandsanleihen

	11. 4.	8. 4.
7¾ AKZO 85	100G	100G
6 dgl. 84	97,5/8,2	97,5/8,2
6½ dgl. 86	99,25G	99,25G
7¾ Arbed 85	97,5G	97,5G
7½ dgl. 86	84G	84G
9 dgl. 87	95T	95T
6¾ Ardal 89	96,5G	96,5G
10 dgl. 88	104,5G	104,5G
8 Austr. 87	104,75G	104,75G
8¼ dgl. 87	105,75G	105,75G
7½ BEC 83	100,25G	100,25G
4¾ CFDB 85	99,7/100	99,7/100
5 dgl. 84	99,6/100	99,6/100
6½ Estel 84	94,75G	94,75G
6¾ dgl. 85	95,5G	95,5G
8¾ dgl. 87	93,25G	93,25G
6¾ Euratom 91	95,5G	95,5G
6¾ Eurofima 87	99,5G	99,5G
10 dgl. 89	107G	107G
6 EIB 88	92G	92G
6¾ Lufthansa 86	98,5G	98,5G
6 Montanunion 90	95,75G	95,75G
6¾ Ö. Ko. Bk. 84	99,5G	99,5G
7½ Parker-H. 87	98G	98G
8 S. A. R. 85 I	100G	100G
8 dgl. 85 II	99,9G	99,9G
7½ Schweden 89	97,5G	97,5G
6¾ Weltbank 83	100,25G	100,25G
6½ dgl. 85	99G	99G
7½ dgl. 87	101,25G	101,25G
7½ dgl. 90	100	100
9 dgl. 88	103,5G	103,5G
8½ dgl. 88	103G	103G
7¾ dgl. 88	101/2,5	101/2,5
9½ dgl. 89	105G	105G
8 dgl. 90	101,25G	101,25G
11 dgl. 91	113,5G	113,5G

Ausländische Aktien

	11. 4.	8. 4.
F L'Air Liquide	164G	167
D Akzo	53	52,5
F Alcan	72	72,9
F Alcoa	79	81
F Alg. Bk. Nedld.	318	317
F All Nippon Air	3,6G	3,6G
F Amax	59,4	59,4
F Am. Cyanamid	98	97
D American Expr.	148G	147G
D Am Motors	15	14,9
F Am. T & T	158	158,5
F Amro Bank	55	54,7G
M Anglo Am. Gold	281,5	277,5
F Anglo Am.m.O.	49,8	48,5
F dgl. o.O.	47,5	46,5
F Arbed	57T	58
F Asahi Chem.	3,15	5,1
M Atl. Richfield	104,3	100,9
H Atlas Copco	41G	41G
M Avon	77,45	76
F Ball Canada	18	17,9
F Banco Central	29,4	28,9
F Banco de Bilbao	24,4	24,4
F Banco de Santander	19	19,4
F Banco de Vizcaya	34,9	34,4
F Banco Hisp. Americ.	22,9	22,5
D Beatrice Foods	61,5G	60G
D Bell Canada	50,4	49G
F Black & Decker	46	46,2
F Boeing	97,5	96,1
F Bowater	6,95	6,7
D BP	13,4	13,1
M Broken Hill	15,2	14,45
F Bull	13,4	13
F Cdn. Pacific	85,5	84,5
F Canon	13bG	12,6
F Casio Comp.	11,2G	11,2
F Caterpillar	97,5	99
D Ch. Manhattan	133,5	130
F Chrysler	41	40,8
M Citicorp.	104	101,8
F City Investing	74G	74G
F Coca-Cola	153G	151
D Colgate	54,5	54,5G
F Cons. Gold F.	19,3	18,9
D Cont. Group	99G	98G
F Control Data	113	110,8
F Courtaulds	-	-
M CRA	10,35	10,1
M CSR	6,45	6,15
F Dart & Kraft	175	175
M De Beers Cons.	19,5	19,35G
F Deere Comp.	86	84,2
F Diam Shamr.	56,5	56
M Digital Equipm.	284	286
M Disney Prod.	194	195,9
F Distillers	-	-
M Dome Petroleum	7,6	7,45
D Dow Chemical	71	68,2
D Dresser	41	41,3
F Dunlop	-	-
D DuPont	100,5G	98,5
M East Drief. Gold	80G	78,6
D East Air Lines	21,7	22,5
F Eastman Kodak	195	194
F Elf Aquitaine	45,1	45
F Emhart	125G	125G
D Ericsson	132G	129
D Esmark	154G	154G
D Exxon	76,7	75,3
D Fiat St.	5bG	5bG
D dgl. Vz.	5,6G	5,45
F Finsider	-	-
D Fisons	20,5T	20,5T
M Fluor	51	51
D Ford	94G	94,5
F Foseco Minsep	5,5T	5,4T
F Fujitsu	9,3	9,3
F General Electric	258	253
F General Mining	63	61
D General Motors	140	139,5
D Gen. Shopping	560G	565G
M Getty Oil	149,7	147,7
D Gevaert	105	106T
F Goodyear	71	70,5
H Grace	101	100G
D GKN	6,2	6,4
F Gulf	81,5	77,5
F Highveld m. St.	13	13G
F dgl. o. St.	13	12,8
F Hitachi	785	795
M Holiday Inns	99,5	99
F Homestake	69,8	69,5
D Hoogovens	21,1	21
F IBM	251	250bG
F ICI	14,7	14,9
M Imperial Oil	40,6	39,8
F Inco	30,8	30,9
F Int. T & T	87,7	87
D Istituto Fin.	9G	9G
F Italcementi	72	70,2
F Izumiya	6,5G	6,5G
F Japan Line	1,95bB	1,95
D Jusco	6G	6G
F Kawasaki Kisen	1,5G	1,65
F Kawasaki Steel	1,5T	1,5T
M Kloof Gold Min.	118G	113,5
F Komatsu	5bB	5
D KLM	133	131,5
F Kubota	3,65G	3,65G
D Lafarge	82,5G	84G
D Litton Ind.	139	138,5G
F Lone Star	75G	75G
D LTV	34,5	34
M M.J.M. Hold.	19,25	18,45
F Magneti Marelli	-	-
D Marubeni	3,05G	3G
F Marudai Food	5,8G	5,8G
D Matsushita El.	13	13,7
M McDonald's	-	-
M Merril Lynch	204	202
F McDonnell D.	127,5	127,5
D Minnesota M.	183G	182T
D Minolta Camera	4,7T	4,6T
F Mitsubishi Chem.	2,65	2,6
F Mitsubishi El.	2,65T	2,65T
F Mitsui Bk.	4,5G	4,5G
F Mitsui & Co.	4,4G	4,4G
F Mitsui Engin.	1,5T	1,5T
F Mitsui O. S. K.	2G	2G
F Mitsumi El.	4,7	4,8
H Mobil Oil	69,5	69,2
F Monsanto	214G	214
F Montedison	0,24	0,25
F Murata	17,7G	17G
M Nat. Semicond.	71,6	72
D Nat. Westminster	19,9T	19,9bG
F Nestlé	4625	4650
D Nikko Sec.	4,25G	4,25T
F Nippon El.	9,5	9,5
F Nippon Kokan	1,45	1,45bB
F Nippon Shinpan	8,5G	8,65
F Nippon Yusen	2,6	2,9G
F Nissan Motor	7,7	7,7
F Nisshin Steel	1,6T	1,6T
F Nissho - Iwai	3,3T	3,3T
F Norsk Hydro	118,5	109,9
F Norton Simon	56	54,1
H Occ. Petroleum	47,5	47,5
D Océ v. d. Grint	169,8G	167G
F Olivetti Vz.	4,75	4,7
F Olympus Optical	11T	11,5G
H v. Ommeren	21,7	21,5
F Omron Tateisi	11,5	11,5
F Pakhoed	48,5	48
M PanAm	11,8	12,2
M Pepsi	87,4	87,6
F Pernod-Ricard	155T	154,9
F Peugeot	63,1	64,5
F Philip Morris	152	153
H Philips	41,5	40
D Phoenix Ass.	11,4G	11G
F Pirelli	2,95	2,9
M Polaroid	76,3	74
M Prime Computer	80	83
F Procter & G.	148	145
D Ramada Inns	17,5G	18B
F Rank Org.	5,5	5,45
F Ricoh	7	7,2G
F Rio Tinto NA-St.	20,7	20,3
H Robeco	240	256,5
F Rockwell	124	122,5
H Rolinco	231,5	232,5
F Rorento	169	163bG
F Rothmans Int.	4,1T	4,1G
H Royal Dutch	102,3	98,8
F Sanko Steamship	2,1G	2,1G
F Sankyo Electric	4,7G	4,7G
M Santos	10,7	10,4
F Sanyo Elec.	4,8	4,8
F Sanwa Bk.	4,9G	4,9G
M SASOL	9,15	9
F Schlumberger	105	101
F Schw. Alum.	720	740
F Schw. Bankverein	302	304
M Sears, Roebuck	85	84,7
F Seiyu Stores	6,7	6,7G
F Sekisui Prefab.	7,3G	7,3
F Selected Risk	29,5G	29,5G
H Shell T & T	17,5	17,5
D Singer	63,5G	62,5
F Snia Viscosa	1,69	1,66
D Solvay	130T	128
D Sony Corp.	36	35,5
D Sperry Corp.	84,5	84
F Squibb	126	126
F Stanley Elec.	4,7G	4,7G
F Steyr-Daimler-P.	25	23
F Sumitomo Heavy	1,65	1,65T
D Sumitomo Metal	1,55G	1,55G
F Sumitomo Shoji	4,4	4,6G
D Sun	85TG	81G
F Swissair	950G	962
F Taisei Kens.	2,3G	2,3G
M Tandy	140	140
F Tenneco	89	86,5
D Texaco	81,5	78,5
D Thomson-CSF	70,8	69,9
D Thorn Emi	18G	18,2G
D Tokyo Pac	210G	210G
F Tokyo Sanyo El.	5,4G	5,4G
F Trio Kenwood	5,5G	5,5G
F TRW Inc.	151G	150
D Toray	3,7G	3,6G
D Toshiba	3,2G	3,4T
D UAL	82G	83G
H Unilever	194,5	192
F Union Carbide	143G	142,5
D Uniroyal	28,5G	27,5G
F United Techn.	168bG	166
F US Steel	56	55,5
M Vaal Reefs Expl.	267,5	258
F Veitscher Magn.	-	-
D Vmf-Stork	65T	63,5
D Volvo A	130T	129T
D dgl. Nam B	130G	129G
F Warner Commun.	67,5	69,5
F Warner Lambert	75G	78
F Wells Fargo	73,1	73bB
M Western Deep L.	142	136
M Western Mining	9,65	9,3
F West.-Utrecht H.	113	111
D Xerox Corp.	99,5	98,5

Warenpreise – Termine

Schwächer lagen die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen am Freitag an der New Yorker Comex kurz vor Marktschluß. Während Kaffee bis zur Berichtsstunde Gewinne verzeichnete, wiesen die Kakao-Notierungen durchweg nach unten.

Getreide und Getreideprodukte

	8. 4.	7. 4.
Weizen Chicago (c/bush)		
Mai	364,00	364,25
Juli	374,75	374,50
Sept.	384,50	382,50
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif	8. 4.	7. 4.
St. Lawrence 1 CW	239,51	236,86
Amber Durum	232,45	232,41
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Mai	123,60	122,30
Juli	126,20	125,30
Okt.	131,70	130,20
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Mai	100,00	97,20
Juli	98,00	94,20
Okt.	–	–
Hafer Chicago (c/bush)	8. 4.	7. 4.
Mai	169,50	168,50
Juli	177,50	173,50
Sept	183,00	180,75
Mais Chicago (c/bush)		
Mai	314,75	311,00
Juli	320,75	317,00
Sept.	313,75	309,75
Gerste Winnipeg (can. $/t)	8. 4.	7. 4.
Mai	109,10	106,40
Juli	106,00	104,20
Okt	106,90	105,00
Reis, roh, New Orleans ($/cwt)	8. 4.	7. 4.
Mai	10,50	10,55
Juli	10,75	10,78
Sept	10,65	10,61
Nov.	10,73	10,73
Reis, geschält, New Orleans ($/cwt)		
Mai	18,70	18,80
Sept	19,37	19,38

Genußmittel

	8. 4.	7. 4.
Kaffee		
New York (c/lb)	8. 4.	7. 4.
Terminkontr. Mai	121,60	117,50
Juli	121,40	121,35
Sept	120,70	121,30
Kakao		
New York ($/t)		
Terminkontr. Mai	1637	1795
Juli	1688	1652
Sept.	1720	1697
Umsatz	6692	–
Zucker		
New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Mai	7,07	7,11
Juli	7,45	7,50
Sept.	7,80	7,86
Okt.	8,03	8,10
Jan.	8,65	8,68
Umsatz	8595	–
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	8. 4. 6,34	7. 4. 6,50
Kaffee		
London (£/t) Robusta-	8. 4.	7. 4.
Mai	1815–1816	1778–1780
Juli	1665–1668	1636–1638
Sept	1613–1615	1604–1605
Umsatz	–	2511
Kakao		
London (£/t)		
Terminkontrakt Mai	1218–1220	1238–1239
Juli	1233–1234	1255–1256
Sept	1242–1243	1264–1265
Umsatz	4435	2549
Zucker		
London (£/t)		
Rohzucker Mai	122,50–122,60	121,25–121,45
Aug	131,50–131,80	130,00–130,25
Okt	138,60–138,80	136,80–137,00
Dez.	144,00–144,75	142,75–143,00
März	152,55–152,70	150,00–151,50
Mai	155,00–157,00	153,00–158,00
Umsatz	2909	3668

	8. 4.	7. 4.
Pfeffer		
Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	8. 4.	7. 4.
schw. Sarawak spez.	255,00	280,00
weißer Sarawak	350,00	350,00
weißer Muntok	355,00	360,00
Orangensaft		
New York (c/lb)	8. 4.	7. 4.
Mai	114,00	113,95
Juli	112,75	112,75
Sept.	111,75	111,50
Nov.	107,80	107,70
Jan.	103,90	103,85
Umsatz	200	200

Öle, Fette, Tierprodukte

	8. 4.	7. 4.
Erdnußöl		
New York (c/lb)	8. 4.	7. 4.
Südstaaten fob Werk	25,75	23,50
Maisöl		
New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	21,00	21,00
Sojaöl		
Chicago (c/lb) Mai	19,27	18,99
Juli	19,70	19,41
Aug.	19,88	19,60
Sept.	20,07	19,78
Okt.	20,25	19,95
Dez.	20,55	20,30
Jan	20,85	20,52
Baumwollsaatöl		
New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	21,00	21,00
Schmalz		
Chicago (c/lb)		
loco lose	17,00	17,00
Choice white hog 4% fr. F.	16,00	15,75
Talg		
New York (c/lb)		
top white	16,25	16,00
fancy	15,75	15,50
bleichfähig	15,50	15,25
yellow max. 10% fr. F.	14,00	13,75
Schweine		
Chicago (c/lb)		
April	49,77	49,95
Juni	53,47	53,35
Juli	53,45	53,45
Schweinebäuche		
Chicago (c/lb)		
März	74,90	73,80
Mai	73,00	72,95
Juli	69,70	69,85

	8. 4.	7. 4.
Häute		
Chicago (c/lb)	8. 4.	7. 4.
Ochsen einh. schwere River Northern	43,00	43,00
Kühe einh. schwere River Northern	85,00	38,00
Sojabohnen		
Chicago (c/bush)		
Mai	649,00	643,00
Juli	656,00	660,50
Aug.	672,00	666,50
Sept.	678,50	670,50
Nov.	690,50	684,00
Jan.	702,00	695,50
März	715,00	709,00
Sojaschrot		
Chicago ($/sht)		
Mai	190,70	189,70
Juli	195,10	193,80
Aug.	197,40	195,80
Sept.	199,80	198,40
Okt.	201,80	200,00
Dez	206,70	205,10
Jan.	208,50	207,00
Leinsaat		
Winnip. (can. $/t)	8. 4.	7. 4.
Mai	290,10	289,00
Juli	296,00	294,70
Okt.	304,30	302,00
Kokosöl		
New York (c/lb)	8. 4.	7. 4.
Westküste fob Werk	25,75	–
Erdnußöl		
Rotterdam ($/t)	11. 4.	8. 4.
jegl. Herk. cif	495,00	495,00
Leinöl		
Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	410,00	402,50
Palmöl		
Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	415,00	402,50
Sojaöl		
Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	121,00	118,00
Kopra		
Rotterdam ($/t)		
Phil./Indon. cif	–	–
Kokosöl		
Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	587,50	575,00
Leinsaat		
Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	247,00	244,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

	8. 4.	7. 4.
Baumwolle		
New York (c/lb)	8. 4.	7. 4.
Kontrakt Nr. 2:		
Mai	71,80	73,50
Juli	72,20	73,82
Okt.	72,00	73,45
Dez.	72,00	72,88
März	73,20	–
Juli	73,60	–
Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS-1	57,75	58,00
Wolle		
Lond. (Neusl. c/kg)		
Kreuzz. Nr. 2	8. 4.	7. 4.
Mai	403–407	403–408
Aug.	418–420	421–422
Okt.	424–426	427–430
Umsatz	47	91
Wolle		
Roubaix (F/kg)		
Kammzüge:	8. 4.	7. 4.
Mai	43,00	43,00
Juli	43,90	44,00
Okt.	44,70	44,80
Dez.	45,10	45,20
Umsatz	15 750	13 500
Tendenz: ruhig		
Wolle Sydney (austr. c/kg)		
Merino-Schweißwolle		
Standardtype	8. 4.	7. 4.
Mai	567,0–570,0	586,5–588,0
Juli	590,0–593,0	590,0
Okt.	578,0–578,4	578,0–578,5
Umsatz	77	135
Sisal London ($/t)		
cif eur. Haupthäfen	8. 4.	7. 4.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded	640,00	640,00
Brazilian Type 2	–	–
Brazilian Type 3	–	–
Seide Yokoh. (Y/kg)		
AAA, ab Lager	8. 4.	7. 4.
April	14 029	14 007
Mai	14 143	14 130
Kautschuk		
London (p/kg)	8. 4.	7. 4.
Nr. 1 RSS loco	78,50–81,50	79,00–82,00
Mai	76,80–78,00	79,70–82,60
Juni	77,20–78,50	80,20–82,50
Juli/Sept.	78,50–78,70	80,80–81,00
Tendenz: sehr ruhig		

	8. 4.	7. 4.
Kautschuk		
Malaysia (mal. c/kg)	8. 4.	7. 4.
Nr. 1 RSS loco	266,00–268,00	267,00–269,00
April	267,00–269,00	269,00–271,00
Mai	281,50–282,50	264,50–265,50
Nr. 2 RSS April	247,50–248,50	250,00–251,00
Nr. 3 RSS April	244,50–245,50	247,00–248,00
Nr. 4 RSS April	237,00–238,00	239,50–240,50
Tendenz: ruhig		
Jute London (£/lgt)	8. 4.	7. 4.
BWC	414,00	414,00
BWD	350,00	350,00
BTC	390,00	390,00
BTD	350,00	350,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g. 1 lb = 0,4536 kg; 1 Ft – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	11. 4.	8. 4.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	108,52–108,70	110,90–111,08
drittfolg. Monat	112,85–112,94	114,92–115,10
Zink: Basis London		
laufend. Monat	162,40–162,59	164,43–164,80
drittfolg. Monat	167,94–168,03	169,91–170,09
Produz.-Preis	181,82	182,12
Reinzinn 99,9%	3643–3679	3611–3647

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	11. 4.	8. 4.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*)	399,74–401,85	397,92–400,12
Blei in Kabeln	116,25–117,25	118,50–119,50
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	370–372	370–372
Vorziehdraht	387	387

*) Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbesteller.

Messingnotierungen

	11. 4.	8. 4.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	335–339	334–338
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	375–376	373–376
MS 63	376–378	375–377

Zinn-Preis Penang

	8. 4.	7. 4.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring. kg)	31,55	31,49

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	11. 4.	8. 4.
Leg. 225	300–301	300–301
Leg. 226	303	303
Leg. 231	341–347	341–347
Leg. 233	346–364	348–364

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	11. 4.	8. 4.
Platin (DM je g)	33,90	33,90
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	33 700	33 500
Rücknahmepr.	32 900	32 700
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	33 680	33 320
Rücknahmepr.	32 670	32 320
verarbeitet	35 350	34 970
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	33 385	32 870
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	879,00	873,20
Rücknahmepr.	848,20	842,60
Verarbeitet	918,00	911,90

Internationale Edelmetalle

	11. 4.	8. 4.
Gold (US-$ Feinunze)		
London	11. 4.	8. 4.
10.30	427,75	423,00
15.00	426,75	421,25
Zürich mittags	427,25–428,25	421,75–422,75
Paris (F 1-kg-Barren)		
mittags	100 000	99 000
Silber (p Feinunze)		
London Kasse	729,05	733,00
3 Monate	746,30	750,30
6 Monate	763,40	768,35
12 Monate	799,60	805,35
Platin (£-Feinunze)		
London	8. 4.	7. 4.
fr. Markt	267,35	267,60
Palladium (£-Feinunze)		
London		
1 Händlerpr.	75,05	71,95

New Yorker Preise	8. 4.	7. 4.
Gold H & H Ankauf	421,25	425,7
Silber H & H Ankauf	1105,00	1112,5
Platin fr. Händlerpr.	380,00–395,00	385,00–395,0
Produz.-Preis	475,00	475,0
Palladium		
fr. Händlerpr.	113,50–115,50	107,00–109,0
Produz.-Preis	140,00	140,0
Silber (c Feinunze)		
April	1100,00	1110,0
Mai	1108,00	1107,0
Juli	1113,20	1127,0
Sept.	1125,00	1145,5
Okt	1145,60	1165,0
Jan.	1168,80	
März	1178,00	
Umsatz	14 000	

New Yorker Metallbörse

	8. 4.	7. 4.
Kupfer (c/lb)	8. 4.	7. 4.
April	73,80	73,5
Mai	74,50	74,4
Juli	75,05	75,1
Sept.	75,95	75,5
Okt.	77,10	77,4
Jan.	79,30	79,2
März	79,70	79,[illegible]
Umsatz	800	

Londoner Metallbörse

	11. 4.	8. 4.
Aluminium (£/t)	11. 4.	8. 4.
Kasse	888,00–889,00	901,50–902,[illegible]
3 Monate	915,50–916,00	928,00–928,[illegible]
Blei (£/t) Kasse	294,00–294,50	298,00–299,[illegible]
3 Monate	305,75–306,00	309,50–310,[illegible]
Kupfer		
Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1070,5–1071,0	1076,5–1077
3 Monate	1100,0–1105,0	1106,5–1107
abends Kasse	–	1072,0–1073
3 Monate	–	1103,0–110[illegible]
(Kupfer-Standard)		
Kasse	1050,0–1050,5	1053,0–105[illegible]
3 Monate	1079,0–1080,0	1082,0–108[illegible]
Zink (£/t) Kasse	440,00–440,50	443,50–44[illegible]
3 Monate	455,00–455,25	458,50–45[illegible]
Zinn (£/t) Kasse	9285–9290	9289–92
3 Monate	9270–9271	9272–92
Quecksilber ($/Fl.)	–	320–3[illegible]
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	89–[illegible]

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von

Ingeborg Heyn

geb. Gobert

* 12. Januar 1900 † 4. April 1983

Jost Pinckernelle und Frau Anneke, geb. Heyn
Barbara Heyn, geb. Thierfelder
Silvia Leyh, geb. Heyn
und die Enkel

Oberstraße 48
2000 Hamburg 13

Trauerfeier am Dienstag, dem 19. April 1983, um 11.45, Halle C, Friedhof Hamburg-Ohlsdorf

---

GUANO-WERKE AKTIENGESELLSCHAFT
Hamburg

Wir laden unsere Aktionäre zu der am 25. Mai 1983 um 11.00 Uhr in unseren Geschäftsräumen Hamburg, Spitalerstraße 10, 4. Stock, stattfindenden

ordentlichen Hauptversammlung

ein. Die Tagesordnung der Hauptversammlung sowie Einzelheiten über die Hinterlegung der Aktien und Ausübung des Stimmrechts bitten wir dem Bundesanzeiger Nr. 70 v. 14. April 1983 zu entnehmen.

Hamburg, im April 1983 DER VORSTAND

BRETAGNE

Geographisch abgelegen und von der Zentralregierung vernachlässigt, war die Bretagne lange Zeit das Armenhaus Frankreichs. Doch in den letzten 15 Jahren hat sie mächtig aufgeholt. Vor allem durch einen großzügigen Ausbau des Verkehrsnetzes wurde die wirtschaftliche Entwicklung beflügelt. Heute zählt die Bretagne zu den führenden Regionen Frankreichs, und die Perspektiven sind weiter gut.

Durch Dezentralisierung näher an Europas Mitte

Von J. SCHAUFUSS

Als erste französische Region nach dem Regierungswechsel vom Mai 1981 hat die Bretagne die Initiative ergriffen, sich unserer Wirtschaft näher vorzustellen. Die verschiedenen Instanzen der Regionalhauptstadt Rennes und eine Reihe dynamischer Unternehmer wollen damit in erster Linie zu einer Verstärkung der Handelsbeziehungen mit der Bundesrepublik beitragen.

Man ist im übrigen davon überzeugt, daß deutsche Investionen in der Bretagne, vor allem im Lebensmittelbereich, für beide Seiten von Interesse sind. Und schließlich verspricht man sich auch einen verstärkten Zustrom deutscher Touristen.

Nach der Côte d'Azur ist die Bretagne bereits heute das am zweitstärksten besuchte Ferienland Frankreichs. Von den über 3 Mio. Touristen, die sie besuchen, kommen 12 Prozent aus dem Ausland. Die Deutschen stehen, nach den Briten und Belgiern, an dritter Stelle.

Die absolut führende Stellung von allen französischen Regionen nimmt die Bretagne in der Landwirtschaft ein. Obwohl sie nur über 6 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche Frankreichs verfügt, übersteigt ihre Nahrungsmittelerzeugung 11 und bei den tierischen Produkten sogar 19 Prozent.

Anteil liegt über 50 Prozent

Die Hauptproduktions- und -verarbeitungsbereiche sind: Schwein, Rinder, Geflügel, Milch und Gemüse (Artischocken, grüne Bohnen, Erbsen und Blumenkohl).

Die Bretagne ist auch das wichtigste französische Fischfanggebiet. Ihr Anteil am nationalen Produktionswert übersteigt 50 Prozent. In den letzten 15 Jahren wurden die mittelgroßen bretonischen Häfen großzügig modernisiert. Ihr Verkehr, der eng mit der Entwicklung der Landwirtschaft und der Lebensmittelindustrie zusammenhängt, hat sich zwischen 1965 und 1980 verdoppelt.

An den französischen Lebensmittelexporten in die Bundesrepublik ist die Bretagne stark beteiligt, vor allem seitdem ihr Straßennetz modernisiert wurde. Paris ist über die Autobahn nur noch 3 Stunden von Rennes entfernt. Damit erledigt sich die Frage von der angeblichen Abgelegenheit der Bretagne von selbst.

Auch die Eisenbahnverbindungen wurden ausgebaut und sind heute größtenteils elektrifiziert. Die jüngst getroffene Entscheidung, Westfrankreich und Paris durch einen TGV (Höchstgeschwindigkeitszug) miteinander zu verbinden, wird sicherlich auch für die Bretagne sehr positive Auswirkungen haben. Außerdem rückt die Bretagne durch den Beitritt Spaniens zur EG näher an die großen Verkehrswege und Verbrauchszentren Westeuropas heran.

Der Weg von Spanien nach England führt durch diese Region. Diese Perspektiven von morgen werden schon heute durch einen bretonischen Binnenmarkt gestützt, der mit 2,7 Mio. Einwohnern die größte Dichte aller westfranzösischen Regionen aufweist.

So sieht man in Rennes ein bedeutendes Potential für in- und ausländische Investoren, „die Mut zur Antizipation" haben. Bedeutende Regionalbeihilfen für neu geschaffene Arbeitsplätze und lokale Steuervergünstigungen erleichtern die Entscheidung. Es stehen reichlich junge Arbeitskräfte zur Verfügung, die durchweg eine sehr hohe Qualifikation aufweisen. (Die Bretagne besitzt bedeutende Universitäten und Forschungsinstitute.) Dies kann bei der Wahl des Standortes einer neuen Produktionsstätte ein entscheidender Faktor sein. Mit seinen 1500 km vom Golfstrom erwärmter Küsten besitzt die Bretagne außerdem einen nicht zu unterschätzenden Freizeitwert.

Region der Veränderung

Wohl keine andere französische Region hat seit dem letzten Krieg tiefgreifendere Veränderungen durchlaufen als die Bretagne. Anfang der fünfziger Jahre lebte noch jeder zweite Bretone von der Landwirtschaft – heute nur noch jeder fünfte. Mit der Diversifzierung ihrer Aktivitäten ist die Bretagne aus ihrer historischen Isolierung herausgetreten.

Ein erster Schritt ins industrielle Zeitalter wurde zwischen 1962 und 1968 unternommen, als im Rahmen der Dezentralisierung 20 000 neue Arbeitsplätze in der Bretagne geschaffen wurden. Dabei handelte es sich in erster Linie um Niederlassungen von Firmen, die ihren Sitz außerhalb der Bretagne hatten, wie z. B. Citroën, Michelin, CSF.

Ölschock traf den Arbeitsmarkt

1973 betrug die Zahl der neugeschaffenen Arbeitsplätze 50 000, als die Wirtschaftskrise des ersten Ölpreisschocks dieser hoffnungsvollen Entwicklung ein vorläufiges Ende setzte.

Heute zeichnet sich der Beginn neuer, tiefgehender Veränderungen in der Produktion ab. Die bretonische Industrie wird eindeutig von mittelständischen Unternehmen geprägt. 1320 kleine und mittlere Unternehmen (mit 20–500 Arbeitnehmern) stellen ca. 55 Prozent der regionalen Arbeitsplätze. Diese Struktur hat ihre Widerstands- und Anpassungsfähigkeit angesichts der Probleme der industriellen Umstellung bereits unter Beweis gestellt.

Im Laufe der letzten Jahre, trotz oder vielleicht gerade aufgrund der Auswirkungen der Krise, verstand es die Bretagne, sich anzupassen, sich umzustellen und ihre Entwicklung in verschiedenen Bereichen weiterzuverfolgen: Fortschritte in Landwirtschaft und im Lebensmittelbereich, Erhaltung der industriellen Arbeitsplätze (im Gegensatz zu vielen anderen Regionen), Anpassung von Produktionsmittel, Ausbau der Hafentätigkeiten und der maritimen Aktivitäten, Steigerung des Exports, Weiterentwicklung der Forschung und zukunftsweisender Aktivitäten, wie z. B. Informatik oder Telematik. Dies alles beweist den großen Wandel dieser Region.

Bretonische Wirtschaftsdaten Anteil an Frankreich in Prozent					
		Eier	35	Muscheln	39
		Getreide	5	Gesamtexport 1980¹):	8805 Mill. FF
		Kartoffeln	33	davon nach Italien	1803 Mill. FF
Bruttoinlandsprodukt	3,6	Artischocken	67	Bundesrepublik Deutschland	935 Mill. FF
Agrarproduktion	10,9	Blumenkohl	74	Belgien/Lux.	653 Mill. FF
Fischproduktion	40,0	Konservengemüse	30	Großbritannien	527 Mill. FF
				Spanien	507 Mill. FF
Schweinefleisch	45	Frischfische	43	Gesamtimport 1980²):	8474 Mill. FF
Rindfleisch	15	Gefrierfische	40		
Milch	20	Krebstiere	72		
Geflügel	35	Austern	17		

¹) Anteil an Frankreich: 1,87 Prozent
²) Anteil an Frankreich: 1,48 Prozent



Die Tide bestimmt in der Bretagne die Zeit und formt das Gesicht der Küste FOTO: KLAUS D. FRANCKE

Fähre für einen bretonischen Prinzen

Eine außergewöhnliche Geschichte begann vor 20 Jahren. Damals ging man, unter dem Einfluß eines dynamischen und ideenreichen Mannes namens Alexis Gourvennec, daran, einen Verein zu gründen, mit dessen Hilfe Erzeugung und Verkauf der bretonischen Gemüse (Blumenkohl, Artischocken, Frühkartoffeln und Karotten) gefördert werden sollten. Es entstand die S.I.C.A. (Société d'Initiative et de Coopération Agricole) von St.-Pol-de-Léon, im Nordwesten der Bretagne, der heute über 3000 Landwirte angehören.

Ihr Ziel: die ihrem Berufsstand bis dahin eigenen Nachteile durch eine Serie von Maßnahmen auszuräumen. Es galt als allererstes, einen gerechten Tagespreis zu erreichen, um unverhältnismäßig große Unterschiede zwischen verschiedenen Erzeugern zu vermeiden. In St.-Pol-de-Léon wurde deshalb in Frankreich der erste Markt mit elektronischer Datenangabe eingerichtet, der durch eine Radioanlage mit den sieben anderen Märkten der Region verbunden ist.

Dann wurden einheitliche Produktnormen festgelegt (für Gewicht und Durchmesser, Auswahl und Verpackung), um eine gleichbleibende Qualität zu garantieren.

Die Produkte der SICA werden unter dem Namen „Prince de Bretagne" vermarktet – man sucht gemeinsam nach neuen Märkten, auf denen die Erzeugnisse mittels einer rigorosen Markenpolitik und mit werblicher Unterstützung angeboten werden.

Auch wenn ein Produktionsüberschuß erzeugt wird, garantiert die SICA ihren Mitgliedern einen Mindestpreis: Die unverkaufte Ware wird vom Markt abgezogen und wird Eigentum des Vereins, der sie dann entweder weiterverarbeitet oder vernichtet.

Der Erfolg der SICA liegt auf der Hand: In den 20 Jahren seit ihrer Gründung hat sich die Gemüseproduktion in der Region verdreifacht. 1981 wurden 300 000 Tonnen Blumenkohl, 130 000 Tonnen Kartoffeln (d. h. ⅔ der bretonischen Gesamtproduktion) und 60 000 Tonnen Artischocken erzeugt.

Die Bemühungen um eine gleichbleibende Qualität haben sich besonders bei der Ausfuhr bezahlt gemacht, insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland, wo man auf eine sehr starke Konkurrenz aus Italien stieß. 1960 kamen 80 000 Tonnen Blumenkohl aus Italien und 15 000 Tonnen aus der Bretagne. 1980 waren es 35 000 Tonnen aus Italien und 50 000 Tonnen aus der Bretagne. Bei den Kartoffeln stieg die Menge von 0 auf 45 000 Tonnen und bei den Karotten von 0 auf 20 000 Tonnen innerhalb von 20 Jahren.

Schnelle und regelmäßige Lieferungen, anhaltende Bemühungen um eine gleichbleibende Qualität und ein gemäßigtes Klima, dank dessen die Bretagne ihre Erzeugnisse auch im Winter liefern kann (und damit die deutsche Erzeugung vervollständigt): Diese Faktoren haben sicherlich mitgeholfen, die Marke „Prince de Bretagne" schnell und erfolgreich beim deutschen Lebensmittelhandel durchzusetzen.

Die Gründung der SICA ist im Zusammenhang mit einer ganzen Reihe von Maßnahmen zu sehen, die zu diesem Zeitpunkt ergriffen wurden, um die Verbindungen zwischen der Bretagne und Europa zu verbessern und damit die Voraussetzungen für die zukünftige Entwicklung der Bretagne zu schaffen: die Einrichtung eines modernen Fernmeldenetzes (als erste französische Region besaß die Bretagne ein automatisches Wahlsystem), den Ausbau des Straßennetzes durch den Bau zahlreicher Schnellstraßen und Autobahnen (in einigen Jahren wird das bretonische Straßennetz eines der besten Frankreichs sein und z. B. den Transport von Waren und Passagieren nach Irland auch für die Deutschen erleichtern), die zunehmende Nutzung der Schiffswege.

Ein Blick auf die bretonische Geschichte macht es ganz deutlich: Die Region war immer wohlhabend, solange sie vom und mit dem Meer lebte. Deshalb wurde der Beschluß gefaßt, die bereits vorhandenen Hafenanlagen in Brest und Lorient auszubauen und in Roscoff einen neuen, von den Gezeiten unabhängigen Hafen zu schaffen. Seine Nutzung wurde verschiedenen Reedern angeboten, die jedoch alle davon Abstand nahmen, da es ihrer Meinung nach hier keine Markt- und Gewinnchancen gab.

Kurz entschlossen schuf die Bretagne ihre eigene Reederei, um ihre Handelsbeziehungen mit Großbritannien auszuweiten. Schon nach zwei Jahren hatte diese neue Schiffahrtgesellschaft „Britanny Ferries" 143 000 Passagiere und 13 500 Lkw von Roscoff nach Plymouth befördert (die bis dahin gezwungen waren, einen Umweg über Le Havre zu machen). Seit 1973 besteht auch eine Fährverbindung zwischen St.-Malo und Plymouth und seit 1978 zwischen Roscoff und Cork. Der Erfolg dieses Unternehmens geht ganz deutlich aus den Zahlen hervor. M. M.

FORSCHUNG

Entschlossen für die Zukunft

Die wirtschaftliche Entwicklung einer Region, die Zahl der Arbeitsplätze, der Wohlstand der Bevölkerung stehen in engem Zusammenhang mit der Leistungsfähigkeit der Forschung und dem Willen zur Neuerung der Unternehmen.

Der Ausbau von Forschung und Innovation hängt in starkem Maße von der Entschlossenheit der Verantwortlichen einer Region ab, die Verbindungen zwischen Handwerk und Industrie einerseits und Technik und Forschung andererseits durch geeignete Maßnahmen enger zu knüpfen.

Die Bretagne hatte bereits vor einigen Jahren, als erste französische Region, die Notwendigkeit erkannt, die Forschung zu fördern, und in diesem Bereich 10 Prozent des Etats des „Etablissement Public Régional" (1982: 19,5 Mio. FF) investiert.

Die Bemühungen gelten den Schlüssel-Sektoren der bretonischen Wirtschaft: Landwirtschaft und Agro-Industrie, Meer und maritime Aktivitäten, Elektronik, Fernmeldewesen, Informatik und Telematik.

1) Landwirtschaft und Agro-Industrie:

Das wichtigste Forschungsinstitut in diesem Bereich ist das „Institut National de la Recherche Agronomique" (INRA), mit 440 Personen. Dazu kommen noch 150 weitere Forscher, die an der Universität und für verschiedene private Institute und Laboratorien arbeiten. Die Schwerpunkte der Forschung: Geflügelzucht, Molkerei, Schweine- und Hasenzucht sowie die Gemüseproduktion. Einerseits soll die Produktion und andererseits die Verarbeitung durch neue Technologien verbessert werden. In diesem Bereich überwiegt die angewandte Forschung.

2) Meer und maritime Aktivitäten

Das „Centre Océanologique de Bretagne" (COB), das von dem internationalen Meeresexplorationszentrum „Centre Nationale d'Exploitation des Océans" (CNEXO) abhängt, das „Centre de Documentation et de Recherches contre les Pollutions" (CEDRE) und das „Institut Scientifique et Technique des Pêches Maritimes" (ISTPM) stehen stellvertretend für die Forschung auf diesem Sektor.

Die Schwerpunkte der Forschung gelten der Meeresbiologie, der Aquakultur und dem Fischfang. Eine bessere Kenntnis der Meeresbiologie ist für Fortschritte im Bereich der Aquakultur notwendig, die sich bis jetzt noch im experimentellen Stadium befindet (Zucht von Plattfischen und Lachs). Weitere Prioritäten sind: Küstenökosysteme und Umweltschutz (Schutz und Ausbau der Küstenzonen), Hafenbauten, Meerestechnologien und der Schiffsbau.

3) Elektronik, Fernmeldewesen, Informatik

Anfang der sechziger Jahre siedelten sich in der Bretagne eine Reihe von Unternehmen der Elektronikindustrie an. In der Bretagne wurden die ersten elektronischen Telefonzentralen erprobt und das erste „elektronische Telefonbuch" in Betrieb genommen, das Privathaushalte über eine einfache Telefonleitung (Übermittlung durch optische Fibern) an einen „Videotext"-Terminal anschließt. Dieses neue System befindet sich gegenwärtig im bretonischen Departement Ille-et-Vilaine bei 250 000 Abonnenten in versuchsweiser Erprobung.

Von den 15 000 Personen, die im Telefonsektor arbeiten, sind 2000 in Instituten oder Laboratorien beschäftigt, die in der Forschung und Produktion für die Bereiche Elektronik, Informatik, Fernmeldewesen und, mehr und mehr, auch im audio-visuellen Bereich tätig sind. Die beiden Städte Lannion und Rennes teilen sich 90 Prozent dieses Potentials. J. S.

Die Seeräuber von St.-Malo kamen bis in den Südatlantik

Von GERHARD WEBER

Breizh nennen die Bretonen ihr Land, das so anders ist als alle anderen Provinzen Frankreichs. Es ist ein Zaubergarten der Kunst, der mit vielen in die Augen springenden Bauten, aber auch mit wenig oder völlig unbekannten Werken aufwarten kann.

Aus dem Norden kommend macht man in Fougères Bekanntschaft mit einer das ganze Stadtbild beherrschenden Burganlage: Dreizehn mächtige Wehrtürme sind durch Mauern mit einem Laufgang untereinander verbunden; ein Sturzbach, der ein Mühlrad treibt, ergießt sich in Gräben, die die Festung schier uneinnehmbar machten. Burgen dieser Art – St. Aubin du Cormier, Vitré, Châteaugiron, Blain, Le Grand Fougèrey, Châteaubriand – bildeten im Mittelalter einen schützenden Gürtel gegen Angreifer aus den nordöstlichen Regionen.

Doch nicht nur der Feinde vom Festland her, auch der übers Meer einfallenden Piraten hatte sich die Bretagne immer wieder zu erwehren. Markantes Beispiel für einen befestigten Hafen ist St.-Malo, diese von dem gallischen Mönch Maklou im 6. Jahrhundert gegründete Siedlung. Über dem Fels am Wasser steigen die zyklopischen Mauern hoch, von denen aus der Besucher die vorgelagerten Riffe überschaut, so auch die Insel Grand Bé, auf der Châteaubriand seinem Wunsch gemäß die letzte Ruhestätte fand.

Die Einwohner der vom Ozean umspülten Felsenstadt gewannen Ruhm und Reichtum durch die Seeräuberei; mit ihren Segelschiffen befuhren sie die Weltmeere und entdeckten dabei die Falklandinseln, die nach ihnen Malvinas (= Malouinen, Bürger von St.-Malo) genannt wurden. Die im August 1944 zerstörte Stadt wurde einschließlich der Kathedrale Saint-Vincent in Granit stilgerecht wiederaufgebaut. Nur wenige alte Häuser, darunter das Geburtshaus von Châteaubriand, blieben von den Bomben verschont.

Mehr als im übrigen Frankreich haben Städte und Dörfer ihren ursprünglichen Charakter erhalten wie sich das vorzüglich in den Fachwerkhäusern zeigt. Ein Musterbeispiel dafür ist Dinan, das ähnlich wie Celle oder Lüneburg ein Paradies für malerische alte Giebelhäuser ist. Ein Unterschied: Man restauriert nur in äußersten Fällen, läßt dem rissigen Holz die von den Jahrhunderten aufgeprägte Patina. Die größte Glocke des schiefergedeckten, sich leicht neigenden Turms stiftete Anne de Bretagne, die um 1500 viele Jahre in Dinan wohnte; als Louis XII. um ihre Hand anhielt, bedingte sie sich im Heiratsvertrag als souveräne und einzige Herrscherin die Unabhängigkeit der Bretagne aus. Sie ließ in dem von der Loire her einströmenden neuen Stil (Renaissance) bauen, der das bis dahin bevorzugte Holz durch Steine ersetzte (einer der Gründe für die wenigen romanischen Bauten in der Bretagne war die fürs Feuer anfällige Holzbauweise). Im Kirchenbau blieben die der Tradition verpflichteten Architekten der Gotik oft bis ins 17. Jahrhundert hinein treu.

Faszinierend ist es, an so manch einer Kirche den stilistischen Wechsel zu verfolgen. Bei der Kathedrale St. Tugdual in Tréguier (Nordküste), einer der schönsten des Landes, stammt einer der drei Türme aus dem 12. Jahrhundert, ein zweiter ist gotisch, indes dem dritten im 18. Jahrhundert eine kühne Spitze aufgesetzt wurde. Der im Flamboyant-Stil errichtete Kreuzgang ist seiner pittoresken Qualitäten wegen oft gemalt worden.

In der Bretagne war und ist die herrschende Macht die Kirche. Alle die mit Plu, Pleu, Ple, Plo beginnenden Ortsnamen weisen auf die Pfarrei hin, während die Vorsilbe Tre den Teil eines Pfarrbezirks mit Kapelle bezeichnet. Nirgendwo fand ich am Sonntag so volle Kirchen wie in der Bretagne. Einzigartig ist der Kreisker genannte Glockenturm von St.-Pol-de-Léon, der seine normannischen Vorbilder an Leichtigkeit und Eleganz übertrifft; der quadratische Balkon über den gotischen Langfenstern stellt an den Ecken kecke Wasserspeier und dreistöckige Spitztürmchen zur Schau, ausgesprochen „theatralisch". Das ist ein Stichwort für bretonische Kunst: die Kalvarienberge bzw. kirchlichen Einfriedungen (Enclos paroissial) sind in ihrem Wesen dramatisch.

Am Beinhaus in Ploudiry bedroht der Tod mit seinem Wurfspieß Bauer, Bürger, Geistlichen. In dem Flecken La Martyre, einst ein wichtiger Messe- und Handelsplatz, erteilt im Giebelfeld der Eingangspforte Herodes drei geharnischten Soldaten den Befehl zum Kindermord in Bethlehem, ein Hirte der Weihnachtsszene spielt Golf. In Suimilieu haben die Bildhauer im Mysterienspiel ihre Zeitgenossin Katell Gollet, die ihres losen Lebenswandels wegen bekannt war, in den Mittelpunkt gestellt. Die Füße wäscht dem Herrn ein Bauer mit aufgekrempelten Hemdsärmeln.

Im Kalvarienberg zu Pleyben sieht man Christus ins Fegefeuer hinabsteigen, um Adam und Eva den Flammen zu entreissen. Mit einem Wasserstrahl aus einem großen Krug tauft Johannes Jesus im Kalvarienberg zu Tronoan. Christus erscheint nach seiner Auferstehung der Magdalena als Gärtner verkleidet.

Es ist ein sagenhaftes Land, in dem Tristan und Isolde, König Arthur, der Zauberer Merlin, Lancelot, viele andere Figuren des europäischen Sagenschatzes zu Hause waren, ja noch sind, wie der Bretone Brekilien in seinem Reiseführer La Bretagne behauptet. Wer mit ein wenig Fantasie abseits der Tourismushauptstraßen auf Suche geht, der kann Entdeckungen machen.

Im Süden, wo die Departements Cornouaille und Morbihan aufeinander treffen, gelangte ich vorbei am Teufelsfelsen in hügeligem Waldgebiet auf engen Wegen zur Kapelle der heiligen Barbara, die wie ein Schwalbennest in einer Schlucht an einer Felswand „klebt". Bauen ließ sie ein Ritter, der bei einem schrecklichen Gewitter, das die Bäume knickte und Felsbrocken herabschleuderte, wundersam überlebte: spätgotisches Steingewölbe, prächtige Glasfenster, geschnitzter Holzlettner. Nicht weit davon, Notre-Dame de Kernascleden, Meisterwerk der Gotik, in dem der Hölle Quälereien den Besucher auf prägnanten Wandmalerein anspringen.

Die Stadt Quimper, auf bretonisch Kemper, bietet in ihrem Museum Bilder der Schule von Pont Aven, die von Paul Gauguin und Emil Bernard 1888 gegründet wurde und befruchtend wirkte auf van Gogh, die Fauves, die deutschen Expressionisten (letztere sahen 1905 in Dresden die von Cuno Amiet in Pont Aven gemalten Bilder und gründeten bald darauf Die Brücke).

Carnac, der größte steinzeitliche Grabhügel Europas, ist sicher ungeheuer imposant; sensationeller sind für den Kunstliebhaber im gleichen Gebiet (Golf von Morbihan) die rätselhaften Gravierungen der Tragsteine des Königsgrabs auf der Insel Gavrinis. Die 1979 eingeleiteten, noch nicht abgeschlossenen Ausgrabungen lassen heute schon erkennen, daß unter den 300 vorgeschichtlichen Stätten dieses Bezirks Gavrinis eine Sonderstellung einnimmt: Die entlang eines Ganges im Grabhügel den 29 stelenhaften Felsbrocken eingemeißelten symbolischen Zeichen (u. a. Zickzackmuster, Schlangen, konzentrische Halbkreise, Schildformen, Reihungen von Beilen) sind unterschiedlich gedeutet worden.

Eine gewisse Verwandtschaft scheint zu bestehen zur Keramik (4000 v. Chr.) auf Zypern und in Kleinasien. Die somit gestellte Frage, ob das Volk, welches die Megalithkultur in der Bretagne heimisch machte, auf dem See- oder Landweg ankam, ist bisher widersprüchlich beantwortet worden. Mit einiger Sicherheit läßt sich ein hoher Stand der Spiritualität ableiten; die folgenden zwei Jahrtausende werden künstlerisch zur Wüstenstrecke, die sich erst mit der römischen Invasion bzw. der Einwanderung von Mönchen aus Irland, Wales und England neu belebt.

In diesem Zusammenhang verdient das im 6. Jahrhundert gegründete Kloster St. Gildas de Rhuys genannt zu werden. Am Golf von Morbihan gelegen, sind von dem um das Jahr 1000 entstandenen Längsbau einige Säulen mit fantastischen Kapitellen erhalten geblieben. Der hochgelehrte Mönch Abälard, der seines Liebesverhältnisses zu Heloise wegen berühmt wurde, lebte hier einige Jahre in der Verbannung. Ganz in der Nähe liegt die heute von Dünen umgebene Festung Suscinio, eine stattliche Ruine mit sechs wuchtigen Türmen und Wassergräben, die von den einst hier veranstalteten Jagdfesten träumt.

Ein Juwel aus kunstvoll behauenem blaugrauem Granit, geschmückt mit bunten Blumen, ist das nordwestlich von Vannes gelegene Städtchen Rochefort-en-Terre. Nicht weit davon die schmucken Renaissance-Häuser von Questembert, das als besondere Sehenswürdigkeit seine dreischiffige Markthalle vorweisen kann, von einem Marinezimmermann nach dem Muster eines Galeerenrumpfes, Kiel nach oben, vor 300 Jahren gebaut.

Das ist, als berührten sich auf dem inzwischen große Kunst gewordenen handwerklichen Sektor das Meer und die Landwirtschaft, diese beiden das Leben der Bretagne bestimmenden Pole. Wer überdies die exquisiten Freuden bretonischer Küche genießen will, kehrt in Questembert im Hotelrestaurant La Bretagne ein. Die großen Städte Rennes, Brest, Nantes müßten genannt werden, mir scheint, man kommt ohne sie aus, wenn man die Kunst der Bretagne kennenlernen will.

LITERATUR / Zeugnis einer Tradition, die aus tiefsten Wurzeln lebt

Unsterbliche Dichter – Ränge

Jean Markale, Experte in Fragen der Bretagne, hat in der 2. Nummer der neuen Zeitschrift in französischer Sprache: „Les Cahiers de Pandora – regards sur les cultures européennes (Die Hefte der Pandora – Betrachtungen über die europäischen Kulturen) einen Artikel veröffentlicht, der die Fragen einer bretonischen Literatur auf den Punkt bringt.

Die Existenz einer authentisch bretonischen Literatur ist mit Vorsicht zu betrachten, denn es gibt keine auf bretonisch geschriebenen Texte aus Jahren vor dem 16. Jahrhundert. Erst im 19. Jahrhundert gibt es Dichter und Schriftsteller, die das Bretonische in ihren Werken verwenden.

Den Ursprung einer kulturellen bretonischen Tradition muß man in der Geschichte der armorikanischen Bretagne suchen.

Denn bevor sie zur „Bretagne" wurde, hieß die Halbinsel „Armorika". Bewohnt wurde sie, vor der Eroberung durch die Römer, von Volksstämmen, von denen man nicht mit Sicherheit sagen kann, daß es Kelten waren. Jedenfalls sind sie „keltisiert" worden, sprachen die gallische Sprache und praktizierten das Druidentum wie die Gesamtheit der keltischen Völker.

Abgesehen davon war die Halbinsel nur an ihren Küsten und an den Flußläufen richtig bevölkert. Nach der römischen Eroberung und vor allem seit dem fehlgeschlagenen Invasionsversuch der Veneter (eines keltischen Stammes) 56 vor Christi Geburt wurde Armorika eine Plattform des römischen Militärsystems mit einer großen strategischen Bedeutung. Es wurden dort Siedlungen angelegt, die berühmten römischen Straßen gebaut. Die gallische Sprache wurde damals wahrscheinlich zugunsten des Lateins aufgegeben.

Um ihr Reich gegen die Angriffe dänischer oder irischer Piraten zu verteidigen, siedelten die römischen Behörden Bretonen von der Insel der Bretagne, also vom heutigen Großbritannien, auf der Halbinsel an. Die Bretonen waren ja ihrerseits von den Römern bezwungen worden. Sie konnten aber eine größere Autonomie bewahren und hatten vor allem weder ihre Sprache noch ihre keltischen Sitten aufgegeben.

Sie wurden zu Söldnern des römischen Reiches, um Armorika zu beschützen. Im 4. Jahrhundert unserer Zeitrechnung begann die bretonische Emigration nach Armorika, die zu einem wahren Strom wurde im Gefolge der Invasionen der Sachsen auf der heute englischen Insel im 6. Jahrhundert.

Deswegen wurde Armorika zur Bretagne, und die alte Sprache der Bretonen breitete sich im Westen der Halbinsel aus. In der Folgezeit erlangten die Bretonen eher schlecht als recht ihre Einheit und überquerten, vor allem im 9. Jahrhundert, ihre primitiven Grenzen (vom Mont-Saint-Michel bis zur Mündung der Vilaine) und besetzten die im Osten gelegenen Landstriche, die das Gebiet des späteren Herzogtums der Bretagne bildeten. Heute ist dieses Gebiet in fünf Departements aufgeteilt.

Aber der ganze Osten des Gebietes, vom Mont-Saint-Michel bis nach Donges, war nicht keltischsprachig und bewahrte sich seine gallo-französische Sprache. Und aufgrund verschiedener Wirren und Zufälle des politischen Lebens gewann diese Sprache Terrain nach Westen, zum Nachteil des Bretonischen. Daher ist seit dem 12. Jahrhundert die Sprachgrenze, die die Bretagne in zwei gleiche Teile teilt, in etwa unverändert geblieben, von Pimpol im Norden bis Vannes im Süden.

So ist die Bretagne nicht einfach ein Land mit einer keltischen Sprache. Denn die Hälfte seiner Einwohner sprachen und sprechen die romanische Sprache, die heute die französische geworden ist. Darüber hinaus begünstigte der Anschluß der Bretagne an Frankreich im Jahre 1532 das Französische als offizielle Sprache. Daher rührt eine große Armut an bretonischer Literatur.

Dagegen wurde es die Sprache des Volkes, während das Französisch den Bereich der Schriftsprache eroberte. Wegen der Wirren der Geschichte hat man in der armorikanischen Bretagne keine bretonischen Manuskripte vor 1500 wiedergefunden. „Die wirkliche Tradition der bretonischen Literatur findet sich daher in den zahlreichen Schriften auf walisisch in Wales", sagt Markale. Das heißt, aus einer Zeit vor der sprachlichen Teilung.

Schenkt man den jüngsten Untersuchungen Glauben, die zu diesem Thema angestellt worden sind, wurden die Legenden, die man „bretonisch" nennt, von den armorikanischen Bretonen überliefert.

Im 12. Jahrhundert haben armorikanische Barden die epischen Legenden mündlich den Dichtern Okkzitaniens weitergegeben, diese den normannischen Minnesängern, dem Chrétien de Toyes un dem *geheimnisvollen Robert de* Boron. Diese beiden lieferten die Abenteuer der Arthus-Runde an das ganze Europa.

Daher haben diese Werke, die der ganzen Welt bekannt sind, keinerlei Original in bretonischer Sprache. Die deutschen Wiedergaben, wie die des Parzival Wolfram von Eschenbachs haben die primitiven keltischen Quellen verändert. Mehr als dies die christlichen Wiedergaben des 13. *Jahrhunderts* taten, die treu den traditionell ländlichen Inhalt der gallischen Erzählungen überlieferten.

Die Bretagne, die über keine offizielle bretonischsprachige Kultur verfügt, hat sich weitgehend einer frankophonen Ausdrucksform bedient. Anfang des 18. Jahrhunderts lebt Lesage, der Autor des unsterblichen „Gil Blas de Santillane", einer der Erfinder der Abenteuerromane und ein hervorragender Dramatiker. Er stammt aus Sarzeau im Morbihan.

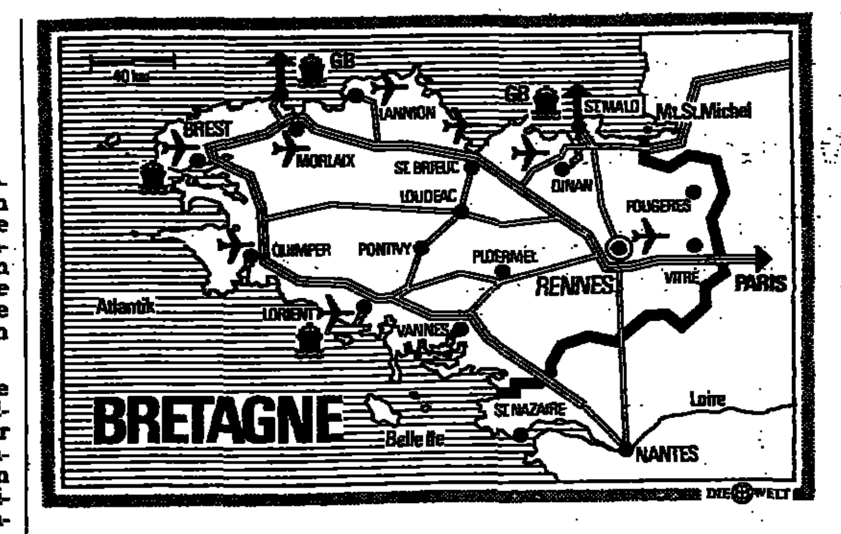
Und im 19. Jahrhundert sind die bretonischen Dichter-Ränge besonders gut besetzt: Chateaubriand, keltischste unter den bretonischen Schriftstellern, regiert die europäische Literatur. Und nicht zu vergessen: La Mennais, Tristan Corbiére, Ernest Renan. Und Victor Hugo hatte eine bretonische Mutter, *Jules Vernes stammte aus* Nantes. Im 20. Jahrhundert sind die bretonischen Schriftsteller, die sich auf französisch ausdrücken, zahlreich: André Breton, Pierre-Jakez Hélias, Hervé Bazin, Louis Guilloux, Xavier Grall und noch andere.

Es ist wie in Irland, wo die größten Autoren Englisch schreiben, wie zum Beispiel Synge, Yeats, Joyce, oder auch, in geringerem Umfang in Wales, Dylan Thomas und John Cowper Powys.

Das bedeutet keinesfalls, daß eine Literatur bretonischen Ausdrucks inexistent wäre. Im 19. Jahrhundert wurde erneut der Akzent auf die bretonische Sprache gelegt, dank Hersat de la Villemarqué. Leider haben seine Bücher auf Bretonisch keine nennenswerte Leserschaft gefunden. Sie sind kaum bekannt im Volk.

(Les Cahiers de Pandora" sind zu beziehen von 43 Rue Perronet, F - 92200 Neuilly – France. Der Preis für die Nummer 2: 20 FF.).

CATHERINE FABRE



Auf einen Blick

WICHTIGE ADRESSEN

IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Botschaft der Republik Frankreich, Kapellenstraße 1a, 5300 Bonn 2, Tel.: 02 28 / 36 20 31.

Generalkonsulate in Berlin, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, München, Saarbrücken und Stuttgart.

Französisches Verkehrsbüro, Westendstraße 47, 6000 Frankfurt, Tel.: 06 11 / 75 20 29.

Büro für Industrielle Entwicklung in Frankreich, Böhmerstr. 48, 6000 Frankfurt, Tel.: 06 11 / 59 01 23.

Air France, Kaiserstraße 19, 6000 Frankfurt, Tel.: 06 11 / 2 56 60.

IN FRANKREICH

Botschaft der Bundesrepublik Deutschland, 13–15, Avenue Franklin D. Roosevelt, 75008 Paris, Tel.: 00.331 / 3 59 33 51.

Chambre régionale de Commerce et d'Industrie de Bretagne, 3, Boulevard de Chézy, 3500 Rennes, Tel.: 00 33 99 / 30 51 34.

Comité Régional de Tourisme, 3, Rue d'Espagne, 3510 Rennes, Tel.: 00 33 99 / 50 11 15.

Auskünfte über Ferienhäuser: Service Regional de Réservation, Maison des Agriculteurs, 22, Avenue Janvier, 3500 Rennes, Telefon: 00 33 99 / 79 79 12.

GESPRÄCH MIT MADAME MEURICE, GATTIN DES FRANZÖSISCHEN BOTSCHAFTERS IN BONN

Der Weizen der Armen gedeiht nicht mehr

WELT: Chère Madame, als gebürtige Bretonin sprechen Sie die bretonische Sprache?

Mme. Meurice: Kein Wort! Ich komme von der Côtes-du-Nord, dort liegt die Sprachgrenze. Insgesamt dürfte es nur noch knapp eine Million geben, die eine der drei bretonischen Mundarten sprechen. Daß außerdem praktisch alle französisch reden, das nur so nebenbei.

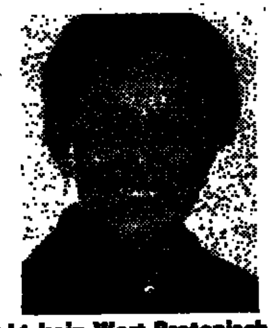
WELT: Bretonisch ist doch eine keltische Sprache – also uralt?

Mme. Meurice: Gewiß! Keltisch sprachen die Gallier, als Julius Cäsar *das ganze heutige Frankreich* eroberte, einschließlich seiner nordwestlichen Halbinsel – der Bretagne. Verwandtschaften bestehen mit dem jetzt erloschenen Cornisch, wahrscheinlich auch dem Gaelischen in Irland und dem Schottischen. Schriftliche Sprachmonumente gibt es kaum, daher auch kein eigenes Alphabet. Alles ruht auf mündlicher Überlieferung.

***WELT:** Vor dem Zweiten Weltkrieg* – gab es da nicht eine bretonische Separatisten- oder doch Autonomistenbewegung? Am Pariser Bahnhof Montparnasse wurde sogar eine bretonische Zeitung mit solchen Tendenzen verkauft.

Mme. Meurice: Die Bretagne war – schon aus geographischen Gründen weit von Paris! – immer sehr selbstbewußt. Aber von solchen *Tendenzen ist heute nichts mehr* zu spüren. Etwas anderes lebt weiter: die Erinnerung an die Schreckensherrschaft der Französischen Revolution. Heute noch unterscheidet man zwischen „weißen" Dörfern und „blauen". Die „weißen" waren die Dörfer der Royalisten, die „blauen" die der Revolutionäre. Royalisten gibt es nicht mehr – auch der bretonische Adel ist traditionsgemäß republikanisch. Aber die „Weißen" wählen konservativ, die „Blauen" sozialistisch!

WELT: Wie steht es mit der Landwirtschaft? Gibt es „Latifundien"?


Spricht kein Wort Bretonisch, Madame Meurice FOTO: DIE WELT

Mme. Meurice: Der Boden ist in kleine und mittelgroße Betriebe aufgeteilt. Latifundien gibt es nicht. Wichtig ist das Folgende: Die Bretagne galt als „rückschrittlich", vor allem auf dem landwirtschaftlichen Sektor. Das hat sich seit dem Zweiten Weltkrieg radikal geändert, und zwar aus eigener *Kraft. Kaum eine andere Region ist* so progressiv wie die Bretagne. Noch 1945 gab es Dörfer primitivster Wohn- und Wirtschaftskultur. Heute? Es gibt keinen Betrieb mehr, in dem handgemolken wird. Die Bretagne produziert nach Meinung der EG sogar zuviel Milch! Und nirgends sonst in Frankreich gibt es eine solche Aufzucht von Schweinen. Vor dem Krieg war die bretonische Erde vielfach so arm, daß nur blé noir – Buchweizen – gedieh. Den gibt es jetzt nicht mehr! Auf modern gedüngter und durchgearbeiteter Erde gedeiht kein blé noir!

WELT: Und die Haupterzeugnisse?

Mme. Meurice: Alle Getreidearten, dazu in größtem Ausmaß Blumenkohl, Artischocken, Erdbeeren – auch für den Export. Und nicht zu vergessen: die Zwiebeln! Schon im 17. Jahrhundert brachten bretonische Zwiebelhändler ihre Ware in Massen nach England. Für Wein und Obst bräuchten wir mehr Sonne!

WELT: Wie steht es mit dem Tourismus?

***Mme. Meurice:** Der ist sehr leb*haft. Vor allem Engländer: La Bretagne hier, und drüben La Grande Bretagne..., das gibt Assoziationen! Es kommen aber auch viele Deutsche. Sie alle finden offene, nicht zugebaute Strände. Die meisten Gemeinden haben die Strände aufgekauft, um sie frei von sichtversperrenden Bauten zu erhalten. Weil wir vom Meer sprechen: Die Bretagne entwickelt eine Aquakultur, vor allem Viehfutter aus Meerespflanzen. Natürlich sind wir nach wie vor von der Ölpest bedroht, da alle großen Tankschiffe in Küstennähe vorbeifahren.

WELT: Wenn von der Bretagne die Rede ist, denken die meisten an Hexen, magische Symbole, Bildzauber, Druidensteine. Wie steht es damit?

Mme. Meurice: Für Magie und sonstiges Zauberwerk haben die Bretonen keine Zeit. Wenn man auf dreißig Hektar fünfzig Kühe aufziehen will, kommt man nicht dazu, die eigenen magisch-günstig und die des Nachbarn magisch-böse zu verhexen!

WELT: Wie war es in der Bretagne während des Zweiten Weltkrieges?

Mme. Meurice: Aus ihrer traditionellen Freiheitsliebe heraus hat gerade die Bretagne den Nazis heftigsten Widerstand geleistet. Kaum anderswo war die Résistance so aktiv. Es gibt Gemeinden, aus der sich alle Männer, unter größten Gefahren, nach England durchschlugen. Nur Frauen und Kinder blieben zurück. (Der junge bretonische Diener bringt Tee. Mme. Meurice zu ihm: „Sprechen sie bretonisch?" Er: „Non, Madame, pas du tout!")

Mme. Meurice: Genau wie ich Ihnen sagte. In manchen Kirchen indes wird die heilige Messe auf bretonisch gelesen – neuerdings pflegt man diese Sprache wieder. Häufiger hört man auf dem Land dagegen Sätze, grammatikalische Formen, viel passé simple (Perfekt) statt Imperfekt. Es ist ein Französisch, fast wie im 16. Jahrhundert. Es erinnert mich an Montaigne.

Das Gespräch führte für DIE WELT Hubertus Prinz zu Löwenstein.



AUF NEBENROUTEN / Es gibt noch viel zu entdecken

Wenn der wilde Ginster die Hügel mit Blütengold belegt

Die Kaimauer, die steuerbords gut vier Meter in den Himmel wuchs, begann langsam zu „sinken". Wir warteten auf die Flut, die uns zu den Vogelinseln draußen in der Baie de Saint-Brieuc tragen sollte. Zum verspäteten Frühstück zauberte Annique aus den Picknickkörben backfrische Baguettes – dick belegt mit Käse und Knoblauchwurst.

Und während die Korken der ersten beiden Flaschen Muscadet mit leisem „Plopp" die Hälse verließen, warf Jean den Diesel an. Langsam schob sich das Boot aus dem kleinen Hafen von Binic, scherte in die Fahrrinne zwischen den Tonnen ein und nimmt Fahrt auf. Die Sonne zerfetzte die letzten Nebelschwaden, ließ den grau grünen Granit der Steilküste unwirklich aufleuchten. Armor, das Land am Meer, setzte sein Sonntagsgesicht auf. Für uns war es bereits das Lächeln des nahen Abschieds.

Anfangs sollten es nur „ein paar Tage" sein – und dann wurden daraus zwei Wochen. Abschalten wollten wir, einfach mal wieder die *Seele baumeln lassen. So mieteten* wir uns zu Beginn des bretonischen Sommers, wenn das Land noch den Fischern und den Heiligen gehört und wilder Ginster die grünen Hügel mit seinem Blütengold belegt, eines jener typischen Bauernhäuser an der Côtes du Nord: dicke Mauerquadern, von wildem Wein überwuchert, die Gauben der Dachfenster tief nach unten gezogen. Der Brunnen neben der Einfahrt trug die Jahreszahl 1876. Zwei offene Kamine spendeten an kühlen Abenden so viel wohlige Wärme, daß man die Gasheizung getrost vergessen konnte.

Eingefaßt von drei Gehöften zwischen Hecken, Wald und Wiesen trägt das Ganze den Namen St.-Eloi. Eine winzige Bauernschaft oberhalb der Grève des Rosaires, knapp fünfzehn Autominuten von St.-Brieuc entfernt und so paradie*sisch ruhig, daß man bei auflandi*gem Wind das Rollen der Brandung über dem 600 Meter entfernten Strand hören kann.

Die Linie der Küste ist bizarr, reißt zum Wasser hin meist steil ab und gibt am Fuß, zwischen haushohen Felstrümmern versteckt, sandige Badebuchten wie aus dem Bilderbuch frei. Bei Ebbe fällt der vorgelagerte Strand drei-, vierhundert Meter weit trocken. Eine bretthharte, *kilometerlange* Piste für Strandsegler, ein Platz für Muschelsammler und Garnelenfischer, auf dem man Sandburgen und Sonnenschirme, Strandkörbe und Liegestühle vergeblich suchen wird. Die ganze kurtaxenträchtige Herrlichkeit deutscher Seebäder – hier findet sie nicht statt.

Dabei machen Sand und Wasser heute den Eindruck, als habe es die verheerende Ölpest, die Havarien von „Torrie Canyon" und „Amoco Cadiz" niemals gegeben. In den Steinfeldern nahe der Brandungszone buddeln die Einheimischen wieder „Buttons", Herzmuscheln, aus dem Schlick oder sammeln nach stürmischen Nächten „Coquilles St.-Jacques" ein – Jakobsmuscheln, die von ihren unterseeischen Bänken losgerissen wurden.

Die Bucht von St.-Brieuc ist berühmt für diese Schalentiere. Überall im Grenzbereich von Ebbe und Flut findet man ihre „Häuser". Schöne, tiefgeschwungene Exemplare lassen sich zweckentfremden und als Schälchen zum Überbakken von Ragout fin nutzen.

Wir spielten Beachcomber, „sammelten" zwischen Cap Fréhel und der Ile Grande Leuchttürme und Strandgut, ließen uns in urigen Fischerkneipen verwöhnen, folgten fasziniert dem Farbenwechsel des Küstenfelses von Grün über Grau nach Rosé.

Doch Frankreichs lange Nase in den Atlantik lebt touristisch gesehen nicht nur vom Meer. Das Argoat, das Land hinter dem großen Wasser, ein buckeliges Schachbrett aus Wald, Wiesen und Äcker im Triangel der Städte Nantes, Brest und St.-Malo, ist die eigentliche Schatzkammer der Bretagne. Asterix' und Obelix' hinkelsteinige Heimat ist ein reich illustriertes Buch der Geschichte, der Mythen *und Mysterien. Menhire* und Dolmen, Calvarien, Klöster und Burgen, Heidnisches, Heiliges und Heroisches – alles liegt hier dicht beieinander.

An den Schlössern der Loire rühmt man ihre grazile, feudale Pracht – die Châteaus der Bretagne, die Ville Close von St.-Malo oder Concarneau, die mittelalterlichen Stadtkerne Quimpers oder Dinans dagegen manifestieren eher erdverbundenes Bauerntum: grau und trutzig und zuweilen derb wie die Figuren der Calvarien. Jener steingewordenen Leidensgeschichte Christi, die in den Kreuzigungsdarstellungen der Pfarrhöfe von Plougonven, St.-Thégonnec oder Guimiliau ihre höchste künstlerische Vollendung findet. Gemeißelt wurden die „Calvaires" in den letzten Dekaden des 16. Jahrhunderts, als die Pest durch Europa marodierte.

Doch uns interessierte an diesem strahlenden Frühsommertag weniger das busladungsweise vermarktete Sakrale der Bretagne. Wir suchten das Verborgene, das im Abseits touristischer Nomenklatur Liegende. In Nicolas, dem Sohn unserer reizenden Hausvermieter Yves und Annique, fanden wir einen engagierten Führer.

Und so zigeunerten wir auf Nebenrouten durchs Land: Vom Dörfchen Lanleff mit seiner mysteriösen Tempelruine nach La Roche Jagu, der mächtigen *Burg über* dem Ufer der Trieux. Angler standen im brodelnden Kehrwasser eines Stauwehrs. Hoher Eichen- und Buchenwald rahmte die Idylle ein. Der Hohlweg mündete in einen wilden Park – Château de Tonquédec. Von der ehemaligen Größe geben nur noch die äußeren Mauern eine ungefähre Vorstellung. Richelieu, der Kardinal-Minister Ludwigs XIII. und erklärter Gegner der „*Drei Musketiere*", *stutzte* das Schloß Mitte des 17. Jahrhunderts auf seine heutige Form zurecht. Er ließ es „schleifen". Roman-tische Geschichte zum Anfassen.

Château Kergrist ganz in der Nähe ist zwar offiziell für das Publikum nicht zugänglich. Doch der „Verwalter" machte eine Ausnahme, öffnete das Schmiedeeisen des Tores. Weißer, geharkter Kies läuft *rollbahnbreit auf wuchtige Dop*peltürme zu. Dahinter ein Lustgarten wie aus dem Märchen. Der „Verwalter" – so stellte sich übrigens später heraus – ist nicht der Verwalter, sondern der Besitzer. Bretonisch-britisches Understatement.

Der schiefe Turm von Plougrescant, Schloß Rosambo mit seinem bezaubernden Interieur, das Kirchlein der sieben Heiligen, deren *Krypta ganz unheilig in einem* vorchristlichen Dolmen gründet – es gab viel zu entdecken im Abseits ausgetretener Reisewege durch die Bretagne.

Unser Boot schob sich knirschend auf den Strand der Roches de St.-Quay, Felsklötze, die nordwestlich von Binic aus dem Atlantik buckeln. Wir luden die Picknickkörbe aus, machten es uns in einem windgeschützten Winkel bequem. Aufgeregt kreischend segelten Möwenmütter über unsere Köpfe, besorgt um ihren Nachwuchs, der, kleinen Wollknäueln gleich, in den Nistspalten der oberen Felspartien hockte.

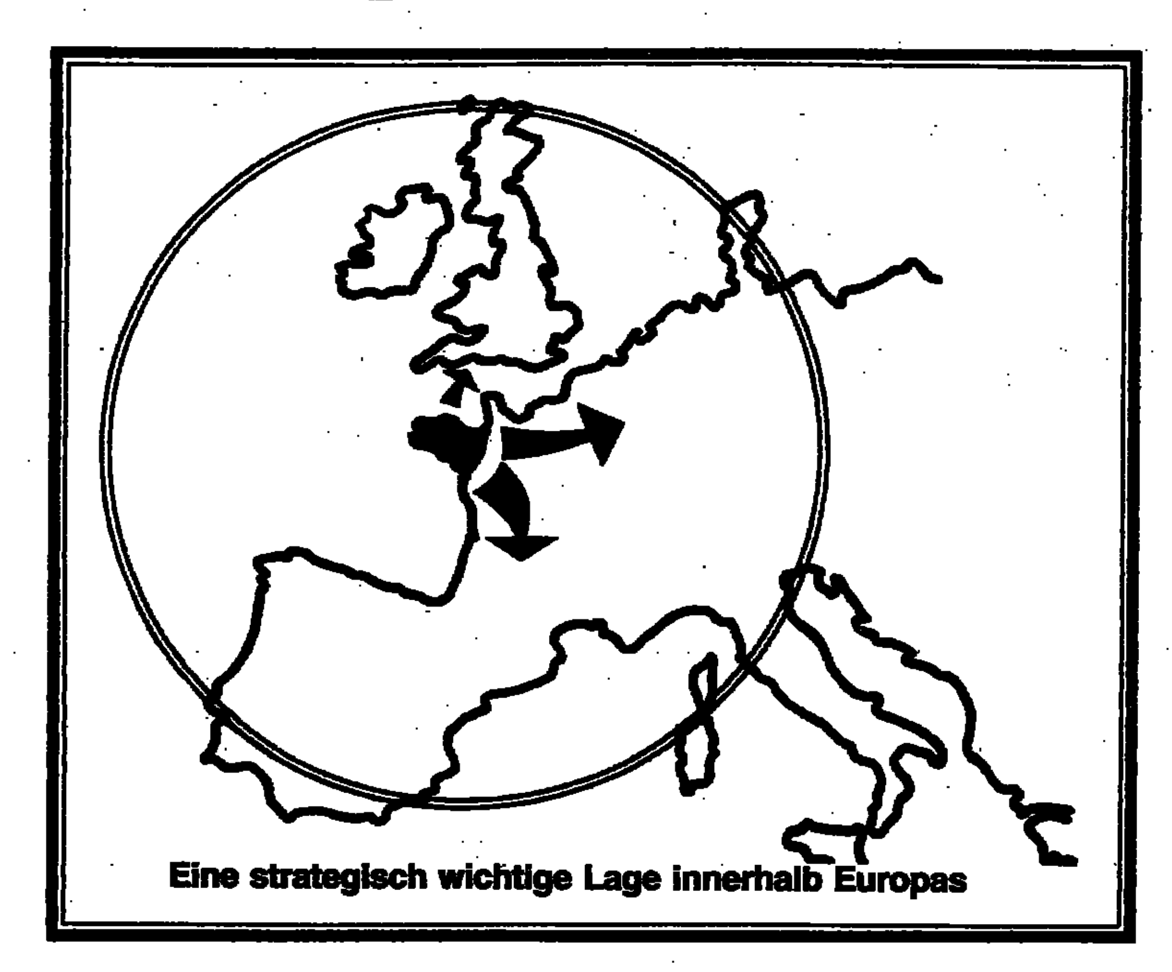
Die Roches sind an den Sommer-Wochenenden ein beliebtes Ausflugsziel beplankter Bretonen zwischen St.-Brieux und Port Moguer. Man taucht und schnorchelt, geht für die wenigen Stunden zwischen dem Wechsel der Gezeiten auf *Krabben- und Muschelsuche* oder zwingt, faul in der Sonne liegend, die Winterbleiche raus. Für uns hieß es nach diesem Tag Abschied nehmen. Aber es ist ein „*Adieu*" mit einem Versprechen.

VOLKER FÜSSMANN

Anzeige

DIE REGION BRETAGNE

„Viele Trümpfe“ für Investoren



Eine strategisch wichtige Lage innerhalb Europas

I – Verkehrsverbindungen

Wichtigster Faktor bei der Wahl eines neuen Standortes – ein Gürtel von gebührenfreien, vierspurigen Straßen umschließt die Bretagne. Die Autobahn Paris–Rennes wurde vor kurzem dem Verkehr übergeben.
Die regionalen Nord-Süd-Straßenverbindungen tragen wesentlich zur Aufwertung der sich im vollen Aufschwung befindlichen Handelshäfen bei.
Die Eisenbahnverbindungen haben die Distanz zwischen Rennes, Hauptstadt der Bretagne, und Paris auf 3 Std. verkürzt.
Die Bretagne verfügt über eines der dichtesten Luftverkehrsnetze Frankreichs, z. B.: von 7 Städten aus bestehen regelmäßige Flugverbindungen nach Paris/Orly.

Wichtige Städte und Verkehrsverbindungen

ROSCOFF
LANNION
SAINT-MALO
GUINGAMP
DINARD
Brüssel
MORLAIX
LANDERNEAU
SAINT-BRIEUC
DINAN
FOUGERES
BREST
CARHAIX
LOUDEAC
DOUARNENEZ
QUIMPER
PONTIVY
RENNES
VITRE
Paris – Frankfurt
QUIMPERLE
HENNEBONT
PLOERMEL
CONCARNEAU
LORIENT
VANNES
REDON
AURAY
NANTES

II – Nachrichtenverbindungen (Telefon – Telex – Telematik)

Die Bretagne, als Experimentierfeld der Telematik, verfügt über eine „elektronische Autobahn“. Die Dezentralisierung der Forschungsinstitute und Produktionsstätten bildet im Bereich Elektronik und Informatik einen homogenen Mittelpunkt in der Bretagne.

III – Investitionsbeihilfen

Investitionen werden in den meisten Fällen finanziell unterstützt, um über die Anfangsphase hinwegzuhelfen und finanzielle Schwierigkeiten zu vermeiden.
Die Bretagne besitzt heute eines der dichtesten Bankennetze Frankreichs; die Region vergibt Prämien

1. zugunsten der Industrialisierung – 150.000 FF bei Firmengründungen mit mind. 6 neuen Arbeitsplätzen
2. zugunsten der Arbeitsplatzbeschaffung: 20 000 FF/ pro Arbeitsplatz.

IV – Gelände und Gebäude

Den Unternehmern stehen zahlreiche erschlossene Industriegelände zur Verfügung, die an eine günstige Energiequelle (z. B. Gas) angeschlossen sind.
In den meisten Fällen treten die Gemeinden als Vermittler bei der Bereitstellung von Gebäuden auf.

V – Dienstleistungen

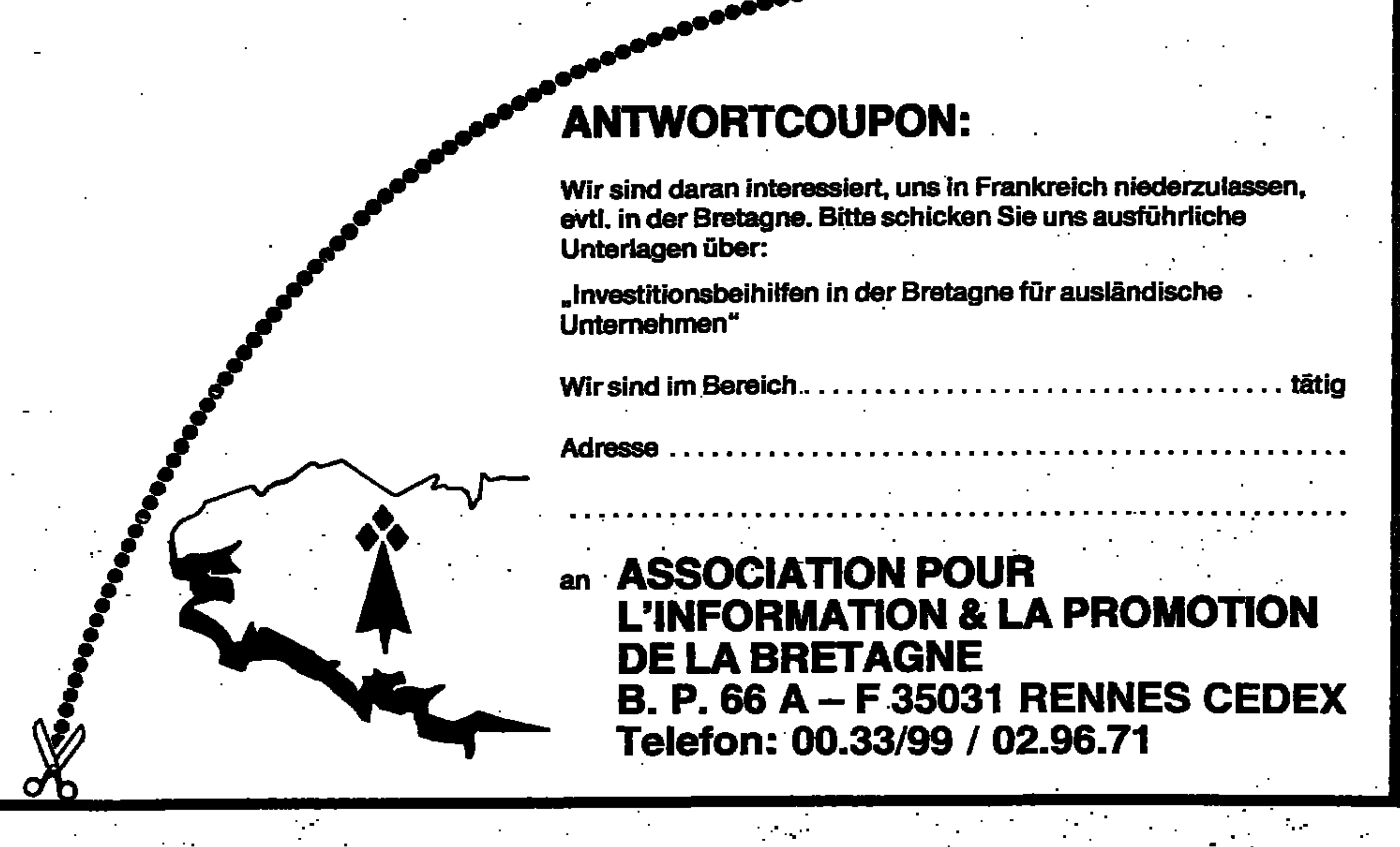
Die Bretagne verfügt, abgesehen von den geläufigen Dienstleistungen im Zusammenhang mit einem hochentwickelten Tertiärbereich, dank ihrer drei Universitäten und zahlreichen Hochschulen über ein außergewöhnliches Dienstleistungsangebot im juristischen, fiskalischen und wirtschaftlichen Bereich, das dem Vergleich mit Paris standhält. Die mit Nachdruck betriebene Forschungs- und Erneuerungspolitik unterstützt eine Entwicklung im Dienste der Industrialisierung.

VI – Freizeitwert und Lebensqualität

Als ausgesprochen touristische Region verfügt die Bretagne über kulturelle und Freizeiteinrichtungen, um die sie viele andere französische Regionen beneiden. Ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Stadt (Klein- und Mittelstädte) und Land ermöglicht eine angenehme Lebensweise in einer außergewöhnlichen Umgebung mit einer unbestreitbaren Lebensqualität.

VII – Klima

Ein gemäßigtes Klima, geringe Temperaturunterschiede das ganze Jahr über und Regenfälle, die dem französischen Durchschnittswert entsprechen: dies sind Faktoren, die eine Rolle im Leben des einzelnen, aber auch der Unternehmen spielen.



ANTWORTCOUPON:

Wir sind daran interessiert, uns in Frankreich niederzulassen, evtl. in der Bretagne. Bitte schicken Sie uns ausführliche Unterlagen über:

„Investitionsbeihilfen in der Bretagne für ausländische Unternehmen“

Wir sind im Bereich.................................... tätig

Adresse ....

....

an **ASSOCIATION POUR L'INFORMATION & LA PROMOTION DE LA BRETAGNE**
B. P. 66 A – F 35031 RENNES CEDEX
Telefon: 00.33/99 / 02.96.71

LEBENSMITTEL / 45 000 Beschäftigte

Schlachthaus Nummer 1 in und für Frankreich

Die Bretagne verfügt über eine außerordentlich leistungsfähige Lebensmittelindustrie: Mit einem Produktionswert von 24 Mrd. FF (1981) steht die bretonische Landwirtschaft an erster Stelle in Frankreich, vor allem dank der ständig wachsenden Bedeutung der Tierzucht (92 Prozent des landwirtschaftlichen Produktionswertes). Nach Italien ist die Bundesrepublik wichtigster Auslandskunde, die 1981 für 1171 Mio. FF Lebensmittel aus der Bretagne bezog. Davon entfallen: 198 Mio. FF auf Frischgemüse, 144 Mio. FF auf Frischfleisch, 77 Mio. auf Wurst und Fleischkonserven, 134 Mio. auf Geflügel und 44 Mio. auf Eier.

Die Entstehung einer diversifizierten Lebensmittelindustrie im eigentlichen Sinne, die sich nicht mehr nur auf die traditionellen Fisch- und Gemüsekonserven beschränkt, begann Anfang der 60er Jahre mit dem Bau mehrerer Schlachthöfe und Molkereien. Etwas später folgten Fleisch- und Geflügelverarbeitungsanlagen sowie Viehfutterfabriken.

Diese Entwicklung ging in 2 Schritten vor sich: Vor 1960 kann man die vorindustrielle Phase ansetzen, die Zeit der privaten und persönlichen Initiativen. Um 1975 erweiterte sich diese Bewegung und erstreckte sich auf die ganze Region. Die Entwicklung der Tierzucht brachte einen großartigen Aufschwung der verarbeitenden Industrie mit sich, und es kam zu außerordentlichen Firmenvergrößerungen. Das gilt z. B. für die Fa. Tilly, eines der führenden Unternehmen in der Geflügelverarbeitung, für die Fa. Bridel, die heute mehr als 600 Personen in ihren Molkereien beschäftigt, oder die Fa. Guyomarc'h/Père Dodu, deren Belegschaft in 30 Jahren (1952–1982) von 6 auf mehr als 3000 gestiegen ist, die in mehreren Geflügel- und Tierfutterfabriken arbeiten.

Der Lebensmittelbereich stellt ungefähr 33 Prozent der regionalen Arbeitsplätze in der Industrie (außer Hoch- und Tiefbau); ein Anteil der weit über dem nationalen Durchschnitt von *9,1 Prozent liegt.* Von den 590 Lebensmittelverarbeitungsbetrieben werden 29 (mit 2800 Angestellten) von Ausländern kontrolliert. Ihre Hauptaktivitäten sind: Tierfutter, Schlachtung und Weiterverarbeitung von Fleisch und Geflügel, Gemüse- und Fischkonserven.

Deutliche Expansion bei Fleischprodukten

Im Bereich der tierischen Produktion werden die Expansion und die hervorragende Stellung der Bretagne am deutlichsten. Zwei Sektoren sind von besonderer Bedeutung: die Schweinezucht einerseits und die Geflügelzucht andererseits.

Umsatzmäßig größter Sektor ist die Fleischindustrie. Drei Viertel der Schlachtungen, die sich in den letzten 10 Jahren verdoppelt haben, werden von 35 Unternehmen durchgeführt. Wichtigstes Erzeugnis ist Schweinefleisch. 1981 wurden 630 000 t davon hergestellt, was 42 Prozent der französischen Gesamtproduktion ausmacht.

Die Bretagne verfügt über eine hochentwickelte Wurstindustrie: 1979 stellte sie 17,1 Prozent der französischen Gesamtproduktion her, und ihre Wachstumsrate hat in 5 Jahren um doppelt soviel wie der nationale Durchschnitt zugenommen. Dieses Ergebnis beruht sicherlich auf dem dank reichlicher Rohstoffe und einem traditionellen handwerklichen Können erreichten Qualitätsniveau.

Im Rindersektor der Bretagne dominiert – von der Kälberzucht abgesehen – die Milcherzeugung (starke Wachstumsrate) und vor allem die Herstellung von Butter. Die Molkereiindustrie nahm einen bemerkenswerten Aufschwung, und Produkte, die bis dahin in der Bretagne noch nicht hergestellt wurden, vor allem Käse, wurden in das Angebot aufgenommen.

1981 wurden in der Bretagne 162 000 t Butter produziert. Das waren 30 Prozent der französischen Gesamtproduktion. Die bretonische Butter ist für ihren etwas salzigen Geschmack und ihren besonders hohen Fettgehalt über die Landesgrenzen hinaus berühmt. Neuerdings wird hier aber auch halbfette Butter erzeugt.

Am gesamten Milchaufkommen Frankreichs ist die Bretagne mit 5,6 Mrd. Litern oder 17 Prozent beteiligt. Sie steht damit, noch vor der Normandie, an erster Stelle. Ein Drittel der Molkereien wird von Genossenschaften betrieben. Die Käseproduktion spielt in der Bretagne, im Unterschied zur Normandie, eine geringere Rolle (mit einem nationalen Anteil von 8 Prozent bei Käse aus Kuhmilch, aber 30 Prozent bei Emmenthaler). Dafür wird hier das meiste Milchpulver (Anteil: 39 Prozent erzeugt, das hauptsächlich als Tiernahrung Verwendung findet.

Huhn für Arabiens Kochtöpfe

Die Produktion von Hühnern und Truthähnen hat sich innerhalb der letzten Jahre wesentlich erhöht und stellt 1/3 und 60 Prozent der französischen Gesamtproduktion dar. In der letzten Zeit ergaben sich hier bedeutende Absatzmärkte in den arabischen Ländern. Die bretonischen Geflügelverarbeitungsanlagen gehören zu den modernsten der Welt. Parallel zu diesem Aufschwung nahm auch die Produktion von Eiern (nationaler Anteil: 30 Prozent) stark zu.

Im Bereich Fleischkonserven und Wurstherstellung belegt die Bretagne heute in Frankreich den zweiten Rang, mit einem Anteil von 18 Prozent an der französischen Gesamtproduktion.

Große Bedeutung – vor allem für den Export – besitzt die bretonische Gemüseproduktion. Wichtigstes Frischprodukt ist der Blumenkohl, von dem 1981 nicht weniger als 3,7 Mio. Doppelzentner geerntet wurden, was 80 Prozent der nationalen Erzeugung entspricht. Nummer 1 in Frankreich ist die Bretagne auch bei den Artischocken (Anteil: 65%). Bei Frühkartoffeln beläuft sich dieser Anteil auf ein Drittel und bei Saatkartoffeln auf 2/3.

An Konservengemüse erzeugt die Bretagne im Durchschnitt: 0,5 Mio dz Erbsen (85 Prozent) und 0,6 Mio dz grüne Bohnen (35%).

Eine führende Position nimmt die Bretagne schließlich bei den Fischkonserven ein: Sie stellt 2/3 der nationalen Produktion her, hauptsächlich Makrelen, Thunfisch und Sardinen.

Mit mehr als 45 000 Beschäftigten spielt die Lebensmittelindustrie eine wesentliche Rolle im wirtschaftlichen Leben der Bretagne, mit beachtlichen Auswirkungen auf Landwirtschaft und Fischfang sowie Transport-, Vertriebs- und Dienstleistungsbereiche.

JOACHIM SCHAUFUSS

FREMDENVERKEHR / Alle Epochen unbeschadet überstanden



Die Kalvarien von Pleyben in Finistère zeugen von der tiefen Frömmigkeit der Bretonen, die von ihrer Ursprünglichkeit in den Jahrhunderten nichts eingebüßt hat. Wind und Zeit setzen nur dem Sandstein zu. Fester ist der Stein an der „Küste des rosafarbenen Granit". Die Wellen, die seit Jahrmillionen anstürmen, haben ihn geschliffen, nicht zerstört. Beide, die Zeugnisse der Natur und die von Menschenhand, zählen zu den touristischen Attributen dieses Landes, das Jahr für Jahr größere Scharen von Besuchern ins Land lockt.



Tourismus grün, familiär und überaus aktiv

Von Hanns Schwarzenthaler

Mit 1,5 Millionen Betten und jährlichen Einnahmen von rund 15 Milliarden Franc (fast 6 Milliarden DM) steht die Bretagne an zweiter Stelle in der französischen Tourismusbilanz.

Der Fremdenverkehr begann in dieser nordwestlichsten Region Frankreichs bereits in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts: Dinard, Saint-Malo und La Baule beherbergten damals zahlreiche Feriengäste, darunter besonders viele Engländer. Es war die Epoche des „Luxustourismus", in der die großen Hotels, die Spielbanken und die eleganten Ferienvillen entstanden.

Seit der Einführung des allgemeinen Urlaubs in Frankreich im Jahre 1936 und insbesondere seit dem Aufkommen des Massentourismus nach dem Zweiten Weltkrieg hat sich die soziologische Zusammen*setzung der „Ferienbevölkerung"* grundlegend geändert. Seither triumphiert der „Familientourismus".

Die Bretagne hat sich darauf eingestellt: Überall entstanden einfachere Familienhotels und Pensionen, Ferienmietwohnungen, Campingplätze und Gästezimmer in Bauernhöfen. Gerade im Bereich der Mietwohnungen bietet die Bretagne eine außerordentlich große Auswahl: Mietwohnungen und Villen entlang der Küste, Zimmer auf Bauernhöfen im Landesinneren. Das regionale Fremdenverkehrsamt (Comité Régional du Tourisme) gibt jedes Jahr einen praktischen Miet-Führer heraus.

Neben dem Badetourismus entlang den Stränden entwickelte sich in der Bretagne auch der „tourisme vert", der „grüne Tourismus", das heißt Ferien im Inneren dieses an Naturschönheiten so reichen Landstrichs.

In den Sommermonaten sind jedes Jahr nach wie vor die Badestrände und Fischerdörfer an der Küste voller französischer und ausländischer Strandurlauber, doch mehr und mehr Feriengäste praktizieren den „Aktivurlaub": Golf, Bogenschießen, Jagd und Fischen, Kanu und Kajak, bretonische Spiele und Sportarten, Ausflüge auf den Flüssen der Bretagne, abwechslungsreiche Bootsfahrten auf den 600 km Kanälen kreuz und quer durch die Region, Fahrten im pferdebespannten Wagen, Fußwanderungen, Fahrradtouren, Reiterferien, Besichtigung von Schlössern und Kirchen, Tanz- und Theaterkurse – der „Binnenland"-Tourismus ist zweifelsohne der lebendigere, und ständig wird das Angebot an *Aktivitäten erweitert.*

Die Bretagne mit ihrer reichen Geschichte steckt voller Sehenswürdigkeiten, von den Megalithen, steinernen Zeugen der Urzeit, bis zu den modernen Großbauten der Technik wie dem Gezeitenkraftwerk an der Mündung der Rance, dem Atommeiler von Brennilis oder der Satellitenempfangsstation Pleumeur-Bodou. Dazu Schlösser, Herrenhäuser, prachtvolle alte Bauernhöfe, Kirchen, Kapellen, Museen, Leuchttürme, Granit- und Fachwerkhäuser, ja ganze Straßenzüge aus vergangenen Jahrhunderten, malerische Fischerhäfen und imposante Schiffswerften.

Für jeden also etwas, und das in einer großartigen Natur, die bisher noch jeden gepackt hat, der einmal die Bretagne besuchte. Diese Vielfalt reicht von den atemberaubenden, zerklüfteten Felsriffen der Küste über die einsame und kahle Landschaft der „Montagnes Noires", der Schwarzen Berge im Inneren, bis zu den lieblichen Flußtälern des Odet und der Rance. Das vom Meer beherrschte Klima und die jodhaltige Luft werden von Ärzten empfohlen, die Temperaturen sind gemäßigt und für jeden verträglich.

Das milde Klima lädt dazu ein, die Bretagne nicht nur im Sommer aufzusuchen, sondern auch außerhalb dieser Saison. Dann entdeckt man eine andere, stille und sehr gastfreundliche Bretagne. Besonders im Herbst entfaltet sie eine eigene Pracht, wenn das Laub sich rot färbt und die Heide sich mit einem goldenen und violetten Teppich von Ginster und Heidekraut überzieht.

Die Farben wechseln ständig unter der verschiedenen Tagesbeleuchtung, doch selbst Wind und *finstere Wolken, die über den* weiten Himmel hinwegziehen, vermitteln immer noch das Gefühl eines unendlichen Friedens, einer zeitlosen Gelassenheit und natürlicher Harmonie.

Die ältesten Monumente der meerumbrandeten Halbinsel reichen fast 3 000 Jahre vor unsere Zeitrechnung zurück: die Megalithen (Menhire und Dolmen). Am dichtesten sind diese steinernen Zeugen einer versunkenen Zeit, die überall in der Bretagne zu finden sind, im Süden um den Golf von Morbihan herum gesät.

Am berühmtesten sind die „alignements", bei Carnac, die in manchem an die steinerne Anlage von Stonehenge in Großbritannien erinnern. Das größte dieser „alignements" ist das von Ménec, wo 1 099 bis zu 4 Meter hohe Steine wie eine Armee auf einer Fläche von 100 × 1 000 Metern aufgereiht sind. Nicht weit davon entfernt liegt der große Tumulus von Saint-Michel, ein 120 Meter langer und 12 Meter hoher Grabhügel, dessen Gänge und Grabkammern man besichtigen kann.

Die Christianisierung der Bretagne, größtenteils das Werk von Missionaren aus Irland und Wales, drückte der Bretagne den religiösen Stempel auf, der bis in die Neuzeit weitgehend den Charakter der Bevölkerung und der künstlerischen Entwicklung beeinflußt hat. Überall finden sich die Zeugen der religiösen Inbrunst: die Wegkreuze entlang der Straßen, die Kapellen an einsamen Stellen, die Kreuze, die die Missionare auf die keltischen Dolmen und auf die alten heidnischen „Zauberbrunnen" setzten.

Einzigartig und nur in der Breta*gne zu finden sind die „enclos paroissiaux"*, die meist um einen Friedhof gruppiert Kirche, Triumphtor, steinernen Kalvarienberg und Beinhaus vereinen. Diese „enclos" waren das Bindeglied zwischen den Lebenden und den Toten, zwischen der „bourg", der Gemeinde, und der Gemeinde der Dahingeschiedenen. Dazu ist zu bemerken, daß die Bretonen traditionell ein geradezu „familiäres" Verhältnis zum Tod hatten, den sie in der knöchernen Figur des „ankou" häufig abbildeten.

Die „calvaires", die Kalvarienberge aus Granitskulpturen, stellen um den Christus am Kreuze verschiedene Szenen aus der Bibel und den Kreuzweg Jesu dar. Eine ganze Reihe der „calvaires" wurde errichtet, um der Pestepidemie von 1598 Einhalt zu gebieten oder als Dankzeichen nach dem Erlöschen der Seuche, die eine verheerende Anzahl von Todesopfern gefordert hatte. Der älteste der „calvaires" ist der von Tronoën bei Saint-Guénolé im Sud-Finistère, der größte mit den meisten Figuren der in Pleyben, der im Jahre 1555 begonnen und 1742 in seiner endgültigen Form fertiggestellt wurde.

Die religiöse Durchdrungenheit der *bretonischen Bevölkerung* kommt immer noch in den „pardons", den alljährlichen Prozessionen zu den Kirchen und Kapellen, zum Ausdruck. Für diese Prozessionen werden die alten Trachten aus den Truhen hervorgeholt, und die Frauen setzen die weißen Spitzenhauben, die „coiffes", auf, die sonst im Alltag nur noch im Sud-Finistère zu sehen sind.

Der Besucher, der einem Aufenthalt in der Bretagne noch eine ganz besondere Note aufsetzen will, sollte vielleicht einige Tage auf einer der Inseln vor der Küste verbringen, auf denen man Himmel und Meer näher zu sein glaubt als der Erde: Sein, Molène, Hoëdic, Houat, Bréhat, Groix, Ouessant und Belle-Ile. Es sind alles kleinere Inseln. Sein ist keine 2 km lang und knapp 800 m breit.

Nirgendwo ist der Himmel weiter, nirgendwo die See so nah und allgegenwärtig wie auf diesen Inseln im Atlantik. Wenn am Abend die geisterhaften Lichtfinger der Leuchttürme an den Küsten und vor den Inseln in die Nacht hinausgreifen, weiß man, weshalb die Kelten das Land an der Nordwestecke Frankreichs, in dem sie sich niederließen, „ar mor", das Land des Meeres, nannten. Denn die Bretagne lebt vom und für das Meer.

HOTELLERIE / Königlich

Relais et Chateaux

Die beiden innerhalb der letzten 12 Monate durchgeführten Francabwertungen haben die internationale Wettbewerbsfähigkeit des französischen Fremdenverkehrs erheblich verbessert. Dies gilt vor allem für die Bretagne, die mit ihren Preisen seit jeher unter dem nationalen Durchschnitt liegt. Hier gibt es erstklassige Leistungen zu erschwinglichen Preisen.

Wer die ganze Bretagne mit „königlichen" Etappen touristisch und gastronomisch entdecken will, wird in zahlreichen, sehr komfortablen Hotels sein Glück finden, die oftmals in sehr reizvollen Gebäuden untergebracht sind, wie z. B. die „Relais et Chateaux".

Und hier könnte der Gast auf seiner bretonischen Rundreise absteigen: im ‚Chateau de Coatguélen' mit seiner privaten Golfanlage im gleichnamigen Ort, im ‚Rapaire de Kerroch' oder im ‚Relais Brenner' in *Paimpol, im ‚Manoir de* Lann Kerellec' in Trébeurden, im ‚Hotel de la Plage' in Ste Anne la Palud, im ‚Hotel Goyen' in Audierne, in den ‚Moulins du Duc' in Moélan, im ‚Chateau de Locguénolé' in Locguénolé, im ‚Castel Clara' auf der Insel Belle-Ile, im ‚Domaine du Chateau de Rochvilaine' in Billiers, im ‚Grand Hotel' von Dinard. Und nicht zuletzt im Hermitage von la Baule. Dieser vielleicht schönste Bedeort Frankreichs gehört zwar nicht mehr zur administrativen, wohl aber zur historischen Bretagne.

Am schönsten ist die Bretagne – nach Ansicht der Einheimischen – im Frühsommer und im Herbst. Da die Franzosen selbst aber nicht davon abzubringen sind, im Juli und August Urlaub zu machen, öffnet sich die Bretagne Anfang September den ausländischen Touristen mit besonders niedrigen Preisen und großer Liebenswürdigkeit.

J. Sch.

Die Hauben werden noch immer mit Zuckerwasser gestärkt
FOTO: JEAN FEUILLIE

KREUZFAHRT / Im Golf von Morbihan

Nach Art der Fliegen

Die Reederei Vedettes Vertes in Vannes hat ihre Flotte an neun „grünen Booten", die bisher hauptsächlich für den Pendel- und Ausflugsverkehr eingesetzt wurden (1981: 156 000 Passagiere), durch ein veritables Kreuzfahrtschiff, den „Duc de Bretagne", ergänzt.

Es ist das erste seiner Art in der Bretagne. Als Vorbild können nur die auf der Seine in Paris eingesetzten „Fliegenboote" (bateaux mouches) angesehen werden. Mit 35½ Meter Länge und 10,35 Meter Breite besitzt es für seine Zwecke, nämlich auf den stillen Gewässern des Golf von Morbihan zu verkehren, recht beachtliche Dimensionen. Seine maximale Beförderungskapazität beträgt 440 Passagiere. Rundumverglast (86 m²), verfügt es über ein großzügig gestaltetes Restaurant (250 Gedecke) mit Bar, eine Tanzpiste, ein „Amphitheater" mit Schiebedach und auf dem Oberdeck eine Terrasse unter freiem Himmel.

Damit sind alle Voraussetzungen für eine Tageskreuzfahrt gegeben, um so auf angenehmste Weise die Schönheiten des 12 000 Hektar großen Golfs mit seinen zahlreichen Inseln zu entdecken. Der Golf du Morbihan (auf bretonisch das kleine Meer) gilt als einer der schönsten Flecken der Bretagne.

Nicht zuletzt aber kann man auf der „Duc de Bretagne" zu mäßigen Preisen vorzüglich speisen. Einschließlich der sechseinhalbstündigen Kreuzfahrt (allein 75 FF) müssen dafür 120 bis 175 FF bezahlt werden. Das teuerste Menü besteht aus den sechs Gängen: geräucherter Lachs, Lotte auf bretonische Art, flambiertes Perlhühnchen, Käse-Sortiment, Salat, Norwegisches Omelett.

Außer Juli und August kann dieses Schiff komplett, z. B. für Firmenveranstaltungen, gemietet und entsprechend den Bedürfnissen verwandelt werden.

ss.

AUSLANDSINVESTITIONEN

USA halten Spitze

Nach Angaben der regionalen Industrie- und Handelskammer waren Anfang 1982 173 Industrieunternehmen (einschl. Hoch- und Tiefbau) mit Auslandsbeteiligung in der Bretagne tätig. Sie beschäftigten 29 200 Personen, d. h. zwölf Prozent der Arbeitsplätze des sekundären Sektors, einschließlich Hoch- und Tiefbau der Region; 12 500 davon arbeiteten in Firmen mit einer Auslandsbeteiligung von mehr als 20 Prozent und 8050 in Unternehmen mit mehrheitlicher Auslandsbeteiligung.

An der Spitze der ausländischen Investoren stehen die USA, die 32 Industriebetriebe kontrollieren, gefolgt von Großbritannien mit 15, Holland mit 13 und der Bundesrepublik mit elf, welche insgesamt 840 Personen beschäftigten. Außerdem verfügen deutsche Firmen über Minderheitsbeteiligungen (20–50 Prozent) an zwei bretonischen Unternehmen mit insgesamt 65 Angestellten.

Die deutschen Beteiligungen betreffen vor allem den Chemiesektor (Produktion und Großhandel), die Herstellung medizinischer Geräte und Möbel; die britischen Beteiligungen den Lebensmittelsektor und die amerikanischen, außer diesem Sektor, auch die Papierindustrie und Bootszubehör für die Freizeitschifferei.

An erster Stelle der ausländische Firmen interessierenden bretonischen Wirtschaftszweigen steht der agroalimentäre Sektor. Hier waren auch die Neuinvestitionen in den letzten Jahren am stärksten. Mit beträchtlichem Abstand folgen die Bereiche Papier-Kartonagen, Holz-Möbelherstellung, Elektronik und Chemie.

Im Vergleich zu 1978 hat sich im großen und ganzen bei den Auslandsbeteiligungen wenig geändert; allerdings hat die Zahl der Arbeitsplätze in den mehrheitlich kontrollierten Unternehmen um ca. 800 zugenommen.

In einer Untersuchung kommt die regionale Kammer zu der *Schlußfolgerung, daß* die Auslandsinvestitionen bisher nur in „bescheidenem Maße" zum technologischen Fortschritt der Region beigetragen haben, daß sie aber zu deren Industrialisierung einen „nicht unwesentlichen" Beitrag geleistet haben. Trotz des verminderten Wirtschaftswachstums nach dem 1. Ölpreisschock wurde die Verwirklichung weiterer, wenn auch in ihrem Umfang verhältnismäßig bescheidener Projekte durchgeführt. Außerdem haben die ausländischen Unternehmen die verstärkten Exportbemühungen der Region fühlbar unterstützt. Nicht zuletzt aber leisteten sie einen wesentlichen Beitrag zur wirtschaftlichen Diversifizierung der Bretagne.

J. Sch.

FISCHEREI UND SCHIFFBAU

Brot aus der bretonischen See

Mit ihrer 1500 km langen Küste ist die Bretagne die größte maritime Region Frankreichs. Ungefähr 10 Prozent ihrer aktiven Bevölkerung sind dem Meer direkt wirtschaftlich verbunden: Fischerei und Weiterverarbeitung der Meeresprodukte, Schiffsbau und -reparatur, Handelshäfen, maritimer Transport usw.

Mit einem Anteil von ca. 50 Prozent an der nationalen Fischproduktion ist die Bretagne eindeutig die Nummer 1 in der französischen Fischerei. Ihre Jahresproduktion übersteigt 200 000 t, ihre Fischereiflotte umfaßt mehr als 3500 Boote mit einer Tonnage von 135 000 Tonnen. 11 000 Fischer und 5000 Austern- und Muschelzüchter arbeiten in diesem Sektor.

Die Häfen Lorient und Concarneau sind Ausgangspunkt für die Hochseefischerei (in der Nordsee und vor Irland). In den Häfen des Départements Sud-Finistère (Gulvinec, Loctudy, St. Guenolé, Penmarc'h und Audierne) liegen die Schiffe der artisanalen Fischereiflotte, die bis in den Golf von Gascogne vorstoßen.

In Concarneau werden die vor den Küsten Afrikas gefangenen Thunfische entladen.

Die Rangliste der bretonischen Häfen:

	Quantität in t (1980)
Lorient	66 437
Concarneau	62 749
Le Guilvinec	18 296
Douarnenez	16 073
Penmarc'h	8 892
Loctudy	7 055
Lesconil	2 040
Audierne	1 398
St. Malo	11 173

Anteil der Hochseefischerei insgesamt 6659 t.

In den letzten Jahren wurden die Häfen Concarneau, Douarnenez, Guilvinec und Lorient sehr stark modernisiert.

In Schiffsbau und -reparatur arbeiten mehr als 20 000 Personen; gebaut wird für die Fischerei, die Kriegsmarine, aber auch für die Freizeitschifferei (Segel- und Motorjachten).

Brest ist heute eine international bekannte Reparaturwerft, die dank der jüngst vollendeten „forme de radoub n° 3" (Schwimmdock Nr. 3) bald die Nr. 1 in Europa für Wartung und Entgasung von Supertankern (mehr als 500 000 t) werden könnte.

Brest liegt an einem strategischen Punkt der Öltankerroute vom Persischen Golf in die Nordsee und konnte sich bereits aufgrund seiner überragenden Leistungen gegenüber der internationalen Konkurrenz durchsetzen.

Auch im Bereich der Austern- und Muschelzucht spielt die Bretagne eine bedeutende Rolle. Die flachen Austern der Region lagen dank ihrer hervorragenden Qualität in der Gunst der Verbraucher ganz vorne. Nach der Epizootie-Seuche in den siebziger Jahren wurden „Portugaises"- und „Gigas"-Austern gezüchtet, die sich inzwischen an das bretonische Klima gewöhnt haben und ihren Fortbestand und ihre Weiterentwicklung garantieren.

Die bretonische Muschelproduktion stellt 30 Prozent der französischen Gesamtproduktion dar und ist noch weiter ausbaufähig.

Es ist nur noch eine Frage der Zeit, bis Muscheln (Palourdes und Jakobsmuscheln), Schalentiere (die Bretagne ist die Nr. 1 in Frankreich bei der Produktion von Schalentieren und insbesondere von Hummern) und Fische zumindest teilweise aus eigens dafür eingerichteten Zuchtanlagen kommen werden, für die bereits zahlreiche Standorte entlang der bretonischen Küste vorgesehen sind.

ss.

THALASSOTHERAPIE

Fit und schlank

Was sich in Deutschland mit seiner meist unwirtlichen und recht begrenzten Nord- und Ostseeküste noch wie ein schwer aussprechbares Fremdwort anhört, geht in Frankreich anstandslos über die Lippen: Thalassotherapie, die Meeresheilkunde. Sie ist hier nicht nur ein medizinisch voll anerkanntes und durch die gesetzliche Sozialversicherung (Sécurité Sociale) großzügig erstattetes Heilverfahren. Sie wird hier auch in weit größerem Umfang angewendet als in anderen Ländern.

Das ist sicherlich darauf zurückzuführen, daß die Bretagne aufgrund ihrer geographischen Lage und ihres Klimas sich ganz besonders zur Thalassotherapie eignet. Ein Heilverfahren, bei dem die kombinierten positiven Einflüsse von Meereswasser, Meeresluft und Meeresklima genutzt werden.

In der Bretagne wird Thalassotherapie in 8 Zentren durchgeführt: in Perros-Guirec, Bénodet, Roscoff (2 Institute), Tréboul, Saint-Malo, Carnac und Quibéron.

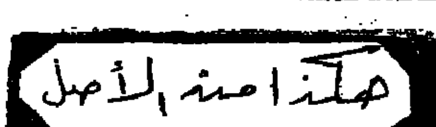
Die Thalassotherapie wird besonders zur Behandlung von rheumatischen und arthritischen Beschwerden empfohlen sowie zu Erholungskuren nach Unfällen oder bei Erschöpfung.

So ist z. B. das Thalassotherapieinstitut in Quibéron, das von Frau Marie-José Bobet geleitet wird, mit den modernsten Einrichtungen versehen. Dieses Institut, ebenso wie die beiden mit ihm integrierten Sofitel-Hotels, sind praktisch das ganze Jahr über ausverkauft, und zwar auch deshalb, weil es Frau Bobet nun schon seit Jahren gelingt, ihre Thalassotherapie auch den Größen des internationalen Schaugeschäfts schmackhaft zu machen, deutsche Stars inbegriffen. Sie kommen hierher, um sich vor einer anstrengenden Tournee durch eine spezielle Entspannungskur fit zu machen und auch, um einige überflüssige Pfunde zu verlieren.

Einige Kilometer von Quibéron entfernt befindet sich das Centre de Thalassotherapie von Carnac, wo man zu etwas erschwinglicheren Preisen in etwa dieselben Leistungen wie in Quibéron bekommt. Carnac ist weltberühmt für seine „Menhire", bietet seinen Kurgästen darüber hinaus aber auch ein reichhaltiges Angebot an sportlichen Aktivitäten und gastronomischen Erlebnissen.

J. S.

BRETAGNE
Redaktion:
H.-H. Holzamer, Bonn
Anzeigen:
Hans H. Lange, Hamburg



Anzeige

BRETAGNE – DAS LAND DER VIELEN MÖGLICHKEITEN

DIE BRETAGNE . . .

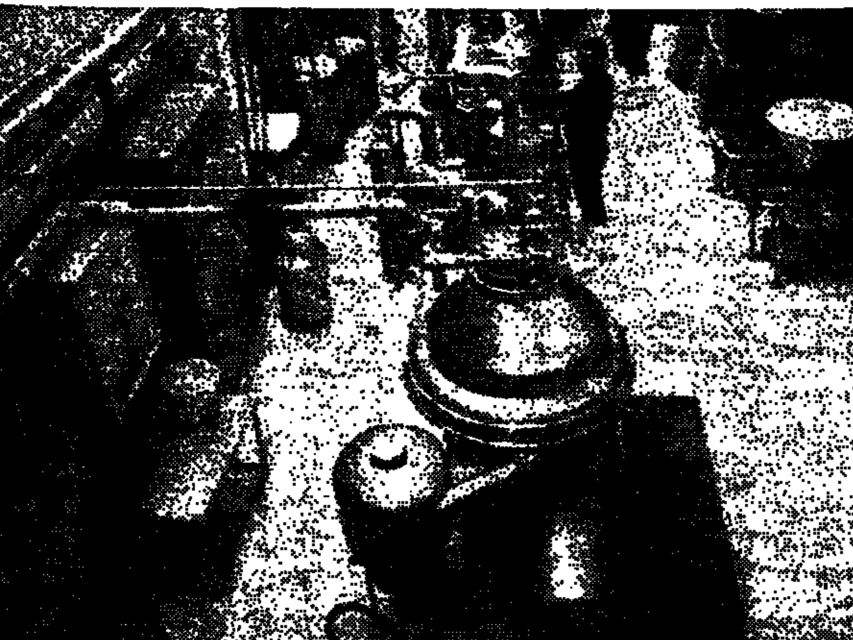
einst auf Landwirtschaft und Fischfang begrenzt, ist sie heute weltoffen:
- Treffpunkt der Menschen durch Fremdenverkehr und moderne Kommunikationsmittel und Verkehrswege
- Umschlagplatz für Ideen dank einer Forschung, die sich mit Nachdruck auf die wirtschaftlichen Aktivitäten von morgen (Agro-Industrie) und auf die modernsten Technologien (Telematik) konzentriert.
- junge Männer und Frauen, arbeitswillig und mit Know-how.

. . . HAT IHR TRADITIONELLES GEWAND BEWAHRT:

- das bretonische Binnenland mit seinen unsterblichen Legenden, Wäldern und Heidelandschaften, geprägt von Ginster und Erika
- zerklüftete Küsten, die denen, die vom Meer leben, Zuflucht in ihren Häfen bieten
- eine gesunde, aktive und ausgeglichene Lebensweise
- die BRETAGNE ist eine unverfälschte Region



Die bretonischen Küsten rufen allgemeine Bewunderung hervor, und wie viele berühmte Maler haben nicht ihre „aber" (kleine Meeresbuchten), ihre Häfen und Kapellen am Meer verewigt! Aber auch Tausende unbekannter Künstler greifen, von der Schönheit der Landschaft überwältigt, zu Pinsel und Palette – hier der Hafen von Le Guilvinec bei Ebbe.



Mit 4,71 Mrd. Litern wird in der Bretagne ⅕ des französischen Milchaufkommens erzeugt. Diese Massenproduktion ermöglichte es der weiterverarbeitenden Industrie, sich „an der Quelle" niederzulassen, was große Vorteile mit sich bringt: die Produktqualität kann besser überwacht, die Transportkosten gesenkt, die Leistung verbessert und die Kommerzialisierung rationeller gestaltet werden. Die Molkereiindustrie steht jedoch noch vor einem großen Problem: den Investitionen. Dies ist, angesichts des Aufwands an zur Milchverarbeitung notwendigen Einrichtungen, verständlich. Hier eine Pasteurisierungsanlage.

BRETAGNE: Nr. 1 der französischen Landwirtschaft

„Eine moderne, dynamische und leistungsfähige Landwirtschaft mit Familienbetrieben" – gestern noch eine Wunschvorstellung, heute eine Realität in der Bretagne.

Auf 6% der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche Frankreichs erzeugt die Bretagne 12% der gesamten frz. Agrarproduktion; u. a. 44% der Schweine-, 20% der Molkerei-, 60% der Puten-, 35% der Geflügel- und 30% der Eierproduktion Frankreichs. Dazu kommen noch die für diese Region typischen Gemüse wie Kartoffeln, Blumenkohl und Dosengemüse.

Die Bretagne besitzt aber auch ein bedeutendes agro-alimentäres Potential mit fast 50 000 Beschäftigten, die sowohl traditionelle Produkte (wie Butter, Käse, Wurst . . .) als auch aufwendigere Produkte herstellen.

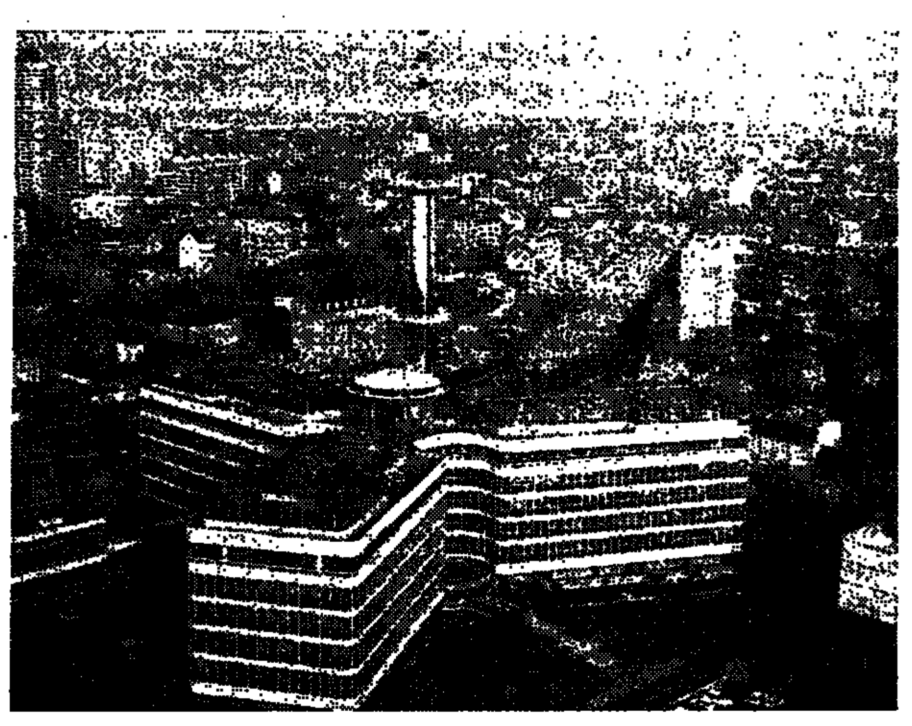
Ein leistungsfähiges und anerkanntes Forschungspotential . . .

Die Bretagne würde nicht 20 Mio. F jährlich (d. h. mehr als jede andere frz. Region!) in die Finanzierung von Forschungsgeräten und -arbeit investieren, wenn die bretonische Wirtschaft nicht entschieden zukunftsorientiert wäre.

3 Universitäten, 1500 Forscher und 7000 in Forschungszentren Beschäftigte – die Entwicklung dieses anerkannten Potentials wird in den folgenden drei Bereichen, in denen es seine Leistungsfähigkeit bereits unter Beweis gestellt hat, sehr schnell voranschreiten:
- **Landwirtschaft und agro-alimentärer Bereich:** Dieser Sektor umfaßt Tiergenetik, Molkereitechnologie, Züchtungen im pflanzl. Bereich, Viehfutter usw. 6% der Forscher des I. N. R. A. (Institut National de la Recherche Agronomique) arbeiten in der Bretagne, ganz abgesehen von den zahlreichen, auf diesen Bereich spezialisierten Forschungszentren.
- **Meer und maritime Aktivitäten:** Aquakultur, Meeresgeologie und -energien, Maßnahmen zum Umweltschutz, Fishery management, Meeresbiologie: dies alles fällt in den Forschungsbereich des COB (Centre Océanologique de Bretagne), aber auch des I. S. T. P. M. (Institut Scientifique et Technique des Pêches Maritimes), der regionalen Antenne des C. N. R. S. (Centre Nationale de la Recherche Scientifique), des Collège de France usw. . . .
- **Elektronik – Informatik – Fernmeldewesen:** das C. N. E. T. (Centre National d'Etudes de Télécommunications), des C. C. E. T. T. (Centre Commun d'Etudes de Télévision et de Télécommunications) und das Centre Electronique de l'Armement: in diesen bretonischen Forschungsinstituten wurden in den letzten 10 Jahren die wichtigsten Erfindungen im Fernmeldewesen gemacht: Satellitenübertragung, optische Fibern, elektronisches Telefonbuch, Bildtelefon, elektronische Telefonzentralen.

. . . aber auch die Industrie der Zukunft

Bretagne – Industrie von morgen. Vor einigen Jahren wäre diese Vorstellung noch gewagt gewesen. Es ist eine Tatsache, daß die Bretagne trotz der internationalen Wirtschaftslage über nicht unwesentliche Trümpfe verfügt:
- die Dezentralisierung der Forschungsinstitute und Produktionsstätten bildet im Bereich Elektronik und Informatik einen homogenen Mittelpunkt in der Bretagne. Dies ist ein ausreichender Grund, um in dieser Region die Errichtung von Produktionsstätten ins Auge zu fassen, die neue Produkte und Dienste anbieten, von denen die meisten auch hier entwickelt wurden.
- das agro-alimentäre Potential kann sich, angesichts der vielfältigen Möglichkeiten der lokalen Produktion, noch weiterentwickeln: weitergehende Verarbeitung der landwirtschaftlichen und maritimen Rohprodukte, nachfragebedingte Ausweitung der Produktpalette, Verarbeitung mit Wertzuwachs von Nebenprodukten und sogenannten Abfällen
- die im Zusammenhang mit Meeresaktivitäten stehende Industrialisierung ist nur möglich durch die Herstellung von Ausrüstung oder die Realisierung einer Infrastruktur für den Seetransport oder für die Nutzung des tierischen, mineralischen und pflanzlichen Rohmaterials
- die Bretagne besitzt Bodenschätze, die für Frankreich von großer Bedeutung sind: Kupfer, Blei, Zink, Antimon, Europium . . . Ihr Abbau ist heutzutage rentabel und wird demnächst auch in Angriff genommen
- letztendlich besteht die bretonische Industrie zum Großteil aus mittelständischen Unternehmen, d. h. aus Produktionsstätten, die sich rasch einer veränderten Umwelt und Nachfrage anpassen können.



Das Centre Commun d'Etudes de Télévision et de Télécommunications (C. C. E. T. T.) in Rennes

Das C. C. E. T. T. betreibt Forschung im audiovisuellen Bereich und für die Datenfernverarbeitung. Unter den zahlreichen Projekten des letzteren Bereichs hat TRANSPAC als erstes eine große Verbreitung erreicht. Die Zentrale des TRANSPAC-Netzes (Datenübermittlung in „Bündeln" durch Computerverbundschaltung) sitzt in Rennes.

Ebenfalls aus Rennes kommt ANTIOPE, ein Bildschirmdienst, der über das Fernsehnetz abgewickelt wird. Um die Arbeit anderer Forschungsbereiche zu erleichtern, ist der Bau eines neuen Gebäudes für das C. C. E. T. T. in der Nähe von Rennes geplant.



Das Centre Océanologique de Bretagne (COB) in Brest

Das COB, wichtigstes Forschungsinstitut des Meeresexplorationszentrums CNEXO (Centre National pour l'Exploitation des Océans) liegt an der Pointe du Diable, über der Bucht von Brest, und beschäftigt 500 Angestellte, Techniker und Forscher sowie eine Anzahl ausländischer Forscher. Die wichtigsten Laboratorien sind:

1) Bureau National des Données Océaniques (Meeresdatenbank)
2) Pathologie
3) Gesteinsproben, Geochemie
4) Physik, Geophysik
5) Aquakultur
6) Biologie
7) Versuchsbecken
8) Materialprüfung

sowie Konstruktionsbüros und Werkstätten

Im COB befindet sich auch der Sitz des C. E. D. R. E. (Centre de Documentation, de Recherches et d'Expérimentations sur les pollutions accidentelles des eaux), des Réseau National d'Observation de la qualité du milieu marin. Auch nationale Forschungsinstitute wie das BRGM (Bureau de Recherches Géologiques et Minières), Meteorologie, I. N. R. A. (Institut National de la Recherche Agronomique), ORSTOM (Office de la Recherche Scientifiue et Technique d'Outre-mer) sind beim COB aktiv. Auch das GENAVIR (Groupement pour la gestion des navires océanologiques) befindet sich in Brest.

DIE UNERSCHÖPFLICHEN RESSOURCEN DES MEERES

Internationale Experten bestätigen es: „Die Nutzbarmachung der Meere stellt das bedeutendste Ereignis des Endes dieses Jahrtausends dar."

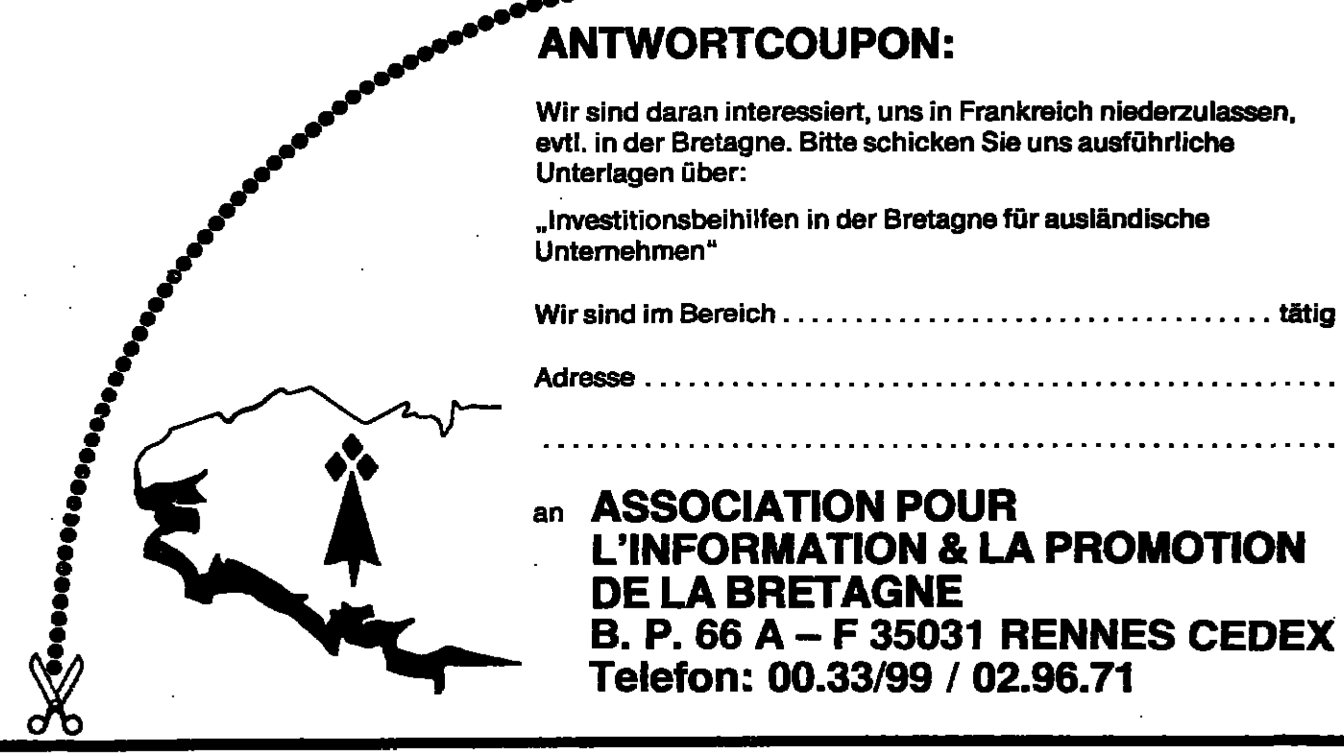
Die Bretagne, mit zwei verschiedenen Meeresküsten und 3500 km erschlossener Küste, hat dies schon lange begriffen und nutzt ihre maritimen Ressourcen bereits.

DAS MEER BEDEUTET SCHON HEUTE IN DER BRETAGNE:

- die 13 000 bretonischen Fischer stellen 50% dieses Berufszweigs in Frankreich, dazu kommen noch 50 000 Personen, die an Land von der Fischerei leben
- 1000 Forscher arbeiten in der Ozeanologie
- 20 000 Personen sind in Schiffbau und -reparatur beschäftigt
- experimentelle Versuchsanlagen zur Züchtung von Lachsen, Butt, Krabben und Jakobsmuscheln
- tägliche Schiffsverbindungen nach Großbritannien, Irland oder Spanien
- einen international bekannten Fremdenverkehr entlang den Küsten

DAS MEER IN DER BRETAGNE – SO SIEHT DIE ZUKUNFT AUS

- Weiterverarbeitung und Valorisation der Fischereiprodukte: in gängige Lebensmittel, Diät-, pharmazeutische und tierärztliche Produkte
- Fischfarmen an den Küsten von Ärmelkanal und Atlantik
- Nutzung der mineralischen Ressourcen des Kontinentalplateaus: Rohstoffe für die Bauindustrie, Manganknollen
- Export der Meerestechnologie und des Know-how
- Erprobung und Anwendung neuer Energiequellen: Meereswellen, Wind und Biomasse des Meeres.



In England ein Straßenfeger: Die neue Krimiserie „Der Aufpasser“

Arthur, Terry und kleine Schurkereien

Die Enttäuschung ist beinahe programmiert, wenn jetzt am heiligen Fernsehdienstag Terry und Arthur sich bewähren sollen, wo bisher J. R. und die Seinen das Feld beherrschten: Die englische Krimi-Serie „Der Aufpasser“ mit Terry und Arthur ist so konsequent anti-glamurös, ihre Kurzkrimis werden derart unterkühlt dargeboten, daß die heile Tele-Traumwelt in Trümmer fällt. Die englische Serie setzt an die Stelle der Super-Fieslinge aus Texas rechte Mini-Schurken aus der Welt der kleinen

Der Aufpasser – ARD, 21.45 Uhr

Leute in London. Ist in „Dallas“ alles in gleißendes Licht getaucht, so dominieren im „Aufpasser“ eher die Grautöne einer Welt, wie wir sie im Alltagsleben kennen.

Mit dem „Aufpasser“ hebt die Rückkehr zur Wirklichkeit an, zu einer realistischen Menschendarstellung an. Dennoch konnte diese 1979 erstmals auf den Bildschirm gekommene Serie in ihrer Heimat zum Straßenfeger werden. Bereits 37 Folgen wurden produziert (bei uns werden erst einmal 16 gezeigt). Und die Nachfrage ist so groß, daß die Anti-Helden Terry (Dennis Waterman) und Arthur (George Cole) im Juli für die nächsten 13 Folgen vor der Kamera stehen. „Der Aufpasser“ hat sich zum Hit der kommerziellen Anstalt Thames Television gemausert und konnte schon in 22 Länder verkauft werden.

Man wird abwarten müssen, wie das deutsche Publikum mit dem Schock fertig wird, sich von zwei höchst gewöhnlichen Typen unterhalten zu lassen, die mit sehr englischem Humor kräftig blödeln. Denn in dieser Serie geht es nicht um den großen Coup, sondern um Menschliches, Allzumenschliches in einer Welt, die von den Mitspielern nicht durchschaut wird.

Die Serie lebt von der Gegensätzlichkeit der Hauptdarsteller: Arthur ist ein Geschäftsmann mit mehr menschlichen Schwächen als einträglichen Ideen; immerhin hilft er seinem jungen Freund Terry, einem vorbestraften Ex-Boxer, und vermittelt diesem „Aufpasser“ kleine Jobs, etwa als Rausschmeißer, als Leibwächter, meist Jobs, die ihn an der Grenze der Legalität operieren lassen. Terry bringt verfahrene Situationen ins Lot, bevor Scotland Yard Wind von gelegentlich sehr heiklen Sachen bekommt, wird dabei aber oft übel durchgebeutelt.

Die Situationen wirken lebensecht, der Dialog „sitzt“ – wie so oft in englischen Fernsehspielen – und zwischendurch dreht das meistens sehr ruhige Tempo auch einmal kräftig auf. Die Fans des „Aufpassers“ *sind Leute*, die gerne genau hinhören, etwas für Wortwitz übrighaben und für wirklichkeitsnahe Menschendarstellung. Ob der sehr englische Humor dieser Serie bei der deutschen Synchronisation einigermaßen hinübergerettet werden konnte, bleibt ebenfalls abzuwarten.

SIEGFRIED HELM



Arthur Daley (George Cole, l.) braucht wieder einmal die Hilfe seines Freundes Terry McCann (Dennis Waterman) FOTO: ARD

ARD / ZDF

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

09.25 Sesamstraße
10.00 heute
10.03 Heimat, die ich meine ...
Fernsehfilm (2. Teil)
11.45 Die Altstadt von Krems
12.10 Kontakte
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.10 Tagesschau
16.15 Im Poitou, am Atlantik und entlang der Charente
17.00 Denkste!?
17.50 Tagesschau
Anschl. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Alles oder Nichts
21.00 Panorama
Der sichere Hafen des kalten Krieges oder wie amerikanische Geheimdienste mit Kriegsverbrechern zusammenarbeiten – Ein Bericht nach Dokumenten aus dem Institut für Zeitgeschichte / Zur Entscheidung des Verfassungsgerichtes über Volkszählung:
a) Wie sicher ist der Datenschutz: Fallbeispiel mit einem Computer
b) Was geschieht mit den Boykott*registern?*
c) Interview mit Prof. Joseph Weizenbaum über Chancen und Gefahren der Computergesellschaft / Der Fall „Signal“: Auseinandersetzung um das Personalführungssystem / Konsequenzen aus der Seveso-Affäre.
21.45 Der Aufpasser
Taxi bitte!
Neue englische Krimiserie
Mit Dennis Waterman, George Cole. u. a.
Regie: Francis Megahy
22.30 Tagesthemen
23.00 Kulturweltspiegel
Themen: Oscar 83: Gewinner und Verlierer der Oscar-Preisverleihung werden vorgestellt / Multimedia-Kunst aus Kenia / Ungarische Tänze / Indischer Tanz / Porträt über den brasilianischen Autor Ignatio Loyola de Brandao
23.45 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Mosaik
Für die ältere Generation
Themen: Volkszählung '83 / Bundeskongreß der älteren Generation
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Die Vogelscheuche
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Pussycat
17.50 Das kann ja heiter werden
Tante Brunhildes Millionen
Verrückte Sachen mit Peer Augustinsky, Elke Aberle, Tana Schanzara, Klaus Dahlen u. a.
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Mein Name ist Hase!
Trickreiches mit Bugs Bunny
18.57 ZDF – Ihr Programm
19.00 heute
19.30 Du bist Musik
Deutscher Spielfilm (1956)
21.00 heute-journal
21.20 Klartext: Arbeitszeitverkürzung
Bericht von Rudolf Blank und Bernd Wiegmann
Die Sendung beschreibt anhand konkreter Ansätze in einzelnen Branchen die unterschiedlichen Formen der Arbeitszeitverkürzung: 1. Verkürzung der Wochenarbeitszeit mit dem Ziel 35-Stunden-Woche; 2. Verkürzung der Lebensarbeitszeit mit vorgezogener Rente auf freiwilliger Basis; 3. Teilzeitarbeit; 4. das Problem der Überstunden
22.05 5 nach 10
Weg von der Straße!
Wo kommen genügend Lehrstellen her? Gespräch mit Lehrlingen und Meistern
Anschl. heute

III.

WEST

18.00 Telekolleg
Algebra (14)
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 UFO-Rausch in Südamerika
Film von Rolf Pflücke
21.00 Formel Eins
Die ARD-Hitparade
21.45 Landesspiegel: Szene
Die Monopols: Psycho-Pop aus Leverkusen
22.15 Drei vor Mitternacht
Anschl. Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Die Wüste siegt
Ein Kontinent dörrt aus
19.00 Altes Fachwerk – neues Haus
19.30 Landwirtschaft aktuell
20.00 Tagesschau
20.15 Geschichte der Psychiatrie (5)
21.00 Schauplatz:
Das Chelsea
21.45 Panorama-Nachfrage
22.30 Science-fiction
Kampfstern Galactica
US-Spielfilm (1978)
Regie: Richard A. Colla
00.30 Letzte Nachrichten

HESSEN

18.00 Sesamstraße
18.30 Doctor Snuggles
18.55 Die Abenteuer der Maus auf dem Mars (11)
19.00 Formel Eins
19.45 Praktische Tips
20.00 Tagesschau
20.15 *Die Schlemmerorgie*
Filmkomödie
Regie: Teed Kotcheff
22.05 Drei aktuell
22.20 UdSSR in Nahaufnahme (2)
23.05 Auf dem Marsch zur Wolga

SÜDWEST

18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg
Für Baden-Württemberg:
19.00 Die Abendschau im Dritten
Für Rheinland-Pfalz:
19.00 Die Abendschau
Für das Saarland:
19.00 Magazin Saar 3
Für Gesamt S3:
19.25 Nachrichten
19.30 Die Sprechstunde
Für Baden-Württemberg:
20.15 Frauen im Hause Württemberg (6)
20.30 Marktplatz
Für Rheinland-Pfalz:
20.15 Sport
21.00 Landesspiegel
Für das Saarland:
20.15 Kulturspiegel
21.00 Der Sternenhimmel im April
Für Gesamt S 3:
21.15 Hitchcock: Familiengrab
US-Spielfilm (1976)
23.20 Les Gammas!

BAYERN

18.15 Die Sendung mit der Maus
18.45 Rundschau
19.00 Gespräche mit Christen
19.30 Formel Eins
20.15 Unser Land
20.45 Rundschau
21.00 Die Sprechstunde
21.45 Z. E. N.
21.50 Detektiv Rockford: Anruf genügt
22.35 Im Gespräch
23.35 Rundschau

Der „Vogel des Jahres 1983“: Die Uferschwalbe

Ein eleganter Flieger

Um die Öffentlichkeit auf die Gefährdung dieser kleinsten europäischen Schwalbenart aufmerksam zu machen, hat der Deutsche Bund für Vogelschutz DBV die Uferschwalbe (Riporia riporia) zum „Vogel des Jahres 1983“ erklärt.

Dabei ist der Lebensraum dieses eleganten Fliegers nicht Stadt und Dorf, aber auch nicht Wald und Feld. Sie geht keine Gemeinschaft mit den Menschen ein, wie etwa ihre Vettern, die Rauch- und Mehlschwalben. Sie nistet vielmehr mit Vorliebe in den Steilwänden von Kies- und Sandgruben.

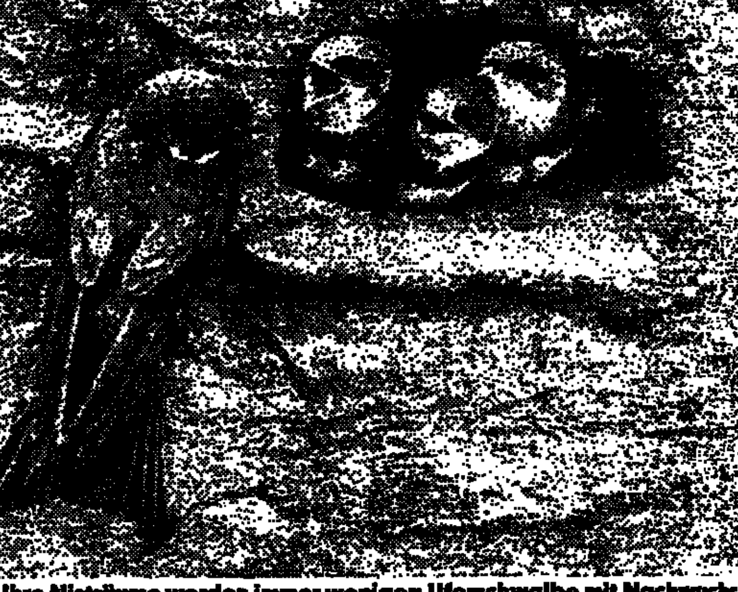
Und doch ist diese Vogelart gefährdet. Deshalb nämlich, weil ihre ursprünglichen Nisträume wie die Steilufer großer Flußläufe durch Ausbau und Regulierungen immer weniger werden und weil an aufgelassenen Kiesgruben und Baggerseen der Freizeitbetrieb störend wirkt. Wo wir solche Steilufer vorfinden mit den charakteristischen Vertiefungen – die Uferschwalbe gräbt bis zu einem Meter lange Niströhren waagerecht in diese Wände hinein –, sollten wir fern bleiben, um diese kaum 12 Zentimeter großen Vögel in ihrem Brutgeschäft nicht zu stören.

Die Uferschwalbe ist ein Zugvogel, der in Kolonien brütet und jetzt im April aus ostafrikanischen Gefilden zurückkehrt. Sein Ruf ist rauh und kratzend, der Schwanz ist kaum gegabelt, aber deutlich ist das braune Brustband auf hellem Grund. Im Mai brütet die Uferschwalbe, dann sitzt sie im Nistkessel am Ende der Niströhre, auf einem Polster aus Federn, Halmen und Grünzeug. Das Gelege besteht aus höchstens sechs Eiern. Sie sind weiß und werden von beiden Altvögeln bebrütet. Wenn sie nach etwa 14 Tagen geschlüpft sind, hokken die Jungen blaßgrau im Nest. Die Alten versorgen sie wenigstens 20 Tage lang, aber die Fürsorge hält selbst dann noch für einige Zeit an, wenn sie flügge geworden sind.

Ihre Nahrung sind die Insekten, die an Gewässern fliegen. Die Uferschwalbe erbeutet sie im Flug. Dabei ist es gleichgültig, ob es sich um ein fließendes oder stehendes Gewässer handelt. Sie ist sogar bereit, auf der Futtersuche größere Entfernungen zu überbrücken.

Bis zum August, wo sie zum Ende des Monats oft schon wieder auf Wanderung geht, hat sie häufig zweimal gebrütet. So wie sie diesem Geschäft in Kolonien obliegt, zieht sie auch wieder davon in die wärmeren Gefilde. Dann sammeln sie sich in ganzen Schwärmen, um im nächsten Frühjahr zurückzukehren. Wir sollten Sorge tragen, daß dieser gesellige Vogel unserer heimischen Tierwelt erhalten bleibt, daß wir ihn im Brutgeschäft nicht unbedacht stören und seine Nistplätze erhalten.

SIEGFRIED IHLE



Ihre Nisträume werden immer weniger: Uferschwalbe mit Nachwuchs FOTO: DIE WELT

KRITIK

Schicke Sturzflut

„Der Historiker muß alt werden“, pflegte der unvergessene Franz Schnabel zu sagen, „denn erst auf der Höhe seiner Jahre wird er zu einem reifen und ausgewogenen Urteil kommen.“ Damals, im Audimax der Münchner Ludwig-Maximilians-Universität, begriff das Auditorium, daß Zeitgeschichtler mit der Hoffart buhlen, wenn sie werten und einordnen wollen, wo man allenfalls Quellen sichern und sichten kann. Das Unterfangen also, das der Westdeutsche Rundfunk jetzt mit einer zehnteiligen Fernsehserie wagt – **„Abenteuer Bundesrepublik“** – darf dieser strukturellen Zweifel wegen zunächst mal als „Abenteuer WDR“ betrachtet werden.

Rodomontaden jedenfalls wie das vollmundige Selbstlob, dies sei „der erste Versuch, die Geschichte unseres Staates umfassend darzustellen“, tönen nach der Auftaktsendung aus dem Bonner Museum König noch reichlich hohl. Sicher, diese Montagen aus Bild und Ton, aus Wochenschauschnipseln und Liedfetzen, aus Pantomime, Kabarett, Gesprächen und Moderation waren durchaus schick gemacht; didaktisch jedoch hat der erste, als Exposition gedachte Abend wohl seinen Zweck verfehlt: Der Normalkonsument mußte einfach in diesen Strudeln, in dieser Sturzflut von Impressionen untergehen.

Das mag sich ändern, wenn, wie geplant, die einzelnen Sendefolgen (jeweils montags um 20.15 Uhr) thematisch in engerem Rahmen bleiben, etwa: Staat auf Befehl – Wir sind wieder wer – Entspannung – Mehr Demokratie – Zur Lage der Nation. Ob es den Autoren freilich gelingt, das Geschichtsbewußtsein ihres Publikums zu vertiefen, das steht dahin. Denn was sie „multimediales Tatsachenspiel“ nennen und ein „Stationendrama der wichtigsten Ereignisse, *Wendepunkte und Zielmarken*“, kann eben – siehe oben – nicht viel mehr sein als eine Gedächtnisauffrischung im Zeitraffertempo. Autor Harbecke gebrauchte die Wendung von einer „Selbsterkundung auf eigene Gefahr“. Wie wahr!

HORST STEIN

STUDIO

Auf westliche Satelliten-TV-Sendungen für Ungarn will die Magyar Televizió (MTV) – nach den Worten ihres Präsidenten Richard Nagy – mit einer deutlichen Qualitätsverbesserung reagieren. Damit will man erreichen, daß das eigene Publikum westliche Satellitensendungen nur gelegentlich einschaltet. In Ungarn selbst soll das Satelliten-Fernsehen 1986 oder 1987 als 3. Programm der MTV Premiere haben; dazu wird ein Kanal des sowjetischen Fernseh-Satelliten gemietet.

Wie Richard Nagy in einem Interview mit dem KP-Zentralorgan „Népszabadság“ sagte, arbeitet von allen osteuropäischen Fernsehanstalten nur Magyar Televizió „noch“ mit Gewinn.

Nach seinen Angaben stammen die technischen Einrichtungen der MTV – wie auch die aller anderen osteuropäischen Anstalten – aus dem Westen.

KULTURNOTIZEN

Kurt Ziesels 1950 geschriebener großer Zeitroman „Und was bleibt ist der Mensch“ ist jetzt in einer Sonderausgabe neu herausgekommen. Er liegt im 400. Tausend vor.

Das 23. Internationale Chortreffen findet am Sonntag in der Basilika *von Loreto* (Italien) seinen Abschluß. Ehrengäste waren u. a. der Augsburger Knabenchor und der Chor des Freiburger Münsters.

„Verboten, verfolgt“ heißt eine Ausstellung im Duisburger Lehmbruck-Museum, die Werke der in der NS-Ära als „entartet“ bezeichneter Künstler zeigt. Sie wird am Sonntag eröffnet und dauert bis zum 23. Mai.

Der Frankfurter Jugendbuchkongreß 1983 wird unter dem Thema „Von Robinson bis Micky Maus. Klassiker der heutigen Jugend“ vom 28. bis 30. September in der Universität Frankfurt abgehalten.

Der Oberschwäbische Kunstpreis (25 000 Mark) wird erneut ausgeschrieben. Informationen beim Landratsamt, Postfach 1662, 7950 Biberach 1.

Verzichten auf Honig

JGG. – „Wortbetrug ist schlimmer als Geldbetrug" steht im Babylonischen Talmud. Ob „Interpress", die offizielle polnische Nachrichtenagentur für die Auslandsarbeit, den Talmud kennt? Sie gab jetzt einen wohlbebilderten Band „Polnische Juden – Geschichte und Kultur" heraus. Da liest man, daß die Polen den Juden vor allem Gutes taten, während der Antisemitismus eine obskure Sache war, für die der Staat zu keiner Zeit haftbar gemacht werden kann. Was zerstört wurde, wurde nur durch den „Hitlerfaschismus" vernichtet. Die Frage, warum die Überlebenden des Holocaust nach 1945 Polen bis auf einen winzigen Rest verließen, stellt das Buch gar nicht erst.

Und auch die Zeitungen befassen sich nicht damit. Sie sehen nur das Positive. So schickte die Parteizeitung „Trybuna Ludu" den Feiern zum 40. Jahrestag des Warschauer Getto-Aufstandes ein großes Interview voraus. Allerdings ging es da nicht um die Historie, bei der Polen und vor allem Sowjets nicht sehr gut wegkommen, sondern die Pläne des Jüdischen Theaters in Warschau zu seinem hundertjährigen Bestehen und seine bevorstehende Amerika- und Kanada-Tournee.

In „Trybuna Ludu" ist von der Toleranz der Militärregierung die Rede, nicht aber davon, daß 95 Prozent der Besucher des Theaters die Übersetzer-Anlage benutzen müssen, weil sie kein Jiddisch verstehen. Da wird an Esther Rahel Kaminska, die bedeutende Schauspielerin, erinnert, nicht aber an ihre Tochter Ida, die das Jüdische Theater nach dem Krieg wiederaufbaute, das Land jedoch wegen der antizionistischen, antisemitischen Kampagnen verließ.

Es ist recht viel, was polnische Juden in den seltsamen Lobreden der „Trybuna Ludu" oder dem Band von Interpress vermissen. Sie kennen eben nicht nur die Zeitung, sie kennen auch die Wirklichkeit. Und sie kennen das Wort aus dem Midrasch: „Man sagt zur Biene: Ich verzichte auf deinen Honig – verschon mich mit deinem Stachel."

„Damnatio memoriae": Was uns die Restaurierung römischer Statuen lehrt

Als Nero zum Domitian wurde

Trifft man im Museum auf antike Statuen oder Köpfe, so sind diese meist stark demoliert, was nach einigen Jahrtausenden niemanden verwundert. Doch längst nicht alle Zerstörungen sind zufällig oder durch Kriege und Völkerwanderungen verursacht. Ein großer Teil prominentester Köpfe vor allem aus der römischen Kaiserzeit ist planmäßig zerstört worden, ihnen sind die Augen ausgemeißelt, die Nasen abgeschlagen worden, weil man sie unkenntlich machen und ihr Andenken auslöschen wollte.

Es gab im antiken Rom für Personen, die sich unbeliebt machten, die Strafe der „damnatio memoriae" – der Vernichtung des Gedenkens, die u. a. darin bestand, daß die Porträts dieser Persönlichkeiten zerstört wurden. Statuen und Büsten, die in der Öffentlichkeit aufgestellt waren, wurden oft auch in Flüsse geworfen. Aus dem Tiber und anderen Flüssen tauchen immer einmal wieder Bildnisse auf, die teilweise vorher „hingerichtet" wurden. Auch Porträt-Münzen wurden entweder eingeschmolzen oder – wenn ihr Besitzer an ihnen die öffentliche Bestrafung vollziehen wollte, ohne sie als Wertobjekt zu verlieren – mit einem Meißelhieb über der Gesichtspartie unkenntlich gemacht. Von Staats wegen wurden zum Beispiel Sesterzen des Kaisers Caligula dieser Bestrafung unterzogen, indem man bei ihnen das „C" des Namens durch einen Hieb mit einem Metallstab oder mit einer Feile entfernte.

Das ist sozusagen die Gegenseite des besonderen Schutzes, den die Kaiserbildnisse während der Herrschaftszeit genießen. So wird ein „Prokonsul" von Bithynien im Jahr 14 oder 15 nach Chr. in Rom vor Gericht gestellt, weil er ein Augustusbildnis entfernen und durch ein Bild des neuen Kaisers Tiberius ersetzen ließ. Die „damnatio memoriae" stand nur dem Staat zu. Als erstem passierte das Caligula nach seiner nur vierjährigen Regierungszeit, doch noch in vorsichtiger Form. Sein Nachfolger Claudius mildert den Beschluß des römischen Senats. Er läßt die Statuen nur fortschaffen, nicht zerstören. An Nero, dem Rom-Brandstifter, läßt sich nach seiner „damnatio" der Volkszorn voll aus.

Der Berner Archäologe Professor Dr. Hans Jucker weist darauf hin, daß man von Caligula bis heute etwa 30 Statuen, Büsten und Köpfe gefunden hat, von Tiberius (der 23 Jahre regierte) etwa drei- bis viermal soviel, von Claudius (13 Jahre Regierungszeit) etwa siebzig, von Nero (14 Jahre Regierungszeit) dagegen nur ein rundes Dutzend. Man kann aus diesen Zahlenverhältnissen zwar nur sehr vorsichtige Schlüsse ziehen, da man nicht weiß, wie viele Plastiken zu Lebzeiten der verschiedenen Herrscher aufgestellt wurden und ob nicht bei der Thronbesteigung ein erster großer Schub von Ehrungen durch Errichtung von Porträtdenkmälern erfolgte, der sich nachher nicht mehr wiederholte. Doch das Mißverhältnis zwischen Zahl der erhaltenen Statuen und der Regierungszeit einerseits für die frühen Kaiser und andererseits für Nero ist so markant, daß man es eigentlich nur darauf zurückführen kann, daß erstmals bei Nero die Strafe der Gedächtnisvernichtung gründlich ausgeführt wurde.

In jüngster Zeit hat man entdeckt, daß die „bestraften" Bilder keineswegs spurlos verschwanden – soweit sie nicht aus Bronze bestanden und eingeschmolzen wurden. Wenn sie aus einem so teuren Material wie Marmor gearbeitet waren, wurden die Statuen der zum Vergessen verurteilten Kaiser einfach in ein neues Porträt verwandelt. Hans Jucker hat das anhand vieler neuer Beispiele belegt: „Statt die Bilder von Leuten, deren zu gedenken verboten war, zu zerstören oder doch unkenntlich zu machen, war es offenbar erlaubt, sie zu Ehren anderer umzugestalten und umzubenennen, ohne daß einem so entstandenen Denkmal ein Makel angehaftet hätte."

Man nahm Statuen den Kopf ab, meißelte ihn um und setzte ihn wieder auf. Die dabei entstehenden Probleme waren nicht juristischer, sondern technischer Art, weil man Kopfform, Frisur und Gesichtszüge völlig umändern mußte. So finden sich bei vielen Porträts noch Überreste der vorigen Frisur an verborgenen Stellen. So hatten die Bildhauer nach der Ermordung Caligulas im Jahr 41, als überraschend sein Onkel Claudius Kaiser wurde, eine wahre Hochkonjunktur. Man kennt allein vier oder fünf von „Caligula auf Claudius" umgearbeitete Köpfe.

Gelegentlich ging die Sparsamkeit sogar so weit, daß Teile der Porträts, die nicht paßten oder die zerstört waren, einfach mit Gips ausgebessert wurden. So mußten einem Porträt Neros für die Umarbeitung auf Domitian die vorher „strafweise" ausgehauenen Augen wieder eingesetzt werden.

Auffallend ist, daß diese Umarbeitung erst nach mehr als einem Jahrzehnt nach dem Tode Neros durchgeführt worden sein kann (in der Zwischenzeit regierten ja noch fünf andere Kaiser, darunter für mehrere Jahre Vespasian und Titus). Offenbar haben die Bildhauerwerkstätten sich nach der Freigabe von „verurteilten" Kaisern wie Nero ein Depot von Statuen und Porträts angelegt und sie erst dann verarbeitet, wenn der Kopf eines neuen Kaisers im Format auf den Kaiser im Depot paßte. Da Vespasian und Titus ungewöhnlich breite Gesichter besaßen, schien es wohl unrentabel, sie aus einem Nero-Kopf herauszuhauen. Man sparte sich das Kaiserkopf-Material für den nächsten Machtwechsel auf, so vermutet jedenfalls Jucker bei Domitians Kopf, der sich aus Nero herausmeißeln ließ.

So erwies sich, aus unserer Zeit betrachtet, die „damnatio memoriae" als eine recht zwiespältige Strafe.

HARALD STEINERT



Idylle in den Sabiner Bergen: „Aussicht von dem Landhause des Horaz" (Ausschnitt, 1780), von Philipp Hackert, aus der Düsseldorfer Ausstellung FOTO: KATALOG

Düsseldorf: Verschollene Gemälde von Hackert

Hier irrte Herr Goethe

Es war eine dauerhafte und fruchtbare Freundschaft, die Goethe über Italien hinaus mit dem brandenburgischen Maler Jakob Philipp Hackert (1737–1807) verband; und es war ein besonderes Geschenk des Zufalls zum Goethe-Jahr, als im vorigen Frühjahr in Wien unverhofft zehn verloren geglaubte Bilder Hackerts auftauchten, von denen wir nur durch verschiedene Kopien Kenntnis hatten. Auch Goethe hat sie nicht gekannt und in seiner Lebensbeschreibung des Malers vor zweihundert Jahren bereits ihren Verlust beklagt: „Zu gleicher Zeit (1780) malte er (Hackert) viele Staffeleigemälde, unter anderem zehn Ansichten von dem Landhause des Horaz, welche ihm damals die Königin von Neapel abkaufte, um ihrer Frau Schwester, der Erzherzogin Marie Christine von Brüssel, ein angenehmes Geschenk zu machen. Allein das Schiff, das diese Bilder führte, ging auf der Seereise zu Grunde."

Aber, gottlob, hier irrte Goethe mal wieder, wahrscheinlich weil Hackert selber seine Bilder für „untergegangen" hielt. Denn Goethes „Biographische Skizze" des Freundes (enthalten in den „Schriften zur Kunst") stützte sich ja auf dessen Angaben und Aufsätze; sie wurde, Hackerts Wunsch gemäß, erst nach seinem Tod veröffentlicht. Es ist wohl anzunehmen, daß die zehn Bilder gar nicht per Schiff, sondern auf dem Landweg (oder mit einem anderen Schiff) nach Brüssel gebracht wurden, von wo sie dann auf ungewissen Wegen schließlich nach Wien gelangten. Mit ihrem dortigen Auftauchen gerieten sie natürlich sofort erneut in Gefahr, einzeln verkauft und in alle Winde zerstreut zu werden.

Es ist dem rasch entschlossenen Handeln des Düsseldorfer Museumsleiters Jörn Göres (der die zuständigen Behörden von der Bedeutung des Fundes überzeugen konnte) und der verantwortungsbewußten Haltung des Wiener Kunsthändlers Chr. M. Nebehay zu danken, daß die vollständige Bilderfolge jetzt als Dauerleihgabe der Bundesrepublik Deutschland im Düsseldorfer Goethe-Museum eine neue und hoffentlich endgültige – jedenfalls eine ideale Bleibe gefunden hat. Hier werden die zehn auffallend gut erhaltenen Bilder in einer Sonderausstellung nun erstmals der Öffentlichkeit gezeigt.

Goethe hatte offenkundig selbst keine rechte Vorstellung von diesen Arbeiten des Freundes; denn seine Bezeichnung „Staffeleigemälde" erscheint angesichts der Originale doch einigermaßen übertrieben. Es handelt sich um Gouachen, eher intimen Formats (33x44 cm), jede einzelne mit Datum und genauer Ortsangabe versehen. Sie vermitteln zehn verschiedene Ausblicke von jenem Landhaus des Horaz in den Sabiner Bergen, das der römische „Mäzen" Maecenas seinerzeit dem Dichter geschenkt hatte, Ausblicke auf Dörfer, Berge und Ruinen, auf schroffe Felsen und weite Täler, Flüsse, Quellen, ländliche Idyllen, von Spaziergängern, Bauern und Hirten mit ihren Herden belebt. Es sind reine Veduten von „lieblicher Zuverlässigkeit", wie Goethe und seine Zeitgenossen sie liebten, Landschaften, die in geklärter Wiedergabe topographische Genauigkeit mit idealer Komposition in Einklang bringen und „als praktische Nachbildung der Wirklichkeit nichts Vollkommeneres denken lassen" (Goethe).

Auch wer dieses überschwengliche Lob des Dichters mit gebotenem Vorbehalt aufnimmt, wird sich dem poetischen Zauber dieser Bilder, ihrer stillen Schlichtheit und edlen Größe, der formalen und atmosphärischen Harmonie der rhythmischen Gestaltung schwerlich entziehen können. Es gibt sicher schwächere Bilder von Philipp Hackert, über dessen größtenteils in Privatsammlungen weitverstreutes Gesamtwerk ein gerechtes Urteil schwer zu bilden ist, einfach weil ein gültiger Überblick sich, wenn überhaupt, nur mühsam zusammenbringen läßt.

Der Düsseldorfer Zyklus und das Zeugnis Goethes mögen nun andere Museen vielleicht ermuntern, diesem vernachlässigten Deutsch-Italiener wieder mehr Aufmerksamkeit zu widmen und seine bedeutsame Stellung zwischen Rokoko und Klassizismus, zwischen Idylle und Idealismus, Romantik und Realismus neu zu erkunden. Die Horaz-Veduten bezeugen es beispielhaft und – wieder einmal – Goethe mit seiner treffenden Feststellung, hier werde die „Wendung vom Idealen zum Realen" vollzogen. (bis 24. April; Katalog 18 Mark)

EO PLUNIEN

JOURNAL

Stuttgart zeigt „Ferne Völker – Frühe Zeiten"

DW. Stuttgart

Zuerst war sie in Essens Villa Hügel (s. WELT v. 8. 5. 82) zu sehen, dann in Wien und in Teilen auch in Bonn. Nun ist die Ausstellung „Ferne Völker – Frühe Zeiten" nach Stuttgart zurückgekehrt. Allerdings muß sie, da die Renovierung des Linden-Museums erst 1984 abgeschlossen sein wird, mit einem Ausweichquartier im Württembergischen Kunstverein vorlieb nehmen. Die Ausstellung gibt einen Überblick über die völkerkundlichen Sammlungen des Stuttgarter Linden-Museums, die alle Kontinente umfaßt, aber in wesentlichen Teilen noch nicht öffentlich gezeigt werden konnte. Der zweibändige Katalog kostet 38 Mark, im Buchhandel (Bongers-Verlag, Recklinghausen) 48 Mark. Die Ausstellung ist bis zum 23. Mai zu sehen.

Biennale-Direktoren nach Parteiproporz

M. v. Z. Venedig

Nach langen Querelen wurden jetzt auch die Posten der sechs Direktoren der Biennale besetzt. Unter dem neuen Biennale-Präsidenten, dem Architekten Paolo Portoghesi, und dem neuen alten Generalsekretär, Sisto dalla Palma, werden künftig die Sektionen leiten: Carlo Fontana, der Assistent des Scala-Direktors, die Sektion Musik; der römische Kunsthistoriker Maurizio Calvesi die Sektion Kunst; der Direktor der Filmfestspiele in Venedig bis 1968, Gian Luigi Rondi, die Sektion Film. Die Architektur übernimmt der bekannte Architekt Aldo Rossi, das Theater Giorgio Strehler (der außerdem die Direktorate des Mailänder Piccolo Teatro und des Europäischen Theaters in Paris beibehält) und die Sonderaufgaben Luigi Detrazzi. Die Verteilung der Direktorenposten erfolgte nach einem mühsam ausgehandelten Proporzschlüssel. Drei Stühle erhielt die Democrazia Cristiana (u. a. dalla Palma und Rondi), je zwei Sozialisten (u. a. Strehler) und Kommunisten (u. a. Rossi).

Erstmals deutsche Filmwochen in Japan

dpa, Tokio

In Tokio und Osaka finden die ersten kommerziellen deutschen Filmwochen in Japan statt. Auf Initiative der Exportunion des Deutschen Films, dem japanischen Verleih Daiei International und den lokalen Goethe-Instituten soll das Kinopublikum 14 Tage lang Gelegenheit haben, sich mit in Japan weitgehend unbekannten Produktionen jüngerer bundesdeutscher Regisseure wie Wim Wenders („Der Stand der Dinge"), Werner Herzog („Fitzcarraldo"), Helma Sanders-Brahms („Deutschland bleiche Mutter") und Rainer Werner Fassbinder („Die Sehnsucht der Veronika Voss") vertraut zu machen.

Europa-Preis für Landespflege verliehen

dpa, Basel

Der mit 20 000 Schweizer Franken (rund 24 000 Mark) dotierte Europa-Preis für Landespflege wird in diesem Jahr zu gleichen Teilen dem Norweger Lars N. Overrein aus Oslo und dem Rumänen Laurentiu Palade aus Iasi zugesprochen. Overrein wird für „seine großen, weit über sein Heimatland hinaus anerkannten Verdienste bei der Bekämpfung von Schäden durch Umweltchemikalien auf Böden, Gewässern und Wäldern" ausgezeichnet. Dem rumänischen Professor Palade wurde der Preis für seine Leistungen auf dem Gebiet der Landschaftsgestaltung im ländlichen Raum und der Planung von Parkanlagen und Gärten zugesprochen. Der Preis wird von der Johann-Wolfgang-Goethe-Stiftung in Basel alljährlich zur öffentlichen Anerkennung beispielhafter Leistungen auf dem Gebiet der Landespflege in Europa verliehen.

Güneys Filme und Bücher in der Türkei verboten

AP, Ankara

Die türkischen Kriegsrechtsbehörden haben in vier östlichen Provinzen des Landes Bücher, Filme und Fotos des ausgebürgerten Filmregisseurs Yilmaz Güney verboten. Dem 52 Jahre alten Güney, dessen Film „Yol" (Der Weg) bei den Filmfestspielen in Cannes im vergangenen Jahr die Goldene Palme erhielt, war im Oktober die türkische Staatsangehörigkeit aberkannt worden. Er lebt jetzt in Frankreich.

Gab es auf Samoa doch Gruppensex?

DW. Bonn

Die Forschungsergebnisse der amerikanischen Anthropologin Margaret Mead, die von ihrem Kollegen Derek Freeman wegen ihres 1929 erschienenen Buches „Leben in der Südsee" heftig angegriffen wurde (s. WELT vom 4. 2. 1983), sind jetzt von einer Reihe von Völkerkundlern bestätigt worden. Freeman hatte behauptet, Margaret Meads Forschungen über die freie Liebe bei den Teenagern auf Samoa entbehrten jeder wissenschaftlichen Grundlage. Die Verteidiger von Margaret Meads Buch erklärten dagegen, da die Anthropologin in den zwanziger Jahren, Freeman jedoch von 1940 bis 1981 in der Südsee gelebt habe, müsse man davon ausgehen, daß beide Forscher unterschiedliche Gesellschaftsstrukturen vorgefunden hatten.

Ausblick auf das Europäische Musikjahr 1985

Die Jugend soll's richten

Das sinnvollste Programm zum ‚Europäischen Jahr der Musik' wäre vielleicht gewesen, ein Jahr lang gar keine Musik zu spielen. Dann hätten die Leute bemerkt, was ihnen ohne Musik abgeht." Meint Andreas Eckhardt, der Generalsekretär des Deutschen Musikrats – im Scherz. Aber ein Körnchen Ernst ist doch dabei. Wohl kaum jemand wird die Musik als einen Defizitbereich im öffentlichen Bewußtsein bezeichnen wollen. Vergleichbare Impulse, wie sie etwa vom „Jahr der Behinderten" für die Daseinsbedingungen der betroffenen Mitbürger ausgegangen sind, sollte man sich vom Musikjahr 1985 kaum erwarten. Kultur-Europa singt und klingt schon längst rund um die Uhr, Musiker sind eine sozial geachtete und integrierte Gruppe, die Subventionsverpflichtung für musikalische Hochkultur ist unbestritten.



Präsident des Deutschen Nationalkomitees für das Europäische Musikjahr: Bayerns Kultusminister Hans Maier FOTO: KUCHARI

Dennoch hat das Europa-Parlament in Straßburg den Europarat und die Europäischen Gemeinschaften aufgefordert, das Jahr 1985 zum „Europäischen Jahr der Musik" zu erklären. Äußerer Anlaß sind die dreihundertsten Geburtstage der Komponisten J. S. Bach, Händel und Domenico Scarlatti, dazu der 400. von Heinrich Schütz und der 100. von Alban Berg. In ihrem besonderen Zeichen soll das Jahr denn auch stehen.

Man weiß es: Wenn Europa etwas in die Hand nimmt, triumphiert die Bürokratie. Erst einmal wurde also ein europäisches Organisationskomitee gegründet mit Ex-Bundespräsident Walter Scheel als Präsidenten, Rolf Liebermann und dem künftigen Pariser Opernchef Massimo Bogianckino als Vizepräsidenten. Es soll die nationalen Aktivitäten koordinieren und ein Programm auf europäischer Ebene entwickeln.

In den Mitgliedsstaaten der Gemeinschaften sind nun wiederum Nationalkomitees zu gründen, und das für die Bundesrepublik hat sich kürzlich in Bonn unter der Präsidentschaft des bayerischen Kultusministers Hans Maier konstituiert. Ein fast überraschender deutscher Pragmatismus: Die meisten Aufgaben sind dem Deutschen Musikrat übertragen worden, der sich ohnehin im tönenden Metier auskennt.

Was Europa das Jahr der Musik ist, ist der UNO das „Jahr der Jugend". Das steht ebenfalls für 1985 an. Diese Gelegenheit wollen nun die Musikräte nutzen, die Brücken des Musikjahres auch nach Osten zu schlagen. Ein bißchen pikiert waren die sozialistischen Länder nämlich schon, so mir nichts, dir nichts aus einem europäischen Musikjahr ausgeklammert zu werden. Ost-West-Grenzen hat die Musik in Europa ja nie akzeptiert, und auch heute klappt die Zusammenarbeit von Ost und West im Internationalen Musikrat wohl besser als in irgendeinem anderen Gremium. Und schließlich: Die Geburtsorte von Bach, Händel und Schütz liegen auf heutigem „DDR"-Territorium.

Die „DDR" wird denn auch 1985 die Jahrestagung des Internationalen Musikrates ausrichten, und sie findet statt gleich im Anschluß an die zentrale Musikjahresveranstaltung der Bundesrepublik, ein Festival (plus musikwissenschaftlichem Kongreß) in Westdeutschlands neuer Bach-Metropole Stuttgart.

„Musik und Jugend" wird also die heimliche Devise vieler Veranstaltungen lauten. Das heißt: In der Bundesrepublik werden einige sonst nur nationale Treffs europäisch geöffnet. So zum Beispiel der Chorwettbewerb in Hannover oder die von der Ponto-Stiftung gesponsorte Veranstaltung „Schulen musizieren", die sich 1985 in Berlin vor allem den Musikgruppen von Gastarbeiterkindern widmen will.

Die einzelnen Landesmusikräte werden „Eurotreffs" beisteuern, vor allem der Popularmusik und der Folklore gewidmete Wochenendveranstaltungen. Und ein Leckerbissen könnten die Konzerte der Preisträger der „Jugend musiziert"-Wettbewerbe werden, bei denen sich Solisten aus den verschiedenen Ländern zu Kammermusik-Formationen zusammenschließen.

Besondere Etatmittel für das Musikjahr gibt es allerdings nicht. Im Bereich der Festivals, der Opern und der professionellen Konzertveranstaltungen können die Komitees nur versuchen, Koordination durch Information zu erreichen. Auch spektakuläre Tourneen und Austauschgastspiele wird es kaum in gesteigertem Maße geben: kein Aix-en-Provence in Herrenhausen, kein Schwetzingen in Glydebourne. So bestehen gute Aussichten, daß die Straßburger Idee zum einen nicht allzu viel kostet – und daß das Musikjahr nicht sonderlich auffällt. Was ja nicht heißen muß, daß es 1985 nicht auffällig viel gute Musik geben soll.

REINHARD BEUTH

Jean-Jacques Beineix' Film „Diva" angelaufen

Romanze eines Postboten

Auf der letzten Berlinale wurde er als Geheimtip gehandelt: „Diva", der Erstling des 36jährigen Franzosen Jean-Jacques Beineix. Dieser Film gibt sich als Großstadt-Odyssee zwischen Traum und Wirklichkeit, zwischen Pop und Belcanto. Ein junger Pariser Postbote, der Held des Geschehens (Frédéric Andrei), hat sich eine Rolls-Royce-Trophäe als Statussymbol an sein Moped montiert. Er haust in einer riesigen Garage inmitten von verschrotteten Oldtimer-Karosserien, Warhol-Postern, Stereo-Anlagen und ganzen Stapeln von Tonbändern. Ein Kameraschwenk über dieses kuriose Ambiente genügt, und man weiß, was der junge Mann liebt: klassische Musik und High Tech.

Gleich zu Beginn des Films sitzt er in voller Postboten-Montur im Parkett der Pariser Oper und himmelt eine schwarze Diva (Wilhelmina Wiggins Fernandez) an, die Arien aus der fast vergessenen Katalani-Oper „La Wally" singt. Der Star lehnt Schallplattenaufnahmen kategorisch ab, was den Postboten zur unerlaubten Selbsthilfe greifen läßt: Er macht einen Mitschnitt ihres Live-Konzerts. Ihr langes Silberkleid, das er aus der Garderobe gestohlen hat, schlingt er wie einen Schal um den Hals, wenn er nach dem Konzert per Moped durch die Seine-Metropole braust. Eine verrückte Romanze hat begonnen, denn der Postbote wird seine Diva wiedersehen.

Dabei läßt es Beineix aber nicht bewenden. Unversehens macht er seinen Helden zur Hauptfigur in einem handfesten Thriller, der schrill mit der Romanze kontrastiert. Ein Callgirl wird auf offener Straße ermordet, weil sie dem Boß eines Rauschgift- und Mädchenhandel-Ringes auf die Spur gekommen ist, der zufällig Chefkommissar der Pariser Polizei ist. Doch die junge Frau nimmt ihr Geheimnis nicht mit ins Grab. Sie hat das Tonband mit ihrem Geständnis in die Posttasche des Briefträgers geworfen, der davon lange Zeit nichts ahnt. Gangster setzen sich auf seine Fährte.

In Frankreich und Amerika genießt „Diva" mittlerweile den Ruf eines Kultfilms und wurde mit Lob überschüttet. Warten wir ab, was das junge deutsche Publikum darüber denkt, denn „Diva" kommt – ganz gleich in welchem Land – vor allem bei jungen Leuten an. Kein Wunder, Beineix hat in sein Opus hineingepackt, was gerade „in" ist. Er jongliert kühn mit Versatzstükken der Pop-art, macht kleine Reverenzen an Roller-Discos und indische Gurus, spielt mit psychedelischen Farben und Klängen, mischt harten Rock und große Oper, Großstadtabenteuer von heute mit Autofriedhof-Romantik von gestern. Er stilisiert Straßen und Parks von Paris zu einem fremden, schönen Märchenreich, um sie alsbald wieder zu entzaubern und in die ganze Schäbigkeit einer Welt aus Spielhöllen, Betonklötzen und monströsen Parkhäusern hineinzutauchen, wo an jeder Ecke das Verbrechen lauert.

Beineix pokert geradezu mit Spiegeln, glänzenden Karosserien, lackierten Wänden und Wasserpfützen, um die Wirklichkeit und ihre Protagonisten immer wieder hin- und herzuzerren. Er hat sich in seinem Erstling, der ohne Frage ein beachtliches handwerkliches Können verrät, vorgenommen, seine Zuschauer mit außergewöhnlichen Bildern zu überraschen und in Atem zu halten. Und das ist ihm gelungen.

Der Film, der in allen Nuancen von Blautönen schwelgt, wirkt – und das erklärt nicht zuletzt seinen Erfolg – wie eine Droge, zumindest wie ein spritziger Cocktail. Ist der Rausch verflogen, bleibt freilich ein leichter Nachgeschmack zurück. „Diva" entpuppt sich dann – nüchtern betrachtet – doch nur als eine geschickte Collage synthetischer Oberflächenreize. Ein allzu bunt verpacktes Knallbonbon in Plastikfolie.

DORIS BLUM



Gerät durch seine Liebe zur Oper in arge Bedrängnis: Frédéric Andrei als Postbote in Beineix Film „Diva" FOTO: DIE WELT

Preis für das „Europäische Museum des Jahres"

Rosen nach St.-Denis

Der Preis für das „Europäische Museum des Jahres", 1977 unter dem Patronat des Europarats zum ersten Mal vergeben und für 1982 von der Arthur Andersen Foundation gestiftet, wurde jetzt in der Piccola Scala von Mailand dem Musée d'Art et d'Histoire in Saint-Denis in Frankreich verliehen. Die Sonderpreise der Bank of Ireland für Spezialausstellungen gingen an das Blindenmuseum in Brüssel für die Ausstellung „Die Kathedrale", an das Yorkshire in York für „Die Wikinger in England" und an das Guiness Museum in Dublin für „Der Wein des Landes – James' Blick auf Guiness und auf Dublin".

Unter den sieben mit einer Sondernotiz vermerkten Museen ist das neue Archäologische Museum von Kelheim. Im Text des Auswahlkomitees steht außerdem: „In der Bundesrepublik schätzten wir besonders das neue Stadtmuseum von Bergisch Gladbach, dessen Direktor mit wenig Mitteln und bemerkenswertem Geschick ein ungewöhnlich interessantes und attraktives Museum geschaffen hat. Wenn seine letzten Abteilungen in ein bis zwei Jahren vollendet sein werden, wird Bergisch Gladbach vermutlich eines der populärsten kleinen Museen Europas sein."

In dem Podiumsgespräch über das zukünftige Image der Museen: „Kultur – Schauspiel oder Geschäft?" erfuhr man, daß Europas Museen sich alle fünf Jahre um zehn Prozent vermehren. Einer der vier Teilnehmer, der Vater der Industrie-Archäologie, Sir Kenneth Hudson, nannte Museen „das Gedächtnis eines Landes". Kein Gedächtnis zu haben, hieße politisch und kulturell zu verarmen. Nach den tiefschürfenden Ausführungen der Podiumsteilnehmer, darunter die Mailänder Architektin Gae Aulenti, die den internationalen Wettbewerb für den Umbau des Gare d'Orsais in Paris zu einem Museum gewonnen hat, erklärte Sir Hudson die Kriterien, nach denen in diesem Jahr 42 Museen in allen Ecken Europas beurteilt wurden (für 1984 haben sich bereits 60 Museen angemeldet). Neben der obligaten Qualität der Sammlungen sind das: Wie werden sie präsentiert? Wird für den Komfort der Besucher gesorgt? Ist das Personal freundlich und lebt es in Frieden miteinander? Gibt es Broschüren, Postkarten, Souvenirs? Wird das Museum wie ein modernes Unternehmen geführt?

Italiens Minister für die Kulturgüter, der die Gleichgültigkeit des Staates gegen seinen größten Reichtum, die nur mit 0,2 Prozent des Staatsbudgets bedachten Kunstschätze, beklagte, teilte die Meinung, daß kleine, intelligent gemachte und geführte Museen in kleinen Orten das Ideal für diese Archive der Vergangenheit seien.

MONIKA von ZITZEWITZ

Not-Telefon hilft den Jüngern beim „Ausstieg"

Berlin startet neue Offensive gegen obskure Jugendsekten

F. DIEDERICHS, Berlin

In der Auseinandersetzung mit umstrittenen Jugendsekten und obskuren religiösen Seelenfängern haben der Berliner Senat und die evangelische Kirche eine neue Offensive gestartet. Ein seit einigen Tagen geschaltetes Not-Telefon (0 30 / 8 33 30 90) soll für all jene Sektenjünger zum Anlaufpunkt werden, die aus eigener Kraft den „Ausstieg" aus der psychischen Abhängigkeit nicht mehr schaffen.

„In Berlin haben Sekten und Jugendreligionen mehr als 10 000 junge *Menschen fest im Griff*", rechnete jetzt der evangelische Jugendpfarrer Thomas Gandow (36), der das Not-Telefon betreut, vor. Deshalb wird in der Jugendverwaltung des Berliner Senats zusätzlich eine Abteilung vollauf damit beschäftigt werden, die Aktivitäten und Lockmethoden der rund 500 religiösen Jugendvereinigungen und Sekten an der Spree zu beobachten und zu analysieren.

Von allen deutschen Großstädten gilt Berlin für Jugendsekten derzeit als „Testmarkt und Zentrum Nummer eins", so Pfarrer Gandow, der seit 1978 in Berlin sektenmüde Jugendliche und deren oftmals verzweifelte Familienangehörige betreut.

Ausschlaggebend für sein Engagement war die erschütternde Selbstverbrennung der „Ananda-Marga"-Anhänger Helmut Kleinknecht (28) und Erika Ruppert (24), die sich im Februar 1978 auf den Stufen der Berliner Gedächtniskirche mit Benzin übergossen, anzündeten und so ihrem Guru „opferten".

Die Gefahren, die von vielen der Jugendsekten ausgehen, sind längst erkannt: Junge Menschen werden unter massiven psychologischen Druck gesetzt, müssen oftmals alle Bindungen zu Freunden und Elternhaus abbrechen, werden in *finanzielle Abhängigkeiten* gezogen. Für die nach Expertenmeinung „gefährlichen Sekten" wie die Baghwan-Bewegung, die „Scientology Church", die Psycho-Sekte AAO („Aktionsanalytische Organisation") und die Process-Ranette-Vereinigung ist nach Gandows Meinung Berlin als Zentrum deshalb so reizvoll, weil hier wie in keiner anderen Stadt Jugendliche aus ganz Deutschland „Anschluß, Gemeinschaft und ihre Identität suchen".

Geworben wird von den Jugendsekten mit anfangs unverfänglichen Einladungen zu Gesprächs- und Diskussionsrunden, zu Theaterabenden, Naturheil- oder gar Schlankheitskursen. Bei den Treffen werden die jugendlichen Gäste dann durch Meditation, Hypnose und mystische Riten in psychische Abhängigkeit gezogen.

Um auch in den Genuß öffentlicher Gelder zu kommen, sind manche *Psycho-Gruppen* um keinen Einfall verlegen. Ein Beispiel des evangelischen Jugendpfarrers: Die „Aktionsanalytische Organisation" (AAO) gründete unter dem Tarnnetz der Gemeinnützigkeit einen „Verein für soziale Fortbildung", der dann für rund 3,5 Millionen Mark im Berliner Bezirk Steglitz eine herrschaftliche Villa erwarb, um dort ein Jugendzentrum zu etablieren. An öffentlichen Fördermitteln flossen so nach Gandows Rechnung 1,5 Millionen Mark in die „AAO"-Kassen.

Um den Gehorsam potentieller Neuaufnahmen zu testen, sollen sich nach den Erkenntnissen Berliner Sektenexperten Neuankömmlinge in der „AAO"-Sekte makabren „KZ-Spielen" unterwerfen müssen, bei denen sie, untermalt von aus Lautsprechern dröhnendem Gewehrfeuer und Hitler-Reden, angeblich auf das schlimmste erniedrigt werden.

Ein Berliner Ableger der „Baghwan-Bewegung" eröffnete unlängst sogar am noblen Kurfürstendamm, in bester City-Lage, eine Discothek. Deren Rhythmen sollen offenkundig nicht nur alteingesessene Sekten-Jünger betören, sondern auch potentiellen Nachwuchs zum Tanz unter den Augen des „Meisters" animieren.

Hilfe und Beratung für Jugendliche, die in derartigen Zentren von profitbewußten Heilslehrern geködert wurden, bietet Sektenpfarrer Gandow neben seinem Not-Telefon auch mit der „Elterninitiative gegen psychische Abhängigkeit und religiösen Extremismus", die der überregionalen „Arbeitsgemeinschaft Elterninitiativen" (Bonn, Tel. 02 28 / 63 15 47) angeschlossen ist.

LEUTE HEUTE

Applaus für Experten

Begeisterten Applaus gab es für das schon legendäre Film-, Bühnen- und Ex-Ehepaar **Elizabeth Taylor/Richard Burton**, das am Wochenende in Boston nach 17jähriger Pause erstmals wieder gemeinsam auftrat. In Noel Cowards Komödie „Private Life" spielt das Duo, das bereits zwei gemeinsame Ehen hinter sich hat, ein Paar, das in Scheidung lebt. Sonderbeifall gab es für Liz bei dem Satz „Die Ehe macht mir wirklich Angst".

Fortschritte

Der seit sieben Monaten unter schweren Depressionen leidende Prinz **Claus** der Niederlande (56) scheint auf dem Wege der Besserung zu sein. Gestern wurde in Den Haag die Hoffnung geäußert, daß der Ehemann von Königin **Beatrix** nach einem Italienurlaub nicht mehr zurück muß in die Nervenklinik von Professor **Paul Kielholz** in Basel, sondern sich im Kreise seiner Familie im Königsschloß „Huis den Bosch" weiterbehandeln lassen kann.



Vor eindrucksvoller Kulisse machen Adrian (links) und Richard Crane ihren Weg – der bombastischen Schönheit gönnen sie allerdings kaum einen Blick: Der Himalaya-Dauerlauf verlangt ihnen die letzte Kraft ab. FOTO: SAD/PA

Der lange Lauf über das Dach der Welt

HELLA STEINWEG, **Darjeeling**

Zu Hause wünschten die meisten den Brüdern Adrian und Richard Crane einfach viel Glück. Den Kopf schüttelte kaum jemand, denn in Großbritannien hat der Spleen Tradition. Die Behörden in Indien, Nepal und Pakistan erklärten die beiden Engländer schlicht für verrückt. Die aber blieben hartnäckig und handelten den Beamten die Einwilligung zu einem der – *abgesehen vielleicht von ihrem* Landsmann David Hampelman, der zu Fuß zum Nordpol unterwegs ist – verrücktesten Unternehmen der letzten Jahre ab: ein Dauerlauf über das Dach der Welt auf einem Pfad immer am Himalaya entlang.

Sie waren beide gute Leichtathleten – Adrian (27), der Computer-Fachmann, und Richard (29), der Geologe. Sonst aber prädestiniert *sie kaum etwas für dieses irrwitzige Unterfangen.* Sie tun es aber für einen guten Zweck: Bei Sponsoren bekamen sie Zusagen über eine runde Million Mark für Entwicklungsprojekte in der Dritten Welt.

Seit dem 18. März nun laufen sie. Dabei stand der Start unter einem schlechten Stern. Kurz bevor sie aufbrachen, kam die Nachricht vom plötzlichen Tod ihrer Mutter daheim im nordenglischen Cockermouth. Schon wollten sie ihr Abenteuer abbrechen, als ein Telegramm von der Familie Weitermachen signalisierte: „Mutter hätte es so gewollt . . ."

Schweren Herzens machten sie sich auf den Weg. Vor ihnen lagen rund 3800 Kilometer von Darjeeling bis Rawalpindi, und sie haben sich vorgenommen, den Weg in *100* Tagen zu schaffen.

Schon bald nach dem Aufbruch, so erzählten sie jetzt nach der ersten Etappe (650 Kilometer in 18 Tagen) in Katmandu, hatten sie keine Augen mehr für die überwältigende Schönheit der Natur. Es ging nur noch darum, den Lungen auch das letzte bißchen Luft zu entlocken. Nicht der Laufschritt allein ist es, der ihnen täglich die letzte Kraft abverlangt. Dazu kommen Temperatur- (von Frost in der Nacht bis zu schweißtreibenden 30 Grad unter der Mittagssonne) und Höhen-Unterschiede (der Bergpfad bringt sie bis in 5400 Meter Höhe). „Es ist mörderisch", gab Richard jetzt in Katmandu zu, „wir können immer nur relativ kurze Etappen laufen. Dabei weiß ich nicht, was weher tut: die steilen Strecken bergan oder die steinigen Stücke hinunter. An einem guten Tag haben wir einmal in eineinhalb Stunden einen Aufstieg von 1800 Metern geschafft." In den zurückliegenden 18 Tagen, so hat der Computer-Mann Adrian ausgerechnet, haben sie Höhenunterschiede von insgesamt rund 40 Kilometern bewältigt. Nach den immer kürzeren Intervallen konnten sie nur notdürftig ihre Blasen an den Füßen verarzten. Das erste Paar Laufschuhe ging auch schon bei der ersten Etappe drauf. Kurz vor der Ankunft in Katmandu schließlich erlitt Adrian einen Hitzschlag.

Aber nach nur zwei Tagen Ruhe machten sie sich in der vergangenen Woche wieder auf den Weg – diesmal stehen „nur" 600 Kilometer in 18 Tagen auf dem selbst ausgearbeiteten Programm. Diesen „Laufplan" auszutüfteln war gar nicht so einfach. Von der Strecke, die sie laufen und die vor ihnen nur wenige erwandert und erklettert haben, gibt es nur sehr ungenaue Karten. So passiert es ihnen häufig, daß sie einen falschen Weg einschlagen, der dann abrupt endet.

Damit die grobe Richtung stimmt, wenn sie durch die Täler irren, haben sie einen Kompaß bei sich. Ansonsten halten sie das Gepäck so leicht wie möglich. Noch geht das. In der Regel laufen sie zur Zeit noch von einem Dorf zum anderen, wo sie sich als zahlende Gäste einquartieren. Nur für den Notfall haben sie eine eiserne Eßration, einen Schlafsack und ein paar andere lebensnotwendige Dinge im Rucksack – alles in allem etwa sechs Kilogramm.

Auf den nächsten Etappen in Nepal und Nordwestindien rücken die Dörfer aber weiter auseinander. Hier ließen sie für alle Fälle ein paar Freßpakete an der Strecke deponieren.

Von Hitze, Kälte und Blasen wollen sich die englischen Brüder auf keinen Fall aufhalten lassen. Zugeständnisse werden sie aber an die „höhere Gewalt" machen müssen. Wegen der häufigen Zwischenfälle an der indisch-pakistanischen Grenze werden sie wohl einen kleinen Umweg mit dem Bus in Kauf nehmen, bevor sie sich in Gilgit wieder auf eigene Füße stellen.

Oberste Richter pochen auf altes Recht

Urteil des Areopag könnte viele Ausländer in Griechenland ihren Grundbesitz kosten

E. ANTONAROS, **Athen**

Tausende von Ausländern müssen jetzt um ihren rechtmäßig erworbenen Grundbesitz auf verschiedenen griechischen Inseln bangen. Der Areopag, Griechenlands Oberster Gerichtshof, hat jetzt in letzter Instanz beschlossen, *daß Ausländer unter keinen Umständen* Grundbesitz in sogenannten „Grenzgebieten" erwerben oder besitzen dürfen. Dieses Urteil ist verwirrend und könnte die Besitzrechte von zahlreichen Ausländern in Frage stellen, weil der Begriff „Grenzgebiete" nicht genau definiert worden ist.

Diesem aller Voraussicht nach folgenschweren Urteil liegt ein konkreter Fall zugrunde: Die Familie des britischen Bankiers Jacob Rothschild hat damit einen mehrjährigen Rechtsstreit um ihren Grundbesitz auf der nordgriechischen Insel Korfu verloren.

Der Oberste Gerichtshof hat beschlossen, daß ein aus dem Jahr 1927 stammendes Gesetz, das den Erwerb von Grundbesitz durch Ausländer in Grenzgebieten aus Sicherheitsgründen verbietet, „weiterhin voll in Kraft" ist. In den letzten Jahren hatten die griechischen Behörden stillschweigend den Erwerb von Grundbesitz oder gar kleinen Inseln durch Ausländer geduldet.

Im Zuge dieser Politik haben zahlreiche Ausländer Land auf verschiedenen Inseln gekauft. Durch die Gründung einer GmbH mit Sitz in Griechenland wurde die sonst nicht rechtsgültige Transaktion möglich.

Nach diesem Schema wurde auch im Fall Rothschild vorgegangen: 1969 kaufte der inzwischen verstorbene Bankier Jacob Rothschild ein Grundstück mit einem alten Bauernhaus für damals 150 000 Mark auf der Ferieninsel Korfu. Als Käufer firmierte eine in Athen eingetragene „Barbara GmbH", die wiederum einer in Liechtenstein ansässigen Firma gehört.

Der Oberste Gerichtshof hat jetzt festgestellt, daß der Sitz der Firma – anders als bisher in der Praxis angenommen – „nicht relevant" ist, wenn die Aktionäre oder Teilhaber mehrheitlich Ausländer sind. Aufgrund dieses Gerichtsspruchs haben die einstigen Besitzer das Recht, die Rückgabe ihres Grundstücks gegen Rückzahlung des Kaufpreises zurückzuverlangen, dabei wurden neugebaute Villen oder andere Anlagen nicht berücksichtigt.

Die Angelegenheit kam ins Rollen, als die Erben des einstigen Besitzers des Rothschild-Anwesens auf Korfu unter Berufung auf das Gesetz von 1927 vor Gericht gingen. (SAD)

Erstes Todesopfer der großen Flut

Überschwemmungen im Süden und Westen Deutschlands / Noch kein Ende abzusehen

AP/dpa, **Köln**

Das Hochwasser, das im Süden und Westen Deutschlands durch Regen und Schneeschmelze katastrophale Ausmaße angenommen hat, forderte inzwischen ein erstes Todesopfer. In Saarbrücken ist am Wochenende ein 81 Jahre alter Mann in einem Bach ertrunken, als er versuchte, den durch die Flut angeschwemmten Unrat ins Wasser zurückzustoßen. Taucher und Feuerwehrleute suchten gestern nach der Leiche.

An der Saar wurde gestern ein Pegelstand von 6,73 Meter gemessen, der allerdings langsam wieder fällt. Die Städte und Gemeinden im Moseltal kämpfen gegen das zweitschwerste Hochwasser seit dem Ausbau der Mosel im Jahre 1964. In Trier stand der Pegel gestern morgen bei 9,56 Meter. Die Rheinschiffahrt bei Köln ist in der Nacht zu gestern bergwärts vollständig eingestellt worden. Auch in Talrichtung, wo die Fahrrinne noch offen ist, kam die Schiffahrt nach Angaben der Wasserschutzpolizei praktisch zum Erliegen. Alle Rheinfähren bis auf die von Rüdesheim nach Bingen verkehren seit gestern nicht mehr. Das Hochwasser stieg auf 8,30 Meter.

Während das Hochwasser an der Saar langsam zurückgeht, befürchten Experten, daß ein Ende der Überschwemmungen an der Mosel noch nicht abzusehen ist und sogar die im Januar 1981 bei Trier registrierte Hochwasser-Rekordmarke von 9,73 Meter erreicht werden kann. Auch in Köln rechnen die Behörden mit einem weiteren Ansteigen des Rheins auf mehr als neun Meter.

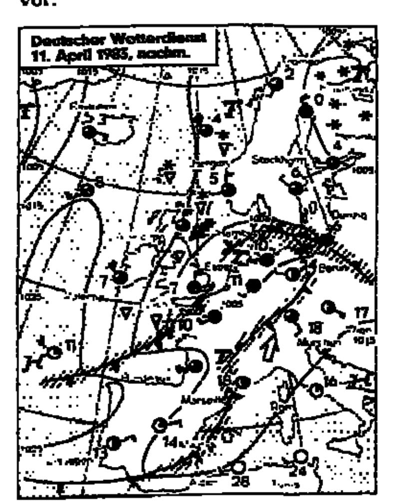
Am schlimmsten sind bislang die Städte und Gemeinden im Moseltal betroffen worden. Mehrere Ortschaften waren nur noch von den Höhen aus über Weinbergwege zu erreichen. In den Fußgängerzonen und Geschäftsstraßen der Städte verkehrten Boote. Die Richtungsfahrbahn Trier der Autobahn 602 mußte wenige Kilometer vor Trier gesperrt werden.

„Wir eilen von einem Keller zum anderen", beschrieb ein Sprecher der Feuerwehr in Trier die Lage. In Bernkastel-Kues mußten Weinkeller schließen. Die Parkplätze am Moselufer stehen mehrere Meter unter Wasser. Der Fluß breitet sich in Richtung Innenstadt aus.

„Die Lage wird immer bedrohlicher", sagte gestern morgen auch ein Sprecher des Krisenstabes der Stadt Cochem. Nach der Moselpromenade mit der Hotelfront wurden auch große Teile der Innenstadt überflutet. Mehrere hundert Meter Behelfsstege mußten angelegt werden, damit die Bürger ihre Häuser, die sie mit Sandsäcken vergeblich gegen die Flut schützten, erreichen und verlassen können.

WETTER: Kühl und regnerisch

Wetterlage: Ein Tief zieht von der holländischen Küste zur westlichen Ostsee. Auf seiner Rückseite dringt kühle Meeresluft nach Deutschland vor.



Stationen: bedeckt, West Stärke 5, 16°C; bedeckt, ... Nebel ● Sprühregen ● Regen * Schneefall ▽ Schauer Gebiete: Regen, Schnee, Nebel, Frostgrenze. H=Hoch- T=Tiefdruckgebiete. Luftströmung: warm, kalt. Fronten: Warmfront, Kaltfront, Okklusion. Isobaren: Linien gleichen Luftdruckes (1000mb-750mm)

Vorhersage für Dienstag:

Südosten und Berlin: Stark bewölkt bis bedeckt und Regen. In den Höhenlagen Schneeschauer. Frühtemperaturen 9 bis 11 Grad, im Tageslauf 4 bis 8 Grad. Nachts 3 bis null Grad.

Übriges Bundesgebiet: Rasch wechselnde Bewölkung und wiederholt Regen-, Schneeregen- und Graupelschauer, in den Höhenlagen Schneeschauer. Tagestemperaturen 5 bis 9 Grad. Nachts 3 bis null Grad, im Bergland und stellenweise auch am Erdboden leichter Frost.

Weitere Aussichten:
Noch einzelne Schauer, kühl.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	14°	Kairo	21°
Bonn	10°	Kopenh.	4°
Dresden	18°	Las Palmas	20°
Essen	11°	London	7°
Frankfurt	15°	Madrid	14°
Hamburg	10°	Mailand	15°
List/Sylt	7°	Mallorca	19°
München	18°	Moskau	7°
Stuttgart	16°	Nizza	15°
Algier	28°	Oslo	7°
Amsterdam	9°	Paris	10°
Athen	20°	Prag	14°
Barcelona	22°	Rom	16°
Brüssel	10°	Stockholm	6°
Budapest	18°	Tel Aviv	20°
Bukarest	19°	Tunis	24°
Helsinki	4°	Wien	17°
Istanbul	17°	Zürich	16°

Sonnenaufgang* am Mittwoch: 6.32 Uhr, Untergang: 20.14 Uhr, **Mondaufgang:** 7.05 Uhr, Untergang: 20.23 Uhr.
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Des Kaisers liebste Kleider sind in Doorn zu sehen

ELFRUN JACOB, **Den Haag**

„Des Kaisers Kleider . . .", so nennt sich eine Ausstellung in *„Haus Doorn"*, dem *letzten* Wohnsitz des letzten deutschen Kaisers Wilhelm II. Knapp 23 Jahre lebte er dort im Exil – von November 1918 bis zu seinem Tod am 4. Juni 1941. Mit Trommeln und Pfeifen und preußischen Präsentiermärschen wurde kürzlich die Ausstellung eröffnet.

Im Schloßpark ist es wieder aus voller Brust zu hören: „Wir wollen unseren alten Kaiser Willem wiederha'm." Dann läßt die Stille des *Parks des alten Wasserschlößchens* „Haus Doorn" die Gesellschaft verstummen. Im Inneren ist die Zeit stehengeblieben, seit der Kaiser hier im Alter von 82 Jahren seinem Herzleiden erlag.

Das Haus ist heute Museum und gehört dem niederländischen Staat, der es 1945, nach dem Ende der deutschen Besatzung der Niederlande, als „Feindvermögen" beschlagnahmte und sich seither um Restaurierung und Erhalt dieser vergangenen Welt bemühte.

Der Kaiser, der unter dem Druck Hindenburgs nach dem Ende des Ersten Weltkriegs nach Holland gehen mußte, kam hier am 10. November 1918 an – in feldgrauer Generalsuniform. Jenes Feldgrau, das er seit Beginn des Krieges trug. Auch diese Bilder sind in der Ausstellung festgehalten. Welch krasser Gegensatz zu der weißen Paradeuniform seines heißgeliebten Regiments „Garde du Corps" – mit den schwarzen Stulpenstiefeln, dem schwarzen Parade-Kürassier, dem Ringkragen und Säbel, dem Orden des Schwarzen Adlers und dem Marschallstab. Der Kaiser, der beim deutschen Generalkonsul in Amsterdam erbittert um zwei Buchstaben kämpfte, um sich seine Unterschrift „Wilhelm I. R." (Imperator Rex) zu erhalten, war ein Uniformnarr. Er hatte eine Fülle von ihnen ins neutrale Holland mitgenommen, ließ sich in ihnen porträtieren, fotografieren und wechselte sie jeden Tag mehrfach.

Des Kaisers liebste Kleider – sie sind natürlich alle zu bewundern ebenso wie eine Uniform der schottischen Hochländer, die „Willie", als er fünf Jahre alt war, von seiner Großmutter Queen Victoria von England geschenkt bekam. Die dunkelblaue Tunika des Leibhusarenregiments, betreßt, galoniert, mit Pelz verbrämt, zeigt den verkürzten linken Ärmel . . . Darin verbarg sich der verkrüppelte linke Arm, ein Geburtsfehler, den der Kaiser – so behaupten es jedenfalls einige Psychologen – ständig durch markige, viel Verwirrung stiftende Reden zu kompensieren suchte.

Zu dieser Uniformgalerie wieder ein Kontrast: die Arbeitskluft des alten Herrn, seine Mottenpulvergeruch verströmende Strickjoppe mit Schlapphut. Am Boden ausgebreitet die gestärkten, steifen Kragen und die Produkte einer wenig beachteten Liebhaberei: das selbstverfaßte Buch „Erinnerungen an Korfu" und ein paar aus Italien mitgebrachte Fundstücke. Ein Pappschild verkündet in großer, ungelenker Sütterlinschrift: „Gefunden in Rom, in der Nähe der Via Appia". Auch diese Erinnerungsstücke gehörten wie die Truhen voller Silber und die berühmte Sammlung von Schnupftabakdosen des Alten Fritz zum persönlichen Gepäck des Abgedankten, das ihm vom Deutschen Reich in 56 versiegelten Güterwaggons nach Holland nachgeschickt wurde.

Die kaiserliche Familie kaufte „Haus Doorn" von der Urgroßmutter *der Filmschauspielerin Audrey* Hepburn, einer Baronin von Heemstra.

Das Interieur zeigt, wie „Kaisers" im Exil lebten – Wilhelm und seine Gemahlin Auguste Viktoria statteten ihren Wohnsitz mit kostbaren, meist antiken Möbeln, Gemälden, Silber, Büchern und Erinnerungsstücken aus den Hohenzollernschlössern aus. Hier herrschte der viktorianische Stil, das Lebensgefühl der Jahrhundertwende.

Hier lebte der frustrierte letzte deutsche Kaiser, der sich im Exil nicht mit Politik befassen durfte. Ein Greis, der am Krückstock des Alten Fritz – wie dieser von der Gicht geplagt – im Schloßpark wandelte und mit seinem Schicksal haderte. Ein Opfer, der Gang ins Exil, sei umsonst gewesen, schrieb er von „Haus Doorn" an den „Lumpen" Hindenburg, als *dieser Reichspräsident* war. Der Brief wurde niemals abgeschickt.

Die einsame Zeit des Exils hat Wilhelm II. buchstäblich zerhackt und zersägt – auf dem Sägeplatz im Park sind die letzten Klafter noch zu besichtigen, in einem steckt noch die Axt, die einzig wirkliche „Waffe" in diesem Haus. War der Monarch gerade mit seinem Hobby beschäftigt, wurde kein Pardon gegeben: Wer ihn dabei besuchte, *mußte mit Hand anlegen. Davon* zeugt die Aufschrift des Täfelchens: „Holz einer 255jährigen Buche, gepflanzt zur Zeit Admiral de Ruyters, gefällt durch Seine Majestät Kaiser Wilhelm II. und von den Herren seines Dienstes gespalten im Februar 1930."

Erpresser terrorisiert Prominente

AP, **München**

Ein unbekannter Erpresser terrorisiert seit Dezember vorigen Jahres Firmenmanager, Anwälte und Ärzte in mehreren Bundesländern. Er forderte bis zu sechs Millionen US-Dollar und drohte mit Mord und der Vergiftung von Lebensmitteln. Auf einer Pressekonferenz in München gab die Polizei gestern erstmals Einzelheiten preis und verteilte Phantombilder des Mannes. Zur Aufklärung des Falles wurde eine Belohnung von 12 000 Mark ausgesetzt.

Der erste Erpresserbrief ging am 4. Dezember 1982 bei einem Kölner Rechtsanwalt und Kaufmann ein, der zweite am 20. Januar 1983 bei einem Münchner Arzt. Zwei weitere Briefe erhielt ein Münchner Rechtsanwalt, von dem der Erpresser eine Million Mark forderte. Eine Million US-Dollar verlangte der Mann von einem Kaufhaus in Frankfurt und zwei Millionen US-Dollar von dem Manager eines Lebensmittelkonzerns in München. Auf einen Hinweis des Erpressers wurde dann auch in einem Frankfurter Kaufhaus ein mit dem scharfen Gewürz Tabasco verdorbenes Fertiggericht gefunden. In der Nacht vom 9. zum 10. April forderte der Erpresser dann, die geforderten zwei Millionen US-Dollar in einem Hamburger Hotel bereitzuhalten. Der Beauftragte der Firma wurde durch fünf Lokale in Hamburg dirigiert. Es kam jedoch zu keiner Geldübergabe.

Die Erpresserbriefe wurden in verschiedenen deutschen Städten *und Gemeinden aufgegeben.* Ein Brief kam aus Frankreich. Durch die Aufmerksamkeit zweier Zeugen in Frankfurt und Hamburg, ein Postbeamter und ein Taxifahrer, war es möglich, Phantombilder anzufertigen. Der Erpresser dürfte etwa 175 bis 180 Zentimeter groß und 25 bis 35 Jahre alt sein. Er spricht eventuell österreichische oder schweizerische Mundart. Bei dem Verfasser der Briefe dürfte es sich um einen schreibgewandten Mann handeln, der vermutlich durch seine berufliche Tätigkeit sehr mobil ist. Die Polizei deutete an, daß es sich bei den Erpreßten stets um prominente Persönlichkeiten handelte.

Rekord am Steuer

dpa, **Montbéliard**

Der französische Sensationsdarsteller Denis „Kiki" Courvoisier (28) hat am Wochenende in Montbéliard (Südfrankreich) nach eigenen Angaben den Weltrekord im Dauer-Autofahren gebrochen. Er fuhr auf einem Waldrundkurs 85 Stunden, sechs Minuten und 53 Sekunden. Bisheriger Rekordhalter war der Kanadier André Thibaut mit 84 Stunden, 36 Minuten.

Tod bei „Lufttaufe"

dpa, **Mauleon**

Eine 21jährige Französin ist in der Nähe von Mauleon (Pyrenäen) ums Leben gekommen, als ihr Hubschrauber bei einer „Lufttaufe" abstürzte. Ihre 15jährige Mitfliegerin wurde verletzt. Der Pilot erlitt einen Schock. Zu dem Unfall kam es, als eines der beiden Mädchen während einer Schaunummer in Panik geriet und in den Steuerknüppel griff.

Dioxin verschwunden

dpa, **Hamburg**

Eine größere Menge des Seveso-Giftes Dioxin ist nach Angaben einer Hamburger Bürgerinitiative aus der Produktion des in der Hansestadt ansässigen Chemieunternehmens C. H. Boehringer „verschwunden". Die Sprecherin der Hamburger Umweltbehörde bestätigte gestern, daß Boehringer für den Zeitraum von 1951 bis 1967 keinen Nachweis für die Dioxin-Beseitigung liefern könne.

Bauchschuß im Standesamt

dpa, **Hamburg**

Kurz vor seiner Heirat in einem Hamburger Standesamt ist ein 32jähriger Maurermeister gestern morgen durch einen Bauchschuß lebensgefährlich verletzt worden. Geschossen hat der 25 Jahre alte frühere Freund der Braut. Der Schütze stellte sich der Polizei.

Drei Todesopfer bei Unfall

dpa, **Darmstadt**

Drei Menschen sind in der Nacht zu gestern auf der Autobahn Darmstadt–Frankfurt bei einem Serienunfall in der Nähe der Anschlußstelle Weiterstadt ums Leben gekommen. Drei Verkehrsteilnehmer wurden schwer, einer lebensgefährlich verletzt.

Heroin im Geheimfach

AP, **Komotini**

Eine 48jährige Deutsche aus Aachen und eine 45jährige Französin sind am Wochenende am türkisch-griechischen Grenzübergang Evros festgenommen worden. Die Polizei fand in einem Geheimfach ihres Wagens 4,5 Kilogramm Heroin. Der Verkaufswert wurde mit zehn Millionen Mark angegeben.

Bombe in der Themse

dpa, **London**

Ein deutscher Blindgänger aus dem Zweiten Weltkrieg, der gestern früh bei Baggerarbeiten in der Themse gefunden wurde, hat ein Verkehrschaos im Zentrum von London verursacht. In kilometerweitem Umkreis wurden Straßen und Brücken gesperrt, bevor Experten die Bombe entschärften.

ZU GUTER LETZT

Einen Aufschlag von umgerechnet 40 Pfennig mußte ein kleines Mädchen in der Londoner U-Bahn bezahlen – für ihren Goldfisch. Erst nach einem geharnischten Protestschreiben der Mutter wurde der Betrag, mit einer schriftlichen Entschuldigung, zurückerstattet.